DIETRICH VOGT

Der Großpolnische Aufstand 1918/1919

Bericht
Erinnerungen
Dokumente

J. G. HERDER-INSTITUT · MARBURG/LAHN · 1980

VOGT · DER GROSSPOLNISCHE AUFSTAND 1918/1919

+ 28.- 0/14905 RR

Vogt · Der Großpolnische Aufstand 1918/1919

DER GROSSPOLNISCHE AUFSTAND 1918/1919

Bericht, Erinnerungen, Dokumente

von

Dietrich Vogt (†)

Mit einer Einführung
von Gotthold Rhode



J. G. HERDER-INSTITUT · MARBURG/LAHN · 1980

Satz, Druck und Einband: Buch- und Offsetdruckerei H. Kombächer, Marburg/Lahn
Kartographie: J. G. Herder-Institut, Marburg/Lahn
Printed in Germany
ISBN 3-87969-147-9

INHALT

EINFÜHRUNG

Der großpolnische Aufstand um die Jahreswende 1918/19, der siebente in der Kette der polnischen Aufstände seit der Erhebung *Kościuszkos* im Jahre 1794, hat seine eigene Geschichte. Zum zweiten Mal, und wieder wie 1806 gegen Preußen, war der Aufstand erfolgreich. Zum zweiten Mal war der Gegner nicht ein mächtiger Staat im Vollbesitz seiner Kräfte und voller Selbstbewußtsein, sondern ein Staat, den ein anderer stärkerer Gegner geschlagen hatte und dessen Heer und Verwaltung sich in einem Zustand der Auflösung und allgemeinen Mutlosigkeit befanden.

Die Situation war also wesentlich anders als bei den großen polnischen Aufständen des 19. Jahrhunderts, in denen Heldentum und zäher Kampfeswille gegen einen überlegenen Feind zwar keinen Erfolg, aber doch weltweite Sympathien und Nachruhm einbrachten. Polnische wie deutsche Geschichtsschreibung sahen sich also vor der schwierigen Aufgabe, ein Geschehen darzustellen, das weder durch besondere Tapferkeit noch durch entschlossenes, wohlüberlegtes Handeln gekennzeichnet war, ja bei dem man sich überhaupt fragen mußte, ob es — von polnischem Standpunkt aus gesehen — überhaupt notwendig gewesen ist. War doch ohnehin zu erwarten, daß der größte Teil der Provinz Posen durch die Friedenskonferenz in Paris dem polnischen Staat zugesprochen werden würde, zumal das auch für den Kernbereich Westpreußens eintrat, in dem die ethnographischen Verhältnisse für Polen wesentlich ungünstiger lagen als in der Provinz Posen. Natürlich war es effektvoll und schließlich erfolgreich, wenn man vollendete Tatsachen schuf, die sich durch nachträgliche Verhandlungen kaum noch wesentlich ändern ließen, aber wesentliche Änderungen der Grenze sind durch den Aufstand, wie die Pariser Friedensverhandlungen gezeigt haben, nicht erreicht worden.

Umsomehr mußte es den Initiatoren und Teilnehmern des Aufstandes darauf ankommen, ihm nachträglich einen höheren Sinn zu verleihen, seine blutigen Opfer als notwendig hinzustellen und ihr Andenken zu glorifizieren. In diesem Streben zeigte sich auch das Bemühen der Polen in Großpolen, sich selbst zu bestätigen. Galten sie doch im übrigen Polen zwar als diszipliniert, tüchtig, sparsam und wirtschaftlich versiert, aber nicht eben als Kämpfer, die kein Risiko scheuten, die mit schwachen Kräften einem überlegenen Feind gegenübertraten und die Flamme nationaler Begeisterung aufleuchten ließen.

Konnte man aber auf Waffentaten, auf im Kampf ruhmvoll Gefallene hinweisen, dann brauchte man sich vor den Kämpfern in den Legionen, die von 1918 bis 1922 und wieder seit 1926 die entscheidende Rolle im Staat spielten, nicht zu schämen und konnte mit Stolz nicht nur auf wirtschaftliche, organisatorische und zivilisatorische Leistungen hinweisen, sondern auch auf Heldentaten und Opfer. Es ist daher verständlich, daß schon ein Jahr nach den Ereignissen ein erster Bericht eines Teilnehmers *Stanisław Rybka:* „Zerwane pęta“ erschien, der schon durch den Titel: „Zerrissene Fesseln“ emotionell und dramatisierend wirkte, und es, wie Kritiker alsbald feststellten, mit der Wahrheit und der führenden Rolle der eigenen Person nicht allzu genau nahm.

In der Flut der nun erscheinenden Literatur, um deren Wiedergabe für den deutschen Leser sich *A. Loeßner:* „Der Abfall Posens 1918/19 im polnischen Schrifttum“

verdient gemacht hat, wurden Auffassungsgegensätze sichtbar, die im wesentlichen von der politischen Einstellung geprägt waren: Hier die Repräsentanten des Obersten Polnischen Volksrates, denen der bewaffnete Kampf zwar nicht unrecht war, die ihn aber in Grenzen halten wollten, dort die Vertreter des Kampfes mit der Waffe, bei denen wieder deutlich zwischen den im wesentlichen nationaldemokratisch gesonnenen Posener Polen und den Vertretern der von *Piłsudski* inspirierten und von Warschau gesteuerten Polska Organizacja Wojskowa (Polnische Militär-Organisation, POW) zu unterscheiden ist.

Es war verständlich, daß der Verband der Veteranen des Posener Nationalaufstandes größten Wert auf eine möglichst bis in alle Einzelheiten gehende Darstellung des Ausbruchs des Aufstandes, seiner Vorbereitung und der ihm folgenden siebenwöchigen Kämpfe legte und daß zu diesem Zweck in Posen eine Vereinigung für Forschungen zur Geschichte des Großpolnischen Aufstandes 1918/19 (Towarzystwo dla badań nad historią powstania wielkopolskiego 1918—19) entstand mit einem prominenten Teilnehmer, dem einstigen preußischen Hauptmann und nunmehrigen polnischen Brigadegeneral *Stanisław Taczak* als Präsidenten.

Diese Gesellschaft hatte in dem Teilnehmer der Kämpfe an der Prosna und bei Rawitsch *Zygmunt Wieliczka* einen engagierten und begabten Historiker gewonnen, der zunächst seine eigenen Erinnerungen: „Von der Prosna bis Rawitsch" (Od Prosny po Rawicz) und dann ein maßgebendes Standardwerk: „Großpolen und Preußen zur Zeit des Aufstandes 1918/19" (Wielkopolska a Prusy w dobie powstania 1918/19), Posen 1932, veröffentlichte, dessen sorgfältiger Dokumentation auch die hier vorliegende Arbeit vieles verdankt. Damit war freilich der Streit zwischen den ehemaligen preußischen Soldaten polnischer Nationalität und den militärisch nicht ausgebildeten Mitgliedern der POW nicht beigelegt. Er ist vielmehr im Lande wie in der Emigration weiter fortgesetzt worden, und *Zygmunt Wieliczka* hat sich selbst noch zweimal aus seinem südamerikanischen Exil zu Wort gemeldet.[1] Ihm kommt das Verdienst zu, daß er die Mitteilungen über die heftigen Kämpfe und schweren Verluste am 27. Dezember 1918 in der Stadt Posen selbst auf das rechte Maß zurückgeführt hat, freilich neigt auch er zu einer scharfen Kritik am zivilen Obersten Volksrat, zu einer Dämonisierung des deutschen Gegners und zu einer Heroisierung der Kämpfe, obwohl diese sich kaum für die Schilderung besonderer Heldentaten eignen, handelte es sich doch meist um Plänkeleien und Scharmützel, um Überfälle unter Ausnutzung des Überraschungsmoments und der Unsicherheit beim Gegner, niemals aber um Gefechte oder gar Schlachten größeren Ausmaßes, bei denen strategisches Können und Führungseigenschaften hätten zur Geltung kommen können.

Bei den zahlreichen polnischen Darstellungen, die in Volkspolen erschienen sind — jeweils zum Jahrestag 1958, 1968 und auch 1978 —, ist zu alten Motiven und Momenten ein neues hinzugetreten: Die Betonung des Anteils der Arbeiterschaft und der Vorwurf gegen die bürgerlich-geistlichen führenden Schichten in Großpolen, daß sie jede Veränderung der sozialen Verhältnisse abgelehnt und die Chance, den nationalen Aufstand in eine soziale Revolution umzuwandeln, im Keime

1 In der Broschüre: Prawda a legendy Powstania Wielkopolskiego 1918—19 [Wahrheit und Legenden des Großpolnischen Aufstandes], Curitiba 1961, und in einer hektographierten Schrift: Na pożegnanie [Zum Abschied], die er 1971 persönlich aus São Paulo versandte.

erstickt hätten, ein Vorwurf, der freilich 1968 weit weniger deutlich ausgesprochen wurde als 1958.

Ganz anders sind Motive und Tendenzen im deutschen Schrifttum, das sich an Umfang mit dem polnischen bei weitem nicht messen kann und nach 1945 mit wenigen Ausnahmen ganz versiegt ist. Zunächst wurde der Posener Aufstand von den gleichzeitigen Berliner Ereignissen, von den Wahlen zur Nationalversammlung und den Verhandlungen um die Verlängerung des Waffenstillstands überschattet. Weiterhin konnte keine Persönlichkeit, die auf deutscher Seite Verantwortung trug und eine führende Rolle spielte, von sich behaupten, planmäßig, geschickt und erfolgreich gehandelt zu haben, weder im zivilen noch im militärischen Bereich, im Gegenteil, bei näherer Betrachtung zeigten sich Unentschlossenheit, häufiges Schwanken, mangelnde Fähigkeit, die wirkliche Lage zu beurteilen, und einfache Naivität.

Demgegenüber erschienen dann nur einige Männer aus der Volksratsbewegung und einige militärische Führer der Grenzschutzabteilungen in hellerem Licht, aber auch bei ihnen fehlte die überragende Persönlichkeit und die Einheitlichkeit der Lagebeurteilung und des Handelns. Niemand berichtet aber gern über eigenes Versagen, und so fehlen von allen Persönlichkeiten, die damals an der Spitze der zivilen und militärischen Behörden standen, eingehendere Schilderungen ihrer Tätigkeit, während die Darstellung eigener, nicht von behördlicher Verantwortung getragener Aktivität leicht den Unterton der Anklage bekommt, der dann ebenso leicht politisch nuanciert wird.

Deutscherseits überwiegen daher, von *Cleinows* Werk abgesehen, die Erlebnisberichte einzelner Teilnehmer an begrenzten Kampfaktionen mit deutlichem Vorwurf an die politische Führung, die es der anderen Seite gar zu leicht gemacht habe.

Merkwürdigerweise aber gab es keine deutsche Darstellung, die sich bemüht hätte, die Ereignisse in der Provinzhauptstadt Posen im Dezember und vor allem am kritischen 27. Dezember bis ins einzelne darzustellen und zu untersuchen, ob wirklich schwere Übergriffe von Soldaten des Grenadier-Regiments Nr. 6 anläßlich des Besuchs von *Paderewski* in Posen den Aufstand ausgelöst haben, und ob es wirklich zu heftigen Kämpfen mit schweren Verlusten gekommen ist, als deren Symbol der auf polnischer Seite gefallene *Franciszek Ratajczak* gelten konnte, dem zu Ehren die Ritterstraße den Namen ulica Franciszka Ratajczaka erhielt.

Erst *Dietrich Vogt,* selbst Posener und als junger, kaum 25-jähriger Leutnant unmittelbarer Augenzeuge und Teilnehmer an den Ereignissen des 27. Dezember, hat durch seine Erinnerungen, die er erstmals im Jahrbuch Weichsel/Warthe, Jg. 15, 1969, S. 74—78 in gedrängter Form veröffentlichte, diese Lücke gefüllt und gleichzeitig zur „Entbronzung" des Geschehens beigetragen. Es wird bei ihm deutlich, wieviel dem Zufall, wie wenig bewußter Planung zuzuschreiben ist, wenn es um den Aufstand in der Stadt Posen selbst geht, und wie unheroisch sich vieles abspielte. Wer den ersten Schuß abgefeuert, wer provoziert und reagiert hat, vermag auch er nicht zu sagen. Wer einmal versucht hat, den Ursprung eines in einer gespannten Atmosphäre ausgebrochenen Kampfes genau zu klären, zumal in den Straßen einer Großstadt, wo Geschosse abprallen und der Knall sich vielfach bricht, weiß, daß eine solche Klärung unmöglich ist. Die Aussagen widersprechen sich schon nach wenigen Stunden, und die allgemeine Erregung macht sachliche Beobachtungen und

ihre Registrierung unmöglich. Das eigene Erleben und die Feststellung zahlreicher Fehler und Ungereimtheiten auf beiden Seiten haben ihn dann in seinen letzten Lebensjahren zu intensiver Beschäftigung mit dem Geschehen geführt und ein Manuskript entstehen lassen, das, von zwei eigenen Erlebnisberichten ausgehend, immer mehr zu einer nüchtern-historischen Darstellung wurde, ohne doch die Schilderung eigenen Erlebens ganz zurücktreten zu lassen.

Erstmals hat er dabei die zahlreichen, bisher in dieser Hinsicht unbeachteten Regimentsgeschichten herangezogen, mit deren Hilfe zwar auch kein vollständiges, aber doch wesentlich genaueres Bild der Grenzschutzkämpfe und des Frontverlaufs zur Zeit des Waffenstillstandes gewonnen werden kann, als es bisher möglich war.

Mit Recht hat er den Bericht über seine Erlebnisse, als er nicht, wie am 27. Dezember, im Zentrum des Geschehens stand, sondern an einem verhältnismäßig ruhigen Abschnitt eingesetzt war, in den Anhang verwiesen. Auch dieser zeigt aber in seiner sachlichen, kühlen Schilderung, daß auf beiden Seiten von Heldentum kaum die Rede sein konnte, und daß manche Ereignisse eher grotesk und dilettantisch als historisch bedeutsam anmuteten.

Der Verfasser, beliebter und von seinen Schülern und Schülerinnen auch Jahrzehnte nach Abschluß der Schulzeit verehrter Direktor des Posener Schillergymnasiums, ist am 18. Januar 1969 kurz vor Vollendung seines 75. Lebensjahres in Berlin gestorben.[2] Seine Arbeit, von Mitarbeitern des J. G. Herder-Instituts, denen dafür Dank zu sagen ist, und vom Schreiber dieser Zeilen durchgesehen und hier und da durch bibliographische Hinweise[3] ergänzt, wird nun mehr als 60 Jahre nach dem Geschehen der Öffentlichkeit vorgelegt, ohne daß an dem eigentlichen Inhalt etwas geändert oder versucht wurde, in die Anmerkungen noch weitere Auseinandersetzungen mit in der Literatur vertretenen Behauptungen aufzunehmen. *Dietrich Vogt* liebte seine Heimat und sein eigenes Volk und schätzte und achtete das polnische Volk. Ausdruck dieser Haltung sind seine Schlußworte: unpathetisch, nüchtern und doch von spürbarer innerer Bewegung getragen.

Die Kommission, der er als stets aktives Mitglied angehörte, weiß ihm für seine Arbeit und seine Haltung ebenso Dank wie seine zahlreichen Schüler. Wir kleiden ihn in die Worte eines inzwischen auch verstorbenen polnischen Mitglieds seines Lehrerkollegiums, der dem Unterzeichneten, seinem Schüler, anläßlich des Todes von *Dietrich Vogt* schrieb: „Gewiß haben alle seine Schüler den Verlust dieses großartigen Menschen und Erziehers schmerzlich empfunden, eines Menschen von hoher Vernunft (gerade in diesen schweren vergangenen Zeiten) und Gerechtigkeit, eines Menschen von hoher Kultur, wie es heute nur noch wenige gibt. Ich kann die einzigartige Freundschaft, mit der mich der verstorbene Direktor beschenkte, nicht vergessen."

Gotthold Rhode

---

2 S. den Nachruf von *H. Kuntze* und *G. Rhode* in: Jahrbuch Weichsel-Warthe 16, 1970, S. 83—85.

3 In die Bibliographie wurden ergänzend noch weitere Werke aufgenommen, die *Dietrich Vogt* nicht mehr benutzt hat, die aber für das weitere Studium notwendig und wichtig sind.

VORWORT

Im Jahre 1932 erschien in Posen eine Arbeit von *Zygmunt Wieliczka* unter dem Titel „Wielkopolska a Prusy w dobie powstania 1918/19“ [1]. Ihr wurde ein Aufruf vorangestellt, der bereits 1930 im „Kurjer Poznański“ erschienen war. Seine Verfasser waren der Brigadegeneral a. D. und zugleich Vorsitzende der „Gesellschaft für die Erforschung der Geschichte des Großpolnischen Aufstandes 1918/19“ [2] *Stanisław Taczak* [3] und der Vorsitzende ihrer wissenschaftlichen Kommission *Dr. Kazimierz Kaczmarczyk.* In dem Aufruf heißt es: „Vielleicht veranlaßt die Arbeit *Wieliczkas* andere, der Öffentlichkeit neue Beiträge zu diesem Thema zu liefern. Es ist leider eine bedauernswerte Erscheinung der Bequemlichkeit und Schwerfälligkeit der Posener, daß sie sich ihrerseits nicht zur Verewigung dieser Zeit des Umschwunges aufraffen. Wir regen uns immer auf, daß andere die Unwahrheit über uns schreiben, sind aber zu träge, für die Feststellung der Wahrheit Zeit und Arbeit aufzubringen.“

Dieser Vorwurf trifft in stärkerem Maße das Posener Deutschtum. Zwar haben sich auch Deutsche in vielen Zeitungen, Zeitschriften und Einzeldarstellungen mit der Geschichte des Aufstandes befaßt, doch blieb der Kreis der daran Interessierten verhältnismäßig klein. Es kam dazu, daß die in Polen verbliebenen Deutschen nicht wagen konnten, polnischen Berichten ihre eigenen Erlebnisse gegenüberzustellen.

Für mich, den gebürtigen Posener, der rund 50 Jahre in seiner Heimat unter Polen verbracht und den Ausbruch des Großpolnischen Aufstandes in der Stadt und Provinz Posen tätig miterlebt hat, war der oben erwähnte Aufruf Anlaß, die recht umfangreiche Literatur über dieses geschichtliche Ereignis zu studieren und kritisch zu betrachten. Bei den sich häufig widersprechenden Berichten war die Arbeit nicht gering. Es genügte nämlich nicht, nur die Ereignisse nach dem eigenen Erleben, alten Notizen, auch solchen von Freunden und Regimentskameraden, zu schildern. Das konnte nur für einen kleinen Kreis gut orientierter Historiker zusätzliche Kenntnisse bringen. Wichtiger erschien es, in größerem Umfange Interesse zu erwecken für einen geschichtlichen Vorgang, der, vielen unbewußt, bis in unsere Tage hinein wirksam geblieben ist.

Es mag gleich vorweg vermerkt werden, daß über unser Thema aus Legende und Wahrheit ein fast unentwirrbares Gewebe entstanden ist. Auf deutscher wie auf polnischer Seite gibt es gegensätzliche Aspekte, seien sie sozialer oder nationaler Natur, unter denen das geschichtliche Ereignis betrachtet wird. Eigenmächtige Initiativen einzelner, diplomatisches Intrigenspiel, unterschiedliche Ziele, menschliche

---

1 Posen 1932.

2 Deutscherseits müßte man von einem „Aufstand der Polen in der Provinz Posen“ sprechen. Diese umfaßte den Großteil des früheren Großpolen. Seit 1848 war es üblich, die Begriffe „Großpolen“, „Großherzogtum Posen“ und „Provinz Posen“ für das gleiche Gebiet zu verwenden. Die Polen bevorzugten die beiden ersten Bezeichnungen, die Deutschen die letztere.

3 *Taczak* war der nach dem Beginn des Aufstandes am 27. 12. 1918 vom „Obersten Polnischen Volksrat“ (OPV), der Naczelna Rada Ludowa (NRL), ernannte Oberkommandierende der polnischen Aufständischen.

Schwächen und ihre geschickte Ausnutzung durch den Gegner, Heimatliebe und Nationalismus, Opferbereitschaft und Landsknechtstum, Vertrauen und Mißtrauen, wirtschaftliche Bedenken und Eigennutz, Ruhmsucht und Mut zur Wahrheit spiegeln sich in den Berichten wider. Das alles erschwert eine geschichtliche Gesamtdarstellung des Aufstandsverlaufes, wenn sie der ungeschminkten Wahrheit dienen will. Es wird sich daher nicht vermeiden lassen, aus früheren Schriften auch gegenteilige Ansichten zu zitieren, um ihren Wahrheitsgehalt gegeneinander abzuwägen. Der Historiker möge solche Wiederholungen entschuldigen. Dem Laien wird damit ein Nachlesen der Quellen erspart, ohne daß der spannungsreiche Ablauf des Geschehens dadurch — wie ich hoffe — weniger deutlich zu werden braucht.

Neben dem einschlägigen deutschen Schrifttum wurden die wesentlichen polnischen Arbeiten berücksichtigt. Da diese deutsche und polnische Akten, u. a. aus den Archiven in Posen, Bromberg, Danzig und Warschau, auch aus den Archiven in Potsdam, Dresden und dem Zentralarchiv in Merseburg herangezogen haben, wurde es möglich, uns heute schwer zugängliche Dokumente mitzuverwerten. Eine beigefügte Bibliographie [4] gibt über die wesentlichen Arbeiten der Vergangenheit und Gegenwart Auskunft.

Eine Zeittafel im Anhang soll die Übersicht über ein turbulentes Geschehen erleichtern. Sie enthält absichtlich auch gegen das Polentum gerichtete preußische Maßnahmen, um die Feindseligkeit der polnischen Aufständischen zu erklären.

Dem J. G. Herder-Institut in Marburg und seinem stellvertretenden Direktor *Dr. Richard Breyer* habe ich Dank für Rat und Hilfe bei der Beschaffung der notwendigen Literatur abzustatten. Zu danken habe ich aber auch den Kameraden, die jene Zeit des Aufstandes mit mir erlebt haben: Herrn General d. Inf. a. D. *F. A. Schack*, Herrn *B. v. Saenger*, Herrn *Fr. K. Kriebel*, Herrn *Dr. Carl Streitz*, Herrn *Norbert Kindler* u. a. Von ihnen erhielt ich wichtige Hinweise. Besonderer Dank gebührt der „Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen" und ihrem Vorsitzenden Herrn Prof. *Dr. Gotthold Rhode*, die meine Arbeit gefördert haben. Sie sei dem Andenken an meinen Sohn *Wolfgang* gewidmet, der als Leutnant der Panzerartillerie nach der Schlacht von Stalingrad im Alter von noch nicht 20 Jahren den Strapazen der russischen Gefangenschaft erlag.

Hannover, im Frühjahr 1967

Dietrich Vogt

4 Siehe Anlage 5 auf Seite 118.

I

DIE GESCHICHTLICHE BEDEUTUNG DES GROSSPOLNISCHEN AUFSTANDES IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART

Man mag es vielleicht für überflüssig halten, heute einem Ereignis wie dem Großpolnischen Aufstand von 1918/19 nachzugehen, das — nach den viel größeren und tiefer einschneidenden Eingriffen in das mitteleuropäische Staatengefüge durch den Zweiten Weltkrieg — von geringer, nebensächlicher historischer Bedeutung erscheinen kann. Die Aktualität des Themas wird aber sofort deutlich, wenn man die Fülle polnischer Arbeiten bis in die Gegenwart übersieht und den Aufstand als Vorstufe des Zweiten Weltkrieges deutet, der Deutschlands östliche Nachbarn Ziele erreichen ließ, die wenigstens zum Teil schon damals von ihnen angestrebt wurden.

Viele Historiker und Politiker dürften die Ansicht bestreiten, daß der Großpolnische Aufstand den Versailler Friedensvertrag wesentlich beeinflußt hat. Auch *B. Hulewicz*, 1918 aktiver Teilnehmer am Posener Aufstand und 1933 Oberst im polnischen Generalstab, hat in seiner ruhigen und bedächtigen Art Bedenken geäußert, ob jenem Geschehen das Gewicht beizumessen sei, das ihm viele polnische Verfasser in ihren Berichten gegeben haben und — vor allem aus dem Kreise der polnischen Teilnehmer und der Posener Polen überhaupt — wahrscheinlich auch weiter geben werden. Leidenschaftslos, wie es einem höheren Offizier angemessen ist, schreibt er wörtlich: „Es ist heute schwer vorauszusehen, wie die Geschichte die Ereignisse in Großpolen vom November und Dezember 1918 bewerten wird. Ob sie die Befreiung des Großherzogtums Posen als Endergebnis des großen Krieges und der Niederlage der Deutschen und den Dezemberaufstand nur als Beschleunigung der Tatsache der Vereinigung des Herzogtums Posen mit dem Mutterlande darstellt, die später auch so durch die Entscheidung des Friedenskongresses erfolgt wäre, oder ob sie ihnen aber eine erstklassige Bedeutung zuschreibt“.[1] Man wird verstehen, wie schwer jedem das Eingeständnis fallen muß, der eigene, zu Opfern bereite Einsatz sei vielleicht doch überflüssig gewesen und habe den Gang der Geschichte nicht in dem Maße beeinflußt, wie man es zu eigenem Ruhme gewünscht hätte. In der Rückschau müßte man dann einsehen, daß Blut unnötig vergossen wurde, daß die Entscheidungen schließlich allgemein politischer Art waren und von den Diplomaten fern vom Kampffeld getroffen wurden. Das wird sich besonders zeigen, wenn wir die Dokumente der Friedenskonferenz in Paris über die „Polnische Frage“ heranziehen.[2]

Z. Wieliczka, dem man nicht nachsagen kann, er habe sich nicht um eine objektive Darstellung bemüht, kommt allerdings zu folgendem Ergebnis: „Der Großpolnische Aufstand war eine Notwendigkeit, da er den polnischen Standpunkt in der Frage der Westgrenzen unseres Staates erleichterte. Die Politik der vollendeten Tatsachen

1 *B. Hulewicz*, Powstanie Wielkopolskie, Zamość 1920, S. 6/7.

2 Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r., Dokumenty i materiały, Bd. 1, Warschau 1965 (später zit. „Sprawy polskie“) und Problem polsko-niemiecki w Traktacie Wersalskim, praca zbiorowa pod redakcją *J. Pajewskiego*, Posen 1963 (später zit. „Problem polsko-niemiecki“).

feierte hier ihren Triumph".[3] Die Ansicht *Wieliczkas* von der geschichtlichen und für die Friedenskonferenz in Paris ausschlaggebenden Bedeutung wird auch heute noch von manchen Polen geteilt. So schreibt z. B. 1963 *Karol Lapter:* „Allein dank der großpolnischen und oberschlesischen Aufstände erhielt Polen wenigstens einen Teil der Gebiete, die ihm aus ethnographischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen gehörten".[4] *Paweł Hęciak* ruft 1966 dazu auf, sich in Polen wie in der Emigration auf die 50-Jahr-Feiern des Aufstandes vorzubereiten, „denn wir werden uns erinnern, daß dieses Ereignis zu den ruhmvollsten Erfolgen des großpolnischen Volkes gehört und auch in die Blätter der Geschichte des ganzen polnischen Volkes eingetragen wurde".[5]

Da das gesamte preußische Teilgebiet nur 8% des alten Polen vor den Teilungen im 18. Jahrhundert ausmachte gegenüber 80% unter russischer Herrschaft, ist es zu verstehen, daß der Aufstand in der Provinz Posen von vielen polnischen Historikern anders eingeschätzt wird, als lokaler Patriotismus es sehen möchte. Schon bei *Wieliczka* selbst finden wir in gewisser Hinsicht einen Widerspruch zu seiner oben zitierten Ansicht. Er weist nämlich an anderer Stelle darauf hin, daß die preußische Regierung von sich aus dem Obersten Polnischen Volksrat in Posen (kurz OPV oder polnisch als „Naczelna Rada Ludowa", NRL, bezeichnet) den Gedanken nahelegte, im Posenschen die Verwaltung zu übernehmen, wobei sie allerdings voraussetzte, daß die souveränen Rechte des Preußischen Staates bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zu respektieren seien. Das hätte, da Deutschland in den Waffenstillstandsbedingungen mit den 14 Punkten *Wilsons* auch das Recht des polnischen Volkes auf einen freien Staat anerkannt hatte, eine friedliche Lösung der deutsch-polnischen Frage möglich gemacht. *Wieliczka* fährt dann fort: „Eine solche Lösung des Konfliktes glich jedoch nicht die aktuelle Divergenz zwischen den großpolnischen Politikern und dem Lager des bewaffneten Kampfes aus. In dieser Divergenz steckte die wesentliche Ursache der Ausdehnung und Vertiefung des großpolnischen Aufstandes." [6] Dieses Eingeständnis bedeutet, daß die Ursache des Aufstandes weder in der Unterdrückung der Polen, noch in der mangelnden Bereitschaft der deutschen Regierung, polnischen Wünschen entgegenzukommen, oder gar in deutschen Demonstrationen und Provokationen zu suchen ist.

Wahrscheinlich hat *Henryk Zieliński* nicht ganz unrecht, wenn er eine der wesentlichen Ursachen des Aufstandes in dem Bestreben polnisch-nationalistischer, konservativer und kirchlicher Kreise Großpolens sieht, ein Gegengewicht gegen das „rote" Königreich (Kongreßpolen) zu schaffen. Posen sollte schon geformt in die neue polnische Staatlichkeit eintreten und auf die inneren, gesellschaftlichen Verhältnisse einwirken. Auch die Konkurrenz mit dem sozialistischen Lager *Piłsudskis* und die Furcht, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Posen würden sich bei einem von außen und ohne eigenes Tun kommenden Anschluß an das „Königreich" verschlechtern, spielten bei den Führern des Aufstandes keine geringe Rolle. Der Oberste Polnische Volksrat soll sogar angeblich bereit gewesen sein, sich einer even-

3 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 163.
4 *K. Lapter* in: Problem polsko-niemiecki w Traktacie Wersalskim, Posen 1963, S. 20.
5 *P. Hęciak* in: Przegląd Zachodni, Miesięcznik Związku Polskich Ziem Zachodnich, London 1966, Nr. 11/12, S. 7.
6 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 62.

tuellen Intervention des polnischen Heeres aus Kongreßpolen gegen Posen zu widersetzen.[7]

Von diesem Urteil ist es nicht mehr weit bis zu einer Verurteilung des Aufstandes als einer gegen die wahren Interessen des polnischen Volkes gerichteten Bewegung, wie wir sie im Schrifttum des heutigen Volkspolen finden. „Weil . . . die letzte Etappe des Weges zur Befreiung erhellt war von der Flamme der sozialen Revolution in dem übrigen polnischen Lande, angefacht durch den Großen Oktober", — so heißt es bei *Florian Miedziński* — „demaskierten die großpolnischen besitzenden Klassen die Nichtigkeit ihrer patriotischen Losungen, mit denen sie ihr angebliches Recht auf die Führung der Gesellschaft begründeten. Die um ihre Privilegien besorgten adligen Großgrundbesitzer mit der Kirchenhierarchie und dem reichen Bürgertum wählten in diesem entscheidenden Augenblick einen anderen Weg als die großpolnische Arbeitermasse in Stadt und Land . . . Ursache dafür waren in den letzten Wochen des Jahres 1918 die Klasseninteressen des polnischen Bürgertums. Ihr Polentum war schon lange nur formal, zerfressen durch den Materialismus der Leute, die hineingewachsen waren in die Blüte des imperialistischen Deutschlands, sie fühlten sich in ihm wohl und hatten keine Lust, die ‚goldenen Fesseln' zu zerreißen, die sie mit ihm verbanden, zumal da zusätzlich auf dem Restgebiet Polens, das durch den Krieg zerstört und noch ohne Garantie für gute Geschäfte war, das Proletariat den Versuch unternahm, eine Volksherrschaft zu errichten".[8] Demnach hätte also der Aufstand in erster Linie das Ziel gehabt, eine bürgerliche Gesellschaftsordnung zu retten, nicht aber sich von Deutschland zu lösen! Wir begegnen hier einem nur allzu deutlich einseitig ideologisch-kommunistisch gefärbten Vorurteil. So kann man einem in seinen Ursachen vielfältigen geschichtlichen Vorgang nicht gerecht werden. Auch im Lager der von *Roman Dmowski* angeführten polnischen Nationaldemokraten, die hier angeprangert werden sollen, waren wie bei den Anhängern *Piłsudskis* die Gegner eines bewaffneten Aufstandes in einer überwältigenden Mehrheit. *F. Miedziński* widerspricht sich selbst, wenn er an anderer Stelle sagt, die Bourgeoisie habe alles getan, um den Aufstand nicht ausbrechen zu lassen.[9]

Roman Dmowski schrieb noch Ende März 1917 an den englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: „Der Aufbau Polens in den Grenzen von 1772 ist heute nicht möglich und würde keinen starken Staat ergeben. Die Grundlage eines starken Polens ist ein Gebiet, in dem die Masse der Bevölkerung polnisch spricht, sich ihrer polnischen Nationalität bewußt und mit der polnischen Sache verbunden ist".[10] Diese Bedingungen trafen für große Teile der preußischen Provinzen Posen und Westpreußen nicht zu. *Dmowski* wie dem Obersten Polnischen Volksrat in Posen lag es zunächst tatsächlich fern, durch einen bewaffneten Aufstand vollen-

---

7 Vgl. *H. Zieliński*, Organizowanie się państwa polskiego pod rządami Moraczewskiego. Walka z ruchem rewolucyjnym. In: Historia Polski (Makieta), Bd. IV, T. I, Warschau 1966, S. 155 ff.

8 Vgl. *F. Miedziński*, Poznań w okresie burżuazyjnego państwa polskiego. 1918—1939. In: Dziesięć wieków Poznania, Bd. 1, Posen/Warschau 1956, S. 213—284.

9 Ebd., S. 215.

10 Zitiert nach *T. Komarnicki*, Piłsudski a polityka wielkich mocarstw zachodnich, London 1952, S. 17.

dete Tatsachen zu schaffen. Daß sich ihr Standpunkt später geändert hat, steht auf einem anderen Blatt.

Ähnlich wie *Dmowski* und der OPV verhielt sich *J. Piłsudski.* Noch am 31. 10. 1918 erklärte er dem späteren Vertreter der Reichsregierung in Warschau, dem *Grafen Kessler,* daß nach seiner (*Piłsudskis*) Meinung die gegenwärtige polnische Generation im Posenschen und in Westpreußen keinen Krieg gegen Deutschland führen würde. Wenn allerdings die Entente ihnen beide Provinzen schenken sollte, würde sie nicht „nein" sagen. Aber sie selbst würde darum keinen Krieg beginnen.[11]

Nach allen diesen widerspruchsvollen Ansichten müssen wir zu dem Schluß kommen: Es ist allein der militante Radikalismus einer kleinen Gruppe gewesen, die zum Aufstand drängte und der sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht zu widersetzen wagte, um sich nicht dem Verdacht des nationalen Verrats auszusetzen. Damit aber verliert der Aufstand auch an politischer Bedeutung, so weit es sich um seinen Einfluß auf den Versailler Friedensvertrag handelt.

Wer von deutscher Seite über den Großpolnischen Aufstand berichtet, kann leider keine Ruhmesblätter deutscher Geschichte aufschlagen. Wohl kann man auf Beweise aufopfernder Vaterlandsliebe und Heimattreue hinweisen. Man kann aber die überwiegend negativen Seiten der preußisch-deutschen Politik dieser Zeit nicht übersehen: Unentschlossenheit, wo tatkräftiges Handeln notwendig gewesen wäre, und oft nur scheinbares Nachgeben, mit dem den Polen Zugeständnisse gemacht wurden, die dann nicht eingehalten wurden und die sie noch mehr verbitterten. Aber auch auf polnischer Seite sind Verhaltensweisen zu verzeichnen, die dem polnischen Volk nicht viel Ruhm eintragen. Es waren nicht allein die so oft wiederholten polnischen Zusagen, keine vollendeten Tatsachen schaffen und die Entscheidungen der Friedenskonferenz abwarten zu wollen, die, immer wieder gebrochen, kein gutes Licht auf das Verhalten der polnischen Politiker werfen. Die Frage ist allerdings, ob ein solches Vorgehen der Polen politisch notwendig war, oder ob es nicht vielmehr aus einer Zwangslage heraus erfolgte, in welche die damals in Posen führenden Männer durch polnische Überpatrioten gebracht wurden. Der Verlauf des Aufstandes weist eher auf die zweite Annahme hin. Solche Ansicht äußerte auch *Robert Coester,* der als Landrat von Jarotschin Land und Volk kannte: „Es liegt kein hinreichender Grund vor anzunehmen, daß die polnischen Führer den Ende Dezember begonnenen Aufstand von Anfang an geplant haben. Weil er so kam, mußte er nicht beabsichtigt sein. Es liegt insbesondere kein Anlaß vor, alles dasjenige, was die Polen über ihre Absichten, dem Friedenskongreß nicht vorzugreifen, aussprachen, als Lüge zu brandmarken, lediglich darum, weil der Aufstand später tatsächlich erfolgte".[12]

Wir treffen also auch im deutschen Schrifttum über den Großpolnischen Aufstand verschiedenartige Ansichten an. Jemand, der in ihm eine vorweggenommene Entscheidung der Friedenskonferenz erblickte, wird mit der Verurteilung der aufständischen Polen als Landesverräter zugleich eine heftige Kritik der Reichs- und Preußischen Regierung und der Militärbehörden verbinden, die es versäumt haben,

11 Vgl. Rozmowa Piłsudskiego z hrabią Kesslerem, bearb. von *J. Holzer,* in: Kwartalnik Historyczny. 68. 1961. H. 2, S. 447—450.

12 *R. Coester,* Die Loslösung Posens, Berlin 1921, S. 51/52.

ihre noch vorhandene, nicht geringe militärische Macht einzusetzen, um den Aufstand niederzuschlagen. Auch hier urteilt *R. Coester* sehr viel nüchterner: „Ob durch den Aufstand ein politischer Gewinn erzielt wurde, der den Polen nicht ohnedies zugefallen wäre, ist zweifelhaft".[13] Einen Vergleich mit den Vorgängen in Galizien, wo es keinen Aufstand gegeben hat, kann man kaum heranziehen. Dort hatte sich bereits am 27. 10. 1918 in Krakau eine „Liquidations-Kommission" gebildet, und schon vor der Auflösung Österreich-Ungarns entstand nach einigen Zwischenlösungen am 7. 11. 1918 in Lublin eine „Vorläufige Volksregierung". In Aufrufen für ein „vereinigtes, unabhängiges Polen" war selbstverständlich auch Posen eingeschlossen. Durch Verhandlungen wurde erreicht, daß bis zum 9. 11. 1918 Galizien und fast ganz Kongreßpolen von den Truppen der Teilungsmächte kampflos geräumt waren.[14]

In der Provinz Posen mit seiner in den nördlichen, westlichen und südlichen Kreisen überwiegend deutschen Bevölkerung sah es grundsätzlich anders aus. Niemand konnte erwarten, daß diese Gebiete sich freiwillig einem neu entstehenden Polen anschließen würden, zumal da dieser Anschluß im Gegensatz zu den von Deutschland angenommenen Waffenstillstandsbedingungen gestanden hätte. Erst recht wollte man sich nicht einem bewaffneten Aufstand fügen, den man als Vorgriff auf die Entscheidungen der Friedenskonferenz ansehen mußte.

50 Jahre sind seit dem Großpolnischen Aufstand vergangen, aber noch immer bleibt der Wunsch von *B. Hulewicz* unerfüllt, die Geschichte möge ihr Urteil über die Rolle fällen, die er gespielt hat. „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt" schwanken auch heute die Ansichten über die geschichtliche Bedeutung jener fernliegenden Zeiten. Jedenfalls erscheint es nicht unwichtig, dieser politischen Episode Zeit und Arbeit zu widmen. Sie vermittelt uns mancherlei Einsichten, die wir nicht entbehren sollten.

13 Ebd., S. 64.
14 Vgl. *G. Rhode,* Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965, S. 456 ff.

II

POLNISCHE AUFSTANDSVORBEREITUNGEN IN DER ZEIT VOR DER DEUTSCHEN NOVEMBER-REVOLUTION

Seit den „polnischen Teilungen“ gab es keine polnische Generation, die nicht jede kriegerische Auseinandersetzung oder soziale Revolution in Europa für ihre nationalen Interessen auszunutzen versucht hätte. Diese Standhaftigkeit hat der polnischen Nation manche internationale Achtung eingebracht. Auch wir sollten sie ihr nicht versagen. Mit Recht schreibt *G. Rhode* in seiner „Kleinen Geschichte Polens“ 1965: „Es ist eine der großen Leistungen der polnischen Nation, daß sie in den Jahrzehnten der Auseinanderentwicklung und der offenbaren Hoffnungslosigkeit jedes bewaffneten Kampfes die für den physischen Bestand den meisten Erfolg versprechende ‚opportunistische‘ Teilgebietshaltung mit dem Festhalten an der geschichtlichen und geistigen Einheit und dem Ziel der Wiedergewinnung einer eigenen Staatlichkeit ohne innere Schäden und Brüche zu vereinen wußte“.[1] Auf der anderen Seite hat sie aber auch als vermeintlicher Unruhestifter sich Freunde verscherzt.

Unser Thema beschränkt sich auf die Vorbereitungen des Dezemberaufstandes in der Provinz Posen im Jahre 1918. Man wird dabei auf den Personenkreis zurückgreifen müssen, der für die polnische Politik vor und während des Aufstandes bestimmend war. Es sind dies vor allem *Roman Dmowski*, geboren am 9. 8. 1864 in Warschau, und *Józef Piłsudski*, geboren am 5. 12. 1867 in Żułowo bei Wilna. In ihrer Jugend hat in den Erzählungen der älteren Generation der gescheiterte Polenaufstand von 1863 sicher eine große Rolle gespielt. Ihre späteren Erlebnisse haben ihre verschiedenartige, politische Haltung geprägt. Die Aussicht, die Freiheit in einem geeinten polnischen Staat durch Kampf zu erlangen, war auf einen Tiefpunkt gesunken. Daher begann auch eine ganz andere Art politischer Arbeit, die „Arbeit an den Grundlagen“, die „praca od podstaw“, wie man sie genannt hat. Sie war im Posenschen zunächst eine Arbeit, die der wirtschaftlichen Stärkung des Polentums dienen sollte, ohne daß militärische Ziele ins Auge gefaßt wurden, die aussichtslos erscheinen mußten. Selbst noch bei Ausbruch des Krieges 1914 konnte man sich nicht vorstellen, wie die „polnische Frage“ gelöst werden könnte. Für die Teilungsmächte existierte sie praktisch nicht. Es gab für sie deshalb auch keine Konzeption. Aber auch die Entente hatte kein polnisches Befreiungsprogramm.[2] Für die Westmächte war Polen eine innere Angelegenheit ihres Verbündeten Rußland. Daher hatte zu Beginn des Krieges Polen keinerlei Freunde bei ihnen. Nur Rußland glaubte mit Unterstützung der Polen seine Macht nach Westen ausdehnen zu können. Es versprach bereits am 14. 8. 1914 in einem Aufruf seines Oberbefehlshabers Großfürsten *Nikolaj Nikolaevič* eine Wiedervereinigung Polens „unter dem Zepter des Zaren“. Für die Polen in „Großpolen“, der Provinz Posen, und überhaupt im preußischen Teilgebiet, konnte die Aussicht, Rußland einverleibt zu werden, nicht verlockend sein. Nur *Dmowski* und seine Anhänger sahen hier eine Chance. Für sie, die allpolnische und zugleich panslawistische Ideen vertraten, war Loyalität gegenüber Rußland selbstverständlich. *Dmowski*, für den Deutschland der gefährlichste Feind war, sah in

1 *G. Rhode*, Kleine Geschichte Polens, S. 399/400.
2 Vgl. Sprawy polskie, S. 9.

einem bewaffneten Aufstand nicht den richtigen Weg zu seinem politischen Ziel. Er versuchte es vielmehr durch eine internationale diplomatische Aktion zu erreichen (vgl. Anlage 1). Sein großer und erfolgreicherer Gegenspieler *Józef Piłsudski* hatte schon von Jugend an gegen das Zarentum gekämpft. Das führte ihn zur Teilnahme am Kampf an der Seite der Mittelmächte. Daß er trotzdem nicht ihr willenloses Werkzeug war, zeigte sein Verhalten im Jahre 1917, als er ihnen die Gefolgschaft verweigerte und in Magdeburg inhaftiert wurde. Trotzdem begegnete man ihm in Großpolen, der Hochburg der von *Dmowski* geführten Nationaldemokraten, weiter mit Mißtrauen.

So sehr man annehmen darf, daß die beiden hervorragenden Führer des Polentums bei Ausbruch des Krieges dem Gedanken an einen Aufstand fernstanden, so sehr die preußischen Polen in ihrer überwältigenden Mehrheit im preußischen Heer mit gleicher Tapferkeit wie ihre deutschen Kameraden ihre Pflicht erfüllten — übrigens ein Grund, warum die Preußische und die Reichs-Regierung nicht an ihrer Loyalität zweifelten —, ist dies kein Gegenbeweis, daß eine polnische Minderheit in Großpolen nicht doch den Aufstand von 1918 vorbereitete. Der Gedanke an eine ruhmreiche und nur noch verklärt erscheinende Vergangenheit war nicht verblaßt.[3] Nachdem das Polentum in der Provinz Posen durch eigene Genossenschaften, eigene Banken, kulturelle und sportliche Vereine wirtschaftlich, politisch und zahlenmäßig erstarkt war, schob sich immer mehr in einigen Kreisen der Gedanke einer gewaltsamen Loslösung von Preußen in den Vordergrund. *Wieliczka* vertritt die Ansicht, daß erst „im Moment, als die deutschen Throne zusammenstürzten, ... die Frage der politischen Zugehörigkeit der polnischen Länder des preußischen Teilgebiets auf der Bildfläche" erschien.[4] Das gilt nicht für die diplomatischen Aktionen. Schon bald nach der Proklamation der Mittelmächte für ein neues Königreich Polen am 5. 11. 1916 beeilten sich die Westmächte, als Gegenschlag ihre eigenen Pläne für eine Befreiung Polens zu verkünden. *Wilson* hatte sich schon vor dem Eintritt der USA in den Krieg (10. 4. 1917) für einen „Frieden ohne Sieg und ein vereinigtes, unabhängiges und autonomes Polen" in einer offiziellen Erklärung vom 22. 1. 1917 ausgesprochen. Frankreich und England hatten geglaubt, aus Rücksicht auf den russischen Verbündeten sich in der polnischen Frage zurückhalten zu müssen. Dieser Grund entfiel, als die „Provisorische Russische Regierung" selbst am 30. 3. 1917 einen unabhängigen polnischen Staat proklamierte „aus allen Gebieten, deren Bevölkerung in der Mehrheit aus Polen besteht". Frankreich erkannte am 20. 9. 1917 das „Polnische National-Komitee" in Lausanne als berechtigte Vertretung des polnischen Volkes, aber nicht als Exilregierung, an. Es folgten im Oktober und November Großbritannien, Italien und die USA. Nach dem Waffenstillstand zwischen Rußland und

---

3 Selbst in den Kreisen der älteren Generation des bodenständigen Deutschtums war ein gewisses Mitempfinden mit den Polen, wie zur Zeit der Polenschwärmerei nach den mißglückten Aufständen, nicht ganz verschwunden. Ich erinnere mich, daß meine Mutter in meiner Kindheit mir die Lieder vorsang, die sie in den 70er Jahren auf einer deutschen Schule in Posen gelernt hatte: „Denkst du daran, mein tapferer Lagienka", und „In Warschau schwuren's Tausend auf den Knien, kein Schuß im heil'gen Kampfe sei getan" „Die letzten Zehn vom 4. Regiment". Noch heute, nach fast 70 Jahren, klingen mir diese Lieder im Ohr. Erst das Vordringen des Polentums in der Provinz führte zu stärkerer deutscher Abwehrhaltung.

4 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 147.

Deutschland vom 5. 12. 1917 und dem Beginn der Friedensverhandlungen zwischen beiden Mächten in Brest-Litowsk am 22. 12. 1917 forderte am 5. 1. 1918 *Lloyd George* einen unabhängigen polnischen Staat als eines der Kriegsziele.

Die deutsch-österreichische Proklamation, die den Polen in Preußen die Hoffnung auf eine Vereinigung mit dem übrigen Polen nahm, förderte statt einer Verbesserung der deutsch-polnischen Verhältnisse nur die Vorbereitungen zum Großpolnischen Aufstand, die aber schon bedeutend früher eingesetzt hatten, ohne die Massen des Polentums in der Provinz Posen zu erfassen.

Als eine Art Vortrupp der öffentlichen und legalen polnischen Verbände in den Aufstandsvorbereitungen kann man den bereits 1885 gegründeten „Sokół-Verein" (die „Falken") bezeichnen. Er übernahm mit der Zeit immer stärker eine konspirative Aufgabe. Im Jahre 1914 zählte er allerdings im ganzen Reichsgebiet nur 14 000 Mitglieder, eine Zahl, die während des Krieges sogar noch bedeutend geringer wurde, da viele Mitglieder des Sokół zum Heeresdienst einberufen wurden. Er entfaltete aber doch eine rege Tätigkeit. An der Spitze des Verbandes stand 33 Jahre lang *Bernard Chrzanowski,* der aus Furcht vor illegaler Tätigkeit und vor Repressalien durch die preußische Polizei entschieden gegen die Neigung einzelner Mitglieder zu militärischen Übungen auftrat. Das wurde erst anders auf einem Sokół-Treffen (zlot) im August 1918 in Urbanowo bei Posen. „Hier sang zum ersten Male öffentlich und in Gegenwart der schon damals machtlos vor Wut schäumenden Vertreter der preußischen Behörden die zahlreich versammelte polnische Öffentlichkeit die ‚Rota' (das bekannte deutschfeindliche Gedicht der polnischen Dichterin *M. Konopnicka*) einschließlich des Verses: ‚Nie będzie Niemiec pluł nam w twarz. . .' [Nicht mehr wird uns der Deutsche ins Gesicht speien . . .]". So schildert es wenigstens *Markiewicz.*[5] Das ist sicher eine stark übertriebene und subjektive Darstellung. Es ist kaum anzunehmen, daß preußische Beamte, falls sie nicht Polen waren, an diesem Treffen teilnahmen, Deutsche hätten den Text der Rota kaum gekannt oder den Text beim Singen — dank einer falschen preußischen Schulpolitik, die verhinderte, daß Deutsche Polnisch lernten — nicht verstanden, am wenigsten werden sie „machtlos vor Wut geschäumt" haben. Im August 1918 waren trotz der in diesem Monat beginnenden, durch die Amerikaner verstärkten Offensive im Westen die preußischen Behörden in der Provinz Posen durchaus nicht machtlos und hätten gegen den Sokół einschreiten können. Das Urbanowoer Treffen hatte jedenfalls zur Folge, daß sich am 20. 10. 1918 ein Ausschuß des Sokół-Verbandes dazu entschloß, den ihm unterstellten Gliederungen zu befehlen, „die Frei- und Geräte-Übungen einzustellen und dafür, wenn es möglich ist, sogar mit der Waffe in der Hand Übungen abzuhalten".[6]

Nicht geringere Bedeutung kommt den „Großpolnischen Pfadfindern" (Harcerstwo) zu. Diese Bewegung geht in ihren Anfängen bis auf das Jahr 1912 zurück. Es war ein Jugendverband, dem vornehmlich Gymnasiasten angehörten und bei dem der Gedanke an einen bewaffneten Aufstand von Anfang an lebendig war. Ihre ersten „Fähnlein" (Hufce) waren behördlich nicht genehmigt. Erst 1913 traten sie an die Öffentlichkeit. Anfang 1918 wurden sie behördlich verboten, blieben aber im Unter-

5 Powstanie Wielkopolskie 1918—1919, Posen 1958, S. 46.
6 Ebd., S. 47.

grund bestehen. Außerhalb der Stadt Posen hatte das Harcerstwo nur in wenigen größeren Städten der Provinz eine geringe Zahl von Anhängern. Es wurde von einigen Angehörigen der älteren Generation unterstützt, die für die Pfadfinder agitierten und sich für ihre Ideen begeisterten. In der Aktion der Vorbereitung zum Aufstand spielte das Posener Harcerstwo eine ziemlich bedeutende Rolle, hauptsächlich deswegen, weil auf seiner Grundlage die „Polnische Militär-Organisation des preußischen Teilgebietes" (Polska Organizacja Wojskowa Zaboru Pruskiego = POW) entstand, die *Wincenty Wierzejewski* im Februar 1918 gründete.[7] Dieses Datum muß man aber eher als ein fingiertes ansehen, da erst im Februar nur formal der Name POW angenommen wurde. Tatsächlich hat diese Organisation schon viel früher im Geheimen bestanden.

Am Ausgang des ersten Kriegsjahres gründeten *Karol Rzepecki* und *Antoni Wysocki,* die beide den „Falken" (Sokół) angehörten, eine „Geheime Unabhängigkeitsorganisation" (Tajna Organizacja Niepodległościowa = TON), über deren Tätigkeit uns keine Unterlagen vorliegen. Sie dürfte jedenfalls keine friedlichen Ziele gehabt haben, da sie geheim gehalten wurde und *Rzepecki* später eine führende Rolle bei den Aufstandskämpfen hatte.

Stark beteiligt war sicher die „Vereinigung Polnischer Jugend" (Związek Młodzieży Polskiej), kurz „Zet" genannt. Sie organisierte bereits in den letzten Vorkriegsjahren besondere Militärsektionen, über deren Stärke allerdings keine Angaben vorliegen.[8]

Der „Zet" entstand 1887 in Krakau, gleichzeitig mit der „Liga Polska" in der Schweiz. Der Zweck aller polnisch-völkischen Organisationen war es, Kräfte zu sammeln, „um die Unabhängigkeit Polens in den Grenzen vor den Teilungen zu erlangen, ohne auch die Teile aus dem Auge zu verlieren, die schon früher von der Rzeczpospolita Polska abgefallen waren". Zu diesem Zweck wurden, oft nur für eine kurze Zeit, immer wieder neue Vereine, meist geheim, gegründet, die auch militärische Übungen abhielten. Die ganze Vielfalt solcher Vereine in Schlesien schilderte 1963 *Fr. Szymiczek.*[9] Es sei darauf verzichtet, sie einzeln aufzuzählen, obwohl die treibenden Kräfte aus Großpolen stammten. Dazu war die Zeitdauer des Wirkens dieser Vereine zu kurz, ihre Mitgliederzahl zu klein. Erwähnenswert ist vielleicht die 1904 entstandene „Grupa Narodowa", der u. a. der spätere polnische Schulkurator von Thorn *August Riemer* aus Posen angehörte.

W. Lipiński berichtet, daß *Piłsudski* schon 1904 bei Ausbruch des russisch-japanischen Krieges in Kongreßpolen Kampfabteilungen aus den Mitgliedern der Polnischen Sozialistischen Partei bildete, aus denen sich 1905 und 1906 eine „Kampforganisation" (Organizacja Bojowa PPS) mit 5000 bis 5500 Mann ent-

7 *Wierzejewski* war einer der ersten Pfadfinder (scouts) und wird von *Zdzisław Grot* als „vielfacher Deserteur" bezeichnet (Powstanie Wielkopolskie [1958], S. 162). Der Ausdruck „zabór" kann zutreffend ins Deutsche nicht mit „Teilgebiet" oder „annektiertes Gebiet" übersetzt werden. Er schließt auch zugleich den Begriff „Raub" ein und verleiht damit den Mitgliedern der POW eine Art moralischer Rechtfertigung für ihre Tätigkeit gegen den Staat, dessen Bürger sie sind.

8 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 160.

9 *Fr. Szymiczek,* Stowarzyszenia akademickie polskiej młodzieży górnośląskiej we Wrocławiu 1863—1918, Breslau/Danzig/Krakau 1963.

wickelt habe.[10] Nach der verlorenen Revolution gingen viele als Emigranten nach Galizien.

Ende 1908 gründete *Kazimierz Sosnkowski* in Lemberg eine geheime Organisation unter dem Namen einer „Vereinigung des tätigen Kampfes" (Związek Walki Czynnej = ZWC). Sie breitete sich zunächst in anderen galizischen Städten, dann auch in Kongreßpolen und im Ausland aus. *Piłsudski* übernahm die Ausrichtung der Arbeit. Es entstanden Militärschulen mit Unteroffiziers- und Offiziers-Lehrgängen. Die Teilnehmer rekrutierten sich hauptsächlich aus der akademischen Jugend. 1910 wurde der ZWC den österreichischen Behörden verdächtig. Man organisierte um. So entstand daraus ein „Schützenverband" (Związek Strzelecki), in Krakau „Towarzystwo Strzelec" genannt, dessen oberster Kommandant wieder *Piłsudski* war. Von 1912 an bis zum Kriegsausbruch entstanden „Schützenabteilungen" (Drużyny Strzeleckie) nach dem galizischen Muster auch im Posenschen und in Westpreußen. Während aber die galizischen Schützen am 6. 8. 1914 unter *Piłsudski* in Kongreßpolen einrückten und bald darauf die Legionen gebildet wurden, berührte dieser Schritt nicht die Schützen im preußischen Teilgebiet. Selbst in Kongreßpolen zeigten sich die Dorfbevölkerung und die polnische Intelligenz eher feindlich gegen *Piłsudski* und einem Kampf gegen Rußland abgeneigt. Erst nachdem die 1. und 3. Brigade der Legionen am 9. 7. 1917 den von den Mittelmächten verlangten Eid verweigert hatten, gewann die in den ersten Wochen des Krieges im russischen Teilgebiet von *Adam Koc* gegründete und gegen die Russen gerichtete „Polnische Militärorganisation" (Polska Organizacja Wojskowa = POW) an Bedeutung. Sie hatte eine Partisanentätigkeit im Rücken der russischen Armee ausgeübt. Als *Piłsudski* erkannte, daß keine Aussicht bestand, die Legionen zu einer Keimzelle eines polnischen Heeres für die polnische Regierung zu machen, sollte diese Aufgabe jetzt von der POW übernommen werden. Im Frühjahr 1917 trat an ihre Spitze der Oberst *Edward Rydz-Śmigły.* Damit begann die antideutsche Tätigkeit der POW Kongreßpolens.[11] Trotzdem kam es zu keiner rechten Zusammenarbeit zwischen den gleichnamigen Organisationen im Königreich und Galizien einerseits und im preußischen Teilgebiet andererseits. Dazu waren die ideologischen Unterschiede zwischen den einzelnen Teilen Polens für ein einiges Zusammengehen zu groß. Das wurde schon durch den Zusatz „POW Zaboru Pruskiego" deutlich gemacht. Allerdings hatte die Posener POW die Organisationsformen aus den anderen Teilgebieten übernommen, auch bereits 1912 im geheimen Kampf- und Militärübungen abgehalten.[12] Das folgende Urteil von *W. Lipiński* ist daher nicht ganz gerechtfertigt. Er behauptet: „Die Polen aus diesem (dem preußischen) Teilgebiet waren in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg fast völlig in Anspruch genommen durch den schweren und mühevollen Kampf mit der preußischen Regierung um das wirtschaftliche Dasein . . . Von einem Streben nach eigener Unabhängigkeit war . . . nicht die Rede . . ." [13]

Fast gleichzeitig wie die POW machte sich in Großpolen die „Nationaldemokratische Partei" (Endecja) bemerkbar. Anfänglich 1887 in der Schweiz als „Polnische

---

10 *W. Lipiński,* Walka zbrojna o niepodległość Polski 1905—1918, Warschau 1931, S. 6 ff.
11 Ebd., S. 105 ff.
12 *T. Klanowski,* Germanizacja gimnazjów w Wielkim Księstwie Poznańskim a opór młodzieży polskiej w latach 1870—1914, Posen 1962, S. 139.
13 *Lipiński,* Walka zbrojna, S. 3.

Liga“ (Liga Polska) gegründet, hatte sie sich 1894 zur „Nationalen Liga“ (Liga Narodowa) umorganisiert. 1904 begann sie als Nationaldemokratische Partei ihre Tätigkeit in Preußen. 1905 hatte *Dmowski* die Führung übernommen. Kurz nach Ausbruch des Krieges 1914 wurde eine Versammlung in Posen einberufen, an der auch die polnischen Abgeordneten des Preußischen Landtages und des Reichstages teilnahmen, außerdem die Vorsitzenden der größeren polnischen Vereine und Organisationen und die Redakteure einiger polnischer Zeitungen und Zeitschriften. Das hatte zur Folge, daß schon 1915 in Posen und anderen Städten der Provinz sich kleine Verschwörergruppen bildeten. Aus ihnen entstand 1916 das „Geheime Interparteiliche Komitee“ (Tajny Międzypartyjny Komitet), ein „Untergrundparlament“, das sich als Repräsentation aller Polen des preußischen Teilgebietes verstand. Aber auch um die Polen im Innern Deutschlands kümmerte man sich und setzte schon am 11. 11. 1917 eine Kommission ein, die ihre Rückkehr aus dem Reich nach Polen organisieren sollte. Zu gleicher Zeit entstand in Westfalen die später „Nationale Arbeiterpartei“ (Narodowa Partja Robotnicza) genannte Organisation, die eng mit der „Endecja“ zusammenarbeitete. Mitte 1918 nahm das geheime Komitee den Namen „Zentrales Bürger-Komitee“ (Centralny Komitet Obywatelski) an und bereitete für den Fall des Unterganges des Kaiserreiches die polnische Verwaltung besonders in Großpolen vor, da in Oberschlesien und Pommerellen wegen der geringen Zahl der polnischen Intelligenz Schwierigkeiten bestanden. Die Endecja und Klerikale hatten im „Bürgerkomitee“ den entscheidenden Einfluß. An eine Änderung gesellschaftlich-wirtschaftlicher Art dachte das „Bürgerkomitee“ nicht, es arbeitete vielmehr dagegen. Im Oktober 1918 ging man einen Schritt weiter und berief eine geheime Sitzung nach Posen, an der auch Vertreter aus Gnesen, Hohensalza, Samter und Obornik teilnahmen, und begann mit der Organisation eines eigenen Polizeiordnungsdienstes. Dabei dachte man allerdings noch kaum an einen bewaffneten Kampf gegen Deutschland, sondern verhielt sich in dieser Frage zum mindesten zurückhaltend. (Soweit folgt die Darstellung „Powstanie Wielkopolskie“ [1958], S. 37 ff.)

P. Hęciak weicht in seinem Aufsatz im „Przegląd Zachodni“ (London 1966) von diesen Angaben ab. Nach ihm bestand bereits 1902 ein „Geheimes Interparteiliches Komitee“ (Tajny Komitet Międzypartyjny), das gegen Ende 1914 zur Bildung geheimer Kampforganisationen anregte. *Hęciak* nennt auch 27 Namen von Teilnehmern, darunter die Namen späterer Mitglieder des Obersten Polnischen Volksrates in Posen. Mitte November habe das bisher geheim wirkende zentrale Komitee sich als „Oberster Polnischer Volksrat“ konstituiert. Bei der verschiedenen Beurteilung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in den drei Teilgebieten müssen wir mit solchen Widersprüchen rechnen. Es ist auch nicht wichtig zu entscheiden, welche Darstellung die richtige ist. An der Tatsache, daß auch im preußischen Teilgebiet zum mindesten bei einem Teil der jüngeren Generation, deren Gedächtnis die Fehlschläge früherer bewaffneter Aufstände nicht mehr so gegenwärtig waren und die eine zunächst im polnischen Volke vorherrschende Apathie überwunden hatte, der Gedanke an einen Kampf gegen Preußen nicht fern lag, kann kaum ein Zweifel bestehen. Schon lange vor dem Krieg hatte man begonnen, militärisch ausgerichtete Organisationen zu bilden, mit den Fehlschlägen Deutschlands auf den Kriegsschauplätzen mußte sich die Aktivität dieser Kreise verstärken.

Parallel zu den bisher genannten Organisationen entfaltete sich zusätzlich eine eigene Tätigkeit der Nationaldemokraten. *Marjan Seyda,* Redakteur des „Dziennik Berliński", einer in Berlin erscheinenden polnischen Zeitung, hatte sich bereits 1914 in die Schweiz abgesetzt. Am 15. 8. 1917 war er dort Mitbegründer des „Polnischen Nationalkomitees" (PNK), das von der Entente im September 1917 als offizielle Vertretung Polens anerkannt wurde und danach nach Paris übersiedelte. Es ist bemerkenswert, daß dieser Schritt erst unternommen wurde, nachdem durch die Proklamation eines Königreichs Polen durch die Mittelmächte diese Angelegenheit erneut zu einer internationalen geworden und Rußland in Kongreßpolen ausgeschaltet war. Das PNK war natürlich ganz nach den Westmächten orientiert und wurde darin noch besonders bestärkt, als *Wilson* am 8. 1. 1918 im 13. seiner „14 Punkte" erneut und ganz entschieden für ein freies unabhängiges Polen als eines der Kriegsziele der Entente eintrat. Damit wurde gleichzeitig die führende Rolle der polnischen Politiker anerkannt, die anscheinend eine friedliche Lösung des polnischen Problems anstrebten und einen Damm gegen das bolschewistische Rußland aufrichten konnten. Bei der Vielgleisigkeit der von den zahlreichen polnischen Vereinen und Organisationen eingeschlagenen Wege zu einem freien Polen ist schwer zu entscheiden, wo das Schwergewicht der Aufstandsvorbereitungen lag. Ebenfalls entzieht sich unserer Kenntnis, inwieweit die in dem von *Piwarski* herausgegebenen Bericht [14] genannten polnischen Vereine, die Sportklubs „Warta", „Stella", „Towarzystwo im. Tomasza Zana", „Czerwona Róża", „Przyszłość", „Ogniwo", „Iskra" und „Brzask" selbst aktiv einen Aufstand vorbereiten halfen, oder inwieweit ihre Mitglieder in den vorher genannten Organisationen dabei tätig waren. Ausgesprochen auf Kampf war jedenfalls die POW eingestellt. Sie war zunächst zahlenmäßig recht schwach und zählte noch im Frühjahr 1918 kaum 300 Mitglieder.

Ganz allgemein kann gesagt werden, daß zwischen den deutschen und polnischen Vereinen in der Provinz Posen bis 1918 ein wesentlicher Unterschied bestand, gleich ob sie soziale, politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche oder sportliche Interessen hatten. Die deutschen Organisationen nahmen ihre Mitglieder ohne Unterschied der Nationalität auf, die Polen blieben in ihren Vereinen unter sich, was ihnen eine eventuelle konspirative Tätigkeit erleichterte. Wahrscheinlich war aber auch das eine Folge einer falschen Schulpolitik der preußischen Regierung in der Sprachenfrage.

---

14 Powstanie Wielkopolskie, S. 157.

III

DIE DEUTSCHE NOVEMBER-REVOLUTION IN POSEN

Im April 1918 wurde ich als Leutnant der Reserve beim aktiven Feldartillerie-Regiment Nr. 20 während der sogenannten „Großen Schlacht in Frankreich" verwundet. Im Juli wurde ich aus dem Lazarett zur Ersatzabteilung nach Posen zur ambulanten Behandlung überwiesen. Dann erhielt ich den üblichen Genesungsurlaub, den ich auf einem Gut in der Provinz Posen verbrachte, und tat ab Anfang Oktober Dienst bei der 3. Ersatzbatterie, die Oberleutnant d. Res. *D.* führte. Es wurde nur leichter Dienst gemacht, da ja alle Leute Genesende waren. Für uns Offiziere bestand er im wesentlichen aus Schießunterricht, Reiten, Karabinerschießen mit den Mannschaften auf den Schießständen und den üblichen Offiziersronden in der Garnison. Nichts deutete auf eine Revolution oder auch nur auf eine Aufsässigkeit der Mannschaften hin.

Am 9. 11. 1918 gelangte nach Posen die Nachricht vom Entstehen von Soldatenräten nach der Matrosenrevolte in Kiel. Das veranlaßte unseren damaligen Abteilungsführer, mir noch am späten Nachmittag dieses Tages einen neuen Dienstzettel in die Wohnung zu schicken. War vorher nur vorgesehen, daß ich am Sonntag, dem 10. 11. als Offizier vom Kirchendienst in der Garnisonkirche tätig sein sollte, so erhielt ich jetzt noch zusätzlich den Befehl, am Montag, dem 11. 11. um 8 Uhr sämtlichen Unteroffizieren und Mannschaften der Ersatzabteilung „Vaterländischen Unterricht" zu erteilen. Dazu sollte es allerdings nicht mehr kommen. Am 10. 11. trafen pünktlich wie bisher die evangelischen Kirchgänger der Posener Ersatztruppenteile vor der Garnisonkirche ein und wurden mir vorschriftsmäßig gemeldet. Dann betraten sie die Kirche. Schließlich stand neben mir nur noch einsam und verlassen ein Unteroffizier des Ersatzbataillons des Inf. Rgt. 46 da, der vergeblich auf seine Leute aus dem „Kernwerk", dem Hauptfort der Festung Posen, wartete. Trotzdem ahnte man deswegen nichts Böses. Die begreifliche Unsicherheit der Kriegslage hatte allerdings dazu geführt, daß gewisse Sicherheitsmaßnahmen von den Militärbehörden gegen eine Revolution getroffen worden waren.[1] In der Stadt herrschte bei aller Spannung, was die Zukunft bringen würde, jedenfalls äußerlich völlige Ruhe. So nahm auch noch später niemand daran Anstoß, als Ende November — Anfang Dezember zum festlichen Empfang der Regimenter, deren Friedensgarnison die Stadt Posen war, Häuser und Straßen mit schwarz-weiß-roten und daneben den städtischen und zugleich polnischen weiß-roten Fahnen geschmückt wurden. Ich glaubte einen Scherz zu machen, als ich den Unteroffizier fragte, ob seine Leute etwa deswegen nicht kämen, weil sie wie in Kiel einen Soldatenrat bilden wollten. Inzwischen war es Zeit für den Gottesdienst geworden, und wir beide gingen als letzte in die Kirche.

---

1 Jedem Ersatztruppenteil waren, da die Kasernen weit auseinanderlagen, für einen Alarmfall bestimmte Stadtteile zur Besetzung zugewiesen worden; die Offiziersanwärter aus dem Warthelager, in dem sich etwa 20 km von der Stadt entfernt eine Führungsschule befand, hatte man zur Verstärkung der Garnison herangeholt und im Kaiser-Friedrich-Museum gegenüber dem polnischen Hotel „Bazar" und in der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in der Ritterstraße (später ul. Ratajczaka) Wache beziehen lassen. Offiziere mußten befehlsgemäß stets eine geladene Pistole bei sich tragen (vgl. Abb. 9).

Nach dem Gottesdienst begegnete mir nach wenigen Schritten auf der Straße ein Junge mit Extrablättern: „Um 11 Uhr hat sich auf dem Kernwerk ein Soldatenrat gebildet“. Aus meinem vermeintlichen Scherz war Ernst geworden! Um nicht mit dem für die Kirche vorgeschriebenen Helm durch die Stadt gehen zu müssen und ihn gegen meine Mütze einzutauschen, aber auch um Näheres zu hören, begab ich mich sofort in die Kaserne in der Magazinstraße (später ul. Solna [2]). Ich fand alles in Ruhe und Ordnung, von Aufsässigkeit oder Disziplinlosigkeit konnte keine Rede sein. Der Posten der Wache stand wie immer am Tor und salutierte, auf dem Hof herrschte das an jedem Sonntag übliche Hin und Her. Ich sah daher auch keinen Anlaß, von irgendwelchen Gewohnheiten abzugehen. In Posen war ein sonntäglicher „Bummel“ der Jugend längs des Wilhelmsplatzes (später Plac Wolności), auf dem in Friedenszeiten eine Militärkapelle konzertierte, und in der anschließenden Berliner Straße (ul. 27go grudnia) üblich. Diesem Brauch folgte ich auch am 10. 11. 1918. Allerdings fiel mir auf, daß mir nicht wie sonst Offiziere begegneten. Dagegen erschien ein kleiner Trupp von etwa zehn Infanteristen mit roten Schleifen, ohne Kokarden und Achselklappen. Ich hatte die rechte Hand in der Manteltasche an der geladenen und entsicherten Pistole. Wir musterten uns gegenseitig, gingen grußlos aneinander vorbei, ohne daß die Soldaten versucht hätten, mich anzuhalten oder anzugreifen. Nachdem ich dreimal den Bummelweg hin und zurück entlang gegangen war und vergeblich auf das Erscheinen von Kameraden gewartet hatte, begab ich mich am „Bazar“ vorbei, dem polnischen Hotel, das schon früher ein Zentrum der polnischen Führungskräfte war, unbehelligt zum Mittagessen in die elterliche Wohnung in der Langen Straße (ul. Długa) am Grünen Platz (Zielone Ogródki). Eine innere Unruhe und auch Neugierde trieben mich am Nachmittag, diesmal in Zivil, wieder in das Stadtzentrum, zum Wilhelmsplatz (später Plac Wolności). Er war wie die angrenzenden Straßen angefüllt von Menschen, meist Zivilisten, die, wie mich, mehr die Neugierde als andere Beweggründe dorthin geführt zu haben schienen. Unter den wenigen anwesenden, meist noch korrekt gekleideten Soldaten traf ich auch Unteroffiziere und Mannschaften meines Regiments, die vorschriftsmäßig grüßten. Von der Terrasse des zu einem Café umgebauten alten Stadttheaters auf dem Wilhelmsplatz aus hielten Matrosen Reden, die nur bruchstückweise zu verstehen waren, jedenfalls in der Menge wenig Widerhall fanden. Es sah alles andere als bedrohlich aus. Ich hatte den Eindruck, daß eine kleine, von auswärts gekommene Gruppe sich aufspielen und revolutionär gebärden wollte in der Hoffnung, auch in Posen eine Revolution zu entfachen. Dieses Unternehmen erschien mir aber angesichts des fehlenden Echos bei der Menge ziemlich vergeblich. Am folgenden Tage (11. 11.) ging ich wie gewöhnlich in Uniform in die Kaserne zum Dienst. Auch auf diesem Wege, wieder am „Bazar“ vorbei, blieb ich unbehelligt. Zu meinem Erstaunen befanden sich unter unserer Kasernenwache einige Matrosen. Man sagte mir höflich, aber bestimmt, Offizieren sei ab sofort der Zutritt zu den Kasernen verboten, die Batterien würden nunmehr von den Wachtmeistern geführt. Obwohl ich den Eindruck hatte, daß unsere eigenen Soldaten ziemlich verdutzt dastanden, blieb mir nichts übrig, als den Rückweg anzutreten, den ich wieder, ohne angehalten zu werden, zurücklegte. Allerdings begegneten mir schon mehr Soldaten,

2 Hinter die bis 1919 gebrauchten Straßennamen sind in Klammern die polnischen im „Zwischenkriegspolen“ gesetzt.

ohne Rangabzeichen und ohne Kokarden, die sich weißrote oder rote Schleifen angesteckt hatten. Unter ihnen befand sich auch der mir befreundete, ehemalige Klassenkamerad *Jankowski,* jetzt Unteroffizier, den ich noch vor wenigen Tagen im Lazarett, dem Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern am Bernhardiner-Platz besucht hatte. Auch er grüßte freundlich lächelnd.

Bereits am übernächsten Tage, dem 13. 11., schickte der Wachtmeister der 3. Ersatzbatterie *Jachmann* meinen Burschen zu mir: die Batterie bäte mich, an Stelle des verschwundenen Oberleutnants *D.* die Führung der Batterie zu übernehmen! Das dürfte ein Zeichen dafür sein, daß von einem revolutionären Geist in der Truppe nicht gesprochen werden konnte und daß man wünschte, zur alten Ordnung zurückzukehren. Ich ließ bestellen, daß die Batterie am nächsten Morgen, dem 14. 11., zum Appell antreten solle. In einer kurzen Ansprache dankte ich für das mir bewiesene Vertrauen, sagte aber auch, daß ich das Amt als Batterieführer nur unter zwei Bedingungen übernehmen könnte. Erstens: Zur zweiten Klasse des Soldatenstandes degradierte Soldaten, die bekanntlich die deutsche Kokarde nicht tragen durften, wolle ich nicht führen. Kokarden, Achselklappen und Rangabzeichen müßten also ab sofort, sofern sie abgelegt worden seien, wieder getragen werden. Zweitens könnte ich keine Unklarheit darüber bestehen lassen, daß für mich der Soldatenrat nicht maßgebend sei. Ich würde wie bisher meine Befehle nach bestem Wissen und Gewissen geben und erwarte, daß sie befolgt würden. Wer glaube, mit diesen Voraussetzungen nicht einverstanden sein zu können, solle das offen sagen und vortreten. Es meldete sich niemand!

So vollzog sich also nach dem 14. 11. in unserer Kaserne der Dienst in gewohnter Weise. Die 1. und 2. Batterie als sogenannte Wachbatterien, jüngere Soldaten unter der Führung der beiden Wachtmeister bzw. Offiziersstellvertreter *Raasch* und *Prochnow,* versahen den Wachdienst, die Ersatzbatterie den leichten Innendienst. Bei ihr wurden wegen der nach dem Waffenstillstand angeordneten Demobilmachung vor allem die zur Entlassung notwendigen Militärpapiere vervollständigt, das Entlassungsgeld ausgezahlt und die Fahrscheine in die Heimatorte ausgehändigt. Verständliche menschliche wie auch politische Gründe veranlaßten mich dabei, nicht aus der Provinz stammende Soldaten und Polen etwas zu bevorzugen. Diese Maßnahme mag dazu beigetragen haben, daß *St. Rybka* in seiner Schrift „Zerwane Pęta" unser Regiment als besonders polenfeindlich bezeichnet hat, obwohl wir stets, auch im Felde, einen großen Prozentsatz von Polen hatten, die in Pflichterfüllung und Tapferkeit den deutschen Kameraden nicht nachstanden. — Als Abteilungsführer fungierte nach dem wenig rühmlichen Verschwinden des bisherigen seit dem 10. 11. der Oberzahlmeister Rechnungsrat *Voelkner,* als sein Adjutant Leutnant d. Res. *Roeschke,* der im Felde ein Auge verloren hatte und nicht mehr felddienstfähig war. Mitglieder des Soldatenrates bei der Ersatzabteilung habe ich nicht gekannt, obwohl ein solcher formal bestanden haben dürfte. Jedenfalls habe ich nie mit ihm zu tun gehabt. Anders stand es mit dem allgemeinen Arbeiter- und Soldaten-Rat (A.- u. S.-Rat) in Posen, der sich teils in der Kommandantur am Wilhelmsplatz (Plac Wolności), Ecke Lindenstraße (ul. Rzeczypospolitej), teils im Gebäude der Ansiedlungskommission in der Pauli-Kirchstraße (ul. Fredry) einquartiert hatte. Die Befehlsgewalt lag weiter — allerdings unter Kontrolle des Soldatenrates — beim Stellvertr. Generalkommando des V. A.K. Von dort aus wurden auch die nächtlichen

Offiziersronden im Festungsgürtel, den Außenforts, festgesetzt (vgl. Abb. 4). Auch ich wurde zu diesem Dienst für Ende Dezember eingeteilt. Dazu brauchte ich eine Schußwaffe, die man nur mit einem vom A.- u. S.-Rat ausgestellten Waffenschein bei sich haben durfte. Deshalb war ich mehrfach bei der Abteilung des A.- u. S.-Rates in der Ansiedlungskommission und zeigte den entsprechenden Befehl des Generalkommandos vor. Das große Wort in der Ansiedlungskommission führten wieder Matrosen. Man war durchaus höflich, vertröstete mich aber von einem zum anderen Tage. Einen Waffenschein habe ich trotzdem nicht erhalten! Wenn man davon absehen will, daß man immer mehr Soldaten und Zivilisten mit weiß-roten Schleifen, dem polnischen Adler oder auch roten Schleifen zu sehen bekam, daß deutsche und polnische Umzüge stattfanden, daß die neuen Parteien Wahlversammlungen für die Nationalversammlung in Weimar abhielten, daß der polnische Teilgebietssejm in den ersten Dezembertagen in Posen zusammentrat, daß immer wieder Anschläge des A.- u. S.-Rates an den Litfaßsäulen erschienen mit dem schon gewohnt gewordenen Schluß „. . . wird erschossen“ — Ereignisse, von denen noch später die Rede sein wird —, konnte man die Lage in der Stadt nicht als bedrohlich empfinden. Allerdings wußten wir nichts von den Machenschaften der POW.

IV

DIE POLITISCHEN EREIGNISSE IN DER STADT UND PROVINZ POSEN VOM 11. 11. BIS 26. 12. 1918

1. Die Gründung der Arbeiter- und Soldatenräte und des Obersten Polnischen Volksrates

Die November-Revolution in Deutschland gab den polnischen politischen Parteien, zugleich aber auch den geheimen Aufstandsvorbereitungen, einen nicht von ihnen vorausgesehenen Auftrieb. Unter dem Vorwande, die deutsche soziale Umwälzung zu unterstützen, verfolgten die Polen fast ungestört ihre nationalen Ziele. Das konnte um so leichter geschehen, als die deutsche Revolution im November 1918 in den Provinzen Posen und Westpreußen ruhig verlaufen war. Nur am 9. und 10. 11. kam es in Marienburg und am 12. November in Löbau und Jarotschin zu Plünderungen von Geschäften und zum Herunterreißen deutscher Hoheitszeichen.

An vielen Orten der beiden Provinzen bildeten sich zunächst reine „Soldatenräte": Am 7. 11. in Putzig, am 8. 11. in Tuchel, am 9. 11. in Neustadt/Westpr., am 10. 11. in Posen, Hohensalza, Wreschen, Lissa, Kosten, am 11. 11. in Schwetz, Stargard/Westpr., am 12. 11. in Kulm, Marienwerder, Zoppot, Briesen u. s. f. Gemeinsame „Arbeiter- und Soldatenräte" entstanden am 10. 11. in Danzig, Marienburg, Kulmsee, Graudenz, am 11. 11. in Elbing, Dirschau, Kulm, Konitz, Stargard, Schwetz, Strasburg, Thorn, Bromberg, Hohensalza und in zeitlicher Folge in weiteren Städten.[1] Das frühzeitige Auftreten von Soldaten- bzw. Arbeiter- und Soldaten-Räten gerade in Westpreußen ist wahrscheinlich durch die Nähe der Küste zu erklären, waren es doch vor allem Matrosen, die die Revolution verbreiteten. Auch im übrigen Deutschland begann sie in Hafenstädten: am 3. 11. in Kiel, am 5. 11. in Lübeck, Hamburg und Bremen. Bis Mitte November war die ganze Provinz Posen von einem Netz von A.- u. S.-Räten überzogen. Darunter befanden sich auch sogenannte „wilde Soldatenräte" an Orten, die keine Garnisonstädte waren.

Das schon seit dem 9. 11. 1918 in der Stadt Posen bestehende „Geheime Polnische Zentralbürgerkomitee" gründete in der Provinz örtliche Komitees und gab sich am 11. 11. 1918 den Namen „Volksrat" (Rada Ludowa). Der „Kurjer Poznański" schrieb darüber am 12. 11. 1918: „Volksrat für die Stadt Posen nennt sich von jetzt an das polnische Bürgerkomitee. Man kann als bestimmt annehmen, daß ähnliche Volksräte mit denselben Namen an die Stelle der bisherigen Bürgerkomitees in allen Kreisen der polnischen Landesteile gebildet werden und daß diese Volksräte im Einvernehmen mit den Soldaten- und Arbeiterräten handeln werden".[2]

Eine ausschlaggebende politische Rolle bei der geplanten Zusammenarbeit zwischen den polnischen Volksräten und den A.- u. S.-Räten spielten zwei Faktoren: 1. Die personelle Zusammensetzung der A.- u. S.-Räte, 2. das Verhältnis des Polnischen Volksrates in Posen zur „Polnischen Militär-Organisation" (Polska Organizacja Wojskowa, POW). Es ist zwar nicht unbedingt anzunehmen, daß alle Mit-

1 Vgl. dazu *W. Łukaszewicz*, Rady robotnicze, żołnierskie i chłopskie w Wielkopolsce i na Pomorzu w latach 1918—1920, Danzig 1960, S. 20 ff.

2 Nach den Grenzmärkischen Heimatblättern, Juli-Heft 1934. Der Text ist auch abgedruckt bei *F. Vosberg*, Der polnische Aufstand in seiner Entstehung, Berlin 1919, S. 119.

glieder des Volksrates schon vor dem Aufstand über die Tätigkeit der POW hinreichend orientiert waren, aber die gleichzeitige Mitgliedschaft in beiden Organisationen ist für einige Personen erwiesen. Auf jeden Fall wurde die Arbeit der POW durch die Zusammensetzung der A.- u. S.-Räte sehr erleichtert.

Der Posener Arbeiter-Rat hatte von Anfang an eine polnische Mehrheit, der Soldatenrat erreichte sie am 13. 11. 1918 durch einen Überfall auf das Posener Rathaus, der von polnischen Mitgliedern des Soldatenrates organisiert wurde. Man hatte bewaffnete Soldaten polnischer Nationalität auf den Marktplatz beordert und durch Drohungen erzwungen, daß einzelne Mitglieder des Soldatenrates in den Sitzungssaal der Stadtverordneten eindringen konnten. Dort verlangte man energisch eine stärkere Beteiligung der Polen im Rate der Stadt und im Soldatenrat. Durch in die Luft abgegebene Schüsse auf dem Markt, die den Beginn von Kämpfen vortäuschen sollten, und durch das Ausbleiben deutscher Truppen, die von deutscher Seite angefordert waren, gelang es der polnischen Deputation, daß ihren Forderungen nachgegeben wurde. Durch eine List war Hilfe von deutscher Seite verhindert worden. Ein polnisches Mitglied des Soldatenrates beim Stellvertr. Generalkommando des V. A.K. hatte den bereits im Anmarsch befindlichen deutschen Soldaten erklärt, sie hätten eine falsche Information erhalten. Sie sollten nicht zum Rathaus, sondern zum Proviantamt, wo geplündert würde. Auf diese Weise gelang es, die deutschen Soldaten an einen anderen Ort umzudirigieren, an dem nichts geschehen war.

Es war eine geschickte politische Taktik der Polen, die Kriegsmüdigkeit der Deutschen auszunutzen, um ihre nationalen Ziele voranzutreiben. So waren im Soldatenrat von deutscher Seite ausschließlich Anhänger der November-Revolution vertreten, sogar meist Ortsfremde wie der Vorsitzende Unteroffizier *August Twachtmann* aus Hamburg, der nur sozialrevolutionäre Ziele im Sinne hatte. Die polnischen „Arbeiter und Soldaten", in Wirklichkeit der polnische „Volksrat" [3], delegierten Geistliche, Grundbesitzer, Akademiker und Offiziere der preußischen Armee, die polnischer Nationalität waren.

Die erwähnte Umbildung des Posener Soldatenrates am 13. 11. 1918 hatte zur Folge, daß aus ihm vier deutsche Sozialdemokraten (*Bultmann, Hirsch, Levy* und *Reuschel*) entfernt wurden. An ihre Stelle traten vier Soldaten polnischer Nationalität (*B. Hulewicz, M. Paluch, Henryk Śniegocki* und *Zygmunt Wiza*). *Paluch*, preußischer Reserveoffizier, übernahm in Kürze das geheime Kommando über die polnische Militärorganisation (POW) in Posen.[4] Nach Meinung von *Łukaszewicz* wurde dadurch nicht nur die nationale Parität im Soldatenrat hergestellt; auch das politische Gleichgewicht wurde berücksichtigt, da nun bei den gemeinsamen Tagungen des A.- u. S.-Rates die Sozialdemokraten und die polnischen Nationaldemokraten (Endecja) mit je 11 Mitgliedern vertreten waren.[5] So ist erklärlich, daß am 14. 11. 1918 von der Exekutivabteilung des A.- u. S.-Rates (Wydział wykonawczy) unter Leitung von *Seweryn Pendowski*, eines Vertrauensmannes des gleichzeitig sich bildenden Obersten Polnischen Volksrates, wichtige politische Entscheidungen im polnischen

3 Es ist zu unterscheiden zwischen dem „Volksrat", der „Rada Ludowa", und dem sich später bildenden „Obersten Polnischen Volksrat" (Naczelna Rada Ludowa).

4 *W. Łukaszewicz*, Rada robotniczo-żołnierska w Poznaniu 1918—1919, Bromberg 1957, S. 25.

5 Ebd., S. 26, und *Vosberg*, Der polnische Aufstand, S. 30.

Sinne getroffen wurden. Es wurden folgende „Dezernenten“ ernannt: *W. v. Trąmpczyński* beim Oberpräsidium in Posen, *Dr. A. Celichowski* beim Posener Polizeipräsidenten, *M. Paluch* beim Stellvertr. Generalkommando des V. A.K.[6] *Łukaszewicz* bestätigt dabei den Bericht von *F. Vosberg,* daß bei der Umbildung des A.- u. S.-Rates die nationale Zusammensetzung zugunsten der Polen verändert wurde. 16 Polen standen jetzt nur 6 Deutsche gegenüber. Der Presse gegenüber aber hatte der A.- u. S.-Rat eine falsche Erklärung über die Stimmengleichheit von Polen und Deutschen abgegeben.

Am 14. 11. 1918 beschlossen die polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus, zusammen mit den Vertretern des Posener „Volksrates“ einen „Obersten Polnischen Volksrat“ (OPV) als politische Repräsentation der Polen im preußischen Teilgebiet zu bilden. Die Vorbereitung von Wahlen zu einem Teilgebietssejm (Landtag) für den 3. bis 6. 12. 1918 wurde einer Kommission von drei Personen übertragen. Es waren: der Oberschlesier *Wojciech Korfanty,* Journalist und Mitglied des Deutschen Reichstages, und zwei Posener, der Prälat *Stanisław Adamski* und der Chefredakteur des „Dziennik Kujawski“, *Adam Poszwiński.* Dem Exekutivkomitee des OPV gehörten an: *F. Adamczak,* Prälat *Adamski, St. Andrzejewski,* der Geistliche *W. Dymek, W. Hedinger, F. Cejrowski,* Rechtsanwalt *J. Drwęski, Kliszczyński, R. Leitgeber, Z. Lewandowski, Cz. Meißner, St. Michalak, K. Rzepecki, W. Seyda* und *B. Sikorski.* Unter den Genannten war kein Sozialdemokrat.[7]

Noch am 14. 11. 1918 erließ diese Kommission einen ersten Aufruf, in dem sie die Teilungen Polens als Verbrechen brandmarkte und das Recht des polnischen Volkes feststellte, schon jetzt an der Regierung beteiligt zu werden.[8] Am gleichen Tage, dem 14. 11. 1918, erkannte der Posener A.- u. S.-Rat den OPV als legitime Vertretung der polnischen Bevölkerung an. Alle Beschlüsse sollten im Einvernehmen mit ihm gefaßt werden.[9] Der Polonisierung der Verwaltung waren damit alle Hindernisse aus dem Wege geräumt. Schon in den ersten Tagen nach der Revolution wurden der Posener Oberbürgermeister *Dr. Wilms,* dessen Nachfolge *Dr. Drwęski* antrat, der Oberbürgermeister von Hohensalza *Eschenbach,* die Landräte von Witkowo und Wongrowitz, die Bürgermeister von Koschmin, Punitz, Scharfenort, Strelno und Santomischel zum Rücktritt gezwungen. Bei anderen Behörden wurden sogenannte Vertrauensmänner, fast nur Polen der höheren Sozialschichten, Rittergutsbesitzer, Geistliche und andere Akademiker, eingesetzt, die den Behördenbetrieb überwachen sollten. Die Geschäfte der Leitung des Posener Polizei-Präsidiums übernahm *Dr. Celichowski.* Ihm war ein Deutscher, der Unteroffizier *Blankertz,* Lehrer aus Mülheim/Ruhr, beigeordnet, über dessen tragisches Schicksal noch zu berichten sein wird.[10]

Das Entgegenkommen des A.- u. S.-Rates hinderte den OPV nicht daran, zielbewußt den Weg zu verfolgen, ihn auszuschalten. Nachdem er seine Aufgabe im Sinne der Polen erfüllt hatte, wurde er am 8. 1. 1919 aufgelöst, d. h. zur Untätigkeit und Einflußlosigkeit verurteilt, beschloß er selbst seine Auflösung. So konnte

---

6 *Łukaszewicz,* Rada robotniczo-żołnierska, S. 28.
7 *Vosberg,* Der polnische Aufstand, S. 19.
8 Vgl. *Zieliński,* Organizowanie się, S. 161.
9 *Vosberg,* Der polnische Aufstand, S. 28 f.
10 Ebd., S. 31 f.

der OPV sich als effektive Lokalregierung für „Großpolen", Westpreußen, Ermland und Masuren etablieren. Zu der Zentralregierung in Warschau hatte der OPV keine rechtliche noch tatsächliche Beziehung. Am 13. 11. 1918 hatte in Warschau auf dem Sachsenplatz eine große Versammlung stattgefunden, auf der als Hauptredner der Premier der Lubliner Regierung[11] *Ignacy Daszyński* auftrat, der erhoffte Premier auch der kommenden *Piłsudski*-Regierung. Er sprach sich in seiner Rede entschieden gegen jeden Kampf gegen die Bolschewisten aus, verkündete vielmehr, die Polen würden jetzt im eigenen Lande das ihre tun, wie es die Bolschewisten in Rußland getan hätten. Aber schon am 18. 11. mußte der mit der Kabinettsbildung am 14. 11. 1918 von *Piłsudski* beauftragte *Daszyński* resignieren. An seine Stelle trat der Sozialist *Jędrzej Moraczewski,* der zwar auch für sozialistische Reformen eintrat, aber die Zustimmung der „Nationaldemokraten" hatte und nicht als so radikal wie sein Vorgänger bezeichnet werden konnte.[12] Die Posener Lokalregierung hielt es für zweckmäßiger, weiter mit der Reichsregierung in Berlin Kontakt zu halten als eine anzuerkennende Vertretung eines Teiles des Deutschen Reiches. Dieser Zustand sollte bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz erhalten bleiben.[13] Sie blieb tatsächlich bis zum 1. 9. 1919 als regionale Regierung der Provinz Posen bestehen.

Die politische Führung der polnischen Bevölkerung in der Provinz Posen hatte eindeutig die rechtsstehende Nationaldemokratie. *W. Łukaszewicz* führt das darauf zurück, daß das Klassenbewußtsein unter den Polen in Preußen nicht ausreichend ausgebildet, die Arbeiter- und Bauernschaft nicht genügend aufgeklärt waren.[14]

Einen ganz anderen Eindruck von der polnischen Bevölkerung im preußischen Teilgebiet hatte offenbar *R. Dmowski.* Am 29. 1. 1919 erklärte er in einer Ansprache auf einer Sitzung des „Rates der Zehn" in Paris, die Polen aus Posen, Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien seien der beste Teil des polnischen Volkes, dort gäbe es keine Analphabeten, dort habe man noch das Gefühl für völkische Würde und besitze ein Staatsbewußtsein (Sprawy polskie, S. 50). Dieses Urteil wird natürlich auch durch sein Parteiinteresse — im preußischen Teilgebiet hatte *Dmowski* die entschiedensten Anhänger — wie durch politische Taktik bedingt gewesen sein. Er mußte einen Grund angeben, warum die Grenzen Polens möglichst weit nach Westen vorgeschoben werden sollten. Jedenfalls wird von *Dmowski* mit seinem Urteil der preußischen Regierung kein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Auch *Jabłoński* bestätigt, daß das polnische Volk in der Provinz Posen von nationalistischen und klerikalen Parteien beherrscht wurde.[15]

OPV und A.- u. S.-Rat handelten seit Mitte November 1918 gemeinsam und einmütig in nationalpolnischem Sinne. Öffentliche polnische Volksversammlungen fanden parallel im „Bazar" und Zoo am 11. und 13. 11. statt, die polnischen Eisenbahnarbeiter versammelten sich am 21. 11., die polnischen Soldaten am 24. 11., die polnischen Postbeamten am 29. 11. Der Hauptredner war bei diesen Veran-

---

11 Sie war am 6./7. 11., wie bereits erwähnt, als „vorläufige Volksregierung der polnischen Republik" (tymczasowy rząd ludowy republiki polskiej) gegründet worden. In ihr dominierte die polnische sozialistische Partei.
12 *H. Jabłoński,* Narodziny drugiej Rzeczypospolitej 1918/19, Warschau 1962, S. 169.
13 Ebd., S. 158/159.
14 *Łukaszewicz,* Rady robotnicze, żołnierskie i chłopskie, S. 11.
15 *Jabłoński,* Narodziny, S. 161.

staltungen *Korfanty,* der zu Besonnenheit und Ruhe mahnte. Nachdem man 100 Jahre gewartet habe, könnte man jetzt auch noch bis zur Friedenskonferenz warten. Die mehr als 1000 versammelten polnischen Eisenbahnarbeiter erhoben Einspruch gegen die sozialistische Regierung *Moraczewski-Piłsudski* in Warschau und verlangten an ihrer Stelle eine nationale.[16] Von besonderer Bedeutung ist neben der gemeinsamen Arbeit von A.- u. S.-Rat und OPV das Verhältnis des letzteren zur geheimen Polnischen Militär-Organisation.

2. Das Verhältnis des Obersten Polnischen Volksrates (OPV) zur Polnischen Militär-Organisation (POW)

Nach einer Behauptung von *Markiewicz* soll sich die POW grundsätzlich der opportunistischen, d. h., der nicht auf einen bewaffneten Kampf ausgehenden Politik der Nationaldemokratie und des Volksrates untergeordnet und ihre führende Rolle im preußischen Teilgebiet anerkannt haben.[17] Das trifft objektiv keineswegs zu. Im Gegenteil war es schließlich die POW, die den Obersten Polnischen Volksrat zwang, dem militärischen Lager nachzugeben. Von Anfang an war die Haltung des OPV gegenüber der POW zweideutig. Einerseits vertrat der OPV offiziell den Standpunkt einer friedlichen Lösung durch den Friedensvertrag, andererseits wagte er nicht, gegen seine zur POW gehörenden Mitglieder einzuschreiten. *W. Łukaszewicz* schreibt unmißverständlich und wörtlich: „Ein solcher Standpunkt (Abwarten der Friedenskonferenz) hinderte keineswegs das Kommissariat des OPV und des Polnischen Volksrates in Posen, die von den Agitatoren der POW mit ungewöhnlicher Energie unternommenen Schritte zu dulden und sogar zu unterstützen, verschiedene Militärzellen des Rates zu bilden, um einen Aufstand in Posen und Umgebung für November/Dezember 1918 vorzubereiten; das rief eine schnelle Reaktion der Regierungs- und Militärkreise in Berlin hervor in der Art, daß eine Militärformation — der Heimatschutz Ost — am 15. 11. 1918 gebildet wurde mit der Aufgabe, den deutschen Besitz im Osten des Reiches zu verteidigen".[18] Sofort waren sich OPV und POW einig in dem Bestreben, mit Hilfe des A.- u. S.-Rates einen „Heimatschutz Ost" und durch ihn ein deutsches militärisches Übergewicht in der Provinz Posen durch Loyalitätserklärungen zu verhindern, wie es die deutsch-polnischen Verhandlungen bis zum Ende des Jahres 1918 zeigen werden.

Die politische Beurteilung des OPV und der POW im heutigen Volkspolen kann kurz so zusammengefaßt werden: Beide Organisationen, OPV und POW, waren ein Hindernis für eine wirkliche Revolution im Sinne der russischen Oktoberrevolution. Sie nahmen Rücksicht auf Präsident *Wilson,* auf den ein Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen, ungünstig wirken mußte. Sie mußten daher einen bewaffneten Aufstand als sinnlos hinstellen und unterstreichen, daß die Polen in Ruhe die Entscheidung des Friedenskongresses abwarten könnten, der ihre berechtigten Interessen

16 Vgl. *Coester,* S. 38, und *Vosberg,* Der polnische Aufstand, S. 20 f.
17 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 49.
18 *Łukaszewicz,* Rada Robotniczo-Żołnierska, S. 32.



berücksichtigen würde. Der politischen wie militärischen Führung ging es nach der heutigen Ansicht in Volkspolen in erster Linie darum, die besitzende Klasse als Führerschicht zu erhalten. Diesem Ziele diente auch der vom 3. bis 5. 12. 1918 nach Posen in den Apollo-Saal, Bäckerstraße 27, einberufene Teilgebietssejm, d. h. eine parlamentarische Vertretung der Polen in Deutschland, zu der 1403 Delegierte gewählt worden waren. Aus dem Posenschen stammten 530, aus Westpreußen 262, aus Masuren und dem Ermland 47, aus Oberschlesien 431, der Rest kam aus der sogenannten „Emigration“ in Deutschland. Für die Leitung des Sejms wählte man *Dr. Krysiewicz* als Vorsitzenden, die Geistlichen *Wolszlegier* und *Pospiech* als Vizepräsidenten, *K. Rzepecki* und *Dr. Meißner* als Sekretäre, als Beisitzer den Geistlichen *Adamski, Korfanty, Poszwiński, Józef Rymer, Dr. Łuczewski* und *W. Seyda*. Unter diesen elf Mitgliedern des Präsidiums befand sich kein Vertreter der Arbeiterschaft. So konnte *W. Seyda* auch auf dem Teilgebietssejm öffentlich erklären, Polen brauche keine soziale Revolution. „Die Revolution überlassen wir den besiegten Völkern“.[19] Daher verzichtete der Teilgebietssejm ganz auf den A.- u. S.-Rat als Aushängeschild. So kommt *Markiewicz* zu folgendem interessanten Schluß: „In der Zwischenkriegszeit, unter der Sanacja-Regierung (d. h. der *Piłsudskis* und seiner Anhänger und Nachfolger) versuchten einige der früheren Funktionäre der Posener POW, sich, wenn nicht das einzige, so in jedem Fall das Hauptverdienst an der Vorbereitung und dem Ausbruch des Großpolnischen Aufstandes zuzuschreiben. Es waren das Anmaßungen, offensichtlich diktiert durch augenblickliche persönliche oder Parteiinteressen, denn die Tatsachen wiesen nicht darauf hin, daß die POW der Hauptmotor des Aufstandes sein konnte“ (!). Hier wird deutlich, daß *Markiewicz* unter „Aufstand“ eine soziale Revolution meint, die, im Gegensatz zur Nationaldemokratie, ein eigenes Unabhängigkeitsprogramm entwickelt hätte. „Indessen, eine solche Organisation gab es auf dem Gebiet Großpolens nicht“.[20] Im weiteren schreibt *Markiewicz* dann doch, daß die POW sich zu einem bewaffneten Kampf entschlossen habe. Allerdings sei für dessen Beginn erst der 15. 1. 1919 vorgesehen gewesen, wenn schon „eine reguläre polnische Armee mindestens im Gerüst vorhanden sein würde“.[21] An letzterem Ziel wurde von den Polen eifrig gearbeitet, aber es lag beim Ausbruch der deutschen Novemberrevolution, die die Mehrheit in Polen überrascht hatte, noch in weiter Ferne. *W. Rogala* berichtet, daß Ende November jedes Dorf drei bis fünf Karabiner (!) in polnischer Hand hatte.[22] Die Kampfkraft der POW in der Provinz fiel also damals nicht ins Gewicht und konnte den OPV noch nicht zu einem militärischen Vorgehen gegen die deutsche Regierung veranlassen.

3. Die Entstehung deutscher Volksräte

Dem polnischen Beispiel folgend, bildete sich in Posen am 14. 11. 1918 ein „Deutscher Volksrat“, dessen erster Vorsitzender, Bankdirektor *Houtermans*, bald zurücktrat. An seine Stelle trat Professor *Alfred Herrmann*. Dieser Wechsel war wohl

19 *J. Lamla*, Der Aufstand in Posen, Berlin 1919, S. 5/6.
20 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 48/49.
21 Ebd., S. 106.
22 Ebd., S. 117.

dadurch begründet, daß die A.- u. S.-Räte der Gründung deutscher Volksräte im Gegensatz zu ihrem Verhältnis zum OPV mißtrauisch gegenüberstanden, vermuteten sie doch, daß es sich dabei um eine gegenrevolutionäre Bewegung handeln könnte. Diese Vermutung war nicht ganz von der Hand zu weisen, da das Deutschtum der Stadt Posen in der Hauptsache die Oberschicht und den größeren Teil der Mittelschicht der Einwohner umfaßte, die der Revolution gegenüber ablehnend gesonnen waren. So sollte Professor *Herrmann*, ein überzeugter Demokrat, das Verhältnis zu den A.- u. S.-Räten verbessern und der Deutsche Volksrat sollte als gleichberechtigter Verhandlungspartner in gleicher Weise wie der OPV anerkannt werden. Das gelang ebensowenig wie die Umbildung des Posener Deutschen Volksrates zu einem Obersten Deutschen Volksrat für die ganze Provinz Posen. Zwar bildeten sich auch in der Provinz deutsche Volksräte bereits vor einem erst nach einigem Zögern am 25. 11. 1918 erfolgten entsprechenden Aufruf des Posener Deutschen Volksrates, aber die deutschen Volksräte in den überwiegend deutschen Randgebieten der Provinz hatten zu Professor *Herrmann* und dem Deutschen Volksrat der Stadt Posen kein Vertrauen. Ursache mögen einige Sätze aus dessen Aufruf vom 25. 11. 1918 gewesen sein. Dort heißt es unter anderem: „Die Durchsetzung des Volksstaates soll die Errungenschaft der Umwälzung dieser Tage werden. Zum Wesen des Volksstaates gehört aber, daß in ihm alle Teile der Bevölkerung gleichmäßig zur Wirksamkeit gelangen. Noch ist das nicht der Fall! In der Provinz Posen insbesondere ist die Bewegung bisher weniger sozialistischer als nationalpolitischer Art gewesen. . . Die deutschen Volksräte sind nicht als Kampforganisation gedacht und verfolgen keine politischen Ziele. Ihre Aufgabe soll lediglich darin bestehen, in friedlichem Zusammenwirken mit den Arbeiter- und Soldaten-Räten und den Polen für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens sowie der öffentlichen Ruhe und Sicherheit einzutreten und dabei die Rechte der deutschen Bevölkerung zu wahren. . . Eine besonders dringende Aufgabe ist der baldige Zusammentritt eines Abgeordnetentages in Posen, auf dem die Wirksamkeit der einzelnen Volksräte und ihre organisatorische Zusammenfassung beraten werden soll. Die Einberufung der Abgeordneten wird durch den Deutschen Volksrat in Posen erfolgen. . .“ [23]

Diese Ziele entsprachen keineswegs den Anschauungen der deutschen Volksräte, die sich inzwischen in den Randkreisen der Provinz gebildet hatten. Die Kreise Wollstein und Lissa machten am 14. 11. gleichzeitig mit Posen den Anfang, es folgte am 26. 11. Rawitsch. Schließlich gab es überall in der Provinz Posen und in Westpreußen deutsche und nebenher auch jüdische (zionistische) Volksräte. Die Deutschen verfolgten durchaus ein politisches Ziel, die ungeteilte Erhaltung der genannten Provinzen beim Reich. Daß dieses Ziel in vollem Umfange für erreichbar gehalten wurde, erscheint jedoch angesichts der vom Reich angenommenen *Wilson*schen 14 Punkte sehr zweifelhaft. Es kam jedenfalls zu keiner einheitlichen Spitzenorganisation der deutschen Volksräte, vielmehr schlossen sich die westlichen und südlichen Kreise zu einem „Westposener Deutschen Volksrat“ mit Sitz in Wollstein zusammen, während die „Volksräte des Netzedistrikts“ sich einer Zentrale in Bromberg unterstellten. Nur die Volksräte des mittleren Teils der Provinz sahen den Posener Deutschen Volksrat als ihre Spitze an.

---

23 *H. J. Schmitz*, Der Kampf der deutschen Volksräte Westposens um die Erhaltung der Ostmark. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 10. 1934. T. 2, S. 7/8.

Bei dieser Zersplitterung konnten die deutschen Volksräte kaum damit rechnen, daß sie als ein dem OPV gleichwertiger Gesprächspartner wirksam werden konnten. Leider muß vermutet werden, daß bei einigen Vertretern in den Westposener und Bromberger Volksräten auch örtliche Interessen ins Gewicht fielen. Wenn schon nach dem *Wilson*schen Friedensprogramm überwiegend polnisch besiedelte Gebiete der Provinz dem wiederentstehenden Polen zugesprochen werden sollten, dann wollte man wenigstens selbst nicht davon betroffen sein. Deshalb tendierten die Südposener Kreise nach Schlesien [24], die Westposener nach Brandenburg, und der Netzedistrikt hoffte bei einem Friedensschluß einem deutschen Westpreußen angegliedert zu werden. *G. Cleinow*, der Geschäftsführer der 1919 in Bromberg entstandenen „Deutschen Vereinigung", glaubte hingegen, daß es vorteilhaft sei, wenn eine möglichst große Zahl von Deutschen in das neue Polen einbezogen und dieses damit in seinem polnisch-nationalen Charakter fragwürdig würde.[25] Er hatte am 22. 12. 1918 drei große Volksversammlungen in Bromberg organisiert, die als Resultat am 3. 1. 1919 die Bildung eines „Deutschen Volksrates für den Netzegau" hatten.[26]

Da die deutsche Volksratsbewegung in Posen und Westpreußen in einzelnen Schriften sehr ausführlich behandelt wurde [27], sei hier auf weitere Ausführungen darüber verzichtet.

4. Die fortschreitende Polonisierung der Verwaltung in der Provinz Posen

Außer der schon vorher erwähnten Entfernung deutscher Beamten gingen fortschreitend die Verwaltung der Provinz und die Polizeigewalt in polnische Hände über, oder Landräte, Magistrate und Distriktskommissare erhielten polnische sogenannte „Vertrauensmänner des A.- u. S.-Rates", die jede behördliche Tätigkeit zu überwachen hatten. Dieser Aufbau eines polnischen Staatsapparates wurde durch entgegenkommendes Verhalten der Berliner Regierung noch gefördert. „In Ämter und Schule kehrte schrittweise die polnische Sprache zurück. Die polnische Gesellschaft konnte sich frei organisieren und ihren nationalen Bestrebungen Ausdruck geben".[28]

---

24 Am 4. 1. 1919 beschlossen die Städte und Kreise Rawitsch, Lissa und Fraustadt, sich von der Provinz Posen zu trennen und an Schlesien anzuschließen, obwohl sie praktisch weiterhin dem Regierungspräsidenten *v. Bülow* unterstanden, der die Vertretung des vom A.- u. S.-Rat abgesetzten Oberpräsidenten von Posen übernommen hatte.

25 *Cleinow*, S. 336, 340.

26 *W. Lewandowski*, Bój o Szubin dnia 11. stycznia 1919 r., Posen 1936, S. 9.

27 Unter anderen Beiträgen müssen vor allem genannt werden: *G. Cleinow*, Der Verlust der Ostmark. Die Deutschen Volksräte des Bromberger Systems im Kampf um die Erhaltung der Ostmark 1918/19, Berlin 1934; *F. K. Kriebel*, Die deutsche Volksratsbewegung in Westpreußen. In: Deutsche Ostmark. Sonntagsbeilage der Frankfurter Nationalpost Nr. 15 v. 9. 4. 1933; *ders.*, Die Entwicklung der deutschen Volksratsbewegung in Westpreußen. In: Ost-Archiv und Heimatmuseum, Beilage zum „Ostland", Wochenschrift des Deutschen Ostbundes e. V., Jg. 1929, 4. u. 5. Folge; *H. J. Schmitz*, Der Kampf der Deutschen Volksräte Westposens um die Erhaltung der Ostmark. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 10. 1934. T. 2, S. 3—47; *F. Vosberg*, Der polnische Aufstand; dort auf S. 40 f. die Gründung der deutschen Volksräte.

28 *Zieliński*, Organizowanie się, S. 161.

Zwangsweise wurden schon am 14. 11. polnische Mitglieder in die Stadtverordnetenversammlung und in den Magistrat der Stadt Posen aufgenommen.[29]

Einen großen Fortschritt in der Polonisierung der Verwaltung bedeutete die Gründung eines besonderen Provinzial-Ernährungsamtes am 12. 11. 1918. Die Provinz sollte ein geschlossenes, von Berlin unabhängiges Wirtschaftsgebiet werden. Damit hatte man zugleich ein Druckmittel gegen Berlin in der Hand, um für den OPV unangenehme Gegenmaßnahmen von dort zu verhindern. Am 19. 11. 1918 erklärte der nunmehr polnische Oberbürgermeister von Posen: „Erst muß der Bedarf der Provinz gedeckt werden".[30] Um die für eine eigene, von Berlin unabhängige Regierung in Posen notwendigen Geldmittel zu beschaffen, wurde am 16. 11. 1918 vom A.- u. S.-Rat unter dem Direktor der polnischen Lebensversicherungs-Gesellschaft *Dr. Głowacki* ein „Dezernat für öffentliche Fonds" gegründet. Es sollte verhindern, daß Gelder aus öffentlichen Sammlungen, wie Hindenburg- und Ludendorff-Spende, nationaler Frauendienst, an denen sich die Polen nicht beteiligt hatten, ebenso wie die Gelder aus öffentlichen Kassen aus der Provinz herauskamen. Am 17. 11. rief zusätzlich das Kommissariat des OPV zu einer Nationalsteuer in Höhe der Staatseinkommensteuer eines Jahres auf.[31]

Am gleichen Tage fand in Posen eine Sitzung des A.- u. S.-Rates wegen des von Berlin geplanten Heimatschutzes-Ost statt. Man schickte deswegen eine Delegation nach Berlin, der der deutsch-jüdische Sozialist *David* und der Pole *Dr. Marchlewski* angehörten. Sie trugen ihren Standpunkt in dieser Frage vor, nämlich daß ein besonderer Schutz der Ostprovinzen als überflüssig erachtet und darum selbstverständlich abgelehnt werde. Während der Berliner A.- u. S.-Rat zusagte, den vorgetragenen Standpunkt zu unterstützen, verhielt sich die preußische Regierung zurückhaltend. Sie schickte zunächst am 19. 11. den Unterstaatssekretär *Helmut v. Gerlach* zur Information nach Posen. Dieser stellte nach Berichten des Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten fest, „daß sich die Verhältnisse im Posenschen für die Preußische Regierung günstig gestaltet hätten, da nach den ersten Tagen der Verwirrung im A.- und S.-Rat ein einmütiges Zusammenarbeiten der Vertreter beider Nationalitäten erfolgt sei". Am Nachmittag des 19. 11. 1918 fand eine große Konferenz statt, an der teilnahmen: Unterstaatssekretär *v. Gerlach,* Oberregierungsrat *Schilling* vom Posener Regierungspräsidium, acht polnische Vertreter vom Arbeiterrat, ein deutscher und ein jüdischer Arbeitervertreter, vom Soldatenrat sechs Polen, darunter die Vertreter der Militärgruppe *Paluch* und *Hulewicz,* drei Deutsche, ein Jude, und vom OPV drei Polen. Bei dieser so zusammengesetzten Konferenz, auf der die polnische Mehrheit bedeutend war, konnte das Ergebnis kein anderes sein wie das von *H. v. Gerlach* zusammengefaßte; er erklärte:

1. zu der Frage des Selbstbestimmungsrechtes, daß es auch für das künftige Polen gelten solle;
2. daß es kein glücklicher Gedanke gewesen sei, einen Heimatschutz zu organisieren, da er nicht notwendig sei;
3. wörtlich: „die Ausführungen über die Einsetzung der polnischen Sprache bei den

29 *Vosberg,* Der polnische Aufstand, S. 28.
30 Ebd., S. 38.
31 Ebd., S. 39.

Behörden sind mir direkt aus der Seele gesprochen, sie sollen in die Praxis umgesetzt werden".[32]

Gegen die Punkte 1 und 3 war sicher auch von deutscher Seite nichts einzuwenden. Punkt 2 zeigte, daß *v. Gerlach* nicht genügend orientiert war. Gewissermaßen als Gegenleistung erklärte *Paluch,* preußischer Reserve-Offizier, Mitglied der POW und des Soldatenrates, im Namen der polnischen Soldaten, es sei nicht beabsichtigt, Krieg mit den deutschen Kameraden anzufangen. Er erinnerte an einen „Befehl über die Aufstellung von paritätisch zusammengesetzten Abteilungen des Wach- und Sicherheitsdienstes". *v. Gerlach* fand diesen Gedanken eines solchen Dienstes als Ersatz für den Heimatschutz „außerordentlich glücklich".[33] Wie glücklich dieser Gedanke in Wirklichkeit war, zeigte die weitere Entwicklung. Während nämlich der A.- u. S.-Rat angeblich nichts anderes bezweckte, als die innere Ruhe im Lande zu sichern — ein Ziel, dem selbstverständlich die deutschen Mitglieder zustimmten —, nutzten *Paluch* und Genossen ihn aus, rein polnische Abteilungen zu organisieren. Schon Ende November 1918 waren sie aufgestellt.

H. v. Gerlach berichtet über seine Verhandlungen in Posen von seinem Standpunkt aus: „Ich habe den einzigen Tag, den ich in Posen zubrachte, gründlich ausgenutzt und Konferenzen vom frühen Morgen bis zum späten Abend abgehalten. In erster Linie habe ich mich an den Oberpräsidenten und den Regierungspräsidenten gewendet. Die Herren berichteten mir, es sei in den ersten Tagen an einigen Orten etwas wild zugegangen, aber die Verhältnisse hätten sich konsolidiert, es sei Ruhe eingetreten, und einige der abgesetzten Beamten blieben auch besser dauernd von ihren Ämtern weg. . . Ich nahm weiter teil an Sitzungen im Provinzialernährungsamt, im Arbeiter- und Soldaten-Rat usw. Ich fand, daß Polen und Deutsche friedlich miteinander arbeiteten. . . Ich sprach auch mit dem Obersten Polnischen Volksrat, um hier die Wünsche der Polen kennenzulernen. . . Die Hauptforderung . . . war diese: ‚Wir wünschen, daß nicht ortsfremde Truppen hierhergeschickt werden. . .' Verschiedene Polen sagten mir, es würde für die Führer nicht ganz leicht sein, die national erregten polnischen Massen im Zügel zu halten. Der Oberste Polnische Volksrat müßte mit Erfolgen vor sie treten können, sonst könnte es von unten her über die Köpfe der Führer hinweg zu ungeregelten Bewegungen kommen. Der Arbeiter- und Soldaten-Rat erklärte, und zwar die deutschen Soldaten ganz in Übereinstimmung mit den Polen: Wir wünschen, daß nur bodenständige Truppen in der Provinz verwendet werden; wir machen uns stark, daß die Ruhe aufrecht erhalten bleibt. Schicken Sie uns fremde Truppen, so wissen wir nicht, was passiert. Ganz kurz bevor ich abreiste, sandte mir der Kommandierende General seinen Adjutanten mit der Mitteilung, er habe Nachrichten bekommen, daß Truppen aus Berlin hergeschickt werden sollten. . . Ich möchte um jeden Preis in Berlin an maßgebender Stelle dafür sorgen, daß nicht diese fremden Truppen kämen. . . Ich habe nun im Kabinett meinen Bericht erstattet. . . Ich sagte mir, die Situation steht für uns verzweifelt schlecht, nur auf dem Wege der Verhandlungen ist noch etwas zu erreichen. Darum wollen wir Verhandlungen führen. Die mußten zum Ziele führen, wenn wir

32 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 22.
33 Ebd., S. 23.

genügend Entgegenkommen bewiesen, um uns die Lebensmittellieferungen zu sichern. Nationale Forderungen der Polen zu erfüllen, ist . . . durchaus berechtigt".[34]

Das Kommissariat des OPV war seiner Sache sicher und richtete am 20. 11. 1918 folgenden Aufruf „an die Beamten polnischer Nationalität": „Die Organisation des polnischen Staates wird zahlreiche Beamte in allen Verwaltungszweigen (Rechtspflege, Landesverwaltung, Schulwesen, Bahn- und Zollverwaltung usw.) erfordern. Es bietet sich für die zahlreichen Scharen der polnischen Beamten in der Fremde (Deutschland) — von den höchsten bis zu den niedrigsten — die Gelegenheit zur Rückkehr in die Heimat. Erwünscht ist es, daß heute schon alle zur Übernahme von Ämtern im polnischen Staate bereiten polnischen Beamten sich bei der Juristen-Sektion, Posen O. Wilhelmsplatz 91, melden. Der Meldung ist ein kurzer Lebenslauf beizufügen".[35]

Einen gewissen Höhepunkt der Konstituierung einer polnischen Regierung in der Provinz bildeten die Beschlüsse des bereits erwähnten Teilgebietslandtags (Sejm dzielnicowy) vom 3. bis 6. 12. 1918, der mit deutscher Billigung durch einen Aufruf vom 14. 11. vom Kommissariat des OPV einberufen worden war. Sie zielten darauf hin, daß der OPV als oberste Behörde anerkannt werde, die Grundsätze festgelegt würden, nach denen er die Regierungsgeschäfte zu führen habe, die polnischen nationalen Forderungen bestätigt und die Koalitionsmächte um möglichst beschleunigten Schutz und Beistand gegen „die Knebelung der Freiheit" gebeten würden. Durch diese Beschlüsse, die man an den Papst, *Wilson, Clémenceau, Lloyd George, Orlando, Foch,* die belgische, tschechische und jugoslawische Regierung schickte, hoffte man, die internationale Zustimmung für die Abtretung des preußischen Teilgebietes an Polen zu gewinnen, ohne Rücksicht darauf, daß sich dadurch das Problem der Toleranz gegenüber einer deutschen Minderheit stellen würde. Daß dieses Ziel nicht voll erreicht wurde und daß man der polnischen Toleranz mit Recht gerade wegen des bisherigen Verhaltens der Polen mißtraute, zeigte der später Polen — allerdings vor allem aus Rücksicht auf die jüdische Bevölkerung — auferlegte Minderheitenschutzvertrag. Gleichzeitig mit den Schreiben an die genannten Staatsmänner und Regierungen wurden Warschau, Lemberg, Wilna und Krakau telegraphisch um Hilfe für den OPV gebeten und der deutschen Regierung gedroht, die Zufuhr von Lebensmitteln aus den Ostprovinzen zu unterbinden.

Wieliczka ist objektiv genug, um sich die Frage vorzulegen, wie die Preußische Regierung auf die Beschlüsse des Teilgebietssejms „vom Standpunkte des internationalen Rechts" reagieren mußte. Trotzdem reicht seine Objektivität nicht aus, um volles Verständnis für eine Verordnung der Preußischen Regierung vom 10. 12. 1918 zu finden.[36] In dieser heißt es: „Die in verschiedenen Gegenden des preußischen Staates gemachten Versuche, Teile von Preußen loszutrennen oder in Preußen eigenmächtig obrigkeitliche Befugnisse auszuüben, geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß solche Bestrebungen das Gemeinwohl gefährden und deshalb mit allen . . . Mitteln bekämpft werden müssen. . ." Obwohl *Wieliczka* einsieht, daß die allge-

34 *H. v. Gerlach,* Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik. Flugblatt des Bundes Neues Vaterland, Nr. 14, Berlin 1919, S. 12.
35 *Vosberg,* Der polnische Aufstand, S. 32.
36 Diese Verordnung ging übrigens erst am 17. 12. vom Innenministerium heraus, die Regierungspräsidenten versandten sie eine Woche später, Bromberg am 24. 12.

meinen Forderungen des Kommissariats des OPV „schließlich gegen die Geschlossenheit des Gebietes des Deutschen Reiches gerichtet“ [37] waren, kann er nur das Eingeständnis machen, daß sie „auf den Widerstand der maßgebenden Faktoren stoßen k o n n t e n“, nicht m u ß t e n ! Aus der Verordnung der Preußischen Regierung folgert er daher, daß sie sich den polnischen Forderungen mit Gewalt widersetzen und Einfluß in Großpolen erlangen wollte, dabei ist vom „Standpunkt des internationalen Rechts“ nicht mehr die Rede.

Um den Schein der so betonten Loyalität zu wahren, begab sich am 7. 12. 1918 eine Delegation des A.- u. S.-Rates aus Posen, der die Herren *Jacob*, *Łukaszyk*, *Paluch* und *Dr. Schnettler* angehörten, zu Verhandlungen mit dem preußischen Innenministerium nach Berlin. Da sie dort nicht sofort empfangen und erst für den 9. 12. an den Major i. G. *v. Willisen* im Preußischen Kriegsministerium gewiesen wurde, verzichtete sie überhaupt auf eine derartige Rücksprache. Dafür erreichte sie auf einem Kongreß der Provinzialdelegierten der A.- u. S.-Räte in Berlin, daß dieser „gegenüber den Wünschen der Posener Delegierten einen wohlwollenden Standpunkt“ einnahm.[38] Dieser Erfolg war allerdings unbedeutend, da die Reichsregierung sich nicht beeinflussen ließ, den Grenzschutz beibehielt und erst eigene Informationen einzuholen beabsichtigte.

Auch das Posener Deutschtum blieb nicht untätig. Am 12. 12. 1918 schickte der Vertretertag der deutschen Volksräte der Provinz Posen ein Telegramm an *Wilson*, in dem er gegen die Beschlüsse des Teilgebietssejms Gegenargumente vorbrachte und gegen die polnischen Bestrebungen protestierte. Am 13. 12. erhob nach *Wieliczka* (S. 38) „die deutsche Reaktion ihre Stimme“ und veranstaltete „stürmische Straßendemonstrationen“. Nach den von mir eingesehenen Tagebuchaufzeichnungen der mir bekannten Brüder *Carl* und *Gerhard Streitz* fand bereits am 12. 12. ein „deutscher Volkstag“ statt. Am Vormittag wurde mit schwarz-weiß-roten Fahnen, mit denen auch die deutschen Wohnungen geschmückt waren, ein Umzug veranstaltet, am Nachmittag fanden Versammlungen statt. Man merkte wieder, daß Posen auch eine beträchtliche Zahl deutscher Bürger (1910: 41,8%) hatte und dadurch der fast rein polnische Charakter, den die Stadt während der Teilgebietssejmtage angenommen hatte, wieder berichtigt wurde. Übrigens fanden in diesen Dezembertagen sehr oft Wahlversammlungen der neuen deutschen politischen Parteien — der „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP), der „Christlichen Volkspartei“ (CVP), der „Deutschen Volkspartei“ (DVP), der „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) und der alten „Sozialdemokratischen Partei“ (SPD) — statt, die für die Nationalversammlung in Weimar Kandidaten aufgestellt hatten. Die zahlreichen Besucher füllten auf dem Rückwege die Straßen, ohne daß dies als besonders geplante Straßendemonstration bezeichnet werden könnte.

Der oben erwähnte Besuch der polnischen Delegation vom 7.—9. 12. in Berlin hatte immerhin den Erfolg, daß am 15. 12. 1918 der Preußische Ministerpräsident *Hirsch*, der Innenminister *Ernst*, der Unterstaatssekretär *v. Gerlach*, Landrat *Loehrs* und Major *v. Willisen* nach Posen kamen. Sie beriefen eine Versammlung ein, an der neben den Behördenvertretern auch die Delegationen des deutschen und polnischen

37 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 36.
38 Ebd., S. 37.

Volksrates teilnahmen. Von letzteren waren der Geistliche *Adamski,* der Reichstagsabgeordnete *Korfanty* und *v. Trąmpczyński* beteiligt. Bei der Unkenntnis der deutschen Vertreter von den Umtrieben und militärischen Vorbereitungen *Paluchs* und seiner Anhänger, glaubte Generalleutnant *v. Schimmelpfennig,* Chef des Stabes des Stellvertr. V. A. K., auf der Versammlung erklären zu können, „daß in der Provinz Ruhe und Ordnung herrsche". *Wieliczka* sagt dazu (a.a.O., S. 40): „Jeden Widerstand brach das Gespenst des Hungers in Deutschland für den Fall des Abschneidens der Lebensmittelzufuhr aus dem Posenschen". So kam es auch dazu, daß Ministerpräsident *Hirsch* zum Schluß der Versammlung am 15. 12. im Namen der Preußischen Regierung erklärte, sie halte einen „Heimatschutz Ost" nicht für notwendig. Dagegen sei es unwiderruflich, daß ein „Grenzschutz Ost" geschaffen würde zur Kontrolle des Grenzverkehrs und zum Empfang der aus dem Osten zurückkehrenden deutschen Soldaten. Der Grenzschutz werde aus den Soldaten der örtlichen Garnisonen gebildet werden, unter der Kontrolle des A.- u. S.-Rates stehen, auswärtige Abteilungen würden zurückgezogen. Das weitergehende polnische Verlangen, den Grenzschutz nur aus Soldaten zu bilden, die aus der Provinz Posen stammten, wurde vom Ministerpräsidenten *Hirsch* abgelehnt.[39] *Wieliczka* vertritt die Ansicht, „das auf der Konferenz an den Tag gelegte Wohlwollen der Vertreter der örtlichen Preußischen Verwaltung" habe die Polen nicht täuschen können. Es sei nur bezweckt worden, die Regelung der polnischen Frage zu verzögern. Eine solche Absicht kann man mit größerem Recht der polnischen Delegation zuschreiben. In deren Namen erklärte nämlich der Geistliche *Adamski,* „die Zusammensetzung der Versammlung (mache) es den polnischen Delegierten unmöglich . . . , in einer Reihe wichtiger Fragen zu berichten, besonders da an der Versammlung ein überragender Teil von Vertretern des früheren Systems teilnehme, die die neuen Verhältnisse nicht verstehen können".[40] Man war also offensichtlich zu klaren Verhandlungen auf polnischer Seite nicht bereit. Um noch ein Letztes zu versuchen, kam die Preußische Regierung dem OPV noch einen Schritt weiter entgegen. Sie berief anschließend an die Vormittagsverhandlung für den Nachmittag zwei getrennte Versammlungen ein. Ministerpräsident *Hirsch* beriet sich mit den deutschen Beamten und den Vertretern des Deutschen Volksrats. Innenminister *Ernst* und *H. v. Gerlach* verhandelten mit einer Delegation des OPV (*Adamski, Korfanty, Dr. Piechocki, Poszwiński, Seyda, Trąmpczyński*) und mit den Vertretern des Provinzial-Verpflegungsamtes *J. Drwęski* und O. *Marchlewski.* Deutlich wird auch hier, daß die deutschen Regierungsvertreter nicht den politischen Kernpunkt sahen, denn im Mittelpunkt standen wirtschaftliche Fragen, die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Provinz nach Westen, die Verlängerung von Pachtverträgen der deutschen Ansiedler, aber auch die Schulfrage wurde verhandelt. Die Delegierten der Regierung erkannten im Prinzip die polnischen Forderungen an der Beteiligung an den Behörden und in der Schulfrage an, die polnischen erklärten dafür erneut ihre Loyalität gegenüber dem preußischen Staat und betonten ausdrücklich, daß sie die augenblickliche Lage bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz achten würden.

Am gleichen Tage, dem 15. 12. 1918, fand auch ein Kongreß der Delegierten der Soldatenräte des V.A.K. statt. Auf ihm wurde beschlossen, einen Zentralrat des

---

39 Ebd., S. 40.
40 Ebd., S. 40.

V.A.K., bestehend aus den Delegierten der 9. Inf. Div. (Reg. Bez. Liegnitz, Niederschlesien) und der 10. Inf. Div. (Reg. Bez. Posen) zu bilden, der allein die maßgebende Instanz für militärische Fragen sein sollte. Die polnischen Vertreter und der OPV sahen in diesem Beschluß den Versuch, den ganz unter polnischem Einfluß stehenden Posener Soldatenrat weitgehend auszuschalten. Ihre Furcht war nicht unbegründet. Die 9. Inf. Div. wählte nur deutsche Delegierte, die 10. Inf. Div. vier Deutsche und vier Polen. Daraufhin wurden vom A.- u. S.-Rat in Posen die Wahlen der 9. Inf. Div. für ungültig erklärt. Sie sollte nur sieben Mitglieder zum Zentralrat wählen dürfen, und zwar vier Deutsche und drei Polen. Aber auch das genügte den polnischen Wünschen nicht. Am 21. 12. 1918 beschloß die Exekutivabteilung des Posener A.- u. S.-Rates, den Zentralsoldatenrat nicht anzuerkennen, und amtierte selbständig und selbstherrlich weiter.[41]

Noch in anderer Beziehung ist der 15. 12. 1918 von besonderer Bedeutung. An diesem Tage bricht die Warschauer Regierung unter dem Druck der französischen Regierung und der Posener polnischen Nationaldemokraten die diplomatischen Beziehungen zur Reichsregierung ab[42], nachdem *Piłsudski* bereits am 29. 11. durch ein Dekret Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm auch für die preußischen Ostprovinzen ausgeschrieben hatte. Dieses „Dekret war der Höhepunkt einer Politik der vollendeten Tatsachen, die zwischen zwei Staaten unter normalen diplomatischen Bedingungen unmöglich war“.[43] Alles deutete darauf hin, daß von polnischer Seite eine deutsche Reaktion provoziert werden sollte. So gesteht auch *Wieliczka* ein: „Ein eventueller bewaffneter Widerstand der Deutschen gegenüber der Durchführung der Wahlen (zum Verfassunggebenden Sejm) konnte als Vorwand zum offenen Kampfe dienen und in seinen Folgen zur gewaltsamen Vereinigung des preußischen Teilgebiets mit dem Mutterlande führen.“ [44] Wenn er aber meint, daß „das Kommissariat des OPV seit Beginn seiner Existenz . . . dieser Eventualität . . . aus dem Wege ging und deshalb das Dekret des Staatschefs . . . verschwieg“, so gilt das nur in sehr eingeschränktem Maße. Zu einem Teil wird der OPV das Dekret als schädlich für die von ihm betriebene Politik des Abwartens auf den Friedensvertrag angesehen haben, zu einem anderen Teil wird man in einigen der für ein künftiges Polen geforderten Gebiete (z. B. Danzig) eine zu geringe Zahl polnischer Stimmen befürchtet haben. Das hätte sich nachteilig für die polnischen Wünsche auf internationaler Ebene auswirken müssen. Wir wollen hier nur festhalten, daß man in gewissen Kreisen des OPV nach einem Vorwand für einen bewaffneten Aufstand gesucht hat. Tatsächlich sollen Kämpfe bereits vor dem Ausbruch des Aufstandes in Posen stattgefunden haben: außer dem bereits erwähnten unblutigen Überfall auf das Rathaus am 13. 11. 1918 bei einem polnischen bewaffneten Angriff am 15. 11. 1918 auf das Bekleidungsamt und am 16. 11. auf das Fort IX. Beide Angriffe wurden abgeschlagen. Dagegen sollen die Baracken am Kalischer Tor am 20. 11. gestürmt und Karabiner und anderes Kriegsmaterial

---

41 Ebd., S. 44/54.

42 *Harry Graf Kessler* war am 29. 11. 1918 als Vertreter der Reichsregierung nach Warschau gekommen, mußte aber auf Druck der Entente am 16. 12. 1918 Polen verlassen (*T. Komarnicki*, Rebirth of the Polish Republic, Melbourne/London/Toronto 1957, S. 249).

43 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 47.

44 Ebd., S. 48.

erbeutet worden sein. Ebenso sollen aus dem Gefängnis in der Mühlenstraße 20 Karabiner in die Hände der Aufständischen gefallen sein.[45] Inwieweit diese Angaben den Tatsachen entsprechen, entzieht sich meiner Kenntnis. Es ist immerhin auffällig, daß ich von diesen Kämpfen trotz meiner Anwesenheit in Posen bei der Truppe nichts gemerkt und gehört habe. Dabei lag das Gefängnis in der Mühlenstraße direkt gegenüber den Stallungen unserer Kaserne. Stimmen die Angaben bei *Grot*, dann wäre das umsomehr ein Beweis, daß der bewaffnete Aufstand nicht erst durch den deutschen Umzug am 27. 12. hervorgerufen wurde!

Es verwundert nicht, daß angesichts der pro-polnischen Haltung des A.- u. S.-Rates das Deutschtum im Posenschen eine antirevolutionäre Haltung einnahm. Das erleichterte es den Polen, das Posener Deutschtum bei der Preußischen und Reichs-Regierung ganz allgemein als „reaktionär" hinzustellen, obwohl bei den Reichstagswahlen in der Provinz Posen vom 12. 1. 1912 unter 15 Abgeordneten, davon mindestens vier deutscher Nationalität, nur ein konservativer gewählt worden war. Dagegen waren die Polen vertreten durch 4 Rittergutsbesitzer, 2 Geistliche, 2 Rechtsanwälte, 2 Ärzte und nur einen Gewerkschaftsführer. Jetzt war das Posener Deutschtum allerdings in seiner überwiegenden Mehrheit „antirevolutionär", weil es die Gefahr für seine Existenz erkannt hatte. Diese Tatsache brachte auch die revolutionären deutschen Vertreter im A.- u. S.-Rat auf die Seite der Polen, die vorgaben, die deutsche Revolution zu unterstützen.

Dem Vollzugsausschuß des A.- u. S.-Rates in Posen gehörten an:

1. Die Polen: *Dr. B. Marchlewski, S. Pendowski, W. Cegiełka, K. Krajna, T. Krause, Dr. C. Rydlewski, Z. Wiza, B. Hulewicz, M. Paluch, A. Kiotrowski, H. Śniegocki,*
2. die Sozialdemokraten: *T. Matuszewski, P. Przybylski, L. Czechowski, B. Budziński, A. Twachtmann, E. Roder, M. Jardinier, Jacob, B. Schnettler, St. Łukaszyk, P. Klupsch.*

Eine Volkszugehörigkeit der letzteren Mitglieder wird von *B. Hulewicz* nicht angegeben.[46] Es ist sogar zweifelhaft, ob das Verhältnis von 16 Polen zu 6 Deutschen, wie es *Łukaszewicz* angibt, stimmt und ob die polnische Mehrheit nicht noch um eine Stimme größer war.

Der Erfolg: Ende Dezember 1918 gab es in der Stadt und in dem größten Teile der Provinz Posen keine Zivil- oder Militär-Behörde, kein öffentliches Amt irgendwelcher Art, die nicht von einem Polen geleitet oder wenigstens von einem polnischen Vertrauensmann in seinem Sinne beeinflußt wurden. Nichts konnte im Verkehr der Behörden geschehen, ohne daß es dem OPV zur Kenntnis gekommen wäre. Die Provinz Posen war bis auf die nördlichen, westlichen und südlichen Randgebiete schon vor dem Ausbruch des Dezember-Aufstandes de facto ein polnisch verwaltetes Gebiet, wenn es rechtlich auch noch zu Preußen gehörte.

45 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 171 f.
46 *Hulewicz,* S. 43.

5. Fortschritte in der Aufstellung polnischer bewaffneter Formationen bis Ende 1918

In voller Fehleinschätzung der Lage wurde das Entstehen polnischer Truppenkörper durch die deutschen Behörden noch unabsichtlich gefördert. „Wenige Tage vor Ausbruch der Revolution in Berlin hatte der Minister des Innern die Bildung von Bürgerwehren allgemein angeordnet. Als darauf der Regierungspräsident in Posen wegen Bildung einer Bürgerwehr mit den deutschen und polnischen Organisationen verhandelte, lehnten die Polen zunächst ab, mit den Deutschen zusammen die Bürgerwehr zu bilden. Als aber die Revolution ausgebrochen war, und die Verfügung des Regierungspräsidenten, betreffend die Bildung von Bürgerwehren in den Zeitungen vom 11. November veröffentlicht wurde, nahmen die Polen den Gedanken sofort auf. Im Auftrage des Obersten Polnischen Volksrates forderten zunächst in Posen-Stadt am 13. November der Sokółverbandsturnwart *Julian Lange* als Kommandant und der Vorsitzende des Sokółverbandes *Karol Rzepecki* als Organisator die polnischen Bürger vom 20. bis 50. Lebensjahr zur Bildung einer Bürgerwehr (straż ludowa) auf".[47] Die Werbestelle in der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen „war ausschließlich mit polnischem Personal besetzt", und „der Andrang der polnischen Soldaten konnte kaum bewältigt werden." [48] Gleichzeitig setzte eine starke Werbung für die POW ein. Trotzdem blieb sie bis zum Beginn des Dezemberaufstandes noch unerkannt im Hintergrund und beschäftigte sich vor allem mit der Anlage von Waffenlagern und der Organisation bewaffneter Einheiten. Auf Seite 173 des 1958 von *Piwarski* herausgegebenen Buches „Powstanie Wielkopolskie" wird eine Reihe von Privatwohnungen aufgezählt, in denen Waffen gesammelt wurden. Die Waffen stammten hauptsächlich von polnischen Deserteuren, die sich auf dem Rückmarsch von der Front in die Heimat selbst „demobil" gemacht hatten, oder sie wurden kleineren deutschen Trupps, die den Bahnhof Posen passierten, abgenommen. Zum Teil wurden sie auch aus Kasernen und Depots gestohlen. So berichtet z. B. Oberst a. D. *v. Zunehmer* vom Infanterie-Regiment Graf Kirchbach Nr. 46, daß am 26. 12. 1918 ihm in Wreschen 10 Maschinengewehre aus dem Exerzierhaus heimlich entwendet wurden.[49] Schon in den Nächten vom 4./5. und 5./6. 12. 1918 hatten etwa 80 Soldaten unter Führung von polnischen Matrosen die Kasernen des Inf. Rgt. 47 und des Gren. Rgt. 6 sowie das Bekleidungsamt in Posen zu überfallen versucht, um sich mit Waffen, Munition und Uniformen zu versorgen. Diese Angriffe waren aber abgeschlagen worden.[50]

Im „Dziennik Poznański" vom 17. 11. 1918 erschien folgender Aufruf:

„Polnische Soldaten!

Ihr kehret nach Mühen und Erschöpfungen in das Vaterland zurück, um wiederum zur Arbeit anzutreten an der Bildung des neuen Polen. Euer Vaterland, Polen, ruft seine Söhne zur Arbeit auf. Wenn Ihr Euch in Ordnung zu dieser Arbeit gesellt, wird Euer

---

47 *Vosberg*, Der polnische Aufstand, S. 34 f.; dort als Quelle angegeben: Kurjer Poznański Nr. 261 vom 13. 11. 1918.

48 *Lamla*, S. 13.

49 *v. Zunehmer*, Das Infanterie-Regiment Graf Kirchbach (1. Niederschlesisches) Nr. 46 im Weltkriege 1914/18, Berlin 1935, S. 465.

50 *Vosberg*, Der polnische Aufstand, S. 65.

Verdienst groß sein. Darum haltet Euch nicht auf dem Heimwege auf, sondern strebt der Heimat zu. Es liegt viel Arbeit brach.

Tretet in die Organisationen und Vereine ein, denen Ihr vor dem Kriege angehörtet. Befasset Euch mit der alten Berufsarbeit, damit nicht der Hunger bei Euch Einkehr halte.

Tretet in die Volkswehren ein, die wir in den Kreisen zu bilden anfangen, um Euere Familie und Habe vor Raubeinfällen und Angriffen böser Menschen zu behüten. Von jetzt an werdet Ihr schon die eigenen Hütten und Familien schützen.

Helfet bei der Einführung von System und Ordnung!

Alle, die Arbeitslosen Arbeit zu bieten vermögen, fordern wir auf, recht viel Gelegenheit zur Arbeit und zu rechtschaffenem und gutem Verdienst zu schaffen.

Befaßt Euch somit mit der alten Arbeit, polnische Soldaten, damit nicht der Hunger bei Euch Einkehr halte.

Und wenn man Eurer bedürfen wird zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, dann rechnen wir bestimmt auf Euch.

Ganze Jahre kämpfet Ihr für Euch fremde Sachen. Jetzt, wo das Vaterland Euch ruft, stellt Euch in Reih und Glied, sei es in der Volkswehr, oder in der militärischen Organisation, diszipliniert und gehorsam, aber stets als freie Bürger des neuen Polen.

Das Kommissariat des Obersten Volksrats"[51]

Die Stärke der so entstandenen „Volkswehr" wird für den 12. 11. 1918 mit etwa 870 Mann angegeben (560 Polen, 280 Deutsche, 36 Juden). Anfang Dezember 1918 sollen ihr schon 1050 Polen, Ende Dezember 5800 Polen und Ende Januar 1919 sogar 12 000 Polen angehört haben. Hauptsächlich rekrutierten sich die „Volkswehren" aus dem Sokół und der polnischen Pfadfinderschaft.[52] Die starke Zunahme im Januar hängt damit zusammen, daß am 17. 1. 1919 die Geburtsjahrgänge 1897—1899 von den polnischen Aufstandsbehörden zu den Waffen einberufen wurden.[53]

Die Mitglieder der fast rein polnischen „Volkswehr" wurden wie die deutschen Soldaten besoldet und zwar hauptsächlich aus einer „Kontribution, die den deutschen Landwirten auferlegt wurde, die die Anordnungen der polnischen Behörden nicht beachtet hatten" (Powstanie Wielkopolskie [1958], S. 117). Ende November 1918 — gab es da schon polnische Behörden? Es können nur die örtlichen A.- u. S.-Räte mit polnischer Mehrheit gemeint sein, zugleich ein Beweis, wie weit die Behörden bereits polonisiert waren. Man konnte also schon zu diesem Termin von einem getarnten polnischen Aufstand in den Dörfern mit überwiegend polnischer Bevölkerung sprechen, in denen bei der deutschen Minderheit unter dem Mantel einer notwendigen Sicherheitspolizei vorhandene Waffen „beschlagnahmt" wurden. Als Grund für solche Maßnahmen mußte das Gerücht herhalten, „bewaffnete deutsche Kolonisten" hätten „sehr häufig" polnische Dörfer überfallen. Natürlich vergißt *Rogala* auch nicht, den Anteil der Arbeitermassen zu betonen. Vor allem die Landarbeiter und Bauern hätten die Initiative ergriffen und „Sensenmännerkompanien" gebildet. Sensenmänner gegen deutsches Militär? Das klingt sehr romantisch, kann aber der Wirklichkeit in keiner Weise entsprechen.[54] Man liest nachher etwas ver-

51 Mitgeteilt von *Vosberg*, Der polnische Aufstand, S. 126 f.
52 *Zieliński*, Organizowanie się, S. 161.
53 Angabe von *Z. Grot* in: Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 193.
54 Vgl. dazu Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 117 ff.

wundert von der starken Anteilnahme der polnischen Lehrerschaft als Führer dieser kleinen und kleinsten Aufstandsgruppen, einer Lehrerschaft, die doch angeblich unter „brutalem Druck“ germanisiert worden war. Diese Gruppe preußischer Beamten kann der Klasse der Arbeiter und Bauern keinesfalls zugerechnet werden. Die Lehrer wollten jedenfalls keine „sozialistische“, sondern eine nationalpolnische Revolution unterstützen. *W. Rogala* will nur nachweisen, daß schon damals die Masse der Arbeiter und Bauern auf einen gesellschaftlichen Umsturz wie in Rußland und im Sinne des heutigen, kommunistisch regierten Polen hinarbeitete, und daß durch den „bösen“ OPV in Posen unter anderem Angriffe auf Kolmar und Schneidemühl verhindert wurden. Trotzdem kann er nicht umhin, einzugestehen, daß es sich dabei um Kreise mit einer polnischen Minderheit handelte [55] und daß die Mehrzahl der Polen dem OPV in Posen folgte, welcher der „edlen Entente“ vertraute.[56]

Eine größere Bedeutung als der „Volkswehr“ wird man dem sogenannten „Wach- und Sicherheitsdienst“ bei den Aufstandsvorbereitungen zuschreiben müssen.[57] Mitte Dezember 1918 bestanden in Posen bereits neun Kompanien mit durchschnittlich je 200 Mann. Es waren überwiegend ehemals deutsche Soldaten polnischen Volkstums, ihre Führer waren ausschließlich Polen.[58]

Die Arbeit der Verschwörergruppen wurde wesentlich unterstützt durch die polnische Presse. So erschien im „Kurjer Poznański“ Nr. 277 vom 3. 12. 1918 folgender Pressebericht des OPV: „Das Erscheinen von fremden Truppen (in Wirklichkeit waren noch gar keine erschienen, nicht einmal die in der Provinz in Garnison stehenden Regimenter aus dem Felde zurückgekehrt. d. Verf.) erregt Unruhe und birgt eine große Gefahr in sich, da diese Truppen bei ihrer Unkenntnis der Gefühle und Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung leicht blutige Kämpfe hervorrufen können. Auch die Frage der regulären Ausfuhr von Lebensmitteln in die deutschen Provinzen wäre dadurch in Frage gestellt, da die polnische Bevölkerung zwar bereit sei, einen Teil der überflüssigen (!) Lebensmittel an den westlichen Nachbarn abzugeben, aber dazu nicht geneigt sei, wenn die Regierung Schritte unternähme, die die Polen als gegen sich gerichtet betrachten müßten . . .“ [59] Natürlich fehlt auch diesmal im „Kurjer Poznański“ nicht die zusätzliche Erklärung, daß der Teilgebietssejm in keiner Weise die Entscheidungen der Friedenskommission vorwegnehmen würde.[60] Als „fremde“ Truppen galt preußisches Militär auch aus Garnisonen der Provinz Posen, das durch Militärformationen aus der örtlichen polnischen und deutschen Bevölkerung ersetzt werden sollte. In Wahrheit aber wurden „für das Geld der Eroberer“ rein polnische Abteilungen aufgestellt, es wurden für sie gefälschte Soldatenlisten geführt, den Polen deutsche Namen beigelegt, um nach außen hin vorzu-

---

55 Ebd., S. 109/110.
56 Ebd., S. 135.
57 Die ursprünglich aus beiden Nationalitäten rekrutierte Volks- oder Bürgerwehr bestand neben den mehr militärisch organisierten Kompanien des Wach- und Sicherheitsdienstes. Er entstand Ende November 1918.
58 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 166.
59 Mitgeteilt von *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 29.
60 Kurjer Poznański Nr. 277 vom 3. 12. 1918, abgedruckt bei *Vosberg,* Der polnische Aufstand, S. 144.

täuschen, daß in den Kompanien des Wach- und Sicherheitsdienstes die gleiche Anzahl von Polen und Deutschen diente.[61]

Im Regierungsbezirk Bromberg verhielt sich der A.- u. S.-Rat anders als der Posener. Am 25. 11. 1918 trat der Sozialist *Stössel* scharf gegen die polnischen Volksräte als Feinde der Revolution auf. An ihrer Spitze ständen polnische Reaktionäre.[62] Um auch in Bromberg Fuß zu fassen, verlangte man in Posen von polnischer Seite, daß der Heimatschutz der Provinz einschließlich des Regierungsbezirkes Bromberg, dessen Truppen dem II. A.K. in Stettin unterstanden, dem Stellvertr. Generalkommando des V. A.K. in Posen unterstellt werde.[63] Man verlangte weiter, daß allen Generalkommandos der Ostprovinzen Vertreter der polnischen Bevölkerung zugeteilt würden, die durch den OPV delegiert werden sollten — während selbstverständlich die deutschen Vertreter durch den revolutionären A.- u. S.-Rat benannt werden müßten. Damit wollte man ein nationalpolnisches Übergewicht sicherstellen. Das Gleiche sollte für die Zentrale des militärischen Oberkommandos des Heimatschutzes in Berlin gelten, falls es fortbestehen sollte.

Auch auf dem Gebiete der Zivilverwaltung forderte man, daß den Oberpräsidenten in Posen, Breslau und Danzig und dem Regierungspräsidenten in Allenstein vom OPV bestimmte Vertreter zugeteilt würden. So hielten die „großpolnischen Politiker mit dem Geiste der Zeit Schritt" und paßten sich der veränderten Situation so an, „daß *Paluch* als Delegierter der Exekutivabteilung des Posener A.- u. S. Rats einen absoluten Einfluß auf den Gang der Verwaltung des Generalkommandos des V. A.K.'s hatte".[64] Wir sehen daraus, daß es jetzt zwischen *Paluch* von der POW und dem OPV nur einen Kompetenzstreit gab, der sich aus dem Unterschied der Ansichten ergab, wie man das gemeinsame Ziel, die Grenzen von 1772, für Polen erreichen könne. Dabei blieb *Paluch* Sieger! Das war umso leichter möglich, als „die Erfolge der Gruppe *Paluchs* (POW) . . . ein Geheimnis für die preußischen Behörden" blieben [65] und der OPV nicht wagte einzugestehen, daß er *Paluch* und seinen Anhängern gegenüber seine Absichten, eine friedliche Lösung abzuwarten, nicht durchsetzen konnte.

Trotz dieser Situation entsprachen die Beschlüsse des Teilgebietssejms vom 3.—5. 12. 1918 in Posen, der angeblich vier Millionen Polen aus den preußischen Ostprovinzen und den in anderen Teilen Deutschlands ansässigen „Emigranten" vertrat, genau den vom OPV aufgestellten Forderungen. Interessant sind dabei folgende „Feststellungen" des Sejms:

1. „Die preußische Regierung strebte . . . rücksichtslos nach der Vernichtung der polnischen Bevölkerung";

---

61 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 26.

62 Damit hatte *Stössel* durchaus recht! Vgl. den Abschnitt über die Entstehung der A.- u. S.-Räte!

63 Während im allgemeinen in Preußen jede Provinz ein eigenes Korps hatte, war zur verstärkten Verteidigung im Osten bereits in Friedenszeiten zwischen das I. A.K. in Königsberg und das II. A.K. in Stettin das XVII. A.K. in Danzig und das XX. A.K. in Allenstein eingeschoben worden. Das bedingte, daß die Korps- und Divisionsgrenzen nicht mit den Verwaltungsgrenzen übereinstimmten. Zweck der polnischen Forderung war, mit dem willfährigen Stellvertr. Generalkommando des V. A.K. in Posen alle Garnisonen der Provinz in die Hand zu bekommen.

64 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 29.

65 Ebd., S. 26.

2. „Das polnische Volk hat sich, wie seine Geschichte zeigt, durch Toleranz und Gerechtigkeit gegenüber anderen Nationalitäten und Überzeugungen ausgezeichnet und wird sich auch in dem zu neuem Leben erstandenen Staate stets von den erhabenen Ideen der Toleranz und der völligen Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten leiten lassen".[66]

Mitte bis Ende Dezember verfügten die Polen, dank der Arbeit der POW, mit „Volkswehr" und „Wach- und Sicherheitsdienst" in der Stadt Posen über einen polnischen Truppenkörper von einigen Tausend Mann. Dieser Erfolg war nur möglich:

1. durch die politische Aktivität und geschickte Taktik des OPV gegenüber den deutschen Behörden;
2. durch die Unschlüssigkeit der deutschen Regierungs- und Militärbehörden, wie sie sich unter den durch die November-Revolution geschaffenen Verhältnissen verhalten sollten.

Die militärische Stärke der polnischen Truppenverbände war in ihrer Kampfkraft keineswegs so groß, wie es die Mannschaftsstärke vermuten lassen könnte. Es fehlte an Waffen, an Munition und vor allem auch an jeglicher Artillerie. In „Najnowsze Dzieje Polski" heißt es auf Seite 9, der Munitionsbestand sei jämmerlich gewesen. Auf 30 000 Karabiner verschiedener Systeme seien nur 50 Schuß je Karabiner vorhanden gewesen, dazu ein Feldartillerie-Regiment und ein Regiment schwerer Artillerie, die nur wenig Munition gehabt hätten.[67] Es berührt eigenartig, wenn man bei *W. Lipiński* liest, an der Arbeit, die polnischen bewaffneten Kräfte (Polskie Siły Zbrojne) zu vergrößern, hätten sich die Deutschen lebhaft beteiligt, sie lieferten Waffen, Munition und Ausrüstung.[68] Diese Aussage bezieht sich aber auf die polnischen Streitkräfte im russischen Teilgebiet, sie trifft nur z. T. auf die Lage in der Provinz Posen zu. Hier fand die „deutsche Unterstützung" der POW auf andere Weise statt. Es fehlt in der Literatur über den Aufstand und vor allem auch in den Geschichten der in Posen und in der Provinz in Garnison stehenden Regimenter nicht an Hinweisen, daß unzuverlässige Elemente unter den Soldaten, und nicht nur Polen, der POW Waffen und Munition abgaben bzw. an sie verkauften. Die Demobilmachung verstärkte in den Ersatztruppenteilen den Bestand an Ausrüstungsgegenständen aller Art, die so in die Hände des überwiegend polnischen Wach- und Sicherheitsdienstes gerieten. Erfolgreich für die polnischen Waffensammlungen war

66 Ebd., S. 31/32 f. Die polnische Toleranz gilt für den polnischen Adel des ausgehenden Mittelalters und der beginnenden Neuzeit. Sie hatte einen sehr reellen Hintergrund. Der Adel bemühte sich um deutsche Ansiedler in seinen Städten und auf seinen Gütern, um seine Einkünfte zu verbessern. Wer die polnische „Toleranz" gegenüber den nationalen Minderheiten in den Jahren 1919—1939 selbst erlebt hat, wer ihr rigoroses Vorgehen gegen die Deutschen, Ukrainer, Juden, Litauer kennt, wird allenfalls das politische Geschick bestaunen, mit dem ohne ausgesprochene Ausnahmegesetze, die es in Preußen gegen die Polen gab, die Minderheiten zu Staatsbürgern minderen Rechts gemacht wurden. Im Gegensatz dazu erstarkte das Polentum trotz der Ausnahmegesetze in Preußen.

67 Im Königreich (Kongreßpolen) und in Galizien bestand die polnische Armee am 11. 11. 1918 aus 24 Inf.-Bataillonen, 3 Kav.-Schwadronen und 5 Batterien. Zwei Monate später waren es 100 Inf.-Bataillone, 70 Kav.-Schwadronen und 80 Batterien (*Komarnicki*, Rebirth, S. 239).

68 *Lipiński*, Walka zbrojna, S. 169.

das Durchsuchen deutscher Wohnungen, in denen alle Waffen auf Geheiß des A.- u. S.-Rates beschlagnahmt wurden.

Das Ergebnis der polnischen Bemühungen: Der Aufstand wurde militärisch in doppeltem Sinne vorbereitet: Erstens wurden alle deutschen Gegenmaßnahmen als konterrevolutionär leicht vereitelt, da die deutsche Regierung auf seiten der Revolution stand. Zweitens konnten bewaffnete Kräfte gesammelt werden zum „Schutze von Ordnung und Sicherheit". Dieses erfolgreiche politische Spiel begann gleich nach dem Beginn der November-Revolution. So lief neben der politischen Vorbereitung der „Auferstehung Polens" die Aktion für einen bewaffneten Aufstand. Die früher erwähnten Verschwörergruppen übernahmen auf eigene Faust die Sammlung von Waffen, veranstalteten reguläre militärische Übungen, agitierten dafür, daß polnische Soldaten preußischer Staatsangehörigkeit desertierten oder sich durch die Flucht dem deutschen Heeresdienst entzogen, sie fälschten Ausweise und erleichterten es damit ihren Landsleuten, sich vor den preußischen Behörden zu verbergen.[69] Wie gut vorbereitet der polnische Aufstand war, obwohl die Zahl und Bewaffnung der Aufständischen an seinem Beginn noch recht unzureichend waren, zeigten die Ereignisse am 27. 12. 1918.

6. Deutsche Gegenmaßnahmen gegen die Tätigkeit von OPV und POW

Während die November-Revolution unter den Polen in der Provinz Posen mit der sicheren Hoffnung auf die Wiedergeburt eines freien, unabhängigen polnischen Staates nur nationale Begeisterung geweckt hatte, bemächtigte sich großer Teile der deutschen Bevölkerung eine tiefe Niedergeschlagenheit. Vor allem ergriff sie gerade die Spitzen der deutschen Behörden, die gerade jetzt entschlossen klare Richtlinien hätten geben müssen. Bemüht, nur ja keine persönliche Verantwortung übernehmen zu müssen, und bestrebt, Ruhe und Ordnung ohne Blutvergießen aufrecht zu erhalten, verlegten sich die Zivilbehörden auf Verhandlungen mit dem OPV. Trotz der seit dem 10. 11. 1918 bedrohlichen Lage war die deutsche Gegenwehr gegen polnische Ansprüche daher äußerst gering, wenn sie überhaupt versucht wurde.

Die örtlichen Zivil-Behörden waren durchweg durch die ihnen zugeteilten Vertreter des A.- u. S.-Rates so gut wie lahmgelegt. Ihr Augenmerk richtete sich vor allem darauf, den Wünschen der Polen entgegenzukommen und jedes Blutvergießen zu vermeiden. In dieser Haltung fühlten sie sich bestärkt durch die so oft wiederholten Zusagen der polnischen Führer, die Entscheidung des Friedensvertrages abwarten zu wollen, und durch die Tatsache, daß der OPV und der A.- u. S.-Rat immer noch die Regierung in Berlin durch Aufnahme von Verhandlungen als zuständig für die Provinz Posen anerkannten. *W. Łukaszewicz* schreibt dazu: „Die politische Konzeption, die Ursache der Existenz des A.- u. S.-Rates war, beruhte:

1. auf der Anerkennung der vorläufig weiteren Zugehörigkeit dieses Gebietes zum deutschen Staate,
2. auf dem Abwarten der Entscheidung des Friedenskongresses,
3. auf der Zusicherung der Ruhe und Sicherheit während dieses Zeitraumes,

69 Vgl. Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 45.

4. auf der Milderung der nationalen Gegensätze, die unter möglichen Bedingungen jeden Augenblick mit einem Ausbruch drohten".[70]

Zu dem Besuch von *H. v. Gerlach* am 19. 11. 1918 heißt es bei *Łukaszewicz* allerdings: „Indem er sich nicht genügend über die Pläne *Paluchs* orientierte, die den Charakter der Kompanien des Wach- und Sicherheitsdienstes betrafen, gab *Gerlach* die offizielle Erlaubnis für ihren Aufbau in Posen, wobei er augenscheinlich den Worten ihres Kommandanten (*Paluch*) vertraute: Wir sind nicht gewillt, uns mit den deutschen Kameraden zu schießen." [71] Man erinnerte sich deutscherseits auch noch gut genug der polnischen Kameraden, die treu und tapfer in den Jahren 1914 bis 1918 im preußischen Heere gekämpft und ihr Leben für Deutschland dahingegeben hatten. So weisen z. B. die Ehrenlisten der Gefallenen beim Gren. Rgt. 6 unter 2738 mindestens 560 Namen auf, deren Träger unzweifelhaft Polen waren. Beim Inf. Rgt. 50 aus Rawitsch waren unter rund 3000 Unteroffizieren und Mannschaften mindestens 400 Polen gefallen. In der Ehrenliste des Inf. Rgt. 155 aus Ostrowo finden wir unter rund 2500 Gefallenen nicht weniger als 450 polnische Namen.[72] Ähnlich war es bei den anderen Regimentern, die ihre Garnisonen und Ersatztruppenteile in der Provinz hatten.

Auch die Reaktion der Reichs- und Preußischen Regierung war äußerst schwach. Sie beschränkte sich auf den bereits erwähnten Besuch des Unterstaatssekretärs *v. Gerlach* am 19. 11., die von Ministerpräsident *Hirsch* angeführte Delegation vom 15. 12. und auf eine auch schon erwähnte Verordnung vom 12. 12., in der vor Versuchen, Teile Preußens abtrennen zu wollen, gewarnt wurde. Am 23. 11. hatte allerdings die Reichsregierung durch den Staatssekretär des Äußeren *Solf* bei der Entente Protest gegen alle Versuche eingelegt, der Entscheidung der Friedenskonferenz vorzugreifen. Dieser Schritt mußte wirkungslos bleiben, weil der A.- u. S.-Rat in Posen erwidert hatte, daß die Behauptungen des Staatssekretärs jeder Grundlage entbehrten.[73] Man schickte weiter Regierungsvertreter nach Posen und empfing polnische Delegierte in Berlin. Das alles war nur ein Hinausschieben eines politischen Entschlusses, wie er sich notwendig aus der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen hätte ergeben müssen. Man wollte die Sache nicht auf die Spitze treiben. So ergab sich daraus eine ganze Serie von ergebnislosen deutsch-polnischen Beratungen und Konferenzen, die dem Zwecke dienten, Unaufschiebbares zu verzögern. Damit aber wurde einerseits das Mißtrauen der Polen verstärkt, man wolle durch deutsche Zusagen, die dann nicht eingehalten wurden, sich den Verpflichtungen des Waffenstillstandsvertrages entziehen, andererseits gewann die polnische Seite einen ihr nicht unerwünschten Zeitaufschub, ihre noch unvollkommenen Aufstandsvorbereitungen zu vollenden. Man wird bei dem Urteil über das Verhalten der Reichsregierung nicht außer acht lassen können, daß sie von den örtlichen Regierungsinstanzen in Posen nicht richtig informiert wurde und sich vordringlich auf die revolutionären Unruhen in den anderen Teilen Deutschlands konzentrieren mußte, die gerade im Dezember 1918 begannen, ein bedrohliches Ausmaß anzunehmen.[74]

70 *Łukaszewicz*, Rada Robotniczo-Żołnierska, S. 49.
71 Ebd., S. 39.
72 Die Angaben wurden den entsprechenden Regiments-Geschichten entnommen. Vgl. Anlage 5.
73 Vgl. *Vosberg*, Der polnische Aufstand, S. 23.
74 Vgl. *Zieliński*, Organizowanie się, S. 161.

Auch von den örtlichen Militärbehörden waren bis Ende Dezember 1918 noch keinerlei wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen worden. Zwar hatte Generalfeldmarschall *v. Hindenburg* in einem Aufruf vom 24. 11. 1918 zur Bildung von Freiwilligenverbänden für den Heimatschutz-Ost aufgefordert. Ihm widersetzten sich Politiker wie *H. v. Gerlach,* der Posener Oberpräsident *v. Eisenhart-Rothe,* der Regierungspräsident *Kirschstein* und vor allem die A.- u. S.-Räte und unter ihrem Einfluß auch der Stellvertr. Kommandierende General des V. A.K. *v. Bock und Polach* in Posen. Sein Name hat Anlaß zu einem Wortspiel gegeben, das damals unter den Deutschen in Provinz und Stadt umlief: der General habe alles „verbockt und verpolackt". Dabei ist ihm wohl nur ein Teil der Schuld beizumessen. Er hatte die Situation nicht genügend durchschaut — was übrigens bei dem polnischen Ränkespiel von OPV, POW und A.- u. S.-Rat nicht leicht war. Mehr Schuld trug sein Stabschef Generalleutnant *v. Schimmelpfennig.* Jedenfalls berichtet für Ende Dezember 1918 der damalige Regiments-Adjutant des 6. Gren. Rgt., *F. A. Schack,* in einem Brief vom 9. 3. 1967 an mich folgendes: Bei einer Paroleausgabe im Generalkommando sei der Vorschlag gemacht worden, sämtliche Truppenteile aus Posen herauszuziehen und auf dem 20 km nördlich der Stadt gelegenen Truppenübungsplatz „Warthelager" oder auf dem Flugplatz Ławica zu konzentrieren. Von dort aus könne man dem OPV und der Stadt Bedingungen stellen, während die meisten Kasernen recht ungünstig in der Stadt an verschiedenen Stellen eingeklemmt lägen und im Falle eines polnischen Aufstandes nur schlecht verteidigt und versorgt werden könnten (vgl. Abb. 9). *v. Bock und Polach* stimmte diesem Vorschlag sofort zu. Da war es *v. Schimmelpfennig,* der sich entschieden dagegen wandte. Er sagte: „Euer Exzellenz, ich beschwöre Sie, sich nicht von jugendlichen Heißspornen beeinflussen zu lassen! Die Polen liefern noch ganz regelmäßig ihre Kartoffeln nach Berlin, und das darf nicht aufhören." *v. Bock und Polach* gab nach und unternahm nichts! Über die Person des Kommandierenden Generals schrieb *H. Sommer:* [75] „Beim Ausbruche des Weltkrieges kam nach Posen als Stellvertr. Kommand. General der General d. Kav. z. D. *Friedrich v. Bernhardi.* . . Der General . . . fühlte sich bei seinem lebhaften Temperament auf dem Posener Posten nicht wohl. Es trieb ihn . . . hinaus an die Front, wo er das Generalkommando LV übernahm. Dies war für das Posener Land und Posen im November 1918 ein Verhängnis, da es bei der bekannten Tatkraft dieses Generals sicherlich zu einer andern Wendung der Dinge, die eine starke Führernatur erheischten, gekommen wäre. Sein Nachfolger in Posen wurde nämlich der General d. Inf. z. D. *Friedrich v. Bock und Polach.* . . Seinem Aussehen nach war er, als er nach Posen kam, das gerade Gegenteil seines Vorgängers, und man mußte die Bezeichnung der Polen für ihn als ‚nieżywa istota' (d. h. lebloses Wesen) als vollständig zutreffend bezeichnen. Über seine Haltung im November und Dezember 1918 in Posen sind die Ansichten sehr geteilt, weshalb hier kein Urteil darüber abgegeben werden soll. Der Pflicht des Chronisten aber sei durch Wiedergabe einer Auslassung in der ‚Post' (Nr. 13 vom 8. Januar 1919) genügt, in der aus Posen in einem ‚Der polnische Landesverrat' betitelten Artikel u. a. folgendes geschrieben wurde: . . . die ‚Reichs- und Staatsregierung' in Berlin wurde gleichzeitig durch die Kurzsichtigkeit der politischen und militärischen Behörden in

75 *H. Sommer,* Das Generalkommando in Posen von 1815 bis 1918. In: Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen. 1930. H. 19, S. 100 f.

Posen unrichtig und damit im Sinne des Polentums unterrichtet . . . die aus dem Felde heimkehrenden deutschen Soldaten wurden nach der Heimat entlassen, die polnischen dagegen zurückgehalten und in Verbänden zusammengestellt. Wen trifft die Schuld? Diejenigen, die die Entsendung deutschen militärischen Schutzes verhindert haben: von dem unfähigen Oberpräsidenten *v. Eisenhart-Rothe* war nach seiner ganzen bisherigen verfehlten Politik nichts anderes zu erwarten, der Stellvertretende Kommandierende General *v. Bock und Polach* ist ein alter, schwächlicher Herr. Hier trifft die größere Schuld seine Berater. . . (Anm.: Wie zwei Offiziere der Kleistgrenadiere berichten, trifft die Schuld den Generallt. z. D. *v. Schimmelpfennig gen. v. der Oye*, Chef des Stabes des Stellvertr. Generalkommandos des V. Armeekorps, der von allen tatkräftigen Maßnahmen entschieden abgeraten hat)... Der Stellvertretende Kommandierende General hat selbst dazu beigetragen, die deutschen Truppen führerlos zu machen durch seinen Befehl, der die Offiziere aus der Garnison Posen entfernte...“ Soweit das Zitat von *H. Sommer*. Sicher war es nicht die Schuld *v. Bock und Polachs*, daß von den Feldregimentern des V. A.K. nur wenige Teile im Laufe des Dezembers 1918 in ihre Garnison zurückkehren konnten. In die Stadt Posen kamen zurück:

1. Am 21. 12. 1918 das Pi.Btl. 29, das die älteren Mannschaften entlassen und fast sämtliche Offiziere beurlaubt hatte, so daß nur etwa 40 Mann in der Kaserne blieben;
2. am 25. 12. 1918 die 3. Maschinengewehr-Kompanie des Inf. Rgt. 47;
3. am 25. 12. 1918 vom Gren. Rgt. 6 der Regimentsstab mit dem zu einem Bataillon zusammengeschmolzenen I. und II. Gren. Btl. und einer kombinierten Maschinengewehr-Kompanie und am 27. 12. 1918 vormittags das III. (Füs.) Btl.

In die Provinz Posen kamen zurück:

1. Vom 12.—15. 12. 1918 das Feldart. Rgt. 53 nach Bromberg, ein Zug des Regiments nach Hohensalza; es begann am 16. 12. mit der Demobilmachung;
2. Anfang Dezember 1918 kamen die 1. und 2. Esc. des Drag. Rgt. Nr. 12 nach Gnesen aus Rumänien zurück, der Rest des Regiments unmittelbar vor Weihnachten. Es wurde demobilisiert. Am 28. 12. 1918 ging die 4. Esc., in ihr alle kampffähigen 28 Unteroffiziere und Mannschaften (!), befehlsgemäß nach Znin;
3. am 20. und 21. 12. 1918 der Stab, das I. und II. Btl., die Maschinengewehr-Kompanie und die Minenwerfer-Kompanie des Inf. Rgt. 46 nach Wreschen. Sie begannen am 22. 12. zu demobilisieren;
4. Mitte Dezember 1918 das Inf. Rgt. 50 nach Rawitsch, wo es am 23. 12. die Demobilmachung beendet hatte;
5. um Weihnachten 1918 das Gren. Rgt. zu Pferde Nr. 3 nach Bromberg;
6. am 17. 12. das Ulanen-Rgt. 10, dessen Garnison Züllichau war, obwohl es zum V.A.K. gehörte, über Posen nach Züllichau, wo es demobil gemacht wurde. (Auf dem Bahnhof in Posen wollte ein Trupp Soldaten (Polen?) unter Anführung von Matrosen das Regiment entwaffnen, er wurde aber vertrieben.);
7. Mitte Dezember das Inf. Rgt. 140 nach Hohensalza und
8. das Inf. Rgt. 49 nach Gnesen.

Nicht in ihre Garnisonen zurückkehren konnten:

1. das Inf. Rgt. 47 mit I. und III. Btl. nach Posen, II. Btl. nach Schrimm;
2. das Inf. Rgt. 46 mit I. und II. Btl. nach Posen;

3. vom Ulanen-Rgt. 1, Militsch, die detachierte Schwadron nach Ostrowo;
4. vom Inf. Rgt. 155 das I. und II. Btl. nach Ostrowo, das III. Btl. nach Pleschen;
5. das Feldart. Rgt. 20 nach Posen;
6. das Füs. Rgt. 37 nach Krotoschin.[76]

Zusätzlich zu der Kontrolle des V. A.K. durch den überwiegend polnischen A.- u. S.-Rat waren die Aufgaben des Stellvertr. Kommandierenden Generals dadurch erschwert, daß

1. für die Provinz zwei Generalkommandos (Posen und Stettin) zuständig waren,
2. der ganze Westen der Provinz frei von Garnisonen war (vgl. Abb. 1),
3. die Feldregimenter fast ausnahmslos den weiten Rückmarsch aus dem Westen zurückzulegen hatten und erst frühestens in den letzten Dezembertagen verfügbar waren, und
4. sie durch Entlassungen während des Rückmarsches dezimiert waren und
5. eine große Zahl von Soldaten polnischer Nationalität aufzuweisen hatten.

Nur das Berliner Kriegsministerium zeigte eine gewisse Initiative, als es am 15. 11. 1918 ein Oberkommando „Heimatschutz-Ost“ ins Leben rief und dabei auf freiwillige Meldungen für Heimatschutztruppen rechnete. *v. Gerlach* fand gerade im Kriegsministerium, als er über seinen Besuch in Posen am 19. 11. berichtete, den größten Widerstand. „Es erklärte immer wieder: wir müssen Truppen hinsenden, wir haben an den dort stehenden nicht genug“.[77] So erließ trotz aller Schwierigkeiten, die den Militärs von politischer Seite gemacht wurden, das Große Hauptquartier am 24. 11. einen Aufruf an alle Soldatenräte des Feldheeres, Freiwilligen-Verbände für den „Heimatschutz-Ost“ zu bilden. Gleichzeitig schickte das Stellvertr. Generalkommando des II. A.K. in Stettin trotz örtlicher Proteste der A.- u. S.-Räte Truppen an die Grenze des Regierungs-Bezirks Bromberg.[78] Allerdings sah man die Hauptaufgabe des „Heimatschutzes-Ost“ zunächst vor allem darin,

1. den Rücktransport des Heeres aus Rußland zu regeln und zu sichern (befanden sich doch noch etwa 1 Million deutscher Truppen jenseits der Ostgrenzen),
2. die Gefahren einer Ernährungskatastrophe zu bannen (in den bisher besetzten Ostgebieten lagerten noch große Bestände an Lebensmitteln) und
3. den Übertritt von Banden aus dem Osten zu verhindern.[79]

Alle wirklichen deutschen Abwehrversuche mußten jedoch scheitern, da es dem Armeeoberkommando an einer bestimmten politischen Direktive fehlte, weil die Berliner Regierung kein Zukunftsprogramm für die Provinz Posen hatte und aus Angst vor dem Ausbleiben von Lebensmitteltransporten aus dem Posenschen keine entscheidenden Schritte zu unternehmen wagte.[80] So beging man den Fehler halber Maßnahmen, schickte nur kleine Trupps in das bedrohte Gebiet, die sich dort entwaffnen ließen, während man doch hätte wissen müssen, daß die sogenannten Heimatschutztruppen z. B. in Ostrowo, Schildberg, Mogilno, Witkowo und Gnesen

76 Die Angaben über die einzelnen Regimenter sind den entsprechenden Regiments-Geschichten entnommen. Vgl. Anlage 5.
77 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 25.
78 Vgl. *Lamla*, S. 57.
79 Ebd.
80 Vgl. *Coester*, S. 36.

wegen ihrer polnisch-nationalen Zusammensetzung im deutschen Sinne unzuverlässig waren.[81]

Daß auch im Großen Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe b. Kassel die Lage nicht überblickt wurde, zeigt ein Bericht des Regiments-Kommandeurs Major *Steuer* vom Inf. Rgt. 155, dessen Garnison in Ostrowo lag. Das Regiment hatte am 13. 11. 1918 seinen Rückmarsch aus dem Westen begonnen, große Teile der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften entlassen und dann in der Gegend von Wetzlar Quartier bezogen. Noch am 25. 12. 1918 bekam es vom Hauptquartier den Befehl, „IR. 155 solle nach Entlassung der unterwegs beheimateten Leute und Abgabe der Waffen nach Ostrowo gehen. Das Rgt. habe ja in Ostrowo die Waffen des Ersatz-Btls. . .“ [82] Nur weil sich der Regimentskommandeur weigerte, „die Reste des Regiments waffenlos den Polen und dem verwahrlosten Ersatz-Btl. preiszugeben“, wurde Löwenberg in Schlesien als Demobilmachungsort bestimmt.[83]

Die Deutschen Volksräte mußten sich politisch auf wirkungslose Proteste, wie etwa auf ein Telegramm an *Wilson* vom 12. 12. 1918, beschränken. Am 8. 12. 1918 wurde ein Telegramm des Deutschen Volksrates in Rawitsch an die Volksbeauftragten in Berlin gesandt, die zu 86% deutsche Stadt bei Preußen zu erhalten.[84] Erfolgreicher waren die Volksräte bei der Bildung von deutschen Volkswehren in den überwiegend deutschen Randgebieten.

Wegen der weiteren Bemühungen und auf den unermüdlichen Einsatz einzelner heimatverbundener Deutschen der „Ostmark“ sei auf die bereits angeführte Literatur über die deutschen Volksräte verwiesen.

81 Ebd., S. 32—35.
82 *Arens*, Das Kgl. Preuß. 7.Westpreußische Infanterie-Regiment Nr. 155, Berlin-Charlottenburg 1931, S. 456.
83 Ebd.
84 *H. J. Schmitz*, Einzelbilder aus den Abwehrkämpfen gegen die Polen in der Provinz Posen im Jahre 1919. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 10. 1934. T. 1, S. 5/6.

V

DER AUSBRUCH DES OFFENEN AUFSTANDES IN POSEN AM 27. 12. 1918

Den Auftakt oder das Vorspiel des Großpolnischen Aufstandes bildete die Ankunft *I. J. Paderewskis* am 26. 12. in Posen. Er hatte von der deutschen Regierung die Genehmigung erhalten, sich über Danzig—Alexandrowo nach Warschau zu begeben. Diesen vorgeschriebenen Reiseweg änderte er am 26. 12. und fuhr mit dem Zuge nach Posen. Ein ihm nach Rogasen entgegengeschickter Hauptmann des Generalkommandos Posen, der ihn von dem Besuche Posens abhalten sollte, konnte nichts ausrichten. Der *Paderewski* begleitende britische Oberst *Wade* erklärte kategorisch, der dem Hauptmann erteilte Befehl müsse auf einem Mißverständnis beruhen, er, *Wade,* habe von der Waffenstillstandskommission in Spa den Auftrag, in Posen sich über die Lage zu informieren — eine Erklärung, die sich später als falsch herausstellte. Das „Posener Tageblatt" berichtete darüber verspätet, da es zunächst vom polnischen Stadtkommandanten verboten worden war, in seiner Nr. 1 vom 4. 1. 1919: „Gegenüber den vielfachen Gerüchten, die über die Anwesenheit *Paderewskis* in Posen verbreitet wurden, wurde dem W. T. B. [= Wolffs Telegraphen-Büro] in Berlin am 31. Dezember folgendes mitgeteilt: Von deutscher Seite war für *Paderewski,* der in letzter Zeit als Vertreter Polens in Amerika bestellt war, freies Geleit nur für die Fahrt von Danzig nach Warschau zugesichert worden, jedoch nicht zur Reise nach Posen. Der Aufforderung eines deutschen Offiziers, der *Paderewski* entgegengesandt wurde, *Paderewski* möge mit Sonderzug sogleich nach Alexandrowo fahren, leistete *Paderewski* nicht Folge. Der von dem Offizier erhobene Protest gegen die Reise *Paderewskis* nach Posen wurde von dem *Paderewski* begleitenden englischen Oberst *Wade,* [dem Chef der ersten offiziellen alliierten Mission in Polen], entgegengenommen, der jedoch behauptete, daß die Waffenstillstandskommission über die beabsichtigte Reise *Paderewskis* nach Posen unterrichtet sei. Diese Behauptung entspricht aber nicht den Tatsachen. Vielmehr bezog sich der Antrag des Vorsitzenden der englischen Waffenstillstandskommission lediglich auf freies Geleit für eine Reise *Paderewskis* von Danzig nach Warschau. . . Die deutsche Regierung hat durch ihre Vertreter in der Waffenstillstandskommission in Spaa bereits vor Ausbruch der Unruhen in Posen den Verbündeten gegenüber scharf betont, daß der Aufenthalt *Paderewskis* in Posen keinesfalls gestattet werde, und daß die Verantwortung für etwa aus *Paderewskis* Anwesenheit in Posen entstehende Vorkommnisse nicht übernommen werden könne. Eine Meldung des W. T. B. vom 2. Januar besagt, daß der Vorsitzende der englischen Abordnung in Spaa, General *Naking,* an den englischen Oberstleutnant *Wade* in Posen folgendes Telegramm gerichtet hat: ‚Ich habe vom englischen Auswärtigen Amt Auftrag erhalten, Sie anzuweisen, Ihre Reise nach Warschau ohne Aufschub fortzusetzen. Bestätigen Sie den Empfang. General *Naking,* Britische Delegation Spaa.' Hierzu läßt der Oberste Polnische Volksrat durch W.T.B. erklären, daß Colonel *Wade* auf Grund der Instruktionen seiner Regierung in Posen die Ankunft zweier anderer Mitglieder der englischen Kommission zur Prüfung der Verhältnisse in Polen erwartete, die über die Schweiz kommen sollten. Da deren Ankunft sich verzögert hat, ist Colonel *Wade* am 1. Januar von Posen nach Warschau abgereist, während sein Begleiter, Kapitän *Rawlings,* mit einem

speziellen Bericht sich nach Spaa begeben hat. Herr Unterstaatssekretär *Goehre* hat übrigens in Posen während seiner Verhandlungen u. a. erklärt, daß Colonel *Wade* in Posen die anderen Mitglieder der englischen Kommission abzuwarten habe." [1]

Jedenfalls konnte *Paderewski* auf diese Weise am 26. 12. um 21 Uhr seinen triumphalen Einzug in Posen halten. Die Spitze des Zuges bildeten eine Abteilung polnischer Volkswehr, der Vorstand des Sokółverbandes mit Fahne, eine polnische Militärkapelle, wieder etwa 100 Mann Volkswehr, die polnischen Gesangvereine mit ihren Fahnen und Mitglieder des OPV mit zwei englischen Offizieren. Dann erst folgten die Wagen mit *Paderewski* und Frau und dem Obersten *Wade,* begleitet von einer Ehrenwache von 100 Mann der Volkswehr. Eine tausendköpfige Volksmenge hatte sich angeschlossen oder bildete Spalier. Am Schluß des Zuges marschierte wieder Volkswehr und eine Musikkapelle in preußischen Uniformen mit polnischer Kokarde.[2] Im Hotel „Bazar" wurde *Paderewski* von dem jetzt polnischen Oberbürgermeister, dem Stadtpräsidenten *Jarogniew Drwęski* und im Namen des OPV von *Dr. Bolesław Krysiewicz* begrüßt. Die Antwort *Paderewskis* schloß mit den Worten: „Es lebe Polen, die Eintracht, die Einheit und unser freies Vaterland! Vereint mit unserer polnischen Küste wird es für alle Zeiten leben".[3] Am folgenden Tage, dem 27. 12. 1918, hielt *Paderewski* vom Eckbalkon im 2. Stockwerk des Hotel „Bazar" eine Ansprache an die polnischen Einwohner Posens, unter denen sich viele Schüler und Schülerinnen befanden. Nach dem „Kurjer Poznański" Nr. 297 vom 28. 12. 1918 sollen es über 23 000 Kinder gewesen sein, die *Paderewski* und Frau eine imposante Huldigung darbrachten.

Die deutsche Bevölkerung der Stadt hatte sich während des Einzuges *Paderewskis* möglichst von den Straßen ferngehalten. Wie aus den deutschen Zeitungen dieser Tage zu ersehen ist, versuchte sie sogar dafür Verständnis zu finden, welche Begeisterung die Polen *Paderewski* entgegenbrachten als dem Manne, der in den Vereinigten Staaten für die polnische Sache erfolgreich geworben und durch Oberst *House* enge Beziehungen zu Präsident *Wilson* hatte. Was sie empörte, waren die von Polen ausgehängten Fahnen der Entente, gegen die die deutschen Soldaten vier Jahre lang gekämpft hatten.

Welche Rolle spielte *Paderewski* bei dem Ausbruch des Großpolnischen Aufstandes? Ob *Paderewski,* „über dessen eigentlichen Zweck der Reise niemals öffentlich etwas bekannt gemacht wurde", sich dahin äußerte, „es sei unsicher, ob die Entente in die Loslösung preußischer Gebietsteile einwilligen werde, man werde jedoch den Polen gewähren, was sie zum Friedensschluß militärisch besetzt haben würden", lassen sowohl *R. Coester*[4] wie *Wieliczka* dahingestellt sein. *Wieliczka* schreibt dazu: „Es ist nicht wahrscheinlich, daß eine solche Losung von ihm wörtlich oder umschrieben gegeben wurde, denn dies hätte den Ansichten der Entente nicht entsprochen, welche eine Neuregelung der deutsch-polnischen Gebietsverhältnisse ohnedies beabsichtigte. . . Eine solche Losung hätte auch nicht dem vorsichtig wägenden Verhalten der Polenführer entsprochen, die, wie sich später herausstellte — auf den bald los-

---

1 *Vosberg,* Der polnische Aufstand, S. 211 f.
2 Ebd., S. 85.
3 *Hęciak,* S. 12.
4 *Coester,* S. 40.

brechenden Aufstand keineswegs genügend vorbereitet waren..." [5] Zweifellos mußte eine solche Parole, auch wenn sie nur als Gerücht unter der polnischen Bevölkerung verbreitet wurde, einen Anreiz zum Aufstand geben. Daß sie nicht ganz aus der Luft gegriffen sein konnte, geht aus *Paderewskis* Verhalten in Danzig und Warschau in diesen Tagen fieberhafter Spannung hervor.

Am 25. 12. 1918 fand nach der Landung *Paderewskis* in Danzig eine geheime Konferenz statt, an der außer *Paderewski, Korfanty, Dr. Kubacz* auch der Chef der britischen Mission Oberst *Wade* und seine Begleiter Leutnant *Langford* und Commander *Rawlings* teilnahmen. Es kam zu folgendem Beschluß: „Ein polnisches Expeditionskorps [die in Frankreich gebildete *Haller*-Armee] landet. Das mit den Polen sympathisierende Militär in Danzig tritt an seine Seite, die Stadt wird eingenommen, das deutsche Volk und die deutsche Regierung werden vor vollendete Tatsachen gestellt." [6] Es kann wohl nicht angenommen werden, daß einen Tag später *Paderewski* sich in Posen viel anders verhalten hat. Auch der immer als vorsichtig abwägende und als zaudernd geschilderte *Korfanty* dürfte nicht so ganz einem Aufstand abgeneigt gewesen sein, sobald er die polnischen Kräfte für stark genug hielt. Schließlich gehörte auch *Paluch* zu den Polenführern, die ausgesprochen auf einen bewaffneten Aufstand hinarbeiteten. Und in Warschau, das *Paderewski* am 1. 1. 1919 über Ostrowo und Kalisch erreichte, sagte er: „Ich kehre zu Euch aus der Ferne zurück über unser Danzig und unser Posen".[7]

Über die Haltung der Entente zu dieser Frage wird noch zu sprechen sein.

Deutsche und polnische Quellen geben — trotz der bereits früher stattgefundenen Kämpfe, die von polnischer Seite ausgegangen sind, sofern man den polnischen Berichten Glauben schenken kann — übereinstimmend Ausschreitungen des 6. Gren. Rgt. als Ursache des Ausbruchs eines bewaffneten Aufstandes an. Seit der Nacht vom 25. zum 26. 12. 1918 in Stärke von weniger als 1000 Mann [8] aus dem Westen

---

5 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 58.

6 Sprawy polskie, S. 267.

7 *Hęciak,* S. 14.

8 Einige Quellen geben sogar 3000 Mann als Regimentsstärke an. Diese Zahl kann nicht stimmen, da das Regiment noch vor Kriegsschluß in verlustreiche Kämpfe im Westen verwickelt war. „Die Verluste des 12. 9. 1918 (bei einem Großangriff der Amerikaner im St. Mihiel-Bogen südöstlich Verdun) waren vernichtend. Zunächst waren als gefallen, verwundet und vermißt gemeldet worden: 22 Offiziere und 1302 Mann, davon waren, wie sich aber erst viel später herausgestellt hat, gefallen, tödlich verwundet und vermißt 216. Die Zahl der Verwundeten ist auf ungefähr das Dreifache zu veranschlagen, d. h. rund 600. Es wird daher die Ziffer von unverwundet in Gefangenschaft Geratenen nicht höher als 500 sein" (*Döring von Gottberg,* Das Grenadier-Regiment Graf Kleist v. Nollendorf [1. Westpreußisches] Nr. 6, Der Weltkrieg, Berlin 1935, S. 561). Die Kompanie des Lt. *Gerndt* „war ohne die hinter der vordersten Front Beschäftigten auf 13 Mann zusammengeschmolzen. Mehr zählten auch die anderen Kompanien nicht". Doch wurde in den nächsten Tagen das Regiment durch Offiziere und Mannschaften der aufgelösten Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 257 und 332 aufgefüllt (ebd., S. 563). „Die Gesamtstärke des Rgts. belief sich Ende September wieder auf 82 Offiziere und Offz.-Stellvertreter, 1875 Unteroffiziere und Grenadiere (Füsiliere) und 268 Pferde, die Zahl der schweren MG auf 18, der leichten auf 55" (ebd., S. 564). Aus der Regiments-Geschichte entnehmen wir weiter, daß bei dem letzten Fronteinsatz des Regiments vom 3.—11. 11. weitere Verluste eintraten. Es fielen zwei Offiziere, ein Fähnrich und 43 Unteroffiziere und Mannschaften, etwa 200 wurden verwundet. Auf dem Rückmarsch von der Front wurden am 13. 12. bereits alle Jahrgänge bis 1890, am 15. 12. die Jahr-

zurückgekehrt, hätten diese kampferprobten Soldaten statt eines feierlichen Empfangs eine ganz unerwartete Lage vorgefunden. *Wieliczka* schildert den Vorgang folgendermaßen: „Das damalige Aussehen der Stadt überzeugte die deutschen Soldaten von dem endgültigen Bankerott der Ideen und Losungen, für die sie vier Jahre hindurch unter den größten Anstrengungen und Opfern gekämpft hatten. Es ergriff sie Erbitterung beim Anblick der Koalitionsflaggen, mit denen die Bevölkerung die Häuser geschmückt hatte, um nicht sie würdig zu empfangen, sondern die Vertreter der siegreichen englischen Armee. In einer seelischen Depression unterlagen die Soldaten des 6. Grenadierregiments einer zeitweiligen Regung und wollten vielleicht Posen das äußere Gewand wiedergeben, das es hatte, als sie ins Feld gezogen waren. Auf diese Weise kam es am 27. 12. 1918 zu deutschen Demonstrationen auf der Martinstraße, während welcher die Grenadiere in die Privatwohnungen eindrangen, die Koalitions- und polnischen Flaggen herunter rissen und des öfteren die Bewohner übel zurichteten. Auf die Nachricht von den Provokationen fielen die durch die großpolnischen Politiker künstlich aufgerichteten Schranken (gemeint ist der Gegensatz zwischen OPV und POW!). Es bewahrheitete sich noch einmal die Psychologie der Masse, als die zur Begrüßung *Paderewskis* versammelte polnische Bevölkerung ihre Macht fühlte und ihr bei der spontanen Unterdrückung der deutschen Demonstrationen Ausdruck verlieh. Auf diese Weise kam es am 27. 12. 1918 in Posen zu bewaffneten Kämpfen, die das Signal des Ausbruchs des großpolnischen Aufstandes waren. Die ersten militärischen Schritte riefen einen einfach unerhörten Wirrwarr hervor. . . Es wankte sogar die Macht des Kommissariats des Obersten Volksrats. . . Der Oberste Volksrat ist gegenüber dem Willen des Volkes ratlos. . . In einem gewissen Moment (Versammlung der Führer der bewaffneten Bewegung gegen Abend des 28. 12. im ‚Bazar‘) war *Korfanty* bemüht, die Versammelten zum Ablassen vom Kampfe . . . zu veranlassen. Dieser Vorschlag stieß auf lebhaften Widerspruch“. *Korfanty* verließ die Versammlung, als *Roman Wilkanowicz*, „ein alter Verschwörer“, sagte: „Niemals werden wir von dem begonnenen Kampfe ablassen und alle, die dagegen sind, sind unsere Gegner und sie bekommen eine Kugel in den Kopf.“ [9] Ganz ähnlich schildert auch *J. Lamla* die Vorgänge.[10] Er erwähnt dabei allerdings, daß den 6. Grenadieren „jede Absicht fehlte, einen blutigen Zusammenstoß vom Zaune zu brechen . . ., daß sie auf dem Marsche eine große Anzahl unbewaffneter Bürger und Frauen in ihren Zug aufnahmen“. . . „Als der Zug auf dem Wilhelmsplatz . . . angekommen war, wurde die Entfernung der feindlichen Flaggen gefordert. Das Verlangen wurde aber höhnisch zurückgewiesen, und nun begaben sich einige Gefreite zu dem Hause Wilhelmsplatz 2, um dessen Fahnen mit eigener Hand einzuholen. Die Gefreiten waren mit der Ausführung ihres Vorhabens beschäftigt, als sie plötzlich von mehreren Seiten

---

gänge 1891 und 1892 entlassen (ebd., S. 584). So werden die Angaben stimmen, die wir bei *H. Tröbst / A. Leipold*, Das Posensche Pionier-Bataillon Nr. 29, Berlin 1932, S. 404, finden. Dieses Bataillon war bereits vor den 6. Grenadieren in Posen eingetroffen und hatte alsbald mit ihnen Verbindung aufgenommen. Dort wird die Mannschaftsstärke der Kleist-Grenadiere mit 600 Mann angegeben. Diese Zahl nimmt auch *F. Swart*, Diesseits und jenseits der Grenze, Leer 1954, S. 66, an. Allerdings irrt er sich darin, daß die 6. Grenadiere die erst am 27. 12. in Posen eingerückte aktive Truppe gewesen seien.

9 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 51 f.

10 *Lamla*, S. 23.

Feuer erhielten. Diese Schüsse wurden das Signal zu einer allgemeinen Schießerei, zu einem spontanen Ausbruch des Aufstandes, dem das zahlenmäßig starke, aber nicht organisierte Deutschtum völlig unvorbereitet gegenüberstand. Aus allen Straßen strömten die Polen zusammen, mit einem Schlage schien die ganze polnische Bevölkerung bewaffnet zu sein, selbst Frauen und halbwüchsige Burschen handhabten Gewehre und Karabiner, die Waffen- und Kraftwagendepots wurden gestürmt, Gewehre auf Autos geladen und in den Straßen verteilt, alle wichtigen Punkte der Stadt besetzt. Das Blutvergießen hat eine erhebliche Zahl Opfer gekostet, deren Zahl von deutscher Seite nicht genau festgestellt werden konnte, da die Stadt alsbald in polnischer Hand war und blieb.[11] In den nächsten Tagen fielen infolge von Lebensmittelmangel die eingeschlossenen Kasernen trotz tapferer Gegenwehr der Besatzungen und mit ihnen weiteres Material, auch mehrere Batterien, in die Hand der Polen".

Beide obigen Berichte enthalten eine Reihe von Unrichtigkeiten. Ich kann ihnen nur meine eigenen Erlebnisse entgegenstellen.

Nach der November-Revolution, die das Ende des Krieges anzeigte, sah ich meine Aufgabe darin, neben dem Dienst bei der Truppe in Posen mich wieder meinen durch vier Kriegsjahre unterbrochenen Studien der Mathematik und Naturwissenschaften zu widmen. So war es mir ganz erwünscht, als sich eines Tages bei mir ein Rekrut unserer Ersatz-Abteilung, ein Freund und Klassenkamerad meines Bruders, meldete und mich bat, ihn in Mathematik für das Abitur vorzubereiten. Fast gleichzeitig kam auch ein polnischer Untertertianer, wohl aus dem Bekanntenkreis meiner Eltern, zu mir, der von mir im Deutschen Nachhilfestunden haben wollte. Da der Dienst bei der Ersatz-Abteilung mir am Nachmittag viel Zeit ließ, gab ich diese Stunden fast täglich. Am späten Vormittag des 26. 12. 1918, dem Tage der Ankunft *Paderewskis* in Posen, traf ich auf dem Wege von der Kaserne nach Haus auf dem Wilhelmsplatz meinen Regiments-Kameraden *Heinz Michalowsky*. Wir gingen den schon längst wieder üblichen Bummel am Wilhelmsplatz und der Berliner Straße entlang, als wir dort an einem Hause am Balkon des ersten Stockwerks die Fahnen der Siegermächte erstmalig bemerkten, gleichzeitig aber auch die entrüsteten Ausrufe anderer Passanten hörten. Daraufhin begaben wir uns beide zur Kommandantur am Wilhelmsplatz, Ecke Lindenstraße (ul. Rzeczypospolitej) zum Soldatenrat. Wir machten darauf aufmerksam, es sei doch wohl zweckmäßig, Fahnen der Entente nicht zu zeigen, weil dadurch leicht Unruhen entstehen könnten. Man versprach uns, diese Fahnen entfernen zu lassen. Wir konnten dann auch nach

11 *M. Olszewski*, Powstanie Wielkopolskie 1918—1919, Posen 1963, S. 56, gibt als erstes Verzeichnis des Großpolnischen Aufstandes am 28. 12. 1918 an: zwei Gefallene (wahrscheinlich sind *F. Ratajczak* und *A. Andrzejewski* damit gemeint), den an seiner Verwundung gestorbenen Grenadier *Rudolf Schulz* und 18 Verwundete, darunter der Grenadier *Wilhelm Langner*, den Gefreiten *Paul Glaser* und den Offizierstellvertreter *Herrmann Guenzel* vom Idf.Rgt. 46, II. Btl. 6. Komp. Von einer „erheblichen Zahl Opfer" kann also wohl kaum gesprochen werden. Auch *T. Jabłoński* gibt in seiner „Lista strat powstania Wielkopolskiego 1918/19" nur drei am 27. 12. 1918 in Posen Gefallene an: Neben den schon genannten Soldaten *Andrzejewski* und *Ratajczak* den Zivilisten *Adam Nowaszewski*. Hier handelt es sich sicher um den Mann, der durch eine verirrte Kugel im Billardsaal des Café „Esplanade" tödlich getroffen wurde. Nach der Lage des Saales muß der Schuß aus der Richtung des Hotels „Bazar", also von polnischer Seite, abgegeben worden sein. Ich hörte von diesem Unglücksfall schon damals in Posen.

kurzer Zeit beobachten, daß eine Gruppe von Soldaten vor dem genannten Hause erschien und bald darauf der Wohnungsinhaber mit verkniffenem Gesicht die Fahnen bis auf die weiß-rote entfernte. Damit schien der Stein des Anstoßes beseitigt. Was am Nachmittag während des Einzuges *Paderewskis* geschah, konnte ich nicht beobachten, weil ich — wie wohl alle Deutschen — zu Haus und der Straße fern blieb. Am 27. 12. 1918 ging ich wie gewohnt zur Kaserne, ohne auf dem Wege ein verändertes Straßenbild zu bemerken. Kurz nach dem Mittagessen erschien bei mir mein Rekrutenschüler und fragte mich, ob die für den Nachmittag vorgesehene Unterrichtsstunde stattfinden würde, da ja unsere Ersatz-Abteilung sich am offiziellen Einmarsch der 6. Grenadiere in die Stadt beteilige. Ich hatte davon nichts gehört, ließ aber die Stunde ausfallen und begab mich in die Kaserne, um Näheres zu erfahren. Auf dem Wege dorthin über den Wilhelmsplatz gedachte ich, *Heinz Michalowsky* abzuholen, dessen Vater als Bankdirektor eine Dienstwohnung in der Bank gegenüber der Kommandantur hatte. In der Wohnung öffnete mir die Mutter meines Regiments-Kameraden und sagte mir, *Heinz* wäre bereits fortgegangen, da sich unsere Abteilung an einem Einmarsch der 6. Grenadiere beteiligen würde. Diese Nachricht aus zweifacher Quelle machte mich nun ganz sicher, daß ein solcher Plan bestünde. Am Tor unserer Kaserne stieß ich auf den Wachtmeister *Raasch,* Führer der 90 bis 100 Mann starken 1. Wachbatterie. Ich fragte ihn erstaunt, warum noch niemand von seiner Batterie angetreten sei, um die 6. Grenadiere zu begleiten. *Raasch* hatte davon noch nichts gehört. Auf gut Glück sagte ich ihm, er solle doch seine Leute schon antreten lassen. Auf seine Frage, ob scharfe Munition mitgenommen werden solle, antwortete ich, zehn Schuß pro Mann würden genügen. Während *Raasch* die notwendigen Befehle an seine Batterie ausgab, ging ich in das Geschäftszimmer der Abteilung in der Meinung, dort Näheres zu hören. Im Zimmer traf ich den derzeitigen Führer der Ers.Abt., Rechnungsrat *Voelkner,* seinen Adjutanten Lt. d. Res. *Roeschke* und einige Regiments-Kameraden in Zivil. Alle waren zu meinem Erstaunen über meine Nachricht von einem beabsichtigten Einmarsch der 6. Grenadiere vollkommen überrascht. Als wir noch darüber diskutierten, was an diesem Plan wirklich stimme, rief das Ers.Btl. Fußart. Rgt. 5, zu dem angeblich *Paluch* gehörte, an und fragte, ob wir uns an dem Einmarsch der 6. Grenadiere beteiligen würden. Sie selbst könnten es nicht, da sie zu weit außerhalb der Stadt lägen, hinter Solatsch, um noch rechtzeitig erscheinen zu können. Nunmehr schien die von mir überbrachte Nachricht bestätigt zu sein. Vorsichtigerweise rief aber *Voelkner* noch bei den 6. Grenadieren an. Er erhielt die Antwort, der Einmarsch würde stattfinden, und man erwarte unsere Ersatz-Abteilung in ihrer Kaserne. Da es mittlerweile zu spät geworden war, das Rekrutendepot, das im Fort Grolman allein über Geschütze verfügte, rechtzeitig in Bewegung zu setzen, entschied *Voelkner,* daß nur die inzwischen angetretene 1. Wachbatterie als Abordnung unseres Regiments sich zur Kaserne der 6. Grenadiere in der Kleiststraße begeben solle. Mich, als den einzigen Offizier, der in Uniform anwesend war, bat er, zur Unterstützung von Wachtmeister *Raasch* die Batterie zu begleiten. Es war dies eine rein militärische Angelegenheit, die nichts mit einer antipolnischen Demonstration zu tun hatte. Schließlich konnte man dem 6. Grenadier-Regiment das Recht nicht absprechen, nach seiner Rückkehr in seine Garnisonstadt einen feierlichen Einmarsch zu halten. Da auch ich nicht die Absicht hatte, dem Einmarsch einen politischen Charakter zu geben, zog ich es vor, die Grenadierkaserne auf Wegen zu erreichen,

die möglichst wenige Wohngebiete berührten.[12] Marschlieder singend, kamen wir unbehelligt durch die ehemaligen Wallanlagen vorwärts. Wo wir an Wohnhäusern vorbeikamen, wurden schwarz-weiß-rote Fahnen geschwenkt. Man hatte den Eindruck, daß die deutschen Einwohner der Stadt sich wie von einem Alpdruck befreit fühlten, nachdem sie am Tage vorher den polnischen Einzug *Paderewskis* erlebt hatten. Entgegenkommende Deutsche schlossen sich unserer kleinen Truppe an. So erreichten wir die Kaserne der 6. Grenadiere, marschierten auf den Hof und stellten verwundert fest, daß keinerlei Vorbereitungen für einen Einmarsch zu bemerken waren. Grenadiere gingen über den Hof, anscheinend mit irgendwelchen privaten Dingen beschäftigt. Ich fragte einen der Grenadiere nach dem Regiments-Adjutanten, worauf dieser mich an einen ebenfalls über den Hof gehenden Offizier verwies. Als ich diesen ansprach, kam mir seine Antwort etwas eigenartig vor. Er sei nur Adjutant des Ersatz-Bataillons und habe mit dieser Angelegenheit um so weniger zu tun, als es zwischen dem Ersatz-Bataillon und dem aktiven Regiment zu Differenzen gekommen sei. Ich möge mich doch an den Regiments-Adjutanten wenden.

Heute erscheint mir diese Antwort weniger eigenartig, nachdem ich aus den polnischen Quellen erfahren habe, daß der Oblt. d. Res. im 6. Grenadier-Regiment *Sikorski* es inzwischen verstanden hatte, aus dem Ersatz-Bataillon eine fast rein polnische Truppe zu bilden, indem die deutschen Soldaten entlassen und die polnischen zurückbehalten wurden. Von neuem wurde ich überrascht, als mir auch der Adjutant des aktiven Regiments sagte, daß das Regiment bisher keinen Einmarsch geplant habe. Er fände den Gedanken aber gut. Er ließ auch sofort den Obermusikmeister *Kroeber* kommen, da für einen feierlichen Einmarsch die Kapelle unbedingt dazugehörte. Nach kurzer Zeit erschien der Obermusikmeister und erklärte, es sei ihm unmöglich, in so kurzer Zeit seine Leute zusammenzubekommen. Das war verständlich, wenn man bedenkt, daß das Regiment gerade erst aus dem Felde zurückgekommen war und sich die Soldaten zunächst zu ihren Familien begeben hatten. Nach kurzer Überlegung entschied sich der Regiments-Adjutant wegen der früh einbrechenden Dunkelheit, den Einmarsch von Freitag, den 27. 12. auf Montag, den 30. 12. zu verschieben, damit er sorgfältig vorbereitet werden könne. Die Anwesenheit *Paderewskis* spielte dabei keine Rolle. Auch mir war dieser Aufschub willkommen, da auch wir nur improvisiert hatten. Beim Abschied verabredeten wir, daß die 6. Grenadiere uns am 30. 12. um 15 Uhr in ihrer Kaserne erwarten würden, damit wir ihren Einzug begleiteten.

Schon hier muß man sich die Frage vorlegen, wie es zu dem Gerücht gekommen ist, die 6. Grenadiere beabsichtigten, an diesem Tage in die Stadt einzumarschieren. Sie selbst hatten, wie festgestellt wurde, diese Absicht nicht. Woher stammten die Nachrichten, die mir der Rekrut überbracht hatte? Warum rief uns das Ers.Btl. Fußart. Rgt. Nr. 5 an, um uns mitzuteilen, daß es sich nicht beteiligen könne? Warum erhielten wir von den 6. Grenadieren auf telefonische Anfrage die Antwort, man erwarte uns in der Kaserne? Die Vermutung liegt nahe, daß das Gerücht vom Einmarsch der 6. Grenadiere von Leuten ausgestreut wurde, die einen Vorwand zum Kampf haben wollten. Waren es Leute von der POW? Auch *Wieliczka* hat, wie schon erwähnt, einen deutschen Widerstand als möglichen Vorwand zum offenen

---

12 Vgl. den Plan unseres Marschweges, Abb. 9.

Kampf bezeichnet, „der in seinen Folgen zur gewaltsamen Vereinigung des preußischen Teilgebietes mit dem Mutterland" führen konnte. Verdachtsgründe für eine beabsichtigte polnische Provokation sind:

1. daß der Oblt. d. Res. *Sikorski* das Ers.Btl. der 6. Grenadiere zu einer rein polnischen Truppe umgestaltet hatte, von der wahrscheinlich auch die Antwort stammte, man erwarte uns in ihrer Kaserne,
2. daß nach *Rybka* beim Ers.Btl. Fußart.Rgt. 5 der vom Soldatenrat bestimmte „Kommandeur" — wahrscheinlich damals ein Vorsitzender des zuständigen Soldatenrats — der Pole *Maksymilian George* und sein Adjutant der Pole *Zamiara* waren.[13]

Zurück zu meinen Erlebnissen! Als ich vom Regimentsgeschäftszimmer der 6. Grenadiere wieder auf den Kasernenhof kam, hatte sich an dem äußeren Bild von vorher nichts geändert. Ich ließ unsere Leute antreten, informierte sie darüber, daß ein Einzug an diesem Tage nicht stattfinden werde und daß wir auf dem gleichen Wege wie zuvor in unsere Kaserne zurückmarschieren würden. Die Wache öffnete die Tore — und ich bekam einen gewaltigen Schreck. Die Straße vor der Kaserne und die auf sie zuführende Neue Gartenstraße (ul. Matejki) waren schwarz von Menschen. Es waren fast ausschließlich Zivilisten, Frauen und Männer. Wie ein Lauffeuer mußte sich in der Stadt das Gerücht von einem angeblichen Einmarsch des 6. Grenadier-Regiments verbreitet haben. Ein großer Teil der deutschen Bürger wollte diesem angesehenen Regiment das Geleit geben. Eingekeilt in eine Menschenmenge, ließ ich die Wachbatterie vor dem Kasernentor halten, bestieg einen der Prellsteine am Tor und forderte mit möglichst lauter Stimme die Versammelten auf, sich ruhig nach Haus zu begeben, da die 6. Grenadiere erst am kommenden Montag ihren Einzug halten würden. Unserer kleinen Truppe gab ich den Befehl, sich nicht durch Zivilisten trennen zu lassen und sich nötigenfalls unterzuhaken. Dann marschierten wir los. Vor uns her zogen etwa 300 bis 400 Zivilisten. Einer von ihnen trug eine armstarke Fahnenstange mit großer schwarz-weiß-roter Fahne. Hinter uns folgte die Hauptmasse der vor der Kaserne versammelten Zivilisten. Beides war nicht zu verhindern. So entstand in Wahrheit der von polnischer Seite als provozierend geschilderte Umzug.

Meine einzige Sorge war es jetzt, den Zug ohne Zwischenfälle und ohne die Innenstadt zu berühren, zu unserer Kaserne zu bringen, wo er sich von selbst auflösen mußte. Ich lief daher an die Spitze des Zuges und schärfte den dort gehenden Zivilisten und vor allem dem oben genannten Fahnenträger ein, am Schloß nach links einzubiegen, und ging dann wieder zu unseren Soldaten. In der Wittelsbacherstraße hingen aus einer Parterrewohnung neben einer polnischen die Fahnen der Entente. Hinter uns marschierende Zivilisten begannen die Fahnen herunterzuzerren. Schnell lief ich hinzu, um einzuschreiten, aber man versicherte mir: „Herr Leutnant, die polnische Fahne lassen wir hängen, wir nehmen nur die Feindesfahnen weg." Wenn ich auch das hätte verbieten wollen, hätte man nicht auf mich gehört. Im übrigen habe ich bis zum Schluß keine weiteren alliierten Fahnen bemerkt, vielleicht, weil meine Aufmerksamkeit vor allem auf den Zug selbst gerichtet war.

---

13 *St. Rybka*, Zerwane pęta, Posen 1919, S. 112. Allerdings sind die Angaben von *Rybka* von zweifelhaftem Wert.

Entgegen meiner Aufforderung, am Schloß links einzubiegen, marschierte die Zugspitze der unbewaffneten Zivilisten geradeaus weiter in die St. Martinstraße. Da ich den Zug nicht unkontrolliert in die Innenstadt eindringen lassen wollte, mußte ich der Spitze folgen. Ich lief also wieder nach vorn, entdeckte dort einen mir nicht bekannten Infanterieoffizier, den ich um Unterstützung bat. Er solle den Zug jetzt wenigstens in die Viktoriastraße (ul. Gwarna) einbiegen lassen, von der aus wir über den Königsplatz (Plac Nowomiejski) und die Mühlenstraße (ul. Młyńska) unsere Kaserne erreichen konnten, ohne den Wilhelmsplatz zu berühren. Dieser Auftrag wurde auch im ersten Teil ausgeführt. Die St. Martinstraße, auf der es nach polnischen Berichten hauptsächlich zu deutschen Ausschreitungen, Eindringen in Privatwohnungen und Mißhandlungen ihrer Bewohner gekommen sein soll, wurde von uns nur auf wenigen Metern durchzogen. Da mein Auftrag mit Hilfe des Infanterieoffiziers zunächst durchgeführt wurde, glaubte ich, es werde auch weiterhin geschehen und der Wilhelmsplatz gemieden werden. Vergeblich aber war unser Bemühen, die angegebene Marschrichtung einzuhalten. Die inzwischen immer mehr angewachsene Spitze des Zuges, alles unbewaffnete Zivilisten, drängte in die Berliner Straße in Richtung auf den Wilhelmsplatz. Nur mit aller Energie konnte ich erreichen, daß schließlich der Zug nicht direkt auf den „Bazar" zumarschierte, den Wohnsitz *Paderewskis* und seiner englischen Begleitung, von der wir aber erst später erfuhren, da sie den deutschen Behörden nicht angemeldet war, sondern am Polizeipräsidium links abbog und die dem „Bazar" abgewandte Seite des Wilhelmsplatzes entlangzog. Von dort aus ging er, sich vom „Bazar" abwendend, in die Wilhelmstraße (Aleje Marcinkowskiego) und nahm Richtung auf das Generalkommando. Diese Aufgabe hatte mich so in Anspruch genommen, daß ich den weiter zurückliegenden Teil des Zuges nicht beobachten konnte. Einmal sah ich auf dem Wilhelmsplatz einen Soldaten eine amerikanische Fahne in seine Hosentasche stecken, ein zweites Mal, wie ein Zivilist aus dem Zuge einem Mann der polnischen Volkswehr das Gewehr wegnahm. Das Ende des langen Zuges konnte ich überhaupt nicht erblicken, die Menge sang deutsche patriotische Lieder, die polnische Bevölkerung stand auf den Bürgersteigen und betrachtete mit wütenden Blicken den Zug, verhielt sich aber sonst ruhig.

So waren wir mit der Zugspitze bereits über die Friedrichstraße (später ul. Pocztowa) hinausgelangt, als mich zwei Grenadiere mit der Meldung erreichten, die Polen hätten ihnen ein leichtes Maschinengewehr fortgenommen und auf dem Wilhelmsplatz würde bereits geschossen. Bei dem Gesang der Menge waren keine Schüsse zu hören. Auf meine erstaunte Frage, wo sie denn das MG hergehabt hätten, sagten sie aus: Als sich der Zug von der Kaserne des Gren.Rgt. Nr. 6 entfernt habe, hätten sie sich mit einigen wenigen Kameraden ohne Befehl dem Zug angeschlossen und zwei leichte Maschinengewehre mitgenommen, um das Ende des Zuges zu sichern. Auf dem Wilhelmsplatz seien sie dann von polnischer Bürgerwehr angegriffen worden. Da es unmöglich war, gegen den Strom der Menschen zurück zum Wilhelmsplatz zu kommen, es aber auch bedenklich erschien, mit den Soldaten die auf der anderen Seite der Anlagen gelegene Gegenbahn der Wilhelmstraße (Aleje Marcinkowskiego) zu benutzen, die direkt auf das Hotel „Bazar" führte, entschloß ich mich, Laufschritt zu befehlen. Über die Seeckt-Straße und Mühlenstraße konnten wir dann möglichst schnell den Wilhelmsplatz erreichen. Es waren nicht gerade

freundliche Rufe, die uns aus der Menge nachgerufen wurden, weil sie sich im Stich gelassen wähnte. Sie muß dann umgekehrt und zurückgegangen sein, denn bei Z. *Grot* wird berichtet, der Demonstrationszug habe an der Friedrichstraße kehrtgemacht und den „Bazar" angegriffen.[14] Letzteres ist natürlich absurd, da es sich um unbewaffnete Zivilisten handelte. Wir selbst stießen an der Ecke Mühlenstraße — Magazinstraße (ul. Solna) auf unsere 2. Wachbatterie, die uns ebenfalls im Laufschritt entgegenkam, mit Gewehren und zwei Maschinengewehren bewaffnet war und den Befehl des Generalkommandos überbrachte, sofort das Polizeipräsidium zu besetzen. Über den Königsplatz (Plac Nowomiejski) und die Theaterstraße erreichten wir in kürzester Zeit durch Straßen, die menschenleer waren, das Polizeipräsidium, das wir besetzten. Auf dem Wilhelmsplatz herrschte vollkommene Ruhe. Da das Polizeipräsidium wegen des vor ihm liegenden Gebäudes des alten, zu dem Café „Esplanade" und Geschäften umgebauten Stadttheaters nur von den beiden Straßenecken aus angegriffen werden konnte, womit nach dem vorangegangenen Überfall der Polen auf den Schluß des Zuges gerechnet werden mußte, wurde an jeder Ecke des Polizeipräsidiums ein Maschinengewehr aufgestellt. Anschließend ging ich über den menschenleeren Wilhelmsplatz in Richtung auf den „Bazar" zu, um mir von der eigentlichen Lage ein Bild zu machen. Ich gelangte unbehelligt bis dicht an den „Bazar", vor dem polnische Bürgerwehr eine Postenkette gebildet hatte. Ein Posten sagte mir, ich könne hier nicht weitergehen, die Straße sei gesperrt. Ich kehrte also zum Polizeipräsidium zurück, überzeugt, daß sowohl von deutscher wie von polnischer Seite aus die Ruhe wiederhergestellt sei.

Im Polizeipräsidium meldete mir Wachtmeister *Raasch*, es sei telefonisch ein Befehl des Generalkommandos durchgegeben worden, man habe sich mit den Polen geeinigt. Um weiteren Kämpfen vorzubeugen, solle das Polizeipräsidium der polnischen Bürgerwehr übergeben werden. Unsere Truppe sollte gewissermaßen von ihr abgelöst werden. Dieser Befehl war mir unverständlich und entsprach in keiner Weise meiner Ansicht eines zweckmäßigen Handelns. Immerhin war es ein Befehl, dem man nachkommen mußte, nur wollte ich nicht gern der Ausführende sein. Die Möglichkeit ergab sich aus dem Umstand, daß ich nur Begleitung, *Raasch* dagegen Führer der Wachbatterie war. Ich fragte ihn daher, ob er sich zutraue, allein die Übergabe zu vollziehen, oder ob er meine Hilfe wünsche. Letzteres verneinte er. So verließ ich, da mein Auftrag, die Batterie zur Grenadierkaserne zu begleiten, ausgeführt war, das Polizeipräsidium und ging nach Haus. Dabei mied ich den „Bazar" und benutzte für meinen Rückweg die Ritterstraße (ul. Ratajczaka), St. Martinstraße, Petriplatz, Schützenstraße bis zur Langen Straße, wo sich am Grünen Platz (Zielone Ogródki) die Wohnung meiner Eltern befand[15] (vgl. Abb. 9). Zu

---

14 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 176.

15 Einen im wesentlichen gleichen Bericht gibt *Otto Raasch* in Teil 2/1938 der „Grenzmärkischen Heimatblätter". Unwesentliche Unterschiede mögen auf Gedächtnislücken bei einem von uns beiden beruhen. Es ist auch verständlich, daß *Raasch* seine Rolle als Batterieführer hervorhebt und meine Teilnahme an dem Marsch nicht erwähnt. Entschieden aber muß ich *Raasch* in folgenden Punkten widersprechen:

1. daß ihm die Mitnahme von Waffen untersagt war, denn die Wachbatterie führte Karabiner und Munition in beschränkter Menge bei sich;
2. daß *Raasch* von der Wilhelmstraße einen Vizefeldwebel — den gab es bekanntlich bei der Feldartillerie nicht — mit 20 Mann zurückgeschickt hätte, die das von den

Haus traf ich meinen Bruder, Fahnenjunker im Rawitscher Inf.Rgt. Nr. 50 und nach einer Verwundung auf Genesungsurlaub in Posen, leider nicht an. Ich hatte ihn aber auf dem Wilhelmsplatz unter den Zuschauern des Zuges gesehen. In Sorge um ihn, ging ich ihn bei seinen mir bekannten Freunden suchen. Die Straßen waren weiter ruhig. Als ich unverrichteter Dinge nach Hause kam, war auch mein Bruder da. Er war am Schloß in eine Schießerei von polnischer Seite geraten und hatte in der Oberpostdirektion deren Ende abgewartet.

Nach den bisherigen Erlebnissen deutete nichts auf einen allgemeinen polnischen Aufstand hin, im Gegenteil war ich davon überzeugt, daß durch deutsch-polnische Verhandlungen die Ruhe wiederhergestellt worden sei. Deshalb begab ich mich auch am nächsten Tage, dem 28. 12., wie gewohnt zur Kaserne, wählte nur den Weg über die St. Martin- und Ritterstraße, weil ich annahm, daß die Straße am „Bazar" noch von polnischer Bürgerwehr gesperrt sein könnte. Unterwegs traf ich meinen polnischen Schüler, der sich mir anschloß. Wir kamen an die Ecke St. Martinstraße—Wilhelmstraße, wo sich Verlag und Druckerei der „Posener Zeitung" befanden, und sahen die deutschen Zeitungen weit und breit auf die Straße geworfen. Kurz darauf hielt mich eine Patrouille polnischer Bürgerwehr mit dem Rufe „Hände hoch" an. Auf meine Frage, wie sie dazu kämen, mich anzuhalten, erhielt ich die Antwort, ob ich nicht wüßte, daß Posen polnisch sei. Meine Gegenfrage, „seit wann denn", wurde mit „seit gestern" beantwortet. Irgendeinem Instinkt folgend, hatte ich an diesem Tage die sonst ständig bei mir geführte Pistole zu Haus gelassen. Nachdem die Patrouille festgestellt hatte, daß ich unbewaffnet war, konnte ich meinen Weg fortsetzen. In der Nähe des Polizeipräsidiums wurde ich in ähnlicher Weise von einer zweiten Patrouille angehalten, die außerdem noch wissen wollte, warum mein jugendlicher Begleiter eine weiß-rote Schleife trüge. Meine Antwort, daß er Pole sei, schien zu genügen, um mich ungehindert weitergehen zu lassen. Ich verabschiedete mich von dem kleinen Polen und kam hinter dem Polizeipräsidium in der Theaterstraße in eine fast ausgestorben anmutende Gegend. Irgendwie schien die Nähe unserer Kaserne die polnische Bürgerwehr abzuschrecken. Im Geschäftszimmer der Ersatz-Abteilung traf ich neben *Voelkner* und seinem Adjutanten einige Regiments-Kameraden. Wir sprachen über die Lage, die uns völlig ungeklärt schien. Da erreichte uns ein telefonischer Anruf des Generalkommandos, daß mit dem Polnischen Volksrat eine Einigung erzielt worden sei. Die deutschen Truppen sollten nur unbewaffnet die Kaserne verlassen, die Wachen sollten national-paritätisch zusammengesetzt sein, damit weitere Unruhen vermieden würden. Im schroffen Gegensatz zu dieser Nachricht stand allerdings, daß, wie wir von den Fenstern aus beobachten konnten, das Gebäude des Generalkommandos von dem schräg gegenüberliegenden Landgericht aus von Maschinengewehren beschossen wurde. Wer war es also, der solche Nachrichten ausgab? Wir wußten es nicht, glaubten aber im Interesse der allgemeinen

---

Polen den 6. Grenadieren abgenommene MG „zurückgeholt" hätten, denn alle Mannschaften der Wachbatterie setzten auf meinen Befehl den Marsch im Laufschritt fort;
3. daß „vom Wilhelmsplatz her starkes Gewehrfeuer zu hören" war „und auch andere Umstände, führerlose Pferde u.a.m. . . . erkennen (ließen), daß dort gekämpft wurde", denn durch die Länge des Zuges und dessen Gesang war vom Wilhelmsplatz nichts zu hören. Bei unserem gemeinsamen Marsch mit der 2. Wachbatterie waren die Straßen menschenleer. Ich muß daher den Bericht von *Raasch* leider als übertrieben und in den genannten Punkten als unrichtig bezeichnen.

Ordnung und der Vermeidung blutiger Zusammenstöße uns an diese Anordnung halten zu sollen. Auf jeden Fall war der Kommandierende General noch im Amt. Aus den Veröffentlichungen *Piwarskis* wissen wir, daß es *Franciszek Budzyński* erst am 28. 12. 1918 gelang, mit einem Überfall auf das deutsche Generalkommando General *v. Bock und Polach,* Generalleutnant *v. Schimmelpfennig,* Oberpräsident *v. Eisenhart-Rothe* und Regierungspräsident *Dr. Kirschstein* auf einen Streich gefangenzunehmen.[16]

Wachtmeister *Raasch* hatte mir am 28. 12. 1918 berichtet, daß kurz nach meinem Weggang aus dem Polizeipräsidium der polnische Kommandant der Bürgerwehr *Lange* erschienen und daß während der Übergabeverhandlungen eine Handgranate vor der Eingangstür explodiert sei. *Lange* sei dann mit dem Versprechen fortgegangen, die polnischen Aufständischen zu beruhigen, aber kurz darauf sei von der Berliner Straße aus ein polnischer Angriff erfolgt, der durch kurzes Maschinengewehrfeuer abgewehrt wurde. Die Angreifer seien z. T. auch in die Ritterstraße geflüchtet. Bei der Abwehr fielen der aus Westfalen stammende Unteroffizier *Franciszek Ratajczak,* nach dem später die Ritterstraße umbenannt wurde, und ein zum Militär eingezogener polnischer Lehrling *A. Andrzejewski* aus Stenszewo.[17] Nach dem angeblichen und vergeblichen „Sturm" auf das Polizeipräsidium erschien eine Abteilung polnischer Bürgerwehr, um nun ordnungs- und befehlsgemäß die Besatzung, die 1. und 2. Wachbatterie Fußart.Rgt. 20, abzulösen. Die geforderte gleichzeitige Übergabe der Maschinengewehre lehnte *Raasch* ab und kehrte ohne Verluste an Toten oder Verwundeten in die 20er Kaserne zurück. Schon daraus ergibt sich, daß die von polnischer Seite behauptete „Erstürmung" des Polizeipräsidiums nicht den Tatsachen entspricht. Nach dem Bericht von *Raasch* war ich weiter der Ansicht, daß es tatsächlich zu einer deutsch-polnischen Verständigung gekommen sei, um Kämpfe zu vermeiden. Da ich mich auf dem Rückwege nicht erneuten Kontrollen durch die polnische Bürgerwehr aussetzen wollte, lieh ich mir von Wachtmeister *Schröter* einen Zivilanzug und einen Koffer für meine Uniform. Als ich unwillkürlich zur elterlichen Wohnung emporsah, bemerkte ich, daß vom Balkon noch unsere schwarz-weiß-rote Fahne wehte. Ich war gerade dabei, auf den Balkon zu gehen, als es klingelte. An der Wohnungstür standen drei polnische Soldaten, deren Sprecher mich auf die Fahne aufmerksam machen wollte. Er sei Schüler meines Vaters gewesen und rate die Fahne fortzunehmen, da er meinem Vater Unannehmlichkeiten ersparen möchte. Auch das soll erwähnt werden, um zu zeigen, daß nicht alle Polen fanatische Deutschenhasser waren. Ich neige dazu, daß letztere sogar eine kleine Minderheit waren, die Mehrheit sich aber gegenüber der kampfwütigen Minderheit nicht durchsetzen konnte und wollte. Am Nachmittag des 28. 12. 1918 brachte ich Koffer und geliehenen Anzug in die Kaserne zurück. Das Straßenbild hatte sich gegenüber dem Vormittag wenig verändert. Polnische Patrouillen gingen umher, ohne jemanden anzuhalten. Allerdings war das nur das äußere Bild. Das „Posener Tageblatt"

16 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 179.

17 Das unter polnischer Vorzensur am 4. 1. 1919 erschienene „Posener Tageblatt" gab an, daß sich die noch nicht festzustellende Zahl der Opfer auf etwa 30 belaufen solle. Weiter wurde berichtet, daß am Neujahrstage das Begräbnis „der ersten zwei Opfer" auf polnischer Seite auf dem neuen Friedhof in Gurtschin stattgefunden habe. Im Leichenzug hätten sich viele Abordnungen und polnische Vereine befunden, am Grabe hätten *Korfanty* und *Dr. Rydlewski* gesprochen.

berichtete in seiner Mittagsausgabe vom 4. 1. 1919 über die Lage am 28. 12. 1918 ohne eigene Stellungnahme wegen der durch die Stadtkommandantur ausgeübten Vorzensur folgendes: „Kurz nach 10 Uhr erschien eine etwa 20 Mann starke, mit Gewehren, Revolvern und Handgranaten schwer bewaffnete Abteilung der polnischen Bürgerwehr in unserem Betrieb und erzwang mit Waffengewalt die Einstellung des weiteren Zeitungsbetriebes. . . Nachdem einer unserer Redakteure sich den ganzen Sonnabend (28. 12.) und Sonntag vergebens bemüht hatte, die höchste polnische Stelle, den Obersten Volksrat (wegen dieses schweren Eingriffes in die Pressefreiheit und der Störung des Hausfriedens) zu erreichen, wurde uns am Montag (30. 12.) vormittag auf unsere Beschwerde der schriftliche Bescheid, daß es lediglich Sache des Stadtkommandanten sei, über die Wiedereröffnung unseres Zeitungsbetriebes zu entscheiden. Diese Entscheidung wurde jedoch erst am Dienstag vormittag gefällt. . . Die Verfügung hat folgenden Wortlaut: ‚Posen, den 31. 12. 18. Ich verbiete hiermit bis auf weiteres das Erscheinen des «Posener Tageblatt», der «Ostdeutschen Warte» und aller übrigen im «Posener Tageblatt» gedruckten Zeitungen und Zeitschriften. Der Betrieb ist sofort einzustellen und der Schlüssel auf der Kommandantur abzugeben. Der Stadtkommandant gez. *Maciaszek*‘.[18] Erst eine gemeinsame Sitzung des Polnischen und Deutschen Volksrats und der Hinweis, daß 250 Arbeiter und Angestellte brotlos gemacht worden wären, veranlaßten eine neue Verfügung des Stadtkommandanten: ‚Der Druckereibetrieb in der Ostdeutschen Buchdruckerei darf in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. I. V. gez. *Dr. Andersch,* Kommandant.‘“Ihr folgte am 2. 1. 1919 eine zweite Verfügung, in der jetzt auch *Maciaszek* das Erscheinen des „Posener Tageblattes“ und der „Ostdeutschen Warte“ unter Vorzensur ab 4. 1. 1919 genehmigte.

Auch der Deutsche Volksrat veröffentlichte im „Posener Tageblatt“ vom 4. 1. 1919 einen eigenen Bericht: „Es ist zur Stunde nicht möglich, von der Entstehung der Straßenkämpfe am 27. Dezember ein genaues Bild zu geben, und es dürfte nach den Erfahrungen mit ähnlichen Vorgängen überhaupt in hohem Maße unwahrscheinlich sein, daß insbesondere die Schuldfrage jemals ganz einwandfrei festgestellt werden kann. Immerhin sind heute, ohne dem Ergebnis der von allen beteiligten Stellen sofort eingeleiteten Untersuchung vorzugreifen, bereits einige Feststellungen und Bemerkungen zu der vom W.T.B. verbreiteten Erklärung des Obersten Polnischen Volksrats möglich und dringend erforderlich.“ . . . „Wir schicken voraus, daß der deutsche Volksrat dem Umzug deutscher Soldaten und Zivilisten, der den Zusammenstößen von Deutschen und Polen vorausging, selbstverständlich völlig fernsteht und ihn wie jede wilde Demonstration nachdrücklich verurteilt. Es ist insbesondere auch zu verurteilen, daß die Soldaten bei ihrem Umzug zum Teil Waffen mitgeführt haben — worin sie allerdings dem polnischen Beispiel vom 26. folgten —, daß englische, französische und amerikanische Fahnen herabgerissen wurden, und daß das alles in einem Augenblick geschah, als die Nationalstimmung der polnischen Bürger infolge der Anwesenheit *Paderewskis* ihren Höhepunkt erreicht hatte.“ . . . „Von welcher Seite der erste Schuß fiel, ist, wie übrigens auch von dem Bureau des Soldatenrats stammenden Berichten zu entnehmen ist [19], nicht erwiesen. Insbesondere kann nach den bisherigen Feststellungen nicht die Rede davon sein, als hätten

18 *Maciaszek* war preußischer Leutnant der Landwehr der Fußartillerie.
19 Vgl. Posener Neueste Nachrichten v. 29. 12. 1918.

deutsche Soldaten ohne jede Veranlassung vom Wilhelmsplatz aus den Bazar mit Gewehren und Maschinengewehren unter Feuer genommen, und das Feuer auch fortgesetzt, als eine Einstellung des Kampfes zwischen Deutschen und Polen verabredet war." . . . „Der erste Vorwurf ist um so bemerkenswerter, als die englischen Offiziere, die im Bazar wohnten, erst am 27. Dezember abends, also nach den blutigen Zusammenstößen, den maßgebenden Zivil- und Militärbehörden erklärten, eine förmliche englische Mission zu sein. Darüber war bis zur Stunde trotz wiederholter rechtzeitiger Anfragen in Berlin nicht das Geringste in Erfahrung zu bringen gewesen, es mußte vielmehr nach allen hier eingegangenen Nachrichten angenommen werden, daß Herr *Paderewski* lediglich als Privatmann nach Posen gekommen sei und die englischen Offiziere somit zivile Begleiter seien." . . . „Diese Feststellung ist um so wichtiger, da vielfach bezeugt ist, daß das Gerücht von einem förmlichen deutschen Anschlag auf die Person ihres gefeierten Volksgenossen *Paderewski* die polnische Bevölkerung aufs höchste erregt hatte." . . . „Irrig ist auch die weit verbreitete Ansicht, als seien die 6. Grenadiere für den verhängnisvollen Umzug verantwortlich zu machen. Nach Information des Kommandeurs des zum Teil erst am 27. Dezember eingetroffenen aktiven Regiments hat er, entsprechend einem Befehl des Generalkommandos, jeden Demonstrationszug ausdrücklich verboten, damit allerdings nicht hindern können, daß sich auch Angehörige des Grenadierregiments, übrigens erst auf der Straße, einem Zug anschlossen, der gegen 4 Uhr in der Kleistkaserne erschien." [20]

Wir sehen, daß dieser Bericht weitgehend mit meiner eigenen Erinnerung übereinstimmt. Um so verwunderlicher ist es, daß später die 6. Grenadiere als schuldige Urheber des Aufstandes von deutscher wie von polnischer Seite bezeichnet worden sind. (Nur im „Kurjer Poznański" Nr. 298 vom 29. 12. 1918 ist erwähnt, daß auch Soldaten des 20. Feldart.Rgt. an dem Umzuge des 27. 12. teilgenommen haben.) Man darf wohl auch sicher annehmen, daß der erste Schuß nicht von der deutschen Seite fiel. Wäre das der Fall gewesen, hätte der Soldatenrat mit seiner polnischen Mehrheit sicher nicht die Version ausgegeben, es sei nicht erwiesen, wer zuerst geschossen habe.[20]

In einem vom Deutschen Volksrat dem „Posener Tageblatt" zugegangenen Bericht heißt es: „Es bedarf in der Tat für gerecht und billig Denkende keines besonderen ‚Anstifters' des Umzuges, wenn man berücksichtigt, daß genug Zündstoff vorhanden war, um unbedachte, zumeist noch recht jugendliche Militärpersonen zu einer Demonstration fortzureißen. . . . Daß die Polen *Paderewskis* Ankunft in Posen feierten, wird kein Vernünftiger, dem die Bedeutung dieses Mannes für die polnische Sache bekannt ist, irgendwie beanstanden wollen. Daß aber dem Mann, den aus den oben angeführten Gründen die Deutschen nur als Privatmann betrachten konnten, ein Triumphzug bereitet wurde, wie nur je einem gekrönten Haupt, ist schon weniger verständlich, vollends werden aber auch die Polen zugeben müssen, daß das Heraushängen von Fahnen der Mächte, die heute noch als unsere Feinde zu gelten haben, von jedem national empfindenden Deutschen unbedingt als schwere Herausforderung angesehen werden muß. Besonders aber gilt das von jenen Männern, die jahrelang

20 Posener Neueste Nachrichten vom 29. 12. 1918 nach der Ausgabe des Posener Tageblattes vom 4. 1. 1919.

draußen und buchstäblich bis zur Stunde des Waffenstillstandes heldenhaft ihre schwere Pflicht erfüllt haben im Kampfe mit denselben Feinden, deren Fahnen ihnen nun bei der Rückkehr in die Heimat herausfordernd entgegenwehen, daß die polnischen Soldaten mit preußischen Uniformen, polnischen Adlern und Kokarden einhergehen, während den Deutschen ihre Kokarden genommen wurden. Dazu kommt, daß die von den Fronten Hereinkommenden sich nur schwer an die Tatsache gewöhnen können, daß von den Polen der Entscheidung der Friedenskonferenz über das Schicksal der Stadt und Provinz Posen tatsächlich in vielen Beziehungen vorgegriffen wird. Wie weitgehend das der Fall ist, bewies ja wohl über jeden Zweifel hinaus die Schnelligkeit, mit der die Polen in Verfolg der Ereignisse vom 27. Dezember die Herrschaft über die Stadt bis in alle militärischen Einzelheiten hinein an sich zu nehmen wußten. . . . Wer, wie der deutsche Volksrat, die Mitschuld der deutschen Demonstranten des 27. 12. nachdrücklich feststellt und verurteilt, hat auch das Recht, von Deutschen und Polen gleichmäßig zu erwarten, daß sie über Vorgeschichte wie Verlauf des Umzuges und die daran anschließenden Ausschreitungen gerecht urteilen und einer Legendenbildung darüber von vornherein energisch entgegentreten. . . . Wir erwarten von unseren deutschen Volksgenossen, daß sie fortan alles vermeiden, was die Ruhe und Sicherheit in unserer Stadt erneut gefährden könnte, und daß sie vor allem auch der in unseren Mauern befindlichen englischen Mission und Herrn *Paderewski* als ihrem Mitglied und Gast unserer polnischen Mitbürger achtungsvoll und würdig begegnen. Ebenso müssen wir aber auch von unseren polnischen Mitbürgern erwarten, daß sie alles unterlassen, was geeignet sein könnte, die begreiflicherweise in hohem Maße erregte Stimmung der deutschen Bevölkerung noch weiter zu verschärfen. . . . Unter Mitwirkung auch des deutschen Volksrats und der maßgebenden Behörden ist am 28. Dezember für Posen ein polnischer Kommandant und ein Deutscher als sein Stellvertreter gewählt worden. Wir hoffen zuversichtlich, daß damit, bis die Friedenskonferenz gesprochen hat, eine ruhige und friedliche Entwicklung gewährleistet ist. Voraussetzung dafür ist auch eine gewissenhafte Wahrung der Parität und eine möglichst baldige Aufhebung des Standrechts mit seinen schweren Eingriffen in Handel und Wandel und den mancherlei besonderen Beschwerden, die lediglich dem deutschen Bevölkerungsteil erwachsen sind und noch erwachsen werden. . . . Es kann unseren polnischen Mitbürgern nichts daran gelegen sein, unter den rund 850 000 Deutschen der Provinz dauernde Verbitterung zu erzeugen. Die deutsche Arbeit, Intelligenz und Wirtschaftskraft ist diesem Lande unentbehrlich. Nur bei einem friedlichen Nebeneinander der beiden Nationalitäten können sie zur Wirksamkeit kommen.“ [21] Dieser maßvolle und würdige, allerdings nicht gezeichnete Bericht des Deutschen Volksrates muß schon bald nach dem 27. 12. geschrieben worden sein, denn die Zeitung vom 4. 1. 1919, in der er veröffentlicht wurde, muß Ereignisse melden, die auf die gleiche Einsicht der polnischen Aufständischen nicht mehr hoffen ließen, wie es der Deutsche Volksrat getan hatte.

Eine phantasievolle Darstellung der Ereignisse am 27. 12. 1918 lesen wir in dem Bericht eines angeblichen „Augenzeugen“ in der Beilage „Die Heimat“ zur „Märkisch-Posener Zeitung“, der am 27. 12. 1928 von *Georg Hollunder* veröffentlicht wurde.

---

21 Posener Tageblatt vom 4. 1. 1919.

Da heißt es unter anderem: „Die Kundgebung, die durchaus einen friedlichen Charakter hatte, war auf den Nachmittag des 27. Dezember angesetzt. Ausnahmslos sollten sich sämtliche deutschen Vereine beteiligen. . . Auf den zum Wilhelmsplatz führenden Straßen herrschte ein lebensgefährliches Gedränge. . . Gegen 4 Uhr nachmittags ertönte von der Martinstraße her flotte Marschmusik. Die 6. Grenadiere nahten. . . In der Theaterstraße hatten vor dem Polizeipräsidium die wackeren 20er unter Führung eines Offizier-Stellvertreters mit einem Zug leichter Feldgeschütze Aufstellung genommen. . .“ Aus einem zufälligen Zuge, dem sich einige wenige Grenadiere angeschlossen hatten, ist eine „angesetzte Kundgebung“ geworden unter Teilnahme sämtlicher deutscher Vereine, ein Einmarsch der 6. Grenadiere mit flotter Marschmusik und aus den zwei leichten Maschinengewehren der 20er ein Zug Feldgeschütze!

Auch am 29. 12. 1918 begab ich mich am Vormittag in die Kaserne, allerdings in Zivil. Auf dem Königsplatz sah ich Rechnungsrat *Voelkner,* der rechts und links von Soldaten der polnischen Bürgerwehr „begleitet“ wurde. Nach kurzem Zögern trat ich an ihn heran, um ihn zu fragen, was eigentlich gespielt würde. Er antwortete mir nur kurz, ich solle nur mit in die Kaserne kommen, dann würde ich es selbst sehen. Die Wachstube der neuen Kaserne in der Magazinstraße, in der sich auch das Abt.-Geschäftszimmer befand, war von polnischer Bürgerwehr besetzt. Ihr Anführer, *Voelkners* Feldmütze verwegen auf dem Kopf, gebärdete sich sehr wild, aber ließ uns ein. Ich erhielt sogar einen Passierschein, der mich auch für die nächsten Tage berechtigte, die Kaserne zu betreten, um auch den Rest der deutschen Soldaten mit vorschriftsmäßigen Papieren zu entlassen. Das lag ganz sicher im polnischen Interesse. Bis zum 3. 1. 1919 war diese Arbeit erledigt, am 4. 1. verließ ich meine Heimatstadt.

Was aber war in der Nacht vom 28. zum 29. 12. geschehen? Im Sinne der Absprache zwischen Generalkommando und OPV hatte man die Kasernenwache paritätisch aus unseren Soldaten und denen der polnischen Bürgerwehr zusammengesetzt. In der Nacht erleichterten letztere einen Überfall polnischer Aufständischer, welche die ahnungslose deutsche Mannschaft und anschließend die übrigen Soldaten im Schlaf leicht überwältigten. Das ist die Tatsache der von *Lamla* in seinem Bericht „Der Aufstand in Posen“ irrtümlich behaupteten „tapferen Gegenwehr“ der Besatzungen, die sich nur infolge von Lebensmittelmangel ergeben mußten. Nur der außerhalb der Stadt gelegene Flugplatz Ławica wurde im Kampf genommen, alle anderen Truppen zogen entweder mit ihren Waffen ab wie die 6. Grenadiere, die ihre Kaserne gehalten hatten, und das Ers. Btl. der 29. Pioniere, oder lösten sich auf wie die Ers. Abt. des Feldart. Rgt. Nr. 20. Die militärische Führung versagte, weil es die politische tat, beide, weil sie das Ränkespiel — man kann es auch kluge politische Taktik nennen — der beiden politischen Parteien der Polen, des OPV und der POW, nicht durchschaut hatten und den Loyalitätserklärungen Glauben schenkten, die auch nach dem 27. 12. 1918 in deutsch-polnischen Verhandlungen fortgesetzt abgegeben wurden.

Wie weit die polnischen Aufstandsvorbereitungen am 27. 12. 1918 gediehen waren, so daß der deutsche Umzug zum Anlaß für einen Aufstand genommen werden konnte, können wir in dem von *Piwarski* herausgegebenen Sammelwerk nach-

lesen.[22] „Schnell zeigten sich (am 27. 12.) auf den Straßen der Stadt Aufständische mit der Waffe in der Hand in einzelnen kleinen Gruppen oder in großen Abteilungen. Zum Bazar kam eine Abteilung der Volkswehr, vom Fort Prittwitz über den Alten Markt die 1. Komp. des Wach- und Sicherheitsdienstes ... vom Fort Rauch die 2. Komp. unter Führung von *Krause* über den Petri-Platz ..., ein Zug nahm Aufstellung an der Theaterstraße... *Krause* marschierte auf der Martinsstraße zum Schloß, säuberte die Oberpostdirektion und die Landschaftsbank (beide Gebäude gegenüber dem Schloß) von Deutschen und marschierte dann zum Polizeipräsidium. Als seine Abteilung erschien, eröffneten die Deutschen (also *Raasch* mit seinen Wachbatterien) das Feuer und zwangen die Aufständischen, in die Ritterstraße abzubiegen, von wo aus sie die Deutschen anzugreifen begannen" (vgl. Abb. 9). Daß es sich bei den deutscherseits abgegebenen Schüssen nur um Warnschüsse gehandelt haben kann, zeigten noch jahrelang die hoch gelegenen Einschüsse in dem Eckhause Wilhelmsplatz-Ritterstraße, an dem eine Gedenktafel für *Ratajczak* angebracht war, und die geringe Zahl von zwei Polen, die Zufallstreffern zum Opfer gefallen sein müssen. Ganz unglaubhaft ist die weitere Darstellung *Z. Grots:* „Auf die Deutschen schoß man außerdem von den Balkonen und Fenstern der benachbarten Gebäude, wo MGs aufgestellt waren, und zwang so die deutsche Besatzung unter der Führung von *Blankertz* (damals „Polizeipräsident" von Gnaden des A.- u. S.-Rates) an der Spitze sich zu ergeben." Diesem Bericht muß nach meinem eigenen Erleben widersprochen werden. Wenn es so gewesen wäre, wie es von *Z. Grot* geschildert wird, hätte ein wahres Blutbad stattgefunden haben müssen mit einer großen Zahl an Toten. Das war aber nicht der Fall.

Auch eine „von der Presseabteilung des Obersten Polnischen Volksrats" dem „Posener Tageblatt" zugegangene Meldung, die am 4. 1. 1919 veröffentlicht wurde, steht in gewissem Widerspruch zu den Angaben von *Z. Grot.* In der Meldung heißt es nämlich: „Der vom Soldatenrat beauftragte Leiter des Sicherheitsdienstes im Posener Polizeipräsidium *Blankertz* ist Donnerstag früh (2. 1. 1919) als einer von den an den Ausschreitungen in Posen Mitschuldigen im Polizeipräsidium verhaftet und nach Fort Prittwitz abgeführt worden. Von dort aus wurde er zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags von einer Wache nach Fort Grolman geleitet. Als sie an die Ecke der Ritter- und Gartenstraße kamen, floh *Blankertz* und ist trotz dreimaligen Anrufs nicht stehen geblieben, woraufhin er von einem der eskortierenden Soldaten des Sicherheitsdienstes erschossen wurde. Die Leiche ist nach dem Städtischen Krankenhaus geschafft worden." *Blankertz,* Mitglied des Soldatenrates, hatte sicher keine Ursache zu fliehen, war er doch vom A.- u. S.-Rat als deutscher Vertreter beim Polizeipräsidium eingesetzt worden. Bei Beginn der Schießerei während des Umzuges hatte er zwar vom Feldartillerie-Regiment Nr. 20 die Wachbatterien zur Besetzung des Polizeipräsidiums angefordert, um die Ordnung wiederherzustellen[23], sich aber später auch zu Verhandlungen in den „Bazar" begeben, um eine friedliche Lösung zwischen Deutschen und Polen zu erreichen. Aber *Blankertz* war ein unerwünschter Zeuge des polnischen Angriffs auf das Polizeipräsidium. Das war wohl der Grund, weswegen er verschwinden, d. h. „fliehen" mußte, damit er ohne Urteil hinterrücks erschossen werden konnte.

---

22 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 176 f.

23 Gazeta Narodowa Nr. 298 vom 31. 12. 1918, abgedruckt bei *Vosberg,* Der polnische

Von *Z. Grot* wird die Übergabe des Polizeipräsidiums an die polnische Volkswehr so kommentiert: „Es war dies ein erster und zugleich bedeutender Erfolg der Posener Aufständischen. Einer der wichtigen deutschen Widerstandspunkte in Posen war schnell, wenn auch blutig liquidiert worden. — Noch am gleichen Tage besetzten die Aufständischen das Museum — gegenüber dem Bazar —, die Post und den Hauptbahnhof.“[24] Das war wichtig, um eintreffende deutsche Soldaten dort zu entwaffnen und zurückzuschicken. Ein Vergleich der Berichte von *Z. Grot* mit meinem eigenen Erleben, Übereinstimmung und Gegensatz, dürften deutlich zeigen, in welchem Umfange der Aufstand, wenn auch zunächst mit unzureichenden Kräften, von polnischer Seite planmäßig vorbereitet worden war.

Als Ergänzung möge hier ein Bericht folgen, den mir ein damaliger Offizier der 6. Grenadiere, Lt. d. Res. *K.*, über die dem Aufstand folgenden Tage abgegeben hat:

„Nach meiner schweren Verwundung vom 2. 6. 1918 war ich zuletzt im Lazarett in Warmbrunn bei Hirschberg in Schlesien. Auf meinen Wunsch wurde ich dort Ende November 1918 entlassen und dem Ersatzbataillon in Posen überwiesen, obwohl meine Wunde noch nicht verheilt war, weil es mir in Warmbrunn nach dem November-Umsturz nicht mehr behagte. In Posen traf ich zum Entsetzen vieler Leute mit Schulterstücken und Degen ein — was die Droschkenkutscher und ähnliche Zeitgenossen in Breslau auf meiner Durchreise dort für vollkommen in Ordnung gehalten hatten. Es ist mir, obgleich ich in Posen in der Hinsicht ein ‚Einzelgänger‘ war, nichts passiert. Ich hätte mich sonst mit meinem Krückstock, auf den ich noch angewiesen war, wehren müssen.“

„Ich war aber damals Ende November nur höchstens zwei Tage in Posen, um sogleich nach dem Schema 08/15 vier Wochen Genesenden-Urlaub zu bekommen, ohne ärztliche Untersuchung und sonstige Umstände. Die noch nötigen Verbandswechsel an meinem rechten Unterschenkel besorgte ich selbst, soweit ich das nicht auf der Durchreise auf Bahnhöfen oder, da ich den ‚Urlaub‘ bei meinen Eltern im Kreise Posen-Ost verbrachte, im Lazarett in Schwersenz besorgen lassen konnte. Der Urlaub lief am 28. Dezember 1918 ab.“

„Inzwischen war ab 25. nachts bis 27. 12. mein Regiment in seine Posener Garnison heimgekehrt. Die Stadt war weitgehend mit polnischen Fahnen geflaggt. Ich kam am 28. Dezember vormittags, ahnungslos über die Heimkehr des Feldregiments und die Vorgänge am 27., mit dem Pferdewagen in die Stadt gefahren, die voller Erregung war, die Straßen voller Menschen. Auf dem Wege durch die Wallischei in Richtung Innenstadt war ich von bewaffneten Polen — wohl zweimal — angehalten worden. Das paßte mir nicht, aber die Leute taten auch weiter nichts. Sicherlich sagte ich, daß ich zum Ersatzbataillon wollte. Ich quartierte mich im Hotel Reichshof ein, wollte mich beim Ersatzbataillon zurückmelden und rechnete damit, daß ich ein oder zwei Tage später, also nach der ärztlichen Untersuchung, wieder für mehrere Wochen in Urlaub abschwirren würde. Die Lage in der Stadt bewog mich aber, im Hotel Zivilkleidung anzuziehen, um erst einmal die Lage zu peilen. Manches erfuhr ich auf dem Wege zur Kaserne. Sie war verschlossen. Posten standen vor dem großen eisernen Tor, das sich erst öffnete, wenn die Posten dies veranlaßten. Das Öffnen geschah unter Vorsichtsmaßregeln: Immer trat die Wache heraus und

24 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 177.

postierte sich beiderseits der sich nach innen öffnenden eisernen Torflügel, um gegebenenfalls einströmende Nichtbefugte überwältigen zu können. Die Kaserne wurde nämlich ‚belagert'. Vor dem Toreingang standen Hunderte von verdächtigen Polen."

„Mir wurde von den Außenposten der Einlaß verwehrt. Meine Versicherung, daß ich Offizier des Regiments sei, nützte nichts. Ich sei ja Zivilist! Es war ärgerlich, daß ich kehrt machen mußte, aber die militärische Ordnung tat mir wohl. Ich zog also wieder ins Hotel und mir die Uniform an. In der Gegend Schloß/Caponnière waren nun dichte Ansammlungen von aufgeregten Polen. Es schien, daß sie sich aller Soldaten ‚annahmen', ohne daß ich Tätlichkeiten bemerkte. Immerhin hielt ich einen Umgehungsmarsch über die Bahnhofsbrücke für angebracht und gelangte nun, ‚aufrecht durch die aufgeregte Volksmenge schreitend', an den salutierenden Posten vorbei in die Kaserne, von dem wachhabenden Offizier, der mich kannte, herzlich begrüßt. Den Tag verbrachte ich in der Kaserne, wo über die Lage palavert wurde. Am Abend hatte ich genug, denn ich war ja solchen Strapazen noch nicht gewachsen. Ich gelangte unbehelligt ins Hotel, zog mir Zivil an und begab mich in den Speiseraum. Jetzt kamen dauernd Trupps von ‚polnischen Soldaten' ins Haus, Leute in deutscher Uniform mit einem weiß-roten Schleifchen an der Mütze. Wo sie alle das Ding so schnell herhatten, weiß ich nicht. Sie machten immerfort ‚Hausdurchsuchungen' nach Waffen, Gewehr umgehängt, Mündung nach unten, meist betrunken. So ging das stundenlang. Ich überstand das aber und hatte dann eine ungestörte Nachtruhe."

„An den folgenden Tagen ging ich immer in die Kaserne, um ‚da zu sein'. Am 31. 12. aber fand ich vormittags das Kasernentor weit offen. In der Kaserne bewegten sich Zivilisten und auch Soldaten, aber unbewaffnet. Ich hörte, daß mein Regiment in der Nacht abgezogen sei; in Verhandlungen mit der nun polnischen Stadtkommandantur hatte man ihm freien Abzug mit Waffen zugebilligt (es zog nach Elsenmühle und wurde dort verladen), ‚um Blutvergießen zu vermeiden'. Mein Regimentskommandeur hatte sich darauf eingelassen, weil inzwischen alle Kasernen der Stadt — ausgenommen die Fliegerkaserne in Ławica — in polnischer Hand waren und Berlin die anderen heimkehrenden Feldregimenter meiner Division nicht nach Posen weiterrollen ließ."

„Das Stellvertr. Generalkommando des V. Korps (General *v. Bock und Polach*, Stabschef Generallt. *v. Schimmelpfennig*) hat sich der Lage von vornherein nicht gewachsen gezeigt. Als mein Kommandeur, Major *Grussdorf*, sich dort am 28. 12. meldete, waren die alten Herren entsetzt, daß er in Uniform käme! Man wollte ihm an Ort und Stelle mit Zivil aushelfen! Er war empört, sich aber nun klar, daß er von dort nichts zu erwarten hatte, begab sich in die Kaserne und igelte sich dort bis zum Abzug ein."

„Ich erwähnte oben die nun polnische Stadtkommandantur. Wohl am 29. 12. nachmittags war der polnische Stadtkommandant *Maciaszek* zu uns in die Kaserne gekommen und hatte in einer Ansprache an die Offiziere irgendetwas gesagt. Es war nichts Bemerkenswertes, jedenfalls ist mir nichts in Erinnerung geblieben. Wahrscheinlich hat er etwas ‚vom Blutvergießen vermeiden' gesagt und wir ihm, es brauche sich ja niemand mit uns einzulassen. Sein Besuch war aber nicht der Beginn der Abzugsverhandlungen. Die wurden erst am 30. abends geführt und abgeschlos-

sen, nachdem ich mich wieder ins Hotel zurückgezogen hatte. Am 31. vormittags war ich jedenfalls vollkommen überrascht, das Regiment nicht mehr vorzufinden. — Am Abend herrschte übrigens, wohl seit dem 29. 12., Ausgangssperre für die Bevölkerung."

„Der erwähnte *Maciaszek* war dann — wohl schon seit 1920 — m. W. Stadtpräsident von Bromberg. Vor 1918 war er, soweit ich mich erinnere, Rechtsanwalt (in Posen)."

„Lange Zeit behauptete und glaubte man, der Aufstand sei ausgebrochen, als die ‚bösen' 6. Grenadiere am Freitag, den 27. 12. nachmittags auf die friedlichen Leute schossen. Später hat sich ergeben, daß der Aufstand am 27. 12. nachmittags mit Vorbedacht losging. Die Polen schossen los, und es war auch ein von ihnen nicht vorhergesehenes Ereignis, daß sie gerade auf die demonstrierenden Soldaten trafen."

„Der polnische Stadtkommandant von Posen hatte, wohl am 29. 12. 1918, einen Befehl erlassen, wonach alle Offiziere, die nicht in Posen garnisonierenden Truppenteilen angehörten, binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen hätten — bei Todesstrafe natürlich! Diese Frist begann am 31. 12. früh für mich zu laufen. Ich bemühte mich, mit meinen Eltern zu telefonieren, damit sie mir einen Wagen schickten. Wo sollte ich hin, ohne Bekleidung für mehr als wenige Tage, für die ich mich nur eingerichtet hatte? Wo das Regiment geblieben war, wußte man nicht. Der Zugverkehr war nicht in Ordnung, und ich konnte mir in dieser Situation auch eine Reise mit Strapazen ins Ungewisse gesundheitlich noch nicht zumuten. Eine telefonische Verbindung war aber nicht zu bekommen. — Inzwischen lief die Uhr! — Im Hotel — überwiegend polnisches Personal! — wußte man, wer ich war: ein Offizier des ‚bösen' Grenadier-Regiments Nr. 6, das nach polnischer Behauptung am 27. 12. die Straßenkämpfe in Posen ausgelöst hatte! Ab und zu kamen Kontrollen, wenn auch nicht mehr so viele und durch so wüste, häufig betrunkene Gestalten wie an den Vortagen. Einige Tage vorher hatte ich mir beim Regiment vorsorglich — als vorsichtiger Mann — einen ‚Vorläufigen Entlassungsschein' geben lassen, der beiderseits nicht ernst gemeint war. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, wo er sich bewähren sollte. Aber er machte, ich weiß nicht warum, auf polnische Patrouillen gar keinen Eindruck. Vielmehr wurde ich am Nachmittag veranlaßt (vielleicht brachte man mich auch hin, das weiß ich nicht mehr), eine militärische Kommandostelle aufzusuchen, die sich in der Bäckerstraße, etwa im dritten Haus links von der St. Martin-Straße kommend, etabliert hatte. Dort war ein Kommen und Gehen, die polnischen Soldaten — deutsche Uniform, weiß-rotes Schleifchen an der Mütze — grüßten sich mit ‚czołem'. Im Ganzen machte der Laden einen leidlich geordneten Eindruck. An mir fand man kein Interesse, war jedenfalls ‚nicht zuständig' und verwies mich an die Kommandantur am Wilhelmsplatz. Dort warteten viele Leute, die sich in eine Schlange auf der Straße einreihen mußten. Es waren meist Deutsche, deren Anliegen mir nicht bekannt waren. Zu einer Unterrichtung kam ich nicht, weil ein Unteroffizier dort herumschnauzte, die Leute dauernd ‚auf Vordermann' brachte und sein Gewehr drohend so hielt, als ob es nur zur Benutzung des Kolbens da sei. Auch mich hat der Held angegrobst. Er war ein Unteroffizier meines Regiments! Ich kannte ihn, nicht von der Front, sondern von meiner Zeit beim Offizierskursus in Briey, wo er die Kantine hatte. Ob er mich — in Zivil — wiedererkannte, gab er

nicht zu erkennen. Er wußte aber, wer ich war, da ich ja vor dem Einreihen in die Schlange ihm mein Anliegen vorgebracht hatte: Eine Bescheinigung (Passierschein) müßte ich haben! — Der Kerl schnauzte mich ein paar Mal ganz grundlos an, packte mich schließlich und trieb mich laut brüllend in den Hof der Kommandantur. Er gestaltete das recht dramatisch, um den anderen polnischen Soldaten, die sich auch um die Schlange bemühten, zu imponieren, nahm ich an. Meine ‚Volksseele' kochte entsprechend! — Als wir in einer Ecke des Hofes in Deckung waren, änderte sich die Situation. Er flüsterte: ‚Herr Leutnant, hier ist dicke Luft. Wie kann ich helfen?' Das Ergebnis war, daß er mit mir in ein Büro im 2. Stock ging, ich recht lahm markieren sollte (was ich ohnehin war), und er die Verhandlung übernahm. Man schrieb auf einem kleinen Stück Papier (Papiermangel 1918!) eine Bescheinigung aus, in der in deutscher Sprache etwa stand: Leutnant . . . reist seinem Truppenteil nach und darf ungehindert passieren. Darunter, weil es doch ein polnisches amtliches Papier war, das Wort ‚zezwolone' und die Unterschrift. Und natürlich ein Stempel: ‚Königlich Preußische Kommandantur Posen'! Es war mein erster polnischer Ausweis. (Dieses historische Dokument geriet leider 1945 in Verlust; bis dahin hatte ich es sorgfältig aufbewahrt.)"

„Ich ging ins Hotel, es war inzwischen dunkel geworden und die Zeit der Ausgangssperre nahte. Ich konnte jetzt etwas beruhigter sein, und ich brauchte auch Ruhe. Das Hotel verließ ich nun nicht mehr. Meine Bemühungen, eine telefonische Verbindung mit meinen Eltern zu bekommen, hatten am nächsten Tage mittags, dem Neujahrstag 1919, endlich Erfolg. Es kam ein Wagen, und ich verließ am Nachmittag das ungastlich gewordene Posen. — Zu Hause verordnete mir meine Mutter, die über mein Aussehen erschrocken war, Bettruhe. Mir fehlte aber nichts, doch mußte ich zugeben, daß mein Zustand mit der noch offenen Wunde solchen Abwechselungen wie den seit dem 28. 12. genossenen noch nicht gewachsen war. — Nach einigen Tagen Erholung war die Sorge, wie ich zum Regiment kommen sollte; erstens überhaupt und zweitens, weil ich mich als Angehöriger des 6. Gren. Rgt. auf die Dauer auch auf dem Lande nicht mehr hinreichend sicher fühlen konnte. Ich nahm Kontakt mit meinem Regiments-Kameraden *Knoblauch* (Sohn des Sanitätsrates *Dr. Knoblauch* in Schwersenz) auf. Er lag in einem Posener Militärlazarett, dessen Chefarzt schon zu deutscher Zeit ein Pole (Praktischer Arzt in Posen, militärisch preußischer Stabs- oder Oberstabsarzt d. Res.) war. Dieser war mit *Knoblauchs* Vater gut befreundet. Mein Regimentskamerad *Knoblauch* hatte wie ich den Wunsch, möglichst bald zum Regiment zu kommen, das, wie inzwischen zu erfahren war, in und bei Trachenberg in Schlesien Quartier bezogen hatte und ‚Grenzschutz' machte. Wir mußten nun warten, bis *Knoblauch* leidlich entlassungsfähig war. Mitte Januar war es so weit; er wurde vom polnischen Chefarzt des Lazaretts mit besten Ausweisen und vielen Stempeln versehen — und ich auch, so als ob ich auch in seinem Lazarett gelegen hätte! Wir konnten starten, in Zivil natürlich, in ländlichem Räuberzivil, über das ich ‚ziviles Zivil' gezogen hatte. Es war eng und mir recht heiß im überfüllten Zug. — Alle Zugverbindungen nach Deutschland waren inzwischen unterbrochen und nur die Strecke nach Kreuz noch offen, wohin am Spätnachmittag ein Zug gehen sollte. Wir erreichten es nach vielen Stunden Fahrt und x Zugkontrollen in der Nacht und gelangten schließlich über Küstrin—Frankfurt/Oder—Breslau nach einer Fahrt von 3 Nächten und 2 Tagen nach Trachenberg."

Dieser Bericht stimmt mit meinen Erlebnissen in Posen bis zum 4. 1. 1919 bis auf unwesentliche Kleinigkeiten überein. Er zeigt aber auch, daß sich unter den Polen Leute befanden, die bereit waren, ihren deutschen Kameraden zu helfen, und die nicht der Massenpsychose eines von der POW geschürten Deutschenhasses verfallen waren. Die Notwendigkeit des Umweges über Kreuz—Frankfurt/Oder finden wir bestätigt in der von Oberst a. D. *v. Zunehmer* herausgegebenen Geschichte „Das Infanterie-Regiment Graf Kirchbach (1. Niederschlesisches) Nr. 46 im Weltkrieg 1914/1918" auf S. 466. Auch die Reste dieses Regiments wurden im Einvernehmen mit der Polnischen Militärverwaltung über Kreuz—Frankfurt/Oder am 12. 1. 1919 ohne Waffen abtransportiert.

In welchem Maße der Aufbau einer deutschen Abwehr behindert wurde, geht aus einer Meldung des „Posener Tageblattes" Nr. 586 vom 14. 12. 1918 hervor: „Schärfste Kontrolle der Landräte. Vom Pressebüro des Soldatenrates geht uns folgende Mitteilung zu: Nach eingegangenen Meldungen und Feststellungen im Pressebüro des Soldatenrates Posen ist vielerorts die reaktionäre Regierung bestrebt, ihre Tätigkeit nach altem System fortzusetzen, zu deren Durchführung meist Landräte auf eigene Faust den sogenannten Grenzschutz Ost von anderen Korpsbezirken erbitten, obwohl in ihren Bezirken vollkommene Ruhe und Ordnung herrscht. Auf Grund dieser ‚festgestellten Umtriebe' werden sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Posen auf die Verfügung des Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates Berlin aufmerksam gemacht, die die Geschäftsführung der bisherigen Regierungspräsidenten und Landräte behandelt und die wir bereits früher veröffentlicht haben".[25]

Gegenüber einer unentschlossenen deutschen Reichsregierung konnte es die polnische Regierung in Warschau wagen, durch ein Dekret von *Piłsudski* Wahlen zum Polnischen Gesetzgebenden Sejm auch auf deutschem Gebiet (Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen) anzuordnen. Der dagegen von Staatssekretär *Solf* unterzeichnete und eingelegte Protest „namens der deutschen Volksregierung" am 17. 12. 1918 hatte den Erfolg, daß die Wahlen auf deutschem Gebiet unterblieben.[26]

Es muß zum Abschluß dieses Kapitels noch ein Wort darüber gesagt werden, welche Haltung die Entente zu dem Ausbruch des Aufstandes einnahm. Schon auf einer Sitzung des „Polnischen National-Komitees" vom 28. 11. 1918 in Paris hatte *Dmowski* über ein Gespräch referiert, das er mit Direktor *Berthelot* gehabt hatte. *Berthelot* habe erklärt, daß die Angelegenheit der Grenzen Polens für Frankreich wichtiger sei als selbst Elsaß-Lothringen. „Frankreich begrüßt jede durch die Polen geschaffene vollendete Tatsache, vor allem in der Angelegenheit des preußischen Teilgebiets" (Francji na rękę jest wszelkie fait accompli dokonane przez Polaków, przede wszystkim w sprawie zaboru pruskiego).[27] Sicher waren *Wilson* und *Lloyd George* gegen die Politik des „fait accompli". *Wilson* hatte sogar auf der Sitzung des Obersten Kriegsrates in Paris am 22. 1. 1919 erklärt, daß sich auch *Paderewski* verpflichtet habe, die Westmächte nicht damit zu überraschen[28], aber

25 *Vosberg*, Der polnische Aufstand, S. 171.
26 Ebd., S. 190.
27 Sprawy polskie, S. 33, nach der Aktensammlung des Polnischen Nationalkomitees in Paris (PNK) im Archiwum Akt Nowych.
28 Ebd., S. 42, nach: Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919. Washington 1941—1947, Bd. 3, S. 670—675 (Abkürzung: PPC).

damals waren ja bereits solche vollendeten Tatsachen geschaffen! Sicher war auch, daß Oberst *Wade* gegen die Politik seines Premiers *Lloyd George* handelte. Das ersieht man auch aus seinem Bericht über die Ereignisse am 27. 12. 1918 in Posen, dem er sogar eine zerrissene amerikanische Fahne beifügte (!), die vom Gebäude des OPV von deutschen Soldaten herabgerissen worden sein sollte. Ein eigenartiges Beweisstück! [29]

Ohne ein endgültiges Urteil abgeben zu wollen, können wir auf jeden Fall in dem polnischen Vorgehen ein äußerst geschicktes Spiel mit verteilten Rollen erblicken, bei dem moralische oder staatsrechtliche Skrupel nicht vorhanden waren. Gerade weil die Spieler selbst untereinander sich nicht einig waren, wie es ablaufen sollte, konnten sie um so leichter die deutschen Verhandlungspartner täuschen. Das mag als mildernder Umstand angesehen werden für das beklagenswerte Verhalten und Versagen deutscher Dienststellen.

---

29 Ebd., S. 358, nach: PPC Bd. 2, S. 422—424.

VI

DIE AUSBREITUNG DES AUFSTANDES IN DER PROVINZ POSEN

Bis Mitte Januar 1919 standen den polnischen Aufständischen keine nennenswerten deutschen Abwehrkräfte in der Provinz entgegen. Daher konnte sich der Aufstand fast ungehindert ausbreiten. Die Stadt Posen befand sich am Abend des 27. 12. 1918 fast vollständig im Besitz der Aufständischen. Nur die Kaserne der 6. Grenadiere war mit dem Rest des Regiments und der 3. MG-Kompanie des Inf. Rgt. 47 besetzt, in der Kaserne des Pi. Btl. 29 waren etwa 40 Mann eingeschlossen; in der Kaserne des Feldart.Rgt. Nr. 20 lag wie bisher die Ersatz-Abteilung mit den beiden Wachbatterien. Unklar war die Lage in der außerhalb der Stadt gelegenen Kaserne des Fußart. Rgt. 5. Der Flugplatz Ławica des Flieger-Btl. 2 war noch in deutscher Hand. Ehe noch diese eingeschlossenen und von jeder Lebensmittelzufuhr abgeschnittenen deutschen Stützpunkte beseitigt werden konnten, breitete sich der Aufstand aber schon in der Provinz aus.

In Wreschen kam es in der Nacht zum 27. 12. zu wilden Schießereien in der Stadt; eine Mühle ging in Flammen auf, die Inschrift des Kriegerdenkmals wurde zerstört. Am 27. 12. selbst tagte der Soldatenrat, von polnischen „Legionären" und zu ihnen übergelaufenen Soldaten polnischer Nationalität unterstützt, und bedrohte die Offiziere. Eine Anfrage des Kommandeurs Major *Hartung de Groote* beim Generalkommando, wie er sich verhalten sollte, wurde damit beantwortet, er solle „nach eigenem Ermessen" handeln! Das Ergebnis konnte kein anderes sein, als daß die Kaserne den Polen übergeben werden mußte, die Deutschen entwaffnet und die Offiziere zur Abreise gezwungen wurden. Wenn auch Major *Hartung de Groote* im Einvernehmen mit der polnischen Militärverwaltung erst am 12. 1. 1919 mit dem letzten Rest des Regiments im Transportzug nach Kreuz Wreschen verließ, so war doch schon praktisch seit dem 27. 12. gleichzeitig mit Posen die Stadt unter polnischer Herrschaft, ohne daß dieser Vorgang mit dem deutschen Umzug in Posen an diesem Tage in Zusammenhang stand.[1]

Am 27. 12. 1918 schickte der Soldatenrat von Gnesen trotz des Einspruches des Kommandeurs des aus dem Felde zurückgekehrten Inf.Rgt. 49 das I. Btl. nach Schneidemühl-Filehne, das III. Btl. nach Wongrowitz-Czarnikau. In Gnesen blieb nur das II. Btl. zurück, in einer Stärke von etwa 200 Mann, davon die Hälfte polnischer Nationalität. Da schon vorher im Ersatz-Bataillon vollkommene Disziplinlosigkeit herrschte und der Handel mit Waffen auf eine Putschgefahr schließen ließ, war für die wenigen deutschen Soldaten jeder Widerstand sinnlos geworden. Die außerhalb der Stadt gelegene Kaserne des Drag.Rgt. 12 war bereits in der Hand der Aufständischen. Völlig unverständlich erscheint es, daß das Dragoner-Regiment seine Kaserne jedes Schutzes beraubt hatte. Nach Demobilmachung und Beurlaubungen und nach der Abordnung der 4. Esc. unter Oberleutnant *v. Waldow* nach Znin, wo sie am 28. 12. 1918 eintraf, blieben nur einige alte Unteroffiziere und einige Leutnants zurück mit 800 Pferden, die von angeworbenen Zivilarbeitern versorgt wurden. Es werden dies meist Polen gewesen sein, da Gnesen nur wenige deutsche

1 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 54.

Arbeiter hatte. Als am 28. 12. nur etwa 50 Mann in der Kaserne des Inf.Rgt. 49 anwesend waren, strömten etwa 3000 bewaffnete Polen auf den Kasernenhof und entwaffneten die Deutschen. Sie wurden am 29. 12., nachdem es an diesem Tage noch zu einem verlustreichen, für die Polen günstig verlaufenen Gefecht bei Zechau (Zdziechowo) gekommen war [2], über Posen — Bentschen auf Umwegen nach Schneidemühl gebracht. Dort war jetzt auch das III. Btl. des Inf.Rgt. 49 eingetroffen, das in Wongrowitz das gleiche Schicksal wie das II. Btl. in Gnesen gehabt hatte.[3]

Ähnlich erging es dem Inf.Rgt. 140 in Hohensalza, das Mitte Dezember noch gut diszipliniert aus dem Felde in seine Garnison zurückgekehrt war. Die polnische Bevölkerung zeigte sich offen oder versteckt feindlich gesonnen, der A.- u. S.-Rat hetzte und wirkte zersetzend und schaltete willkürlich unter dem starken Einfluß seiner polnischen Mitglieder. Am 29. 12. 1918 abends versuchten bewaffnete Polen, das Postamt zu besetzen. Eine Abteilung der 140er konnte sie vertreiben, und das alarmierte Regiment alle öffentlichen Gebäude in seinen Schutz nehmen und durch starke Patrouillen die Straßen sichern. Am 2. 1. 1919 fanden in der Stadt deutsch-polnische Verhandlungen zwischen den Posener, Gnesener und Bromberger Delegierten der A.- u. S.-Räte, Vertretern des OPV und der Behörden statt, an denen auch eine Abordnung der Hohensalzaer Einwohner teilnahm. Man beschloß einen Waffenstillstand. Die Ruhe blieb aber nur bis zum 4. 1. 1919 gewahrt. Als am Nachmittag dieses Tages Lt. d. Res. *Groß* auf dem Heimritt zur Kaserne von Polen überfallen wurde, wollte er sich mit zwei Pistolenschüssen wehren. Daraufhin schossen auch die Polen und verwundeten den Offizier schwer. Es war dies der Anfang zu Kämpfen, die am Sonntag, dem 5. 1., zu einem allgemeinen polnischen Angriff aus der Umgebung der Stadt führten. Die Polen besetzten Post und Bahnhof. Zwar gelang es dem Regiment noch einmal, unterstützt von einem Zuge des Feldart.Rgt. 53, den Bahnhof wieder zu erobern und einen Angriff auf seine Kaserne blutig abzuschlagen, aber „von der Bromberger Garnison im Stich gelassen" verhandelte es in der Nacht vom 6./7. 1. 1919 mit der Stadtverwaltung. Auf deren Bitten rückte das Regiment am Abend des 7. 1. 1919 mit Waffen und Munition ab.[4]

Außer in den nördlichen und südlichen Grenzgarnisonen der Provinz gab es jetzt keine einsatzfähigen deutschen Truppen mehr, die den polnischen Aufstand abzuwehren in der Lage waren. So konnten am 31. 12. 1918 Schrimm und Czempin auf Grund friedlicher Vereinbarung unter polnische Verwaltung kommen und Ostrowo von Polen besetzt werden.[5]

Die 6. Grenadiere waren am 31. 12. aus Posen abgerückt, die 29er Pioniere — noch 21 Mann! — folgten am 4. 1. nach Vereinbarung mit dem Stadtkommandanten *Maciaszek* ohne Waffen, die sie vorher unbrauchbar gemacht hatten. Etwa 1000

2 An diesem Gefecht hatte sich auch ein Detachement der 4. Esc. der 12. Dragoner beteiligt. In der Regiments-Geschichte heißt es, daß es sich z. T. auflöste oder den polnischen Aufständischen ergab.

3 *H. Duncker/H. Eisermann*, Das Infanterie-Regiment v. Kluck (6. Pomm.) Nr. 49 im Weltkriege 1914—18, Oldenburg/Berlin, S. 298/299.

4 *v. Mülmann*, Geschichte des 4. Westpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 140, Berlin 1930, S. 200 ff.

5 *Frhr. v. Lüttwitz*, Das Ulanen-Regiment Kaiser Alexander III. von Rußland (Westpr.) Nr. 1 1913—1920, Oldenburg i. O. 1932, S. 313.

Mann des freiwilligen Grenzschutzes, vier Kompanien, die am 2. und 3. 1. 1919 von Berlin aus ohne Vorsichtsmaßnahmen mit der Bahn zur Verstärkung der Posener Garnison geschickt worden waren, wurden von der verstärkten polnischen Besatzung des Bahnhofs Posen, die von ihrem Eintreffen Kenntnis hatte, in Empfang genommen, umzingelt, nach kurzem Feuergefecht entwaffnet und zurückgeschickt.[6] Am 5. 1. nahmen die Polen nach hartem Kampf auch den Flugplatz Ławica ein und schickten die Gefangenen in das Lager Szczypiorno bei Kalisch.

Ehe ein deutscher Grenzschutz wirksam werden konnte, nahmen die Polen kampflos ein: am 1. 1. Krotoschin und Schubin, am 2. 1. Wissek, am 3. 1. Grätz, Rakwitz, Neutomischel und Friedenshorst, am 4. 1. den Bahnhof Bentschen, am 5. 1. Czarnikau, am 7. 1. Wollstein. Kämpfe fanden statt am 3. 1. um Mrotschen, das den Polen überlassen werden mußte, und nordöstlich von Wollstein bei Rothenburg. Damit begannen die wechselvollen Kämpfe um eine Frontlinie, die später die sogenannte Demarkationslinie bilden sollte (s. Abb. 5b und 6a). Nur einige Beispiele seien genannt: Aus Labischin wurde am 8. 1. die polnische Besatzung vertrieben, am 11. 1. wurde es von den Polen wiedereingenommen. Am 8. 1. wurden Nakel und Znin von den Polen geräumt, am 11. 1. Nakel, am 12. 1. Znin von ihnen wieder erobert. Am 1. 2. ging Nakel in deutschen Besitz über, mußte aber wieder aufgegeben werden. Besonders schwere Kämpfe mit wechselndem Erfolg fanden um Nakel, Schubin, Samotschin, Bentschen, Bomst und Unruhstadt und die umgebenden Dörfer, auch bei Zduny und Rawitsch statt (vgl. Abb. 2). Um so leichter konnte dieser Wechsel im Besitz erfolgen, als es keine durchgehende Frontlinie gab. Nur bewohnte Ortschaften waren jeweils von Freund oder Feind besetzt und durch vorgeschobene Feldwachen notdürftig gesichert. So waren überraschende Überfälle jederzeit, besonders in den von den Polen als Kampfzeit bevorzugten Nächten möglich. In dauernd deutscher Besetzung befanden sich die Garnisonstädte Rawitsch, Fraustadt, Lissa, Schneidemühl und Bromberg, und die Orte ohne Garnisonen Kreuz, Meseritz, Reisen, Bojanowo und Kempen. Im Februar war die deutsche „Front“ trotz mancher Anstrengungen der Polen durch den inzwischen formierten Grenzschutz und die Einwohner- und Bürgerwehren ziemlich gesichert. Die Polen hatten jetzt wegen ihrer militärischen Unterlegenheit besonders an Artillerie ein starkes Interesse daran, daß eine Demarkationslinie festgelegt wurde, die beiderseits nicht überschritten werden sollte. Dieser Kampf um die Demarkationslinie wurde genau so hitzig wie mit Waffen auch auf der politischen Ebene ausgetragen.[7]

---

6 *Tröbst/Leipold*, S. 399 ff.

7 Die Angaben über die Grenzschutzkämpfe wurden den in der Bibliographie (Anlage 5) genannten Regiments-Geschichten entnommen. Vgl. dazu auch Anlage 3.

VII

DER KAMPF UM DIE DEMARKATIONSLINIE UND DAS WAFFENSTILLSTANDSABKOMMEN VON TRIER VOM 16. 2. 1919

1. Deutsch-polnische Verhandlungen zur Wiederherstellung der bisherigen Rechtsverhältnisse

Ende Dezember 1918 begann eine verstärkte politische Tätigkeit in deutsch-polnischen Verhandlungen sowie zwischen dem OPV und dem Polnischen Nationalkomitee in Paris und den Vertretern der Entente. Die schon vorher festzustellende Zweigleisigkeit im Vorgehen der Polen zeigte sich weiterhin. Auf der einen Seite bestand auch jetzt noch ein polnisches Interesse, Loyalität gegenüber dem preußischen Staat zu erklären und damit deutsche Gegenmaßnahmen zu verhindern oder wenigstens abzuschwächen, auf der anderen nahm das Militärlager nicht von seiner Absicht Abstand, möglichst viel Gebiet zu besetzen. Der Entente gegenüber wollte man den Schein wahren, daß man geduldig auf die Friedenskonferenz warten und sich ihrem Votum vertrauensvoll unterwerfen wolle, um sich das Wohlwollen der Siegermächte zu erhalten. Trotzdem aber suchte man durch Kämpfe vollendete Tatsachen zu schaffen, durch Kämpfe, die selbstverständlich durch deutsche Aggressionen begründet werden mußten.

Gleich nach dem Aufstand erschien am 30. 12. 1918 erneut der preußische Innenminister *Ernst* in Posen, nachdem am 28. 12. der Posener A.- u. S.-Rat den Ausnahmezustand erklärt und beschlossen hatte, die deutschen Offiziere zu entwaffnen, aus der Garnison zu entfernen und deutschen Soldaten das Tragen von Waffen zu verbieten. Die preußische Regierung wie der OPV hielten weitere Verhandlungen für ratsam. Die preußische Regierung kam zu diesem Entschluß, weil sie in der Lage im Posenschen noch keine unmittelbare Gefahr sah. Diese „irrigen Ansichten veranlaßte einerseits das Fehlen bedeutender polnischer Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand, andererseits die ausgesprochene politische Taktik des OPV".[1] Diese „irrigen Ansichten" konnten nur entstehen, weil die Posener deutschen Zivil- und Militärbehörden Berlin mit einem geradezu unverständlichen Optimismus über die tatsächliche Lage falsch unterrichteten. Von den Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand des OPV wußten sie ebenso wenig wie *H. v. Gerlach*. Letzterer vertrat noch 1919 den Standpunkt, daß durch eine freie Vereinbarung mit den Polen eine für Deutschland günstigere Lösung hätte erreicht werden können als durch das Beharren auf dem Rechtsstandpunkt.[2] Man wird diese Ansicht wohl nur als Verteidigung seines persönlichen Versagens bei seiner politischen Mission in Posen werten dürfen, ohne seine Absicht, zu einem friedlichen Zusammenleben des deutschen und polnischen Volkes für die Zukunft beizutragen, zu mißbilligen. Die preußische Regierung glaubte, auf dem Wege der Verhandlungen das bedrohte Staatsinteresse retten zu können. Der OPV wiederum war sich darüber klar, daß die polnischen militärischen Kräfte nicht ausreichten, um einem energischen Angriff deutscher Truppen Widerstand leisten zu können. Das zeigten seine zahlreichen Hilferufe und

1 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 54.
2 *v. Gerlach,* S. 21.

Bitten um Unterstützung der Aufständischen nach Paris und Warschau[3], sein Bemühen, die in Frankreich aufgestellte *Haller*-Armee möglichst schnell nach Polen zu bekommen, und schließlich sein Drängen nach Abschluß eines Waffenstillstandes längs einer Demarkationslinie. Hinter dieser Linie sollten die bereits von den Polen besetzten Teile der Provinz vor deutschen Angriffen geschützt sein. *Wieliczka* (a. a. O., S. 54) sagt dazu: „Im Moment, wo in Großpolen bereits der bewaffnete Aufstand überall ausbrach, sah das Kommissariat des OPV immer noch nicht die Notwendigkeit des Handelns und setzte sich mit den Vertretern der Reichsregierung an den Konferenztisch, um darüber zu beraten, wie die Ruhe wiederhergestellt werden könne. Die Initiative dazu gab natürlich (!) die preußische Regierung . . .“.

Mit Minister *Ernst* kam auch sein Unterstaatssekretär *Goehre*. Die Reichsregierung war durch den Hauptmann i. G. *Guderian* vertreten.[4] Nach einer Information der deutschen Delegation bei dem Oberpräsidenten *v. Eisenhart-Rothe* fand am Nachmittag des 30. 12. im Rathaus eine Vollversammlung statt, an der jetzt auch die polnische Volkswehr, der OPV, der Deutsche Volksrat, der Jüdische Volksrat und der Soldatenrat beteiligt waren. Kennzeichnend für die Fehleinschätzung der Lage durch die Deutschen ist, daß diese so zusammengesetzte Versammlung einstimmig als Vorsitzenden *Dr. Rydlewski* wählte, der sowohl dem Lager des bewaffneten Kampfes wie der Exekutivabteilung des A.- u. S.-Rates angehörte. In seinen Worten können wir wieder den Versuch erkennen, nationalpolnische Ziele mit dem Mantel eines vorgegebenen Interesses an einer sozialistischen und friedlichen Neuordnung in Deutschland zu verschleiern und damit die deutschen Revolutionäre für sich zu gewinnen. *Rydlewski* sagte als Einleitung: „Als Tagesordnung der heutigen Versammlung soll die kritische Lage in Posen gelten. Ich habe mir die Sache reiflich überlegt, ob es überhaupt einen Zweck hat, über die Sache zu beraten, namentlich mit den Herren Vertretern der Staatsregierung in Berlin. Denn diese Herren trifft die Schuld“.[5] Die Deutschen widersprachen und warfen den Polen vor, ein „arglistiges Spiel“ getrieben zu haben. Sie hätten „sich seit langem auf den Anschlag vorbereitet . . ., indem sie z. B. die pseudo-paritätischen Kompagnien des Wach- und Sicherheitsdienstes geschaffen hätten, in die sie bewußt keine Deutschen aufgenommen hätten. Auf diesen Vorwurf antworteten die polnischen Vertreter nicht, da er im Grunde genommen richtig war“.[6] Auch in der anschließenden Sitzung am 31. 12. finden wir das Eingeständnis des polnischen Doppelspiels. *Wieliczka* schreibt (a. a. O., S. 63): „Richtig waren . . . die deutschen Vorwürfe in der Frage der Besetzung

3 Die Warschauer Regierung konnte den Aufständischen keine Unterstützung geben, da sie mit der Verteidigung Ost-Galiziens voll beschäftigt war. Vgl. *Komarnicki*, Rebirth, S. 242.

4 Es handelt sich hier um den späteren Generalobersten des Zweiten Weltkrieges. In Kulm/Westpr. am 17. 6. 1888 geboren, war er im November 1918 bei der Zentralstelle Heimatschutz-Ost in Berlin tätig. Im Januar 1919 gehörte er zum „Grenzschutz-Oberkommando Süd“ in Breslau, nach dem deutsch-polnischen Waffenstillstand im März 1919 zum „Grenzschutz-Oberkommando Nord“ in Bartenstein/Ostpr., im Mai zum Generalstab der „Eisernen Division“ in Riga, später in Mitau. Nach seiner Rückkehr aus dem Baltikum übernahm er eine Kompanie im Goslarer Jäger-Bataillon Nr. 10, bei dem er seine militärische Laufbahn begonnen hatte und dessen Kommandeur sein Vater war. (*H. Guderian*, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 425/426.)

5 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 56/57.

6 Ebd., S. 58.

der Kasernen und der Entwaffnung des 20. Feldartillerieregiments in Posen während der polnisch-deutschen Verhandlungen. Jedoch auch in diesem Falle konnten die Delegierten des OPV die Anlässe nicht klar angeben, d. h. erklären, daß sie gegenüber den Unternehmungen des Lagers des bewaffneten Kampfes machtlos seien." Bei der diplomatischen Taktik, mit der von Seiten der Polen die Verhandlungen geführt wurden, ließen sich die deutschen Vertreter nur zu leicht über deren wahre Absichten täuschen. So wurde auch ohne weitere Untersuchung der Ansicht zugestimmt, daß die unmittelbare Ursache des Aufstandes die Straßendemonstrationen der Soldaten des 6. Gren.Rgt. waren. Man erkannte auf deutscher Seite nicht den polnischen Plan, auf diese Weise die stärkste deutsche Kampftruppe ohne Gefahr aus der Stadt zu entfernen.

Nachdem die polnischen Vertreter sich zu einem ehrenvollen Abmarsch des Regiments mit der Waffe, jedoch ohne Maschinengewehre, bereit erklärt hatten, beschlossen auch die Deutschen, daß unverzüglich „die Anstifter der Unruhen" Posen verlassen müßten. Sie störten sich auch keineswegs daran, daß *Korfanty* die polnischen Forderungen deutlich als solche einer „Behörde" gegenüber einer anderen Behörde vortrug, obwohl darin bereits das Zugeständnis zur Loslösung zum mindesten des in der Hand der Polen befindlichen Gebietes der Provinz einbegriffen war. *Korfantys* Zusage am 30. 12. ließ die deutschen Vertreter nachgiebig sein. *Korfanty* sagte unter anderem: „In nationaler Hinsicht greifen wir den Ergebnissen des Friedenskongresses nicht vor. Wir fordern das, was uns auf Grund der Gleichberechtigung gehört und demnach Anteil an der staatlichen Verwaltung und am Gerichtswesen. . . Der Deutsche Staat erniedrigt sich absolut nicht, wenn er den Polen Gleichberechtigung zubilligt." [7] Der Grundsatz der Gleichberechtigung wurde selbstverständlich anerkannt. Er sollte am folgenden Tage hinsichtlich der Durchführungsmaßnahmen in einer Kommission näher besprochen werden. Auch diese hatte eine polnische Mehrheit (neben den Regierungsvertretern bestand sie aus „drei Polen und drei Sozialdemokraten", die von der fast ausschließlich polnischen Exekutivabteilung des A.- u. S.-Rates entsandt wurden, aus drei Vertretern des OPV, zwei Vertretern des Deutschen und einem Vertreter des Jüdischen Volksrates).[8]

„Völlig isoliert stand das Lager des bewaffneten Kampfes. (Bei den Verhandlungen überhaupt nicht erwähnt!) *Paluch* und *Hulewicz* nahmen an der Sitzung vom 30. 12. 1918 als Beobachter teil. Die damaligen polnisch-deutschen Verhandlungen änderten ihre Pläne absolut nicht. Sie handelten weiter selbständig, sammelten bewaffnete Kräfte, inspirierten die Massen der polnischen Soldaten und hatten nicht die Absicht, sich irgendeiner der verhandelnden Instanzen unterzuordnen." [9] Was war noch von der Tagung der auf den 31. 12. 1918 einberufenen Kommission an politischen Ergebnissen zu erwarten? Die berechtigten Vorwürfe hinsichtlich des verräterischen Überfalls auf die Kaserne des Feldart.Rgt. Nr. 20 konnte *Korfanty* abschwächen. Er sagte: „Seien Sie versichert, unsere Absicht ist, allein im Rahmen der gegenwärtigen staatsrechtlichen Gestaltung, auf dem Boden der Gleichberechtigung. . . Ihnen nicht nur keine Schwierigkeiten zu machen, sondern Ihnen in Ihrer schweren Arbeit, in der Richtung auf die freiheitliche Entwicklung Deutschlands Unterstützung

7 Ebd., S. 59, und *Komarnicki,* Rebirth, S. 242.
8 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 60.
9 Ebd., S. 61.

zu gewähren."[10] In diesen Worten konnte man den doppelten Sinn eigentlich nicht verkennen — wenn man mißtrauisch geworden war, wozu genügend Anlaß bestand. Die deutschen Vertreter waren es nicht! So konnte Unterstaatssekretär *Goehre* das Ergebnis der Sitzung vom 31. 12. 1918 folgendermaßen zusammenfassen:

1. Eine Untersuchungskommission soll den tatsächlichen Stand der Unruhen vom 27. 12. feststellen und helfen, jeden Anlaß zu weiteren Kämpfen zu beseitigen,
2. polnische Flaggen auf deutschen Gebäuden sind sofort einzuziehen,
3. es müssen normale Verhältnisse im Militärkommando wiederhergestellt und der Ausnahmezustand aufgehoben werden,
4. die deutschen Soldaten müssen durch die Polen als freie Bürger behandelt werden,
5. alle Verbindungen mit der Welt, die durch den Umsturz abgerissen sind, müssen wiederhergestellt werden.

Die polnischen Delegierten erklärten sich einverstanden, mit einer Einschränkung: Sie könnten nicht versprechen, die polnischen Flaggen an den Regierungsgebäuden sofort zu entfernen. Sie müßten sonst befürchten, daß dadurch „vielleicht allzu scharfe Proteste der leidenschaftlich erregten polnischen Soldaten" hervorgerufen werden könnten.[11] Mit solcher Taktik erreichten die Polen zweierlei:

1. „Ohne die Fäden mit der preußischen Regierung zu zerreißen, ohne offiziell die Änderung der rechtlich-politischen Lage der Polen auszusprechen, konnten sich . . . im weiteren Verlaufe Aufstandskämpfe entwickeln . . ."
2. „Der bewaffnete Aufstand der polnischen Bevölkerung erhielt einen halb und halb legalen Rechtstitel, der so meisterhaft gefügt war, daß er sogar für die großpolnischen Aufständischen . . . ein Geheimnis blieb . . ."![12]

Aus den Ausführungen *Wieliczkas* ist nicht zu erkennen, ob er, kein Freund des OPV, das unmittelbar vorher betonte „außerordentlich geschickte politische Spiel" ehrlich anerkannte. Auf jeden Fall war die Wirkung auf die deutschen Partner und die weiteren Ereignisse in der Provinz so, wie es *Wieliczka* angibt.

Die preußische Regierung verhandelte also weiter mit den Polen, wenn es auch nicht sicher ist, daß alle Stellen dem Ränkespiel der Polen anheimfielen und ihren Loyalitätserklärungen glaubten. Daß einige Regierungsvertreter endlich mißtrauisch geworden waren, zeigt ein Presseinterview, das Minister *Ernst* am 1. 1. 1919 in Berlin gab und in dem er seine Erlebnisse und Eindrücke von der Posener Konferenz am 30./31. 12. 1918 schilderte.[13] „Unmittelbar nach unserer Ankunft in Posen begaben wir uns zu dem Oberpräsidenten *v. Eisenhart-Rothe*, mit dem wir uns eingehend über die augenblickliche schwierige Lage in der Stadt und in der Provinz Posen berieten. Als wir nach der ausgedehnten Aussprache das Präsidialgebäude verlassen wollten, erklärte uns die polnische Wache, die, mit Gewehren bewaffnet, ungefähr 30 Mann stark war, daß wir das Gebäude nicht ohne besondere Erlaubnis des Abgeordneten *Trąmpczyński* verlassen dürften. Unsere Einwendungen blieben erfolglos. Wir wurden im Hofe des Gebäudes festgehalten, obgleich wir uns ausreichend als Vertreter der preußischen Regierung ausweisen

10 Ebd., S. 64.
11 Ebd., S. 65.
12 Ebd., S. 65/66.
13 Das Interview ist abgedruckt im Posener Tageblatt Nr. 1 vom 4. 1. 1919.

konnten und auch nicht unterließen, auf die möglichen Folgen eines solchen Gewaltaktes hinzuweisen. Ungefähr nach einer Stunde erschien *Trąmpczyński* selbst und erteilte der Wache den Befehl, uns freizugeben. Er entschuldigte sich, daß er von dem Vorgehen der Wache angeblich keine Kenntnis gehabt habe und daß er das Vorgehen der Wachtposten durchaus mißbillige." Weiter erklärte Minister *Ernst* in dem Interview: „Jedenfalls könne kein Zweifel mehr bestehen, daß Posen und der östliche Teil der Provinz sich völlig in den Händen der Polen befinden. In der Stadt Posen hätte der polnische Stadtkommandant alle Macht uneingeschränkt in der Hand. Unter diesen Umständen muß man in Deutschland von dem Gedanken ausgehen, eine Verständigung mit den Polen auf gütlichem Wege zu erreichen. Die Polen hätten ihm gegenüber ausgesprochen, daß sie zwar die feste Absicht haben, die Provinz Posen von Deutschland abzutrennen und mit Russisch- und Österreichisch-Polen zu vereinigen, um den großpolnischen Staat wieder ins Leben zu rufen. Die deutsche Regierung aber solle dabei keineswegs vor vollendete Tatsachen gestellt werden, die polnische Regierung würde vielmehr mit ihrem Vorgehen die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten. . ." [14] Endlich bemerkte Minister *Ernst*, daß gegenüber dem starken und ausgeprägten Nationalgefühl der polnischen Bevölkerung den Deutschen in Posen nur der Rat erteilt werden könnte, ihre Interessen, so gut es möglich ist, selbst wahrzunehmen und sich zusammenzuschließen. Es würde sich dann vielleicht empfehlen, daß die Organisation der Deutschen (gemeint sind wohl die schon bestehenden Deutschen Volksräte. d. Verf.) sich als einheitliche nationale Macht gegen die Übergriffe der Polen wendet und sie der Öffentlichkeit preisgibt.[15] „Die Deutschen der Provinz Posen seien" — so meinte Minister *Ernst* — „allerdings bisher dadurch verwöhnt worden, daß die Regierung die deutschen Interessen selbst wahrgenommen hätte. Das sei unter den veränderten Verhältnissen jetzt naturgemäß nicht mehr durchführbar." [16] Auf welche Weise aber sollten die Posener Deutschen ihre Interessen selbst wahrnehmen? Sie konnten es nur durch wirkungslose Demonstrationen und Proteste in den noch nicht von Polen besetzten Teilen der Provinz tun. Der Deutsche Volksrat Westposens, zu dem sich die örtlichen Volksräte im Westen und Süden der Provinz zusammengeschlossen hatten, richtete folgende Bitte an die deutsche Waffenstillstandskommission: „800 000 Deutsche bitten die Waffenstillstandskommission, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz die Grenzen des Deutschen Reiches vom 1. 8. 1914 respektiert und aufrecht erhalten bleiben und daß unter keinen Umständen einer

---

14 Ähnlich berichtet *Wieliczka*, Wielkopolska, wahrscheinlich aus der Kenntnis des Interviews, S. 66: Demnach hat *Ernst* sich geäußert, daß die Polen die unerschütterliche Absicht hätten, „die Provinz Posen von Deutschland loszureißen. . ., jedoch nicht in der Weise, um die Deutsche Regierung vor vollendete Tatsachen zu stellen".

15 Daß solche Übergriffe recht zahlreich gewesen sein mußten, geht aus einer Verfügung des Stadtkommandanten hervor, die sich gegen Plünderungen richtet. Es heißt darin: „Unberechtigte Personen haben Haussuchungen vorgenommen und diese Gelegenheit zu Diebstählen benutzt. Wer auf solcher Tat ertappt wird, wird standrechtlich erschossen. Die Bürgerwehr und die ordnungsmäßigen Sicherheitsmannschaften werden aufgefordert, auf Verbrecher und Gesindel streng zu achten. Haussuchungen dürfen nur auf Veranlassung des Stadtkommandanten von einer aus 5 Mitgliedern bestehenden Kommission vorgenommen werden, die mit Ausweisen des Stadtkommandanten versehen sein muß". Siehe Posener Tageblatt v. 4. 1. 1919.

16 Ebd.

Besetzung der Ostprovinzen durch polnische oder Ententetruppen zugestimmt wird. Dafür, daß der Friede im Osten nicht gestört wird, kann der Deutsche Volksrat für die Deutschen garantieren... Die im Deutschen Volksrat zusammengeschlossenen Deutschen sind ebenso ehrlich gewillt, beiden Nationalitäten gerecht zu werden, d. h., auch den Polen volles nationales Eigenleben zuzubilligen. Aber eben deshalb fordert er auch ebenso energisch die Anerkennung der deutschen Rechte und erklärt, daß Ruhe und Ordnung ohne jede fremde Hilfe gewahrt bleiben werden." [17] Ähnliche Proteste wurden auch aus Westpreußen an das Auswärtige Amt in Berlin gerichtet. Proteste gegen eine zur Gewalt entschlossene polnische Aufstandsbewegung, Proteste an eine ohnmächtige Kommission und Regierung!

Die irrige Beurteilung des Stärkeverhältnisses der deutschen und polnischen bewaffneten Kräfte führte Minister *Ernst* zu der Ansicht, daß die Lage nicht mehr militärisch verändert werden könne und darum eine Verständigung erreicht werden müsse. Im Gegensatz dazu stand die bereits erwähnte Entsendung von Grenzschutzkompanien am 2. und 3. 1. 1919 durch das Oberkommando-Ost in Berlin. Der so ausdrücklich und öffentlich betonte Wille zur gütlichen Verständigung von deutscher Seite aus ermöglichte dem OPV, seine Taktik vom November fortzusetzen, die von dem deutschen Partner begangenen Fehler auszunutzen und sich beweglich der Lage anzupassen, obwohl der Aufbau der polnischen Streitkräfte unter dem Oberkommandierenden *Stanisław Taczak*, einem preußischen Reserve-Offizier, noch sehr im argen lag.

In Gnesen erschien am 30. 12. eine Abteilung des deutschen Heimatschutzes aus Bromberg, es entspann sich ein kurzer Feuerkampf, bei dem es auf beiden Seiten einige Tote gab. Nach Verhandlungen verpflichteten sich die Deutschen, Gnesen und Umgebung zu verlassen. Auf ähnliche Weise wurde auch durch Vereinbarungen mit den Polen eine ganze Reihe weiterer kleinerer Ortschaften neben den bereits erwähnten in den ersten Januartagen 1919 besetzt: Skalmierschütz, Schroda, Obornik, Strelno u. a. Alle seit dem Beginn des Aufstandes von den Polen besetzten Orte umgaben Posen in einem weiten Bogen von Süd- bis Nordosten (vgl. Abb. 2).

Die Berliner Regierung veranlaßte trotzdem schon wieder neue Verhandlungen am 4. 1. 1919 in Bromberg. Wieder einmal erklärte *Korfanty:* „Die Polen wollen der Entscheidung der Friedenskonferenz nicht vorgreifen". Aber sicherlich war er über die Erfolge des Polnischen Nationalkomitees bei den Vorbereitungen der Friedenskonferenz orientiert. Daher erschien ihm auch ein Abweichen von den 14 Punkten *Wilsons* in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt. Die Entente und vor allem *Wilson* hatten anfangs auf keinen Fall an mehr als ein freies Polen gedacht, das aus dem russischen und eventuell österreichischen Teilgebiet bestehen und einen freien Zugang zum Meer von der Weichsel über die deutschen Kanäle nach Hamburg und Bremen haben sollte. In den „Papers relating to the Foreign Relations of the US 1919. The Paris Peace Conference", Bd. 1, Washington 1942, S. 51/52, heißt es in einem Memorandum, auf das *Wilson* seine Rede vom 8. 1. 1918 stützte: „Polen, gebildet vor allem aus dem russischen Polen und vielleicht auch österreichischen, könnte wahrscheinlich sich einen Zugang zum Meer durch den Weichselfluß und die

---

17 Ebd.

deutschen Kanäle sichern, die nach Hamburg und Bremen führen".[18] Nicht nur *Piłsudski* sah „das politische Ziel des Krieges, welches . . . (er sich) von Anfang an gestellt . . . (hatte, im) Zusammenschluß Galiziens und des Königreichs in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie". Er sagte: „Ich glaubte und glaube, daß es nicht möglich war, in diesem Kriege bessere Lebensbedingungen . . . zu erreichen." (Problem polsko-niemiecki . . ., S. 184.) Diesen Glauben teilten sehr viele seiner Landsleute, anscheinend zunächst auch *Korfanty*, denn an der oben angegebenen Stelle wird ein Vorschlag von ihm erwähnt, die Polen aus Preußen in die Gegend von Minsk und Grodno umzusiedeln! Noch am 12. 1. 1918 hatte *Paderewski* vergeblich in einer Audienz im Weißen Haus vorgeschlagen, den freien und sicheren Zugang Polens zum Meer in kategorischer Form festzulegen: Statt des ominösen Wortes „should" — „es sollte" — wäre das Wort „must" — „es muß" — einzusetzen. Der amerikanische Mitarbeiter *Wilsons*, Oberst *House*, erklärte dazu, die USA könnten unmöglich den Wiederaufbau Polens in ultimativer Form vorbringen. (Diese Darstellung nach *Ch. Seymour*, The Intimate Papers of Colonel House, bringt auch: Sprawy polskie, Bd. 1, S. 18.)

Jetzt zeigte sich jedoch schon deutlicher, daß Frankreich zu größeren Zugeständnissen an die Polen bereit war. Daher war auch *Korfantys* Ton selbstbewußter, ja direkt drohend: „Die Polen haben die Kraft und die Macht sowie die Mittel zu einer bewaffneten Aktion, die wir anwenden können und . . . auch anwenden werden, wenn Sie sich dem widersetzen, was uns die Friedenskonferenz zuerkennen wird. . . Im Sinne des Aufrufes des Präsidenten *Wilson* wollen wir schon jetzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker anwenden. . ." [19] Dabei war von deutscher Seite gar nicht in Frage gestellt worden, daß die 14 Punkte *Wilsons* als Grundlage für die Friedensbedingungen bereits durch den Waffenstillstandsvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten angenommen worden waren. Es ging also anscheinend nur um eine vorzeitige Vorwegnahme künftiger Rechte, die schon zugesagt waren. So konnte auch diese Konferenz vom 4. 1. 1919 in Bromberg keine anderen Ergebnisse zeitigen, als daß man die gegenseitigen Ansichten formulierte. Das hielt das Vordringen der Polen im Nordteil der Provinz nicht auf. Nicht einmal die am gleichen Tage erfolgte Absetzung des Posener Oberpräsidenten *v. Eisenhart-Rothe* durch den OPV und die Ernennung von *Wojciech v. Trąmpczyński* zu seinem Nachfolger erschütterten die Nachgiebigkeit der deutschen Behörden. Im Gegenteil, sie gestatteten den deutschen Beamten, weiter ihren Dienst auch unter polnischer Verwaltung zu tun, stärkten damit das Ansehen des OPV und verhinderten ein Chaos in der Verwaltung. Wie den deutschen Beamten später dafür gedankt wurde, können wir der „Deutschen Tageszeitung" in Berlin Nr. 184 vom 22. 4. 1920 entnehmen. Der „Deutsche Beamtenbund" schreibt der Zeitung unter anderem: „Entsprechend den Wünschen der Regierung wie der deutschen Bevölkerung Posens haben die Beamten auf ihrem schweren Außenposten trotz unerhörter Schikanen, seelischer Demütigungen und Verunglimpfungen, Internierungen usw. ausgeharrt . . . im guten Glauben an die in zahlreichen Erlassen und Entschließungen der Regierung wie der Volksvertretungen niedergelegte feierliche Versicherung und das formelle

18 Zitiert nach Sprawy polskie, S. 18. — Die gleiche Darstellung über den polnischen Zugang zum Meer gibt *Jabłoński*, Narodziny, S. 62.

19 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 71.

Versprechen, es solle jenen Beamten aus ihrer deutschen Arbeit in Polen keinerlei Nachteil erwachsen und nach ihrer Rückkehr in jeder Beziehung vorzugsweise für sie gesorgt werden. Jetzt ist es Zeit, oft ausgesprochenen Dank und Wohlwollen in die Tat umzusetzen. Im Rücken die drohende Vermögensliquidation durch Polen oder zwangsweise Räumung der bisherigen Wohnung ohne die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit, den Hausrat anderweit unterzubringen, vor sich im Vaterlande die Obdachlosigkeit . . . halten sich die Tausende der Beamten für berechtigt, in diesem kritischen Augenblicke der höchsten Not an die Verantwortlichkeit und die feierlichen Versprechen aller maßgebenden Stellen zu appellieren, Schutz und Hilfe zu fordern." Dieser Appell des Deutschen Beamtenbundes richtete sich gegen die Absicht der Regierung, die abberufenen Beamten in Massenquartieren, Baracken und Gefangenenlagern unterzubringen.

Nachdem man früher polnischerseits den A.- u. S.-Rat selbst in Berlin für seine nationalen Belange einzuspannen versucht hatte, stellte man auf einer A.- u. S.-Rat-Sitzung in Posen am 8. 1. 1919 fest, daß er aufgelöst werden müsse. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan und konnte gehen! Der OPV war noch so höflich, dem preußischen Staatsministerium am gleichen Tage telegrafisch mitzuteilen, er habe die Verwaltung der Provinz Posen im Interesse von Ruhe und Sicherheit im Lande übernommen. Man werde Leben und Eigentum der Einwohner ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Nationalität wahren.[21]

2. Die deutsch-polnischen politischen und militärischen Kampfmaßnahmen bis zum Waffenstillstand am 16. 2. 1919

Die Verwaltung der Provinz war jetzt auch offiziell an den OPV als höchste Instanz übergegangen, ohne daß von seiten der Staatsregierung in Berlin dagegen Einwände erhoben wurden. Diese Passivität gegenüber dem OPV, mit der die Polen gerechnet hatten, läßt sich nur aus den Spartakuskämpfen erklären, die im Dezember ausgebrochen waren. In Berlin kam es bekanntlich zu schweren Kämpfen zwischen Regierungstruppen und radikalsozialistischen und spartakistischen Kräften. Außerdem stand die Wahl zur Nationalversammlung am 19. 1. 1919 bevor. Sicher war es auch ein geschickter politischer Schachzug seitens des OPV in Posen, daß er sich einer Wahl zur Deutschen Nationalversammlung auch in seinem Machtbereich nicht widersetzte, nur die polnische Bevölkerung zur Stimmenthaltung aufforderte. So ließ die preußische Regierung in der Frage der Provinz Posen die Zügel schleifen. Nachdem schon *Trąmpczyński* die Geschäfte des Ober- und Regierungspräsidenten übernommen hatte, ernannte der OPV am 9. 1. 1919 den Aufstandskämpfer *Karol Rzepecki* zum Polizeipräsidenten von Posen.

Auch auf militärischem Gebiet versuchten die Polen, die bisher hier und dort improvisierten Überfälle durch ein einheitliches Oberkommando, das der OPV am

21 Sprawy polskie, S. 359.

28. 12. mündlich, am 2. 1. 1919 schriftlich[22] dem Major *Taczak* anvertraut hatte, zu koordinieren. Auch die polnischen Soldaten waren, unter dem Einfluß der November-Revolution und der Ära der Soldatenräte der Disziplin entwöhnt, nicht so leicht in eine reguläre Truppe umzuwandeln. Am 9. 1. 1919 mußte sich *Taczak* auch gegen die Eingriffe provinzieller Volksräte in militärische Angelegenheiten wenden.[23] Erst an diesem Tage erhielt das polnische Oberkommando eine vom OPV unabhängige Stellung, während es vorher nur durch die Kommandantur der Stadt Posen (*Maciaszek*) oder durch den Posener Sicherheitsdienst (*Paluch*) wirksam werden konnte. Das hatte zu verschiedenen inneren Reibungen geführt. *Paluch*, der den OPV zur Kriegserklärung an Deutschland bewegen oder gar zwingen wollte, wurde in den Hintergrund geschoben und an die „Front" nach Wreschen geschickt. Von hier aus sollte unter Führung des Obersten *Grudzielski*[24] der nordöstliche Frontbereich, begrenzt im Norden durch die Linie Powidzer See — Wongrowitz, im Osten durch die alte deutsch-russische Grenze, im Süden durch die Linie Stralkowo — Wreschen — Pudewitz — Murowana Goslin, im Westen durch die Eisenbahnlinie Posen — Wongrowitz, verteidigt bzw. vorgeschoben werden. *Paluch* wurde bei *Grudzielski* Chef des Stabes.[25]

Eine neue Situation ergab sich, als am 11. 1. 1919 an die Stelle des ehemals preußischen Hauptmanns d. Res. *Taczak* der frühere russische General polnischer Nationalität *Józef Dowbor-Muśnicki* als Oberkommandierender an die Spitze der polnischen Truppen im Aufstandsgebiet trat, ein Mann von recht wechselvoller Vergangenheit. Nach der Februarrevolution hatte der General ein polnisches Korps aus polnischen Soldaten des russischen Heeres gebildet, aber während des deutschen Vormarsches zur Erzwingung des Friedens von Brest-Litowsk war er genötigt, am 26. 2. 1918 mit dem Bevollmächtigten des deutschen Oberkommandos-Ost, Major *Wulffen*, eine Vereinbarung abzuschließen, mit der er sich dem Befehl des Generalgouverneurs von Warschau *v. Beseler* unterstellte und selbst einen Frontabschnitt an der Seite der deutschen Armee übernahm. Sein Korps mußte sich jedoch Ende Mai 1918 auf deutschen Druck hin auflösen, die Soldaten und Offiziere behielten jedoch untereinander Verbindung, so daß er schon im November in der Lage war, auf Grund des Mobilisierungsbefehles des Regentschaftsrates eine neue Truppe aufzustellen. Dementsprechend konnte er am 14. 11. 1918 in Warschau *Piłsudski* melden, daß diesem das erste Korps zur Verfügung stehe. *W. Lipiński* nennt *Dowbor-Muśnicki* einen „Karrieremacher, der ziemlich schwach polnisch spricht", zeitweise sogar wegen seines unklaren Verhaltens von der POW im Königreich arretiert wurde.[26] Für *F.*

22 Das Original des Schriftstückes befindet sich in den Sammlungen des Großpolnischen Militär-Museums in Posen.

23 *Lewandowski*, Bój o Szubin, S. 5.

24 Ich vermute, daß es sich hier um einen meiner Konabiturienten, *v. Grudzielski*, handelt, den ich kurz vor dem Ausbruch des Aufstandes in der Offiziersuniform der Königsjäger z.Pf. getroffen hatte, wie ich auch später einen mit mir zugleich beim Feldart. Rgt. 20 als „Kriegsfreiwilliger" eingetretenen *v. Łakiński* in Posen 1920 als Obersten der Artillerie gesehen habe.

25 *Lewandowski*, Bój o Szubin, S. 7.

26 *Lipiński*, Walka zbrojna, S. 251 ff. Siehe die Erinnerungen des Generals, der schon 1920, erst 53jährig, in den Ruhestand trat: *J. Dowbor-Muśnicki*, Moje wspomnienia [Meine Erinnerungen], Warschau 1935. „Diese Armee war zweifellos die beste auf der Welt; die Deutschen wurden nicht deshalb besiegt, weil sie strategisch schwächer waren, sondern

Miedziński ist *Dowbor-Muśnicki* der „Reaktionär", der dementsprechend auch die Offiziersstellen in der ihm unterstellten Truppe besetzte.[27] Diesen Mann ernannte *Piłsudski* zum Oberbefehlshaber der polnischen Truppen in Posen. Sein Stabschef wurde später Oberstleutnant *Anders,* im Zweiten Weltkriege Kommandeur des II. Korps der polnischen Streitkräfte im Exil.[28]

Am 12. 1. 1919 richtete Oberstleutnant *Julian Stachiewicz,* damals noch Chef des Stabes beim Hauptkommando (Dowództwo Główne) in Posen und Mitarbeiter *Piłsudskis* bei den Legionen, einen Bericht über die militärische Lage in Posen an das Oberkommando (Naczelne Dowództwo) in Warschau. Dieser Brief, der sich im polnischen „Zentralen Heeresarchiv" (Centralne Archiwum Wojskowe) befindet, meldete einen großen Sieg am 3. 1. 1919 westlich von Hohensalza, enthielt aber auch aufschlußreiche Klagen. Es sei fast kein Militär vorhanden [29] und die Disziplin und Unterordnung in der Truppe seien fast aufgehoben als „elementare Reaktion" gegen alles, was die Preußen angeordnet hatten. Inzwischen hätte man sich an die Regierung der Soldatenräte gewöhnt. Die doppelzüngige Politik des OPV gegenüber den Deutschen hätte die Soldaten demoralisiert. Er selbst, *Stachiewicz,* werde zwar vom OPV toleriert, gleichzeitig aber intrigiere man gegen ihn. Und nun folgen Beschwerden über *Dowbor-Muśnicki* (der erst am 8. 1. eingetroffen war und am 11. 1. formell ernannt wurde). Zu *Stachiewicz,* dem „Legionspartisan", hätte er fachlich kein Vertrauen, daher setze er seine eigenen Offiziere, unter anderem den Oberstleutnant *Anders,* ein und organisiere seinen Stab nach russischem Muster, ihn (*Stachiewicz*) wolle er abschieben oder auf einen zweitrangigen Posten setzen.[30] Trotz dieser Klagen erkannte der Berichtschreiber an, daß *Dowbor-Muśnicki* in Posen mit der Formierung eines regulären Regiments aus zwangsrekrutierten 19jährigen begonnen habe und darum nur die augenblicklich vorhandenen Freiwilligen-Verbände gegen den Grenzschutz einsetze.[31] Wir finden in dem inhaltlich kurz angegebenen Brief von *Stachiewicz* ein Beispiel für die mannigfach vorhandenen Rivalitäten zwischen den Polen aus den drei Teilgebieten, die sich auch später noch fortsetzen sollten.

Im Gegensatz zur Passivität der zivilen Regierung in Berlin waren dort wenigstens zwei deutsche Stellen nicht untätig: das preußische Kriegsministerium und die

---

wegen des Mangels an Menschenmaterial". Dieser Meinung über die Armee steht neben einem scharfen Antisemitismus auch seine negative Einstellung zu den Deutschen in der Provinz gegenüber. Dazu sagt er S. 298, mit Bezug auf die ersten Monate des Jahres 1919: „Das Volkskommissariat wie auch ich selbst waren der Ansicht, daß die Deutschen gezwungen werden müssen, in das Reich überzusiedeln".

27 Dziesięć Wieków Poznania, Bd. 1, Posen/Warschau 1956, S. 218.

28 *Rhode,* S. 461.

29 *Komarnicki,* Rebirth, S. 260. Telegramm von *Paderewski* an *House* vom 12. 1. 1919: „Wir haben keine Verpflegung, keine Uniformen, keine Munition. Aber wir haben Männer, bestenfalls 500 000, die gewillt sind zu kämpfen, ihr Land unter einer starken Regierung zu verteidigen. Die gegenwärtige Regierung ist schwach und gefährlich, sie ist fast ausschließlich radikalsozialistisch".

30 Tatsächlich wird *Stachiewicz* im Februar 1919 Chef der Abt. I des „Naczelne Dowództwo" in Warschau und später General der polnischen Armee. *Dowbor-Muśnicki* wirft ihm in seinen Erinnerungen Insubordination und sogar Schleichhandel mit Leder vor (S. 282—287).

31 Najnowsze Dzieje Polski, Bd. 11, Warschau 1967, S. 186 ff.

Oberste Heeresleitung. Beunruhigt durch den Vormarsch der Aufständischen, der dadurch erleichtert wurde, daß sich in den Kleinstädten der Provinz keine Garnisonen befanden und die deutsche Bevölkerung unbewaffnet war, wurden das V. A.K. nach Frankfurt/Oder verlegt bzw. dort neugebildet und Truppen an den gefährdeten Punkten zusammengezogen. Das geschah nicht mehr unter dem Namen „Heimatschutz-Ost". Am 15. 12. hatte Ministerpräsident *Hirsch* den Namen „Heimatschutz" in „Grenzschutz" amtlich umgeändert. *R. Coester* betrachtet das als eine deutsche „diplomatische Niederlage", die man hätte vermeiden können. „Wenn man die Behörde ‚Heimatschutz' nannte, schrieb man es über dem Portal an, daß die Einrichtung gegen die Polen gerichtet sei. . . Das Richtige wäre gewesen, überhaupt keinen Zweck der Gründung zu einer Benennung zu verwenden, da jede Zweckangabe zu Mißverständnissen führen mußte." [32] Man wird diesen Schlüssen kaum zustimmen können. Daß in jener Zeit durch irgend eine andere Bezeichnung der Zweck der Truppenzusammenziehungen zu verheimlichen gewesen wäre, kann man nicht annehmen. Als der deutsche Grenzschutz ab Mitte Januar 1919 immer wirksamer eingesetzt wurde, reagierte der OPV mit folgenden Maßnahmen:

1. Er erließ am 17. 1. 1919 ein Dekret, durch das die Jahrgänge 1897—1899 zu den Waffen einberufen wurden. Es folgte am 4. 3. 1919 die Einberufung der Jahrgänge 1895, 1896 und 1900 und am 24. 4. die der Jahrgänge 1891—1894 und 1901.[33]
2. Er versuchte wegen der sich von Tag zu Tag verschlechternden Lage im Aufstandsgebiet, sich mit der preußischen Regierung zu verständigen und sich dabei des Generalleutnants *v. Schimmelpfennig,* dessen den Polen entgegenkommende Ansichten ihm ja bekannt waren, als Vermittler zu bedienen. Der Versuch scheiterte allerdings.[34]
3. Daraufhin versuchte es der OPV mit einem „Wirtschaftskrieg" und verbot die Ausfuhr von Geld, Tieren und Waren aller Art aus dem Aufstandsgebiet, ließ aber zu, daß die Deutschen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar ihre Stimme abgaben.
4. Bereits am 14. 1. 1919 bat der OPV das Polnische Nationalkomitee in Paris um Hilfe für den Aufstand. (Dabei wurden der Redakteur des „Posener Tageblattes" *Gintschel,* und *Gleinow* <*Gleinow?*>, den der deutsche A.- u. S.-Rat in Bromberg festnehmen ließ, als „Hakatisten" <Anhänger des „Deutschen Ostmarkenvereins"> antipolnischer Tätigkeit beschuldigt.[35]
5. Schon am 15. 1. 1919 erfolgte, wie bereits erwähnt, ein zweiter Hilferuf des OPV an das Polnische Nationalkomitee in Paris, man solle einen Druck auf die Entente ausüben, im Posener Gebiet eine Demarkationslinie festzulegen.[36]
6. Am 21. 1. 1919 telegraphierte der OPV an die Reichsregierung in Berlin und beschwerte sich über die Festnahme polnischer Leute, insbesondere katholischer Geistlicher, durch den deutschen Grenzschutz und Militärbehörden. Es wurde die beiderseitige Entlassung der Geistlichen — auf polnischer Seite der deutsch-

32 *Coester,* S. 59.
33 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 193 u. 211.
34 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 84.
35 Sprawy polskie, S. 360 ff.
36 Ebd., S. 363.

evangelischen — vorgeschlagen und gedroht, man werde, falls der Vorschlag abgelehnt werde, sämtliche evangelischen Geistlichen inhaftieren.[37] Am gleichen Tage richtete der OPV eine Note an die Alliierten. Die deutsche Behauptung, die polnische Presse habe für die Bildung bewaffneter Kräfte agitiert, sei erfunden. Tatsächlich sei bis zum 27./28. 12. nicht ein Wort über militärische Kräfte geschrieben worden. Das stimmt, wenn man öffentliche Aufforderungen an die polnischen Soldaten, in den Wach- und Sicherheitsdienst einzutreten, nicht als Agitation für eine polnische Truppe ansehen will.

Angesichts dieser ersten Schritte des OPV, auf deren Echo wir noch eingehen werden, ist es unverständlich im Sinne geschichtlicher Wahrheit, wenn in der Schrift des „Polski Instytut Spraw Międzynarodowych" noch 1965 behauptet wird, der OPV habe einen Waffenstillstand befürchtet, da der Aufstand sich zu einer sozialen Revolution auswachsen konnte. Er sei wegen des linksgerichteten Charakters der Regierung in Warschau gegen die revolutionäre Gärung in Polen gewesen und habe einen Widerwillen gegen eine vorzeitige Vereinigung des preußischen Teilgebiets mit Polen gehabt. Solche Behauptungen lassen sich nur durch die Ideologie des heutigen „Volkspolen" erklären. Die Aufständischen in Großpolen des Jahres 1918 und in den späteren Jahren verfolgten ausschließlich nationale Ziele: Freiheit für ihre polnische Kultur, ihre Sprache und staatliche Unabhängigkeit. Damit glaubten sie zugleich die soziale Frage gelöst zu haben. Die heute in Polen herrschende Richtung, die eine radikal-sozialistische Revolution im Anschluß an die russische Revolution als das Ziel des Aufstandes betrachtet, muß von ihrem Standtpunkt aus ein Versagen des OPV feststellen, auch dort, wo es nicht der Realität entsprach.

Die polnischen politischen Schritte blieben nicht ohne Echo auf deutscher Seite. Noch am gleichen Tage beantwortete die deutsche Regierung das Telegramm vom 21. 1. Sie wies den Vorwurf unmenschlicher Behandlung der Polen in ihrem Machtbereich zurück, warf den Polen die Morde im Kernwerk von Posen an *v. Haza-Radlitz* und sechs deutschen auf seinem Besitz notgelandeten Fliegeroffizieren vor [38], erklärte sich aber zu gegenseitigen Verhandlungen bereit.

Das Polnische Nationalkomitee in Paris antwortete auf die Hilferufe der polnischen Aufständischen recht negativ. *Władysław Grabski* beklagte sich über das Fehlen von Berichten und statistischem Material. Ganz deutlich wurde er mit folgenden Worten: „Rechtlich sind wir Aufrührer gegen die deutsche Regierung, jede uns gewährte Hilfe wäre also ein Bruch des Waffenstillstandes, es kann also von einer direkten Hilfe keine Rede sein. ... Die Forderungen des OPV sind einfach nicht zu verwirklichen." [39] Trotzdem übergab *Grabski* am 26. 1. wenigstens dem französischen Außenministerium folgende Vorschläge:

37 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 86.
38 Die Täter Uffz. *Michał Błaszczak,* Uffz. *Antoni Majewski* und Soldat *Henryk Berendt* wurden in Posen vor ein Kriegsgericht gestellt. Verteidiger war *St. Rybka.* Die Angeklagten wurden freigesprochen, weil sie in Notwehr gehandelt hätten. Die Deutschen hätten, als sie in eine Zelle geführt wurden, ihre Aufseher angegriffen! Sie wären auch „keine rechten Soldaten gewesen, sondern der Auswurf des deutschen Volkes ohne Gefühl und Charakter. . .". So *Rybka,* Zerwane Pęta, S. 142.
39 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 104.

1. Da die polnischen Kräfte in Posen mangels Munition und schwerer Artillerie zu schwach sind, ist es zwar richtig zu verlangen, daß deutsche Truppen das preußische Teilgebiet räumen. Das ist aber z. Zt. nicht durchführbar, daher ist allein möglich, beiden Seiten zu verbieten, kriegerische Schritte zu unternehmen.
2. Um den Verkehr zu sichern, müssen Lokomotiven und Waggons im Bereiche der Direktionsbezirke Posen und Bromberg verbleiben.
3. Es muß sichergestellt werden, daß die Einwohner des Aufstandsgebietes hinreichend mit Nahrungsmitteln und Waren versorgt werden. (Vgl. *Wieliczka*, a.a.O., S. 105/106.)

Mit der Zeit wurde endlich auch neben Kriegsministerium und Oberster Heeresleitung die preußische Regierung in etwas anderer Weise tätig als bisher bei ihren deutsch-polnischen Verhandlungen. Noten vom 21. und 23. 1. waren nur ein Anfang. Am 28. 1. 1919 ließ man erneut den OPV wissen, daß man jederzeit bereit sei, mit bevollmächtigten Vertretern des OPV zu verhandeln, denen auf Wunsch Geleitbriefe ausgestellt werden würden, aber Verhandlungen vom 2. 2.—5. 2. 1919 in Berlin endeten ergebnislos, weil von den polnischen Vertretern (für *Taczak* als ehemaligem Hauptmann d. Res. der preußischen Armee war Oberstleutnant *Władysław Anders* Mitglied der Delegation) gefordert wurde, der Grenzschutz solle zurückgezogen werden. Er sollte durch Volkswehren ersetzt werden, die proportional zum Bevölkerungsanteil gebildet werden müßten, und es solle eine Demarkationslinie festgesetzt werden mit einer neutralen Zone, die von der Volkswehr zu sichern sei. Nach den bisherigen Erfahrungen mit der angeblichen „Parität“ bewaffneter Verbände ging die preußische Regierung darauf nicht ein. Es wurde ein militärischer Waffenstillstand vereinbart, der jedoch nicht eingehalten wurde. Am 6. 2. 1919 wurde z. B. Sarne bei Rawitsch und der Brückenkopf bei Nakel von den Polen angegriffen. Der deutsche Grenzschutz nahm am 12. 2. nach erfolgreichen Kämpfen Unruhstadt und Bomst in Besitz, die Polen griffen am 13. 2. mit starken Kräften die Groitziger Fähre über die Obra, östlich von Bomst, an u.s.f. Eine sehr eigenartige Erklärung für den Bruch des vereinbarten Waffenstillstandes hatten die Polen schon vorher in der Note des Kommissariats des OPV aus Posen vom 21. 1. 1919 an die Regierungen der Alliierten vorsorglich gegeben. Dort heißt es unter anderem wörtlich: „Die deutschen Banden, denn anders kann man die Abteilungen des ‚Heimatschutzes‘ nicht nennen, entführen zusammen mit den bewaffneten deutschen Ansiedlern ruhige polnische Einwohner, ohne Frauen und Kinder auszuschließen, erschießen polnische Soldaten ohne Gerichtsurteil (Bentschen), brennen Dörfer nieder, rauben die Habe der Eigentümer (Drażno und Sobiejuchy), plündern die Verwundeten aus (Schubin), morden Unbewaffnete (Erschlagen des Geistlichen *Śledziński* in Słupia), werfen Bomben auf ruhige polnische Städtchen (17. Januar auf Ławica und auf Czempin, wo die Bombe einen Deutschen getötet hat). Es kommt so weit, daß die ganze deutsche Bevölkerung (Nakel, Birnbaum) die Polen anfleht, sie von der wildgewordenen Soldateska des Heimatschutzes zu befreien“.[40]

In seinem Buch „Der Aufstand in Posen 1919“ ist *J. Lamla* den polnischen Anklagen einzeln nachgegangen, hat sie widerlegt und gleichzeitig über polnische Übergriffe und Gewalttaten berichtet. Es soll hier darauf nicht weiter eingegangen werden.

40 Sprawy polskie, S. 368.

Daß es innerhalb des Grenzschutzes hin und wieder zu Ausschreitungen kam, kann nicht abgestritten werden. In der Geschichte des Pi.Btl. 5 wird auf S. 407 berichtet, daß es fast täglich zu Anwerbungen und Entlassungen kam, da sich Leute gemeldet hatten, die sich als „Lohnarbeiter“ fühlten oder den Charakter von „Söldnern“ hatten. 23 Soldaten, die versucht hatten, bestrafte Kameraden zu befreien, wurden ins Gefängnis nach Fraustadt gebracht und vor Gericht gestellt. Auch in der Geschichte des Inf.Rgt. 50 finden wir S. 319 die Klage, daß sich unter den dauernd eintreffenden „Freiwilligen“ leider auch manche unzuverlässige befanden. Ebendort heißt es auf S. 323, daß das bei Sarne eingesetzte Freiw.Btl. *Thorau* wegen grober Unzuverlässigkeit herausgezogen, entwaffnet und über Liegnitz nach der Heimatprovinz Hannover abgeschoben wurde. Ebenso wurde das Freiw.Btl. *Förster* aus Friedrichsweiler herausgezogen und abtransportiert. Daß die Bevölkerung mit dem „Grenzschutz“ auch unangenehme Erfahrungen machte, wird ebenso in der Geschichte des Ulanen-Rgt. Nr. 1 erwähnt. *Zipfel* schreibt in der Geschichte des Ulanen-Rgt. Nr. 10 (S. 249), daß zur Verstärkung der Verteidigung an der Obralinie bei Kopnitz 400 Mann aus dem Ruhrgebiet Mitte Januar eingetroffen waren. Sie werden von ihm „eine üble Gesellschaft“ genannt, die von den Ulanen entwaffnet und mit der Bahn abgeschoben wurden. Gerade diese Feststellung in den Regimentsgeschichten — die natürlich auch von polnischen Untaten, Plünderungen und Morden berichten —, daß sich unter den für den Grenzschutz Angeworbenen auch üble Elemente befanden, gegen die man einschreiten mußte, beweist:

1. daß die Führung des Grenzschutzes auf ein anständiges, soldatisches Verhalten achtete und Übeltäter bestrafte und entfernte,
2. daß das polnische Kollektiv-Urteil über den Grenzschutz, er sei nur als „deutsche Banden“ zu bezeichnen, ungerechtfertigt ist. Selbst der sehr für die polnischen Forderungen eintretende *H. v. Gerlach* schrieb: „Auch die Polen sind nicht die reinen Unschuldsengel. Wer mehr gesündigt hat seit den Novembertagen, ist außerordentlich schwer zu sagen. Das Anklagematerial auf beiden Seiten ist groß“.[41]

Am 7. 2. 1919 telegraphierte die preußische Regierung an den OPV, daß die „Einstellung der Kampfhandlungen . . . nur unter der Bedingung bewilligt werden (könne), daß keine polnischen bewaffneten Formationen innerhalb der deutschen Reichsgrenze verbleiben“. Der OPV lehnte diese Bedingung kategorisch ab. „(Wir) haben gleichzeitig niemals (den) Standpunkt verlassen“, heißt es weiter, „daß wir Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorgreifen wollen.“ [42] Das nach den deutsch-polnischen Verhandlungen vom 2. 2.—5. 2. 1919 in Berlin, wo man deutscherseits nur die Anerkennung der Reichsgrenzen von 1914 und der deutschen Obrigkeit bis zur Entscheidung durch den Friedensschluß verlangt hatte, unerwartete Telegramm vom 7. 2. hatte eine Vorgeschichte. Am 1. 2. 1919 hatte in Paris der „Rat der Zehn“ getagt und Marschall *Foch* gebeten, die deutschen Militärbehörden zu informieren, daß die Alliierten eine Kommission nach Polen schicken würden, die an Ort und Stelle schlichten und an die polnischen Behörden den Auftrag überbringen solle, sich jeder Handlung gegen das deutsche Militär zu enthalten. Gleichzeitig sollte das

41 *v. Gerlach,* S. 22.
42 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 95.

natürlich auch umgekehrt gelten.[43] Am 2. 2. 1919 schickte aber *Foch* zunächst an den französischen General *Noulens* in Warschau den einseitigen Befehl, die Deutschen müßten sich der Anwendung von Gewalt im Posenschen enthalten. Am 7. 2. 1919 tagte der Oberste Kriegsrat in Paris. Dort versuchte der OPV durch diplomatische Tätigkeit auf dem internationalen Forum mit Erfolg die Tatsache zu verheimlichen, daß er gegenüber den Bestrebungen und Zielen der POW im preußischen Teilgebiet machtlos war.[44] Es wurden daher die beiderseitigen Kämpfe fortgesetzt mit dem polnischen Ziel, die Eroberungen möglichst zu erweitern, und dem deutschen, die überwiegend deutsch besiedelten Gebiete zu behalten.[45]

3. Das Trierer Waffenstillstandsabkommen vom 16. 2. 1919

Kehren wir nochmals zu den ersten Februarwochen des Jahres 1919 zurück! Der zwischen der Entente und dem Deutschen Reich in Compiègne geschlossene Waffenstillstand, der am 16. 2. 1919 endete, war nach dem ergebnislosen Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen vom 2.—5. Febr. Anlaß zu einer fast hektisch zu nennenden diplomatischen Tätigkeit auf internationaler Ebene, auf der sich jetzt Deutsche und Polen mit den Siegermächten trafen. Auf der bereits erwähnten Sitzung des Obersten Kriegsrates in Paris am 7. 2. 1919 hatte *Clémenceau* vorgeschlagen, Deutschland mit einem Einmarsch im Westen zu drohen, falls Polen weiter angegriffen werde. Demgegenüber hatte sich Deutschland das Recht vorbehalten, im Falle des Aufstandes der polnischen „Rebellen" in den Ostprovinzen einzuschreiten.[46] Als am 12. 2. der „Rat der Zehn" über die Bedingungen beriet, unter denen der Waffenstillstand verlängert werden solle, behielt sich *Foch* vor, nur dann zuzustimmen, wenn sich die Deutschen jeder Offensivtätigkeit in Posen oder an anderen Stellen enthielten. Die gleiche Ansicht vertrat auf der ersten Sitzung der Kommission der Alliierten in Warschau am 13. 2. 1919 General *Noulens*. Auf dieser Sitzung hatte *Korfanty* die Lage nach der deutschen Novemberrevolution geschildert und auch wieder den angeblichen Angriff der 6. Grenadiere auf den „Bazar" am 27. 12. 1918 vorgebracht. Die Deutschen verletzten das Kriegsrecht, während die Polen das nicht täten. Die Generale des Grenzschutzes wollten nach seiner Behauptung auch Elsaß-Lothringen zurückgewinnen. Polen dagegen verlange nur den Waffenstillstand.

Am 14. 2. 1919 berichtete der Minister des Auswärtigen *Graf Brockdorff-Rantzau* der Nationalversammlung in Weimar ebenfalls über die augenblickliche Lage. Die Polen seien in deutsche Gebiete eingedrungen. Die deutsche Regierung sei bereit, zweifellos polnische Gebiete abzutreten, verlange aber, daß den Entscheidungen der

43 Sprawy polskie, S. 57.
44 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 103.
45 Über die Kämpfe siehe Abb. 6a und b.
46 Telegramm des Vorsitzenden der Internationalen Waffenstillstandskommission General *Nudant* an Marschall *Foch* vom 10. 2. 1919. Vgl. Sprawy polskie, S. 373, aus PPC Bd. 3, S. 987—988, übersetzt.

Friedenskommission nicht vorgegriffen werde. Am gleichen Tage fand in Trier eine Sitzung der Waffenstillstandskommission statt, auf der *Erzberger* die deutschen Ansprüche verteidigte, die *T. Komarnicki*[47] als „a curious interpretation of the Wilsonian doctrine adapted to German national interest" bezeichnet. Von *Foch* aber wurde eine Demarkationslinie, die sogenannte „Grüne Linie" vorgeschlagen, die nur deutsche Soldaten nicht überschreiten sollten.[48] Sie sollte Birnbaum, Bentschen und andere Orte den Polen überlassen, die bisher von ihnen nicht besetzt waren.[49] Ebenfalls am 14. 2. 1919 ging in Paris ein Telegramm von *Paderewski* ein, in dem er eine deutsche Offensive und die Einnahme von Bomst meldete und darauf hinwies, daß sich die Deutschen in günstigerer militärischer Lage befänden als die Polen, die nicht imstande seien, die Offensive aufzuhalten.[50] *Erzberger* antwortete mit einer Note an *Foch* am 16. 2., dementierte die Nachricht von einer deutschen Offensive, vielmehr hätten die Polen angegriffen, die vorgesehene Demarkationslinie müsse berichtigt werden, da weder Birnbaum noch Bentschen in polnischer Hand seien. Bereits am Tage vorher, dem 15. 2. 1919, hatte *Erzberger* von *Foch* gefordert, daß auch die Polen verpflichtet werden müßten, die Kämpfe einzustellen. Die Regierung der Provinz müsse bis zum Friedensvertrag in deutscher Hand bleiben unter Beteiligung polnischer Vertreter. Die Generale *Weygand* und *v. Hammerstein* hätten vereinbart, daß durch die Demarkationslinie der Punkt 13 von *Wilson* nicht berührt würde. Die „Grüne Linie" sollte den Polen eine ganz erhebliche Erweiterung ihrer bisherigen Eroberungen zusprechen. Sie „sollte in Schlesien südlich von Trachenberg, nördlich von Oels, östlich von Namslau und dann auf Oppeln laufen und von dort ab bis zur österreichischen Grenze dem Oderlaufe folgen."[51] In der Provinz Posen sprach „die von Marschall *Foch* auf der Karte bezeichnete Linie . . . den Polen das Gebiet bis zur Weichsel bei Thorn, eine Erweiterung ihrer Eroberungen an der Netze, die Städte Birnbaum, Bentschen, Lissa und Rawitsch . . . zu", die sich in deutscher Hand befanden.[52] Auf den Einspruch des Generals *Frhr. v. Hammerstein,* der die tatsächliche Frontlinie erläuterte, „ließ Marschall *Foch*. . . die Erklärung abgeben, daß er mit der von dem deutschen General vorgeschlagenen Linienführung einverstanden sei, vorausgesetzt, daß dessen Angaben bona fide gemacht seien. Der Marschall verharrte nur noch bei dem Laufe der Linie westlich von Birnbaum und Bentschen."[53] Nach zähen Verhandlungen konnte General *Frhr. v. Hammerstein* am 16. 2. als Ergebnis feststellen, „daß die Deutschen alles behalten sollten, was sie am 16. 2. besäßen."[54] Daraufhin wurde das Waffenstillstandsabkommen am 16. 2. 1919 unterzeichnet. Eine nach Warschau gehende interalliierte Kommission sollte Einzelheiten genauer festsetzen können. Deutschen wie polnischen Streitkräften wurden das Überschreiten der Demarkationslinie und jede Angriffshandlung verboten.

---

47 *Komarnicki,* Rebirth, S. 246.
48 Ebd., S. 244.
49 Sprawy polskie, S. 380 ff.
50 Ebd., S. 382.
51 *H. Frhr. v. Hammerstein,* Der Waffenstillstand 1918/19 und Polen, Berlin 1928, S. 12.
52 Ebd.
53 Ebd., S. 13.
54 Ebd., S. 16.

4. Die politische und militärische Lage nach dem Waffenstillstand

Mit der Unterschrift unter das Trierer Abkommen war leider die Lage durchaus noch nicht den deutschen und polnischen Wünschen entsprechend geregelt. In Unkenntnis des Abkommens erhob am 17. 2. 1919 eine Delegiertenversammlung der Westposener Deutschen Volksräte von Sagan aus, einer Stadt, zu der sie noch ungehinderte Bahnverbindung hatten, telegraphisch bei der Reichsregierung, der Nationalversammlung in Weimar, der Waffenstillstandskommission und bei Generalfeldmarschall *v. Hindenburg* dagegen Protest, daß durch eine sogenannte Demarkationslinie „tapfer verteidigte" Städte wie Bentschen, Birnbaum, Wollstein, Lissa, Rawitsch im Widerspruch zu dem 13. Punkt *Wilsons* den Polen übergeben werden sollten.[55] Die Antwort *Erzbergers* lautete: „Telegramm mir übergeben worden. Ausdrücklich ist ausgemacht und von Marschall *Foch* zugesagt, daß neue Waffenstillstandsbedingungen in keiner Weise der Friedenskonferenz vorgreifen, sondern daß es sich lediglich um militärische Angelegenheiten handelt. Von Wilsonschen Bedingungen wird unter keinen Umständen zu Ungunsten des deutschen Teiles der Provinz Posen abgewichen werden. gez. Reichsminister *Erzberger*." Im gleichen Sinne antwortete das Ministerium des Inneren. Rawitsch und Tirschtiegel erhielten entsprechende Telegramme von *Erzberger*.

Die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung waren bei Wahlenthaltung der Polen für die Provinz Posen nach der „Hauptzusammenstellung der Abstimmungsergebnisse aus sämtlichen Stimmbezirken... am 19. 1. 1919 ... vom Statistischen Reichsamt Berlin" folgende:

1.	Deutsche Demokratische Partei (DDP)	72 266
2.	Deutsche Volkspartei (DVP)	54 883
3.	Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	110 502
4.	Christliche Volkspartei (CVP)	33 640
5.	Sozialdemokratische Partei (SPD)	53 297
		324 588

Die bürgerlichen Parteien der Mitte (DDP und DVP), die Listenverbindungen eingegangen waren, erhielten zusammen 39,1% der Stimmen und je drei Sitze, die „Rechte" (DNVP und CVP) 44,5% der Stimmen und ebenfalls sechs Sitze (die DNVP fünf, die CVP einen), die SPD nur 16,4% und zwei Sitze. Ähnlich war das Ergebnis der Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus am 26. 1. 1919:

1.	DDP	58 418
2.	DVP	47 530
3.	DNVP	114 746
4.	CVP	29 482
5.	SPD	48 142
		298 318

55 Auch Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 109/110, gibt korrekte Zahlen über die Verteilung der Nationalitäten. Danach waren in der Stadt Posen 57,9% der Einwohner Polen, im Regierungs-Bezirk Posen etwa 60 %, im Regierungs-Bezirk Bromberg etwa 50 %. Als Kreise mit polnischer Minderheit werden aufgeführt im Reg.-Bez. Posen: Lissa, Meseritz, Schwerin und Fraustadt; im Reg.-Bez. Bromberg: Bromberg Stadt, Bromberg Land, Kolmar, Czarnikau, Filehne und Wirsitz.

Eindeutig war die Haltung der Deutschen in der Provinz „gegenrevolutionär". Das erweckte Besorgnisse auf der Sitzung des „Rates der Zehn" vom 1. 2. 1919 in Paris. In den Notizen des Sekretärs der Sitzung heißt es: „. . . man muß bemerken, daß die Invasion der Polen auf deutsches Gebiet auf eine Erneuerung des deutschen Kriegsgeistes hinausgeht und auf eine Verzögerung der Auflösung der deutschen Armee, und Ursache weiterer Schäden ist, indem sie die Vorbereitungen der Entwaffnung Deutschlands kompliziert, die die Alliierten mit der möglichst geringsten Verzögerung durchführen wollten." [56]

Auf einer Sitzung des Kommissariats des OPV in Posen am 22. 2. 1919 zusammen mit General *Dowbor-Muśnicki* und General *Dupont* schlug letzterer einen 5 km breiten, entmilitarisierten Streifen auf jeder Seite der Demarkationslinie vor. Die Polen erhoben dagegen Einspruch. Obwohl die gegenseitigen Beschuldigungen, den Waffenstillstand gebrochen zu haben, sich immer wiederholten, einigte man sich schließlich darauf, die augenblickliche Kampflinie als Demarkationslinie anzuerkennen. Am 25. 2. konnte General *Dupont* aus Berlin an den OPV telegrafieren, daß das deutsche Kommando mit der Einstellung der Kriegshandlungen auf der augenblicklichen Frontlinie völlig einverstanden sei.[57] Trotzdem war damit der Streit noch nicht beendigt. Fast täglich wurden zwischen deutschen und polnischen Regierungsstellen Depeschen wegen erneuter Verhandlungen gewechselt, aber man konnte sich nicht einmal über den Tagungsort, Posen oder Bromberg, einigen. Endlich kam es zu einer ersten Konferenz der Interalliierten Kommission in Kreuz am 5. 3. 1919. Von deutscher Seite war als einer der deutschen Regierungsvertreter *v. Rechenberg* zwar anwesend, aber die deutsche Delegation, die erstmalig in diesem Gremium zu Worte kommen sollte, war nicht rechtzeitig benachrichtigt worden. Die zweite Konferenz am 7. 3. 1919 beschloß, wegen der Demarkationslinie eine Unterkommission einzusetzen. Auf der dritten Konferenz, die die Interalliierte Kommission zusammen mit der deutschen Delegation am 8. 3. 1919 in Posen abhielt, erwies zwar der französische General *Niessel* seine Achtung (hołd) gegenüber dem guten Willen der deutschen Delegation und ihrem versöhnlichen Geist, verlangte aber gleichzeitig, daß der Grenzschutz als nichtreguläre Truppe aufgelöst werde.[58] Auf der vierten Konferenz in Posen am 11. 3. 1919 wurde dann eine neue Forderung erhoben. Die deutsche Artillerie sollte aus der Kampflinie zurückgezogen werden. Da die deutsche Delegation damit nicht einverstanden sein konnte, wurden die Verhandlungen mit der deutschen Regierung abgebrochen. Am 19. 3. 1919 telegrafierte die Interalliierte Kommission an das Generalsekretariat der Friedenskonferenz: „Die Verhandlungen der Interalliierten Kommission mit dem deutschen Oberkommando haben klar gezeigt, daß dieses von seiner Regierung völlig unabhängig ist." [59] Das traf nur für die Planungen zu. In Wirklichkeit konnte das Oberkommando nichts unternehmen, da es in der Soldzahlung und der Lieferung von Lebensmitteln und Munition von der deutschen Regierung voll und ganz abhängig war.

Am 19. 3. 1919 ging ein zweites Telegramm der Interalliierten Kommission an das Generalsekretariat der Friedenskonferenz ab. Es würde die beste Art sein, Komplikationen zu vermeiden, wenn man durch entschiedenes Auftreten „das deut-

56 Sprawy polskie, S. 57.
57 Ebd., S. 398.
58 Ebd., S. 413 f.

sche Oberkommando auf die tatsächliche Lage zurückführe (Anerkennung der durch den Krieg geschaffenen Realitäten!) und möglichst schnell die Zukunft der polnischen Provinzen festsetze". Wie das gemeint war, zeigte eine Ansprache des französischen Gesandten in Polen *J. Noulens* am 19. 3. 1919 in Posen. Darin erklärte er: „. . . wehe den Deutschen, wenn sie (den Waffenstillstand) ignorieren wollten. Sie können sicher sein, daß, wenn man Sie morgen angreifen würde, dann die am Rhein stehenden Armeen der Koalition die Deutschen zwingen würden, sich zurückzuziehen und zu kapitulieren. Die Sicherheit Polens bleibt gewährleistet durch unsere Armee an der Westfront . . ." [60]

Erzberger benutzte diese Rede am 25. 3. 1919 in einem Interview mit dem Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" als Beweis, daß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. Sie hätten den Geist der Unversöhnlichkeit, wenn nicht gar des Hasses geatmet. *Noulens* und die hinter ihm stehenden Kreise seien zu einem unparteiischen Urteil nicht fähig. Während die Polen täglich den Waffenstillstand brächen, werde sich das deutsche Volk nicht vom Wege des Rechts abbringen lassen.[61] Auf eine erneute Eingabe der Vereinigten Volksräte Westposens aus Lissa vom 8. 3. 1919 hatte das Auswärtige Amt am 15. 3. geantwortet: „Die Zeitungsnachrichten, denen zufolge Polen in seinen Grenzen von 1772 wiederhergestellt werden soll, sind nicht bestätigt (!). Im übrigen versteht es sich von selbst, daß die Reichsregierung allen Ansprüchen der Polen, die keine ethnographische oder sonstige Berechtigung haben, entgegentreten und die Abtrennung deutscher Gebietsteile mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern suchen wird. . ." [62]

Der Regierungspräsident von Bromberg, *v. Bülow*, richtete am 20. 3. eine Denkschrift an die Reichsregierung, in der er deutsche Wünsche und Forderungen vortrug. Erstaunlich war dabei, daß er grundsätzlich eine Volksabstimmung für Posen und Westpreußen ablehnte. Bei den „gewalttätigen Eingriffen der Polen", der „Zuwanderung von Polen aus Rheinland und Westfalen und unter der zu erwartenden Abwanderung vieler Deutschen" könne sie nur „ein entstelltes Ergebnis erbringen". Er bat dringend, falls gefordert werden sollte, preußische Gebiete im Osten abzutreten, alle Verhandlungen abzubrechen und „jede Mitschuld an den Folgen eines solchen Kriegsabschlusses abzulehnen". Er forderte weiter „bei der ersten sich bietenden Gelegenheit den Angriff gegen Großpolen wieder aufzunehmen, um das verlorene Gebiet wiederzuerlangen".[63] Diese Denkschrift *v. Bülows*, die nach *Wieliczka* von Deutschen in der „sehr reichen Literatur. . . nicht erwähnt" wird, ist darum erstaunlich, weil sie im Gegensatz stand zu den allgemeinen deutschen Erwartungen, die Grenzen würden nach der deutschen Zustimmung zu den 14 Punkten *Wilsons* nur auf Grund einer Volksabstimmung geändert werden. *v. Bülow* unterstützte indirekt die polnischen Ansprüche. Die Polen verlangten ja gerade die abstimmungsfreie

59 Ebd., S. 425.

60 Ebd., S. 426, desgl. *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 194.

61 Monitor Polski v. 26. 3. 1919.

62 Die von den Deutschen Volksräten Westposens zusammen mit dem Innenministerium, dem Auswärtigen Amt, dem Reichsverband Ostschutz und Mitgliedern der Nationalversammlung unternommenen Schritte schildert *H. J. Schmitz* in seinem Beitrag „Der Kampf der Deutschen Volksräte Westposens um die Erhaltung der Ostmark" in Teil 2/1934 der „Grenzmärkischen Heimatblätter", aus dem auch die obigen Zitate entnommen wurden.

63 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 169—176.

Übergabe preußischer Gebiete und sahen in den im Friedensschluß angeordneten Abstimmungen in Ost- und Westpreußen und in Oberschlesien eine diplomatische Niederlage, die später durch das Ergebnis der Abstimmungen bestätigt wurde. Irrig ist allerdings die Ansicht von *Wieliczka* (a.a.O., S.180), die deutschen Historiker hätten in ihren Arbeiten die *Bülow*-Denkschrift absichtlich verschwiegen, weil sie der Beweis für die aggressive deutsche Politik gegenüber Polen gewesen sei. In der mir zugänglich gewordenen deutschen Literatur fand ich die Denkschrift tatsächlich nicht erwähnt, aber man kann diesen Umstand nicht als Beweis für die Richtigkeit der Ansicht von *Wieliczka* ansehen. Trotz der Denkschrift *v. Bülows* war die deutsche Politik orientiert an den vierzehn Punkten *Wilsons,* die Grundlage der Waffenstillstandsverhandlungen waren und nachher unter dem Einfluß Frankreichs nicht eingehalten wurden. Alles spricht dagegen, daß irgendwelche Historiker nachträglich eine andere deutsche Politik unterstreichen und unterstützen wollten.

Wenn es der deutschen Diplomatie gelang, die Landung der *Haller*-Armee in Danzig zu verhindern — zweifellos hätte diese den Verlust Danzigs an Polen bedeutet —, wenn es weiter gelang, Volksabstimmungen in einigen von Polen beanspruchten Gebieten durchzusetzen, dann waren diese Erfolge den Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten, vor allem dem Widerspruch *Lloyd Georges* zu verdanken, der, weiterschauend als die Franzosen, keinen polnischen Staat mit fünf Elsaß-Lothringen schaffen wollte. Er meinte damit Ostgalizien, Weißrußland, Wilna, Schlesien und den „Korridor", und deshalb wollte er auch nach der Volksabstimmung in Oberschlesien ganz Oberschlesien bei Deutschland belassen, nur Frankreich „rettete" Polen.[64] Anders urteilt natürlich ein Pole wie *Wieliczka* vom nationalpolnischen — man darf wohl sagen — imperialistischen Standpunkt aus. Für ihn füllte die bewaffnete Aktion in Großpolen nur „eine Lücke im Text des Waffenstillstandes in Compiègne aus". Sie war kein Aufruhr gegen den „Eroberer", sondern gerecht im Sinne des Aufrufs von *Wilson.*[65] Noch am 9. 4. mußte sich *Erzberger* bei *Foch* über polnische Angriffe, Plünderungen und Mord im Gebiet von Nakel beschweren. Und im Mai 1919 konnte der Oberst und Kommandeur im Grenzschutzabschnitt Lissa folgenden polnischen Angriffsbefehl vom 14. 5. 1919 veröffentlichen:

„Geheim und streng vertraulich. Nur bis zum Unterabschnittskommandeur.
Abschnittsbefehl

1) Sobald es die politische Lage erlaubt, werden auch die Truppen im Abschnitt Lissa die Gelegenheit benutzen, um einheitlich zur Besetzung des uns von unsern Verbündeten zugesprochenen Gebiets zu schreiten.
2) Der Zeitpunkt wird bestimmt werden. Bis 28. Mai sind alle Vorbereitungen zum Angriff zu beendigen.
3) Es wird von allen Seiten gleichzeitig angegriffen . . . Es ist jedoch auf festes Zupacken und Vorwärtstragen des Angriffs um jeden Preis zu dringen . . .
4) Mit Artillerie muß nach wie vor gespart werden. 7,5 cm-Feldgeschütze können an besonders schwierigen Punkten als Begleitbatterie mitgegeben werden . . .

64 *Komarnicki,* Piłsudski, S. 17. Auch *St. Mackiewicz,* Polityka Becka, Paris 1964, S. 9.
65 *Wieliczka,* Wielkopolska, S. 197.

Die Lissaer Kasernen und andere wichtige Stellen werden wir mit mittlerer Artillerie belegen.

5) Die Hauptsache ist die Überraschung . . . Die neu herankommenden Truppen sind unauffällig unterzubringen . . .

6) Voraussichtlich wird das Storchnester Bataillon zuerst in Lissa einmarschieren, weil hier der geringste Widerstand zu erwarten und die Entfernung bis Lissa die geringste ist.

7) Bei seinem Einrücken findet das Bataillon bereits eine polnische Miliz unter Führung der befreiten Geiseln vor . . .

8) Mit den polnischen Führern in Lissa ist alles vereinbart. Bei etwaigem Widerstand der Deutschen ist kurz zu verfahren. Die Behandlung der deutschen Führer und sonstiger verdächtiger Personen versteht sich von selbst.

9) Die Angriffs- und Bewegungsräume für die einzelnen Verbände sind aus beiliegender Karte zu ersehen . . .

10) Zahlreiche Erkundungspatrouillen entsenden, die gleichzeitig den Gegner zu Überschreitungen des Waffenstillstandes reizen! Wo es ratsam erscheint, kann auch das Schießverbot aufgehoben werden.

11) Überall sind die den Deutschen abgenommenen Waffen den Polen zu übergeben und auf diese Weise Milizen zu bilden. . . Diese Angelegenheit ist bereits von überallhin entsandten Vertrauensmännern in die Wege geleitet.

12) Die Lissaer Angelegenheiten wird Rechtsanwalt *Ruszcynski* [sic] in die Hand nehmen. . .

13) Die mit weiß-roten Fahnen geschmückten Häuser dürfen von unseren Truppen nicht betreten werden. . . Da bereits dafür gesorgt ist, daß sowohl die militärischen wie die bürgerlichen Führer der Deutschen festgenommen sind, wenn wir einrücken, wird die Überwältigung des bisher so zäh verteidigten Lissa mit unseren weit überlegenen Kräften keinerlei Schwierigkeiten machen. . .

14) Zur Nachricht! An der Spitze der militärischen Lissaer Kräfte steht jetzt Oberst *Schmidt*, ein infanteristisch geschulter, tüchtiger und erfahrener Offizier. Bei der Leichtfertigkeit der ganzen Lissaer Bewachung werden sich Vertrauensleute sofort seiner Person bemächtigen und ihn unschädlich machen. Die militärische Verteidigung Lissas ist zur Zeit vollkommen unzulänglich. Reserven sind für einen größeren Angriff nicht vorhanden. . .

Der Abschnittskommandeur.
I. V. *Swinarski-Pawlowitz*“ [66]

Die vorzeitige Bekanntgabe dieses polnischen Geheimbefehls, für dessen Echtheit sich Oberst *Schmidt* verbürgte, und die Festnahme der „Vertrauensmänner“ mit Rechtsanwalt *Ruszczyński* an der Spitze vereitelten den Angriff. Immerhin ist bezeichnend, wie hier Waffenstillstand und Demarkationslinie von polnischen Militärs verstanden wurden. Daß die Kämpfe um die Provinz Posen im Laufe des Jahres 1919 allmählich nachließen, ist sicher nicht der polnischen politischen Einsicht zu verdan-

66 Zitiert aus: Grenzmärkische Heimatblätter. 13. 1937. T. 2, S. 109—111.

ken. Nur zu gern hätte man weitere preußische Gebiete besetzt bis nach Brandenburg hinein. Aber dazu war die deutsche militärische Überlegenheit zu groß. Mit vollem Recht konnte *v. Hindenburg* am 17. 6. 1919 in einem Votum an den Reichspräsidenten *Ebert* schreiben: „Wir sind bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Überlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperation ist daher sehr fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen. *v. Hindenburg*" [67]

Daß die Pläne für eine Wiedereroberung der Provinz Posen ausgearbeitet waren, geht aus der Geschichte des Füsilier-Regiments von Steinmetz (Westpreuß.) Nr. 37 von *H. Altmann* hervor. Auf Seite 372 heißt es: „Anfang Juni wurden größere Truppenansammlungen der Polen (östlich von Lissa) gemeldet. . . Da faßte die Heeresleitung — AOK Süd in Breslau — den Entschluß, . . . zum Angriff überzugehen und die gesamte Provinz Posen von den Polen (gemeint sind die polnischen Truppen) zu säubern. . . Alle Vorbereitungen waren . . . getroffen, am 23. 6., 9 Uhr abends meldete das Bataillon ‚marschbereit', in den Morgenstunden des 24. Juni sollte der Angriff auf breiter Front unter dem Namen ‚Frühlingssonne' erfolgen, da wurde das Unternehmen in letzter Stunde durch folgenden Funkspruch der 20. Inf. Brigade abgeblasen: ‚Frühlings-Sonne abgesagt, nur defensiv verhalten, Offensivhandlung nur auf ausdrücklichen Befehl der OHL'." Auch ich habe solche militärischen Pläne geahnt, da mein Regiments-Kommandeur Oberst *v. Both* auf mein Entlassungsgesuch aus dem Regiment nach dem Waffenstillstandsabkommen sich nur mit einer Beurlaubung zum Studium einverstanden erklärte. Er muß damals also doch wohl mit der Wiederaufnahme der Kämpfe gerechnet haben.

Es ist müßig, der Frage nachzugehen, was geschehen wäre, wenn die deutsche Reichsregierung sich die Ansichten *Hindenburgs* zu eigen gemacht hätte. Sicher scheint zu sein, daß Polen durch den Aufstand in Großpolen die Entschlüsse des Versailler Vertrages wenig oder gar nicht beeinflußt hat, setzte man sich doch dort über *Wilsons* Punkte hinweg und gab den Polen ohne Abstimmung mehr Land, als sie besetzt hatten. Aber ein Ziel hatte Polen erreicht. Mit befriedigtem Nationalstolz konnte *Z. Grot* schreiben: „Polen nahm unter seine Herrschaft das uralte Piastenland nicht so sehr aus der Gnade der Alliierten, noch als Folge der polnischen diplomatischen Bemühungen und Anstrengungen des *Piłsudski*-Regimes, das, anstatt im Kampf mit den Deutschen zu helfen, sich in eine abenteuerliche Politik im Osten einließ, (die, nebenbei bemerkt, Polen östliche Gebiete einbrachte, die 1945 als Kompensation gegen die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie dienen konnten. Anm. d. Verf.) sondern ausschließlich dank der opfervollen Mühe der großpolnischen Aufständischen." [68] Mit diesen Worten ist ebenso der Nationalstolz befriedigt, wie der Sowjetunion der schuldige Respekt erwiesen. Erst mit der deutschen Unterschrift unter den Versailler Friedensvertrag am 28. 6. 1919, dem deutsche, aber nicht berücksichtigte Gegenvorschläge betr. Posen vorangegangen waren, und mit der

---

67 *A. Niemann,* Hindenburg im deutschen Schicksal, Stuttgart 1933.
68 Powstanie Wielkopolskie (1958), S. 217.

Übergabe der den Polen zuerkannten Gebiete im Januar 1920 (Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. 1. 1920) löste sich die großpolnische Front auf, d. h., sie verlagerte sich nach Oberschlesien.

In der 700 Jahre alten Marienkirche in Frankfurt/Oder befand sich ein Ehrenmal für die Gefallenen des Grenzschutzes Ost. Schon seit dem 30. 6. 1923 hatte es dort für sie eine Ehrentafel gegeben. Am 4. 7. 1937 wurde das Ehrenmal eingeweiht. Es trug die Inschrift: „Für die Ehre und Freiheit des niedergebrochenen Vaterlandes und im festen Glauben an die deutsche Zukunft der bedrohten Ostmark starben in den Jahren 1918 bis 1920 mehr als 1200 deutsche Männer den Heldentod". An den Seiten des Ehrenmals standen Nachbildungen[69] der Reiterstandarte des Ulanenregiments Prinz August v. Württemberg (Posensches) Nr. 10 in Züllichau, der Fahne des Goslarer Hannoverschen Jäger-Bataillons Nr. 10, der Feldzeichen des Posener Grenadierregiments Graf Kleist v. Nollendorf (1. Westpreußisches) Nr. 6 und des Hohensalzaer 4. Westpreußischen Infanterieregiments Nr. 140. Das mag nach der Einnahme der Stadt durch die Russen Ursache genug gewesen sein, 1945 Mal und Kirche zu zerstören. Ein Kapitel deutscher Geschichte sollte gewaltsam abgeschlossen werden.

Über die polnischen Gesamtverluste während des Großpolnischen Aufstandes gibt uns *T. Jabłoński* mit genauen Namenslisten Aufschluß. Er beziffert die Verluste auf 1714 Personen. Dabei sind allerdings auch die an Krankheiten Gestorbenen, durch Unfälle Umgekommenen, Verschollenen und die Leute mitgezählt worden, deren Todesart nicht festgestellt werden konnte. Sieht man von diesem Personenkreis ab, werden als „gefallen" (1051) und als „an ihren Verwundungen gestorben" (201) im ganzen 1252 Personen verzeichnet. Als in der „Garnison" (d. h. in Posen einschließlich des Flugplatzes Ławica und in anderen Garnisonstädten) „gefallen" werden 4, als „tödlich verwundet" 18 aufgezählt. Die Zahl der Opfer beim Ausbruch des Aufstandes in Posen wird also weit unter 22 liegen. Nach der Art der Liste läßt sie sich leider nicht genau ermitteln. Damit sind polnische Berichte über große, blutige Opfer am 27. 12. 1918 bei angeblichen deutschen Angriffen eindeutig widerlegt.[70]
Die polnischen Verluste an Toten betrugen:

1.	an der Nordfront (Abschnitt Bromberg — Schneidemühl)	688
2.	an der Westfront (Abschnitt Tirschtiegel — Bentschen — Bomst — Unruhstadt)	236
3.	an der Südwestfront (Abschnitt Rawitsch — Trachenberg — Militsch)	189
4.	nicht festgestellt	36[71]

Die verlustreichsten Kämpfe haben also an der Nordfront stattgefunden, an zweiter Stelle folgen die Kämpfe um Bentschen und Bomst. Dabei entfällt etwa die Hälfte der Verluste (574) auf die Zeit vom 16. 1. 1919 bis 18. 2. 1919, also auf die Zeit, in der der Grenzschutz sich gefestigt hatte und zum Gegenangriff überging. Die polnischen Verluste entsprechen der Zahl nach ziemlich genau den deutschen, ein Zeichen,

69 Das übervorsichtige Generalkommando V.A.K. in Posen hatte bereits am 12. 11. 1918 die Feldzeichen der ihm unterstellten Regimenter verbrennen lassen, damit sie nicht in die Hände der Polen gerieten!

70 *Jabłoński,* Lista strat, S. 99.

71 Ebd., S. 100.

daß von beiden Seiten mit dem gleichen Einsatz des Lebens gekämpft wurde. Daß vom Grenzschutz der Kampf nicht gegen die polnische Zivilbevölkerung geführt wurde, zeigt die geringe Zahl an Verlusten, die diese bei den Kämpfen erlitten hat. Sie beträgt 16 Personen.[72] Den Hauptteil an Verlusten trugen Soldaten, die aus der Provinz Posen stammten. Aus Westpreußen waren es nur 10, aus Oberschlesien 3, aus Kongreßpolen 11, aus dem österreichischen Teilgebiet 1, aus der „Emigration" 12, ein Zeichen für die geringe Unterstützung, die der Großpolnische Aufstand außerhalb der Provinz Posen gefunden hat.[73]

72 Ebd., S. 101.
73 Ebd., S. 102.

VIII

VOM WAFFENSTILLSTAND VON TRIER BIS ZUM ERLÖSCHEN DER KÄMPFE IN DER PROVINZ POSEN

1. Die Gefahr der Ausbreitung des Aufstandes auf Westpreußen durch die Haller-Armee

Formal war der Großpolnische Aufstand durch den der deutschen Regierung am 16. 2. 1919 von der Entente aufgezwungenen Waffenstillstand beendet worden als ein rein militärischer Akt, der die politische und rechtliche Lage in der Provinz angeblich nicht ändern sollte. *Wieliczka* schreibt dazu bezeichnenderweise allerdings: „Es ist zuzugeben, daß der wörtliche Text des Waffenstillstandes von Trier einseitig war; er legte den Deutschen die Verpflichtung auf, keine Angriffshandlungen an der großpolnischen Front vorzunehmen, gab ihnen aber nicht die Sicherheit vor den Angriffen der Aufständischen.“ [1]

Es wurde bereits erwähnt, daß bei einer Landung der sogenannten *Haller*-Armee in Danzig die Polen beabsichtigten, den Aufstand auch auf Westpreußen auszudehnen. In der diplomatisch-politischen Tätigkeit spielten daher nach dem 16. 2. 1919 die Hauptrolle die Verhandlungen, auf welchem Wege diese Armee von Frankreich nach Polen überführt werden sollte. Über ihr Entstehen ist zu berichten:

Bereits zu Beginn des Krieges im August 1914 hatten die Franzosen einen eigenen polnischen Truppenkörper aus den in Frankreich lebenden Polen aufgestellt und in die Fremdenlegion einbezogen. Die starken französischen und polnischen Verluste in den Stellungskämpfen in der Champagne und in der Schlacht von Arras am 9. 5. 1915 hatten dann aber bald dazu geführt, von der Bildung einer eigenen polnischen Legion innerhalb der französischen Armee Abstand zu nehmen. Ein Teil der Polen ging in französische Abteilungen über, ein anderer kehrte über Archangelsk in die Heimat zurück. Die Lage änderte sich für Frankreich, als die Provisorische Russische Regierung in einer Proklamation vom 30. 3. 1917 den Polen weitgehende Zugeständnisse auch hinsichtlich eigener polnischer Truppen machte. Der Versuch der Mittelmächte, ein Hilfskorps, eine „Polnische Wehrmacht“ aufzustellen, scheiterte. Am 9. 7. 1917 verweigerte die Mehrzahl der polnischen Legionäre den Eid auf „treue Waffenbrüderschaft mit den Mittelmächten“. Die sich daran anschließenden Ereignisse sind bekannt. Das noch auf Seiten der Mittelmächte verbliebene polnische Hilfskorps wurde am 25. 8. 1917 wieder an die Front gelegt. Die Zweite Brigade unter Oberst *Haller* überschritt in der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1918 bei Rarancea (nordöstlich Czernowitz) die Front [2] und vereinigte sich mit einigen in Podolien aufgestellten polnischen Verbänden. Sie wurde nach einem Marsch an den Dniepr bei Kanev (Kaniów) von deutschen Truppen eingeschlossen und nach kurzem Kampf am 11. Mai zur Kapitulation gezwungen.[3] Unter vielen anderen Offizieren gelang es auch Oberst *Haller*, in Verkleidung zu entkommen, mit der Regierung in Moskau Fühlung aufzunehmen und kleine polnische Verbände im

---

1 *Wieliczka*, Wielkopolska, S. 119.
2 *Rhode*, S. 448.
3 Ebd., S. 449.

geheimen zu sammeln, mit denen er über Murmansk nach Frankreich gelangen konnte. *Frhr. v. Hammerstein* gibt an, daß *Haller* in einem Flugzeug floh, aus Furcht, von den Österreichern als Deserteur behandelt zu werden [4] und daß er nach Norden entkommen konnte.

Als Reaktion auf die Erklärung der Provisorischen Russischen Regierung vom 30. 3. 1917 erließ die französische Regierung am 4. 6. 1917 ein Dekret, in dem sie die Aufstellung einer polnischen Armee in Frankreich ankündigte. Bis zum Sommer 1918 erreichte sie durch die Unterstützung des Amerika-Polentums und auch durch deutsche Kriegsgefangene polnischer Nationalität eine Stärke von zwei Divisionen. Bereits im März 1918 erhielt das Polnische Nationalkomitee eine begrenzte Gewalt über die „Autonome polnische Armee in Frankreich", durch einen Vertrag vom 28. 9. 1918 wurde sie dem Nationalkomitee uneingeschränkt unterstellt. Dieses ernannte General *Haller* — der im Juli 1918 in Frankreich eingetroffen war — zum Oberbefehlshaber.[5] Es war verständlich, daß Polen größtes Interesse daran hatte, diese „*Haller*-Armee" möglichst bald nach Polen zu bekommen, um die eigene militärische Kraft zu stärken, und daß es deshalb entsprechende Schritte bei der Ständigen Internationalen Waffenstillstandskommission in Spa unternahm. Aber die polnischen Forderungen enthielten noch einen schwerwiegenden weiteren Punkt. Die *Haller*-Armee sollte auf dem Wege über Danzig-Westpreußen nach Polen kommen. Angesichts des Verhaltens *Paderewskis* in Danzig am 26. 12. 1918 und am 27. 12. in Posen konnte die Reichsregierung einem solchen Plan nicht zustimmen, mußte sie doch befürchten, daß es damit zu einer Besetzung Danzigs und anschließend zu einer Aufstandsbewegung auch in Westpreußen kommen würde. „Am 5. 3. 1919 übergab Botschafter *Noulens* in der ersten Sitzung der Kommission für die Posener Demarkationslinie dem deutschen Vertreter *Frhr. v. Rechenberg* eine Note, die die Landung der *Haller*-Truppen in Danzig als eine beschlossene Sache . . . hinstellte." [6] Die deutsche Regierung schlug daraufhin „die Landung jener Truppen in dem von den Deutschen auf Entente-Anweisung noch besetzten Hafen Libau vor; wenn das nicht möglich sei, wäre die Regierung auch bereit, die Häfen Memel und Pillau . . . zur Verfügung zu stellen." [7] „Am 8. März betonte der deutsche Vertreter in Spa nochmals den deutschen Standpunkt über die Auslegung des Artikels 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November", das nur den Alliierten das Recht zugestand, in Danzig zu landen. „General *Nudant* erklärte überraschenderweise, daß die Polen nunmehr zu den Alliierten im Sinne jenes Artikels 16 rechneten." [8] „Am 16. März erklärte Botschafter *Noulens* in Posen namens seiner Ententekollegen dem *Frhr. v. Rechenberg*, daß er wegen ‚der Landung der polnischen Truppen der

---

4 *Haller* war schon vor dem Kriege 1912 als Feld-Artillerie-Major in österreichischen Diensten unter dem Namen *Haller von Hallenburg* verabschiedet worden. In seinen 1964 in London erschienenen „Pamiętniki" gibt *Haller* seinen Namen als *Haller de Hallenburg* an. Seine deutsche Abstammung läßt allerdings keinen Zweifel an seinem Bekenntnis zum Polentum zu. Schon sein Vater war einer der Führer im polnischen Aufstand 1863 (*v. Hammerstein*, S. 19).

5 *Rhode*, S. 450/451.

6 *v. Hammerstein*, S. 21.

7 Ebd.

8 Ebd.

französischen Armee' in Danzig die Ententeregierungen bitten werde, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, wenn er bis zum Mittage des nächsten Tages ohne Antwort bliebe (!). Reichsminister *Erzberger* ließ am folgenden Tage antworten, daß für die Danziger Frage nur die Cipa (Commission internationale permanente d'armistice — Ständige Internationale Waffenstillstandskommission in Spa) zuständig sei. Die deutsche Vertretung in Posen müsse daher weitere Verhandlungen darüber und die Entgegennahme von Noten ablehnen." [9]

Die Einsprüche der deutschen Regierung hatten zunächst keinen Erfolg. Die Landung der *Haller*-Armee in Libau, Königsberg oder Memel wurde in einer Mitteilung von General *Nudant* am 19. 3. von der Entente abgelehnt. Am 26. 3. forderten die Alliierten erneut den freien Durchzug der *Haller*-Armee durch Danzig nach Polen, sie betrachteten jede Weigerung von deutscher Seite in diesem Punkte als Bruch des Waffenstillstandsabkommens. Nach längeren und wiederholten Verhandlungen bot die deutsche Regierung außer den schon genannten drei Ostseehäfen auch Stettin als Hafen für die Landung der *Haller*-Armee an und versprach, den Transport durch deutsches Gebiet nach Polen zu fördern. Die z. T. sehr aufregenden Gespräche zwischen Marschall *Foch* und Minister *Erzberger* bzw. zwischen ihren Beauftragten sind von *Frhr. v. Hammerstein* eingehend dargestellt worden. Am 3. und 4. 4., nachdem Marschall *Foch* noch am 3. 4. damit gedroht hatte, den Durchzug durch Danzig eventuell mit Kanonen erzwingen zu wollen, hatte endlich der deutsche Standpunkt sich durchgesetzt: die Gefahr einer Landung der *Haller*-Armee in Danzig war beseitigt. Am 16. 4. 1919 begann ihr Transport auf dem Landwege in plombierten Eisenbahnwagen durch Deutschland und endete ohne Zwischenfälle am 14. 7. 1919.[10] Da die *Haller*-Armee nach Vereinbarung nicht im preußischen Gebiet eingesetzt werden durfte und vor dem Friedensvertrag auch nicht eingesetzt wurde, war die Gefahr eines Übergreifens der Aufstandsbewegung auf Westpreußen beseitigt. Die deutsche Diplomatie hatte einen ersten Erfolg erzielt. Er wirkte sich dahin aus, daß Danzig nicht in das polnische Staatsgebiet einbezogen wurde.

2. Das Ende der Kämpfe in der Provinz Posen

Den Verlauf der Front eindeutig festzustellen, war bei den Waffenstillstandsverhandlungen nicht gelungen, da sich deutsche und polnische Angaben widersprachen und während der Beratungen noch ständig Veränderungen an ihr eintraten. Nach eingehenden Studien aller greifbaren Regimentsgeschichten (vgl. Anlage 5) der im Grenzschutz eingesetzten Regimenter ist der Frontverlauf auch heute nur eingeschränkt zu klären. Die Schwierigkeiten bestehen einmal darin, daß einige Regimenter überhaupt darauf verzichtet haben, die Grenzschutzkämpfe in ihre Geschichte aufzunehmen, diese vielmehr mit dem 11. 11. 1918 enden lassen. Psychologisch ist das zu verstehen, da gegenüber den großen Kriegsereignissen des Ersten Weltkrieges mit seinen Massen- und Materialschlachten die Grenzschutzkämpfe nur von untergeordnetem militärischen Rang sein konnten. Andere Regimentsgeschichten enthalten

9 Ebd., S. 21/22.
10 Vgl. ebd., S. 23 ff., und *Komarnicki*, Rebirth, S. 236/237.

nur ganz kurze Angaben über den Einsatz im Grenzschutz. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus der Tatsache, daß die Frontabschnitte im Grenzschutz sich häufig verschoben, von einem in den anderen übergriffen, daß die Regimenter sehr oft in verschiedenen Abschnitten eingesetzt wurden, aufgeteilt in kleinere Kampfgruppen oder gemischte Detachements. Das gilt insbesondere für die Artillerieregimenter und Spezialtruppen (Pioniere, Panzerzüge etc.). Einen besonderen Mangel bedeutet das Fehlen der Gefechtsberichte der Volks- und Bürgerwehren und der Freiwilligen-Bataillone. Man findet sie nur in einzelnen Erlebnisberichten, die naturgemäß subjektiv gefärbt sein müssen, oder in einigen Regimentsgeschichten am Rande erwähnt.

Über die Gefechtsstärke der deutschen Truppen nach dem 16. 2. 1919 lassen sich daher keine genauen Angaben machen. Es kann nur allgemein gesagt werden, daß die Soldaten an der ganzen Front überzeugt waren, die polnischen Linien überrennen zu können, wie es auch in dem Votum *Hindenburgs* an den Reichspräsidenten *Ebert* zum Ausdruck gekommen war. Auch die Polen wußten von dieser Gefahr, die ihnen drohte. Aus diesen Gründen wird es auch nicht möglich sein, alle Waffenstillstandsverletzungen aufzuführen. Wir müssen uns auf Fälle beschränken, die einwandfrei belegt sind.

An der schlesisch-polnischen Grenze im Abschnitt M i l i t s c h lagen die 7. Kav.-Schützen-Div. (Kürassier-Rgt. 5, aktives und Res.-Ulanen-Rgt. 4), eine MG-Abteilung, zwei Batterien und Teile des Inf.Rgt. 51. Am 21. 2. 1919 unternahmen die Ulanen zusammen mit einem Stoßtrupp der Infanterie, von Artillerie tatkräftig unterstützt, einen Vorstoß auf das Dorf Borownica, östlich von Zduny, und eroberten es nach hartem Kampf.[11] Am 23. 2. 1919 begannen polnische Angriffe auf den südlichen Abschnitt der Demarkationslinie im Abschnitt T r a c h e n b e r g auf die Stellungen des 6. Grenadierregiments, die sich an der Orla entlang rechts an den Abschnitt Militsch, links an den Abschnitt Rawitsch anschlossen. Am 23. 2. 1919 stießen polnische Kräfte gegen die vordersten Stellungen beim „Grünen Hirsch“ und beim Forsthaus Willkowe vor, beschossen die Feldwache der 5. Komp. an der Orla-Brücke, am 8. 3. kam es zu Schießereien bei Sowy, am 9. 3. bei Ollsche. Am 14. 3. mußte in einem Nachtgefecht ein Angriff auf die Feldwache „Grüner Hirsch“ nach heftigem Kampf abgewehrt werden. Kleinere Feuerüberfälle auf Posten des Regiments setzten sich bis weit in den Sommer fort. Am 25. 6. 1919 griffen die Polen in einer Stärke von etwa 50 Mann Neudorf an und mußten durch Einsatz von Minenwerfern abgewehrt werden. Als am 26. 6. 1919 die Feldwache „Grüner Hirsch“ von 150 bis 200 Polen angegriffen wurde, wurden sie unter Artillerie-Feuer abgewiesen.[12]

Der Abschnitt R a w i t s c h unter dem Befehl von Generalmajor *Frhr. v. Lüttwitz* war Mitte Februar von deutscher Seite sehr stark besetzt durch die 19. Inf.Brig., die Posener Königsjäger z. Pf., durch Teile des Feldart. Rgt. Nr. 20 (die 1. Batterie, später mit der 2. Batterie vereinigt, lag in Rawitsch, die 6. Batterie in Damme und später, vereinigt mit der 3. Batterie, in Lissa; die 4. Batterie wurde mit der 5. Batterie zusammengelegt und kam erst nach Herrnstadt und anschließend in die Gegend von Trachenberg; die 7. Batterie bezog Stellung in Fraustadt, die 8. Batterie in

11 *v. Lüttwitz*, S. 325.
12 *Döring von Gottberg*, S. 593—595.

Kolzig, die 9. Batterie bei Züllichau), durch Teile des Fußart.Rgt. Nr. 5 sowie Teile der Pionier-Bataillone 5 und 29 mit zwei Panzerzügen. Dazu kamen: das Volkswehrbataillon Nr. 1 (1. Pomm. Grenzschutz-Btl.), das Volkswehrbataillon Nr. 2 (Reste des Inf.Rgt. 50), die Freiwilligen-Bataillone *Förster*, *Thorau* und *von der Decken* und die Bürgerwehren aus Rawitsch und Obernigk. Bei dieser starken Front ist es verständlich, daß weder vom Inf.Rgt. 50 noch vom Pi.Btl. 5 Kämpfe nach Abschluß des Waffenstillstandes erwähnt werden. Nur das Pi.Btl. 29, das teilweise bei Rawitsch-Sarne und hauptsächlich in Lissa lag, weiß von ständigen Übergriffen der Polen zu berichten.[13]

Seit dem 21. 1. 1919 lag im Abschnitt B o j a n o w o - L i s s a das Inf.Rgt. 155. Gefechtsberichte nach dem 16. 2. 1919 liegen nicht vor.[14] Am 8. 1. 1919 hatte Generalleutnant *Lepper* das Kommando über den Abschnitt Lissa übernommen. Vom Füs.Rgt. Nr. 37 war die Front östlich Lissa von Neuwelt über Neuguth — Marianowo — Gr. Tworsewitz — Przybin — Kl. Tworsewitz bis Reisen übernommen worden, zuletzt wurde auch noch Sarne b. Rawitsch mit einbezogen. Am 18. 2. 1919 unternahmen die 37. Füsiliere zusammen mit einem Panzerzug des Pi.Btl. 29 einen Vorstoß von Lissa nach dem Bahnhof Kankel, der zu einem größeren Gefecht führte.[15] An Artillerie ist zu erwähnen das Feldart.Rgt. Nr. 56, dessen II. Abteilung bei Fraustadt und dessen III. Abteilung bei Bojanowo eingesetzt waren, während die 6. Batterie allerdings in Lissa selbst verblieb.[16] In der Regiments-Geschichte des Feldart.Rgt. 56 wird der Frontverlauf bei Lissa wie folgt angegeben: Janischewo — Mexe — Pawlowitz — Kankel — Leiperode — Storchnest (polnisch besetzt) — Kl. Kreutsch.

Der Grenzschutz im Abschnitt G u h r a u — L i s s a war dem Inf.Rgt. König Ludwig III. von Bayern (2. Niederschles.) Nr. 47 anvertraut, seit dem 22. 1. verstärkt durch die 6. Kompanie des Inf.Rgt. 155. 100 Mann, drei MG-Kompanien und die 8. Batterie des Feldart.Rgt. 56 lagen als Reserve in B o j a n o w o. Die Front verlief über Lestwitzhof — Wilhelmsau — Lindenau — Kloda — Katschkau — Reisen (dort Einwohnerwehr Reisen) — Gerlachowo — Alt Guhle — Wydartowo — Gußwitz — Neulände bis zum Vorwerk Waschke.

Am 26. 2. 1919 gingen polnische Kräfte über die Demarkationslinie vor und wurden durch Feuer abgewiesen. Bei einem deutschen Vorstoß am 29. 3. 1919, der befehlswidrig von Oberleutnant *König* auf Sowiny unternommen wurde, kam er in einen „Hinterhalt". Ein Mann fiel, zwei Offiziere und 11 Mann gerieten in polnische Gefangenschaft. Am 7. 4. 1919 und erneut am 15. 4. 1919 erfolgten polnische Angriffe auf die Feldwache, die mit deutschem Artilleriefeuer auf Wydartowo am 15. 4. beantwortet wurden. Eine Schießerei am 5. 5. 1919 bei Klapowo führte zu deutschem Vergeltungsschießen am 6. 5. 1919 auf Sowiny. Am 14. 5. 1919 fiel

---

13 *Vogt*, Das 3. Niederschlesische Infanterie-Regiment Nr. 50 1914—1920, Berlin 1931, S. 326 ff.; *Tröbst/Leipold*, S. 429; *P. Koch*, Das Niederschlesische Pionier-Bataillon Nr. 5, Zeulenroda 1928, Anhang von *S. Hötzel*, S. 393 ff.

14 *Arens*, S. 463.

15 *H. Altmann*, Das Füsilier-Regiment v. Steinmetz (Westpr.) Nr. 37 im Weltkrieg 1914—1918, Berlin-Charlottenburg 1931, S. 371.

16 *Angerstein/Schlemm*, Das 2. Posensche Feldartillerie-Regiment Nr. 56 1914—1918, Berlin 1927, S. 176.

Leutnant d. Res. *Möller* auf einem Patrouillengang, am Tage darauf kam es zu einem größeren Vorpostengefecht bei Gerlachowo. Am 25. 6. 1919 wurde eine polnische Patrouille östlich Lang-Guhle abgewiesen, am 28. 6. 1919 mußte Klapowo vor überlegenen polnischen Kräften vorübergehend geräumt werden. Noch am 29. 6. 1919 kam es zu Gefechten östlich von Gerlachowo, die zu Verlusten führten, und am 3. und 9. 7. 1919 zu vergeblichen Angriffen der Polen auf Klapowo.[17]

Der Grenzschutz-Abschnitt bei U n r u h s t a d t in einer Breite von 20 km verlief von einem Punkt nordöstlich des Schlawaer Sees von Pürschkau über Lache — Schussenze — nordöstlich Kolzig — auf Unruhstadt zu mit vorgeschobenen Sicherungen. Am 16./17. 4. 1919 wurde das Inf.Rgt. 46 von Striegau nach Schlawa verlegt. Die Regiments-Geschichte berichtet von Plänkeleien mit polnischen Patrouillen am 28. 4., 6. 5., 10. 5. und 17./18. 5. 1919.[18] Bei U n r u h s t a d t — B o m s t lagen im Grenzschutz das Inf.Rgt. 38, Inf.Rgt. 46 und das Ulanen-Rgt. 10. Kämpfe nach dem 16. 2. 1919 sind nicht erwähnt. Der Abschnitt Bomst greift über in den Abschnitt Z ü l l i c h a u — W o l l s t e i n — B e n t s c h e n. Seit Anfang Februar lagen: das I. Btl./Füs.Rgt. 38 in Kramzig und Niederklemzig, das II. Btl. in Goltzen und Goltzener Mulde, das III. Btl. in Langheinersdorf und Buckow, verstärkt durch eine Infanterie-Abteilung Krossen, den Heimatschutz-Kompanien Schmollen, die 2. Esc./ Ulanen-Rgt. 10, zwei Feldkanonen-Batterien, einen Zug Feldhaubitzen, darunter die 9. Batterie Feldart.Rgt. 20, ein Kraftwagen-Geschütz, den Heimatschutz Trebschen. In Gr. Groitzig, bei der Groitziger Fähre, bei Klemzig, Goltzen, Neu-Kramzig, Bomst und Schloßvorwerk Bomst war außerdem das Jäger-Bataillon 10 eingesetzt. Das Füs.Rgt. 38 hatte noch am 16. 2. 1919 Neudorf, nordöstlich von Bomst am Bentschener See, gestürmt. Am 28. 2. 1919 wurde es durch die vereinigten Grenadier-Regimenter 8 und 12 abgelöst und kehrte nach Schlesien zurück, um an den Aufstandskämpfen in Oberschlesien teilzunehmen.[19] Die Regiments-Geschichten des Gren.Rgt. 8 und des Gren.Rgt. 12 erwähnen die Teilnahme am Grenzschutz nicht.

Am 31. 12. 1918 war eine zusammengesetzte Schwadron des Ulanen-Rgt. 10 in Wollstein mit zwei Geschützen aus Glogau eingetroffen. Anfang Februar 1919 kamen eine Schwadron des Ulanen-Rgt. Nr. 3 und eine Pionier-Kompanie aus Küstrin hinzu. Zwei Eskadrons des Ulanen-Rgt. 3 besetzten den Obra-Abschnitt: Großdorf — Neudorf — Groß Dammer.[20] Kampfhandlungen fanden in diesem Abschnitt nach dem 16. 2. 1919 anscheinend nicht statt, auch nicht bei B i r n b a u m — F i l e h n e — C z a r n i k a u, wo die Infanterie-Regimenter Nr. 49 und 148 den Grenzschutz übernommen hatten.[21]

Im Abschnitt S c h n e i d e m ü h l verlief die Front des Infanterie-Regiments Nr. 149 von Filehne über Kreuz — Kolmar — Samotschin — nach Weißenhöhe.

---

17 *G. Loosch*, Das Kgl. Preußische Infanterie-Regiment König Ludwig III. von Bayern (2. Niederschlesisches) Nr. 47, Zeulenroda 1932, S. 442—447.

18 *v. Zunehmer*, S. 470/471.

19 *K. Burchardi*, Das Füsilier-Regiment Generalfeldmarschall Graf Moltke (Schlesisches) Nr. 38, Oldenburg/Berlin 1928, S. 393 ff.; *Benary*, Das Kgl. Preuß. 1. Posensche Feldartillerie-Regiment Nr. 20, Berlin-Charlottenburg 1932, S. 444—477.

20 *E. Zipfel*, Geschichte des Ulanen-Regiments Prinz August von Württemberg (Pos.) Nr. 10, Berlin 1932, S. 245, 256.

21 *Duncker/Eisermann*, S. 300/301.

Am 20. 2. 1919 mußte ein polnischer Angriff bei Kolmar und Margonin abgewehrt werden. Erst am 10. 3. 1919 wurde die Front des Inf.Rgt. 149 durch das Freikorps *Brunow* verstärkt.[22] Der Waffenstillstand scheint dort eingehalten worden zu sein. Anders war es im angrenzenden Abschnitt Bromberg, der von Exin bis an die Weichsel bei Thorn reichte. Hier kämpften das Infanterie-Regiment Nr. 21, das Dragoner-Regiment 12, das Feldartillerie-Regiment Nr. 17 und das Feldartillerie-Regiment Nr. 53, unterstützt von einem Kraftwagengeschütz vom Feldartillerie-Regiment Nr. 2. Am 8. und 9. 4. 1919 kam es zu schweren Kämpfen um Argenau, das von den Polen angegriffen wurde.[23]

Durch die nach dem 16. 2. 1919 unternommenen, z. T. auf beiden Seiten verlustreichen Kämpfe wurde weder an der Demarkationslinie, die durch örtliche Kommissionen durch Strohwische gekennzeichnet wurde, noch an der Entscheidung über die deutsche Ostgrenze etwas geändert.

---

22 *H. v. Selle/W. Gründel,* Das 6. Westpreußische Infanterie-Regiment Nr. 149, Berlin 1929, S. 415.

23 Erinnerungsblatt des ehemaligen Kgl. Preuß. Hinterpommerschen Feldartillerie-Regiments Nr. 53, bearb. und hrsg. vom Vorstand der Offiziers-Vereinigung, Oldenburg o.J., S. 113; *F. K. Kriebel,* Der polnische Aufstand im Kreise Hohensalza und die Kämpfe um Argenau. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 10. 1934. T. 2, S. 58 ff.

IX

SCHLUSSBETRACHTUNG

Der polnische Aufstand gegen Deutschland wurde von einer kleinen Gruppe polnischer Nationalisten schon lange vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges vorbereitet. Im Kriege entwickelte sich zunehmend ein Gegensatz zu der Mehrheit der Polen in Preußen, die abwarten wollten, wie eine Friedenskonferenz gemäß den 14 Punkten *Wilsons* über das Schicksal der von einer polnischen Mehrheit bewohnten Gebiete Deutschlands entscheiden würde. Aus diesem innerpolnischen Gegensatz entstand ein politisches Doppelspiel, dem die deutsche Regierung nicht gewachsen war, da sie die Lage nicht übersah, auch nicht erwartete, daß die bis dahin in der Masse fügsam ihre Pflichten als deutsche Soldaten erfüllenden Polen sich bei den ersten Erfolgen so schnell dem Aufstande anschließen würden. So konnte die Macht über das Recht siegen, zugleich aber auch der Keim für einen neuen Krieg gelegt werden. Daß dieser die Folge eines Siegerdiktates sein würde, hatte *Lloyd George* vorausgesehen und rechtzeitig, aber erfolglos gewarnt.

In der Rückschau erkennen wir die Zusammenhänge zwischen Versailles und dem Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung. Das Gefühl erfahrenen Unrechts durch die Abtretung deutschbesiedelter Gebiete, durch die Verweigerung des Abstimmungsrechtes in Posen und Westpreußen, wie im Sudetengebiet und in Südtirol, durch das Anschlußverbot für Österreich mußte sich in der Not der Inflation und Arbeitslosigkeit ein günstiger Nährboden für nationalistische Übersteigerungen bilden, die schließlich *Hitler* zur Macht verhalfen. Leider handelte die Reichsregierung, als das Deutsche Reich wieder mächtig geworden war, nicht anders als damals die Entente. Auch sie, die in der Lage gewesen wäre, das Versailler Diktat in einen echten Friedensvertrag umzuwandeln, ließ sich nur vom Rausch der Macht leiten. Nur in dem Sinne, daß jedes politische Geschehen Ursache für die weitere geschichtliche Entwicklung ist, könnte man den polnischen Dezemberaufstand 1918 ein Ereignis von besonderer Tragweite nennen. Er hat vielleicht dazu geführt, daß Volksabstimmungen in Posen und Westpreußen unterblieben. Sehr zweifelhaft ist allerdings, ob die Entscheidung der Friedenskonferenz dann anders ausgefallen wäre, wie es geschah. Volkstumsfragen waren nicht allein entscheidend. Neben ihnen spielten wirtschaftliche, verkehrstechnische und strategische Gesichtspunkte und schließlich auf französischer Seite auch Revanchegefühle eine maßgebende Rolle. Unter dem Einfluß Frankreichs gelangte die Friedenskonferenz zu einer den polnischen Forderungen immer günstigeren Einstellung. *Churchill* hat das 1. Kapitel in Band I seiner Kriegsmemoiren überschrieben: „Die Torheiten der Sieger“ und die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages als „dumm“, sogar als „boshaft“ bezeichnet. Er hat auch bekannt, daß der nach dem Ersten Weltkrieg dem Deutschen Reich aufgezwungene Friedensvertrag den Weg für *Hitler* und einen weiteren Krieg frei machte.[1]

Der Engländer *Keynes*, der heftigste Verhandlungsgegner der Deutschen in Versailles, beurteilte das Ergebnis des Friedensvertrages folgendermaßen: „Es gibt wenig Episoden in der Geschichte, die die Welt mit größerer Berechtigung verurteilen

1 *W. S. Churchill*, Der Zweite Weltkrieg. Bd. 1: Der Sturm zieht auf. Bern 1948, S. 17 ff.

wird. Ein Krieg, der zur Verteidigung internationaler Verträge geführt worden ist, hat mit dem offenen Bruch der heiligsten Versprechungen seitens der Sieger geendet. . . Versailles war ein politisches Verbrechen, aus dem ein furchtbarer Krieg hervorgegangen ist.“ [2]

Nach der Annahme der Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles verlas der Oberpräsident von Ostpreußen, *August Winnig*, am 9. 7. 1919 eine von sämtlichen Abgeordneten der von der Losreißung betroffenen ostmärkischen Wahlkreise unterschriebene „Rechtsverwahrung“: „Die im ‚Frieden von Versailles‘ vorgesehene Regelung der Ostfragen steht in unvereinbarem Widerspruch zu den Noten und Äußerungen des Präsidenten *Wilson*, die wir und unsere Feinde gleicher Weise als vertragsmäßige Grundlage für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen angenommen haben. . . Unser unveräußerliches Recht auf Zugehörigkeit zum Mutterlande kann durch gewaltsame Losreißung niemals getroffen werden. . .“ [3]

Die Vergleiche mit den Ereignissen der Hitlerzeit, dem Kriege 1939—1945 und den Entscheidungen von Jalta und Potsdam liegen auf der Hand. Wir Deutschen, die Polen kennen lernten, die auch von den kulturellen Leistungen des polnischen Volkes für Europa wissen und sie anerkennen, haben immer die Verständigung auf dem Wege des Rechts, und zwar nicht des Rechts vergangener Generationen, sondern der Lebenden, mit unserem östlichen Nachbarn gesucht. Wir möchten endlich heraus aus dem Kreis eines scheinbar unvermeidlichen Verhängnisses, das unsere Völker nicht zu friedlichem Zusammenleben und gegenseitiger Anerkennung kommen läßt. Wann werden auch polnische Stimmen zu uns dringen, die aus der Einsicht in die Geschichte von fast 200 Jahren erkennen lassen, daß neue Wege eingeschlagen werden müssen. Wir hoffen darauf! Gleichzeitig aber wünschen wir, daß auch das deutsche Volk zu einer gerechten und sachlichen Beurteilung unseres östlichen Nachbarn kommt. Weder Liebedienerei, die die deutsche Geschichte des Ostens auslöschen möchte, noch Überheblichkeit führen zum Frieden. Es ist nicht damit getan, sich über polnische Hinterlist, über polnisches Ränkespiel zu entrüsten. Wir haben keinen Anlaß, uns als moralisch höher stehend zu betrachten. Alle unsere Handlungen und die unserer Gegner müssen aus geschichtlichen Notwendigkeiten und aus allgemein-menschlichen Schwächen beurteilt werden. Unsere Aufgabe kann nur sein, aus den geschichtlichen Abläufen so viel zu lernen, daß wir bereit sind, Mißtrauen abzubauen und Zusammenhänge auch für den Gegner unzweifelhaft klarzulegen.

Politik ist immer die Kunst des Möglichen gewesen. Die Macht, etwas zu tun, hat leider nur in seltenen Fällen dem Recht zum Siege verholfen, aber das sollte niemanden veranlassen, Rechtsansprüche zu verleugnen — auch wenn geschehenes Unrecht nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Ich las kürzlich ein Wort des 1782 verstorbenen lutherischen Theologen *Friedrich Christoph Oetinger:* „Gott gebe mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden“. Diese Einsicht wünschen wir allen Völkern und ihren Politikern.

---

2 Zitat aus *F. K. Kriebel,* Die deutsche Volksrätebewegung in den Provinzen Posen und Westpreußen von 1918—1920. In: Der Westpreuße. 10. 1958. Nr. 6, S. 10.

3 *Kriebel,* Die deutsche Volksrätebewegung, S. 10.

ANLAGEN

Anlage 1

Marjan Seyda und *Roman Dmowski* zur polnischen Politik in Ostdeutschland

Zum 10. Jahrestag des Aufstandes veröffentlichte *M. Seyda*, damals Chefredakteur des „Kurjer Poznański", in dieser Zeitung (Ausgabe vom 27. 12. 1928) einen Aufsatz, in dem es unter anderem heißt:

„Heute versteht sich dies alles (nämlich, daß Pommerellen zu Polen gehört) in Polen von selbst. Namentlich für diejenigen, die zur Befreiung Pommerellens nichts getan haben, sondern die nicht einmal daran geglaubt und nicht einen Augenblick daran gedacht haben. Aber in Wirklichkeit war dies durchaus nicht etwas, was sich von selbst verstand. Als wir gleich in den ersten Kriegsjahren in Westeuropa für den künftigen polnischen Staat das frühere Westpreußen und den polnischen Teil von Ostpreußen verlangten, hielten dies besonders die Engländer für einen politischen Trick. Ihre historische Bildung und ihre politische Kenntnis von Mittel- und Osteuropa war so groß, daß sie uns mit größter Verwunderung fragten: Wieso denn? Wie wollen Sie denn Ihre Ansprüche darauf begründen? Schon der Name allein weist darauf hin, daß West- und Ostpreußen mit Recht zum Preußischen Staat gehören. Und so dachte man allgemein. Bei dieser Denkweise, die noch durch die deutschen Siege befestigt wurde, war man noch weit entfernt davon, Pommerellen dem Preußischen Staat zu entreißen.

Die west- und ostpreußische Frage war eine harte Nuß. Es war klar, daß für die Alliierten, mit Ausnahme Frankreichs, auf der Friedenskonferenz ein ethnographisches Argument nötig sein würde. Indessen, die einzige ethnographische Statistik, die vorhanden war, war eine deutsche Statistik, die in dem Volkszählungsergebnis vom Jahre 1910 erhalten war, und diese Statistik ist für uns ungünstig. Aber es gelang uns, uns einige Hefte des preußischen Gemeindelexikons aus dem Jahre 1911 zu beschaffen, die für uns günstiger waren. Wir schlachteten sie gut aus, entwarfen eine Karte des preußischen Teilgebiets, in dem die einzelnen Kreise besonders hervorgehoben wurden, und erläuterten sie in französischer und englischer Sprache. Es fand dies im Frühjahr und Sommer 1917 in Lausanne statt. Als dann Mitte August d. J. das Polnische Nationalkomitee in Paris entstand, war es unsere erste Propaganda-Aufgabe, diese Karte allen hervorragenden politischen Persönlichkeiten in den alliierten Staaten diesseits und jenseits des Ozeans zuzuschicken.[1] Von der zweiten Hälfte des Jahres 1917 an bis zum Mai und Juni des Jahres 1919, d. h. bis zum Versailler Vertrage, war noch ein sehr weiter Weg. Allerdings hatte *Wilson* schon am 22. Januar 1917 von dem ‚vereinigten, unabhängigen und selbständigen Polen' gesprochen. Und derselbe *Wilson* hat am 8. Januar 1918 in dem 13. Punkt seines Programms von neuem gesagt: ‚Es muß ein unabhängiger polnischer Staat gebildet werden, der von «unbestritten polnischer Bevölkerung» bewohnt wird; dieser Staat muß einen freien und sicheren Zutritt zum Meer haben und seine politische und ökonomische Unabhängigkeit und territoriale Integrität muß durch einen internationalen Vertrag garantiert werden.'

Wir haben seinerzeit nicht nur in Polen, sondern auch in den alliierten und neutralen Ländern aus taktischen Rücksichten bewußt die Ansicht aufrecht erhalten, daß *Wilson* ein Polen im Auge hatte, das alle drei Teilgebiete umfaßte und zwar auch das preußische Teilgebiet mit unmittelbarem Anschluß ans Meer. Das polnische Volk ist heute noch allgemein dieser Ansicht. Aber in Wirklichkeit war es anders. Nicht ohne Grund war in der Formel *Wilsons* der Vorbehalt von der ‚unbestritten polnischen Bevölkerung' enthalten, ebenso wie drei Tage vorher in der Formel *Lloyd Georges* vom 5. Januar 1918 die Wendung ‚alle echtpolnischen Elemente, die zu Polen gehören wollen', und nicht ohne Grund hatte *Wilson*

1 Diese Karte wird an anderer Stelle derselben Ausgabe des „Kurjer Poznański" veröffentlicht.

bei der Wendung ‚Zutritt zum Meer' die Eigenschaftsworte ‚frei und sicher' hinzugefügt, d. h., er meinte einen Zutritt zum Meere, der international gesichert war, ‚durch fremdes Territorium'. Ende Juni 1918, also in der für die Alliierten kritischen Zeit des Krieges, war ich, mit einer Mission des polnischen Nationalkomitees an *Paderewski* und das amerikanische Polentum betraut, in den Vereinigten Staaten und erfuhr dort von einer absolut maßgebenden Stelle, daß die Regierungskommission von Fachleuten zu Bearbeitung der Projekte für die Lösung der einzelnen strittigen Aufgaben im Frühjahr von dem Staatsdepartement den Auftrag erhalten hätte zur Festsetzung der Westgrenze Polens ohne das preußische Teilgebiet. Dasselbe wurde einige Wochen später *Dmowski* mitgeteilt, als er im August nach Amerika kam, was ihn veranlaßte, noch größere Anstrengungen bei *Wilson*, *Lansing* und *House* zu machen, um sie in Sachen des preußischen Teilgebiets für den Standpunkt Polens zu gewinnen.

Die verstärkte Arbeit *Dmowskis* auf allen Gebieten, die direkt übermenschlich war, ferner die Arbeit *Paderewskis* und anderer Mitglieder und Mitarbeiter des Polnischen Nationalkomitees und später der polnischen Delegation für die Friedenskonferenz hatte das Ergebnis, daß bezüglich des Gebiets an der See alle maßgebenden Stellen sich dafür aussprachen, es einschließlich Danzigs Polen einzuverleiben. Aber der Einverleibung Danzigs und der Kreise Stuhm, Rosenberg und einzelner Teile der Kreise Marienwerder und Marienburg widersetzte sich im Gegensatz zu der entschiedenen Ansicht seiner eigenen Fachleute *Lloyd George* und setzte in diesen Punkten seinen Willen durch. . ."

In derselben Nummer des „Kurjer Poznański" wird auch die Denkschrift *Dmowskis* über das Gebiet des künftigen polnischen Staates, die er am 8. 10. 1918 dem Präsidenten *Wilson* in Washington vorlegte, auszugsweise veröffentlicht.

„Die Belassung Westpreußens in deutscher Hand würde die Fortdauer der Regierung der Ungerechtigkeit, der Gewalt und der Mißstände in diesem Teilgebiet bedeuten, und eine solche Regierung müßte man nach dem jetzigen Kriege, der soviel Opfer auf Seiten der zivilisierten Nationen gefordert hat, aus Europa beseitigen."

Bezüglich Ostpreußens heißt es in diesem *Dmowski*schen Dokument unter anderem: „Die ostpreußische Frage fordert eine gründliche Lösung. In sprachlicher Beziehung ist der größere Teil der Provinz deutsch, in geographischer Beziehung gehört sie zum polnischen Territorium. In historischer Beziehung und hinsichtlich der Rasse ist dieses Land nicht deutsch, da seine früheren Bewohner Preußen waren, ein litauischer Volksstamm, der später durch die Kreuzritter germanisiert worden ist. In ökonomischer Hinsicht ist dieses Land von vollständigem Stillstand bedroht; durch eine Zollgrenze von Polen getrennt, zu dem es durch seine natürliche Lage gehört, müßte Ostpreußen eine arme und schwach bevölkerte Provinz bleiben. (Es entfallen dort 144 Einwohner auf eine Quadratmeile, während in Polen 260 auf die Quadratmeile entfallen.) Hinsichtlich der sozialen Verhältnisse ist dies ein fast mittelalterliches Land. Es gibt dort große Besitzungen der preußischen Junker, und die bäuerliche Masse, unfrei und im Geiste der Knechtschaft erzogen, wird entsprechend behandelt. Politisch ist dies eine Feste der preußischen Reaktion. Die Ultrakonservativen des Preußischen Landtags kommen hauptsächlich aus den ostpreußischen Bezirken, von den Bauern gewählt, die nach der Weisung ihrer Herren abstimmen. Die deutschen öffentlichen Angelegenheiten interessieren diese Landbesitzer absolut nicht. Die Regierung der Hohenzollern besaß in der Aristokratie Ostpreußens ihre trefflichste Stütze, die von der feudalen Tradition berauscht ist und noch heute ihren mittelalterlichen Geist bewahrt. Die Zerschlagung dieser Klasse würde eines der größten Hindernisse für den sozialen und politischen Fortschritt Deutschlands beseitigen. Trotz dieses reaktionären Geistes finden die ostpreußischen Junker Unterstützung selbst der fortschrittlichen deutschen Elemente, welche letzteren jene Klasse als den deutschen Wall für das Deutschtum im Osten ansehen. Die Lösung der ostpreußischen Frage

würde nicht nur die Sicherung der Freiheit Polens bedeuten, sondern sie würde in besonderem Maße dazu beitragen, das politische Leben Deutschlands zu modernisieren. Wenn Ostpreußen weiter einen Teil des zusammenhängenden deutschen Territoriums bilden soll, muß auch das polnische Westpreußen in deutschem Besitz bleiben. Wenn aber Ostpreußen als ein vom Ganzen durch polnisches Gebiet abgetrennter preußischer Besitz in deutscher Hand bleibt, so wird dies die Quelle unendlicher Konflikte zwischen Polen und Deutschland werden, welches letztere bemüht sein wird, eine Verbindung der beiden Teile auf Kosten Polens herbeizuführen. Wenn Polen wirklich ein freies und von Deutschland unabhängiges Volk sein soll, so sind nur zwei Lösungen der ostpreußischen Frage möglich: entweder muß die Königsberger Provinz, d. h. derjenige Teil von Ostpreußen, dessen Bevölkerung deutsch spricht, mit dem polnischen Staate in Form einer Autonomie vereinigt werden, oder es muß eine unabhängige Republik werden, die mit Polen durch Zollunion verbunden ist. In beiden Fällen muß in dieser Provinz eine weitgehende Agrarreform stattfinden; die verhältnismäßig großen Besitzungen müssen für die Bauern aufgeteilt werden. Eine solche Reform würde die Grundlage bilden für eine demokratische Entwicklung dieses Landes. Die ökonomische Union mit Polen würde eine neue Ära des Wohlstandes für dieses schwach bevölkerte Land bilden und in der Folge würde eine polnische Einwanderung stattfinden, wodurch das Band zwischen den beiden Ländern verstärkt würde. Man darf mit Recht erwarten, daß die wirtschaftlichen Einflüsse genügen werden, um die Absonderung von Deutschland und die Isolierung des Königsberger Teils des Landes wettzumachen, und dies Land ohne irgendwelchen politischen Druck mit der Zeit ein Kernstück Polens mit gemischter deutscher und polnischer Bevölkerung werden wird." [2]

Anlage 2

Ein Aufruf des Obersten Polnischen Volksrates (OPV) vom 30. 6. 1919

„An unsere Mitbürger deutscher Nationalität!

Das lange von der Menschheit ersehnte Wort ‚Friede' erschallt endlich in der Welt. Durch diesen Friedensschluß fallen ehemalige polnische Landesteile wieder an die entstandene Republik Polen. Wir richten daher an unsere deutschen Mitbürger in dem der Republik zufallenden Teil Westpreußens, Posens und Schlesiens die Aufforderung, sich den Verhältnissen zu fügen und die Friedensbedingungen so loyal zu erfüllen, wie sie von der Polnischen Regierung und Bevölkerung erfüllt werden.

Die friedlich gesinnten Mitbürger deutscher Nationalität, welche sich mit den neuen Verhältnissen abfinden und loyale Mitbürger der Republik Polen werden wollen, haben für ihre Zukunft nichts zu befürchten. Im Einklang mit ihren freiheitlichen Traditionen wird die Republik Polen ihren Mitbürgern deutscher Nationalität volle Gleichberechtigung, völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit, Zutritt zu den Staatsämtern, Freiheit der Pflege der Muttersprache und nationalen Eigenart, sowie vollen Schutz des Eigentums gewähren. Für die Stellung im Staatsleben und für das Ausmaß der bürgerlichen Rechte ist in der Republik Polen weder das Glaubensbekenntnis, noch die Muttersprache entscheidend, sondern lediglich die persönliche Tüchtigkeit.

Deshalb fordern wir alle Zivilbehörden und ihre Beamten, die sich loyal den neuen staatlichen Verhältnissen fügen sollen, hiermit auf, auf ihrem Posten zu beharren; denn sie

2 Beide Aufsätze von *M. Seyda* und *R. Dmowski* sind auch in der „Bromberger Rundschau" vom 22. 1. 1930 wiedergegeben worden.

können versichert sein, daß sie nach Möglichkeit in den polnischen Staatsdienst übernommen werden.

Die Ansiedler dürfen im Rahmen des Friedensvertrages in ihrem Eigentum verbleiben, und, soweit sie infolge der Kriegsoperationen ihr Heim haben verlassen müssen, können sie nach Abschluß der Kampfhandlungen in ihre Grundstücke zurückkehren. Alle wohlerworbenen Rechte der Bürger, wie Rechte aus den Arbeitsversicherungen und den Gesetzen über die Versorgung kriegsbeschädigter Soldaten, sowie der Witwen und Waisen gefallener Krieger, Rechte über Pachtverträge usw. werden hierdurch gewährleistet.

Mitbürger! Nach den furchtbaren Leiden des Krieges ruft uns die Versöhnung Gottes zu neuer friedlicher Arbeit, zu unserem gemeinsamen Wohl und zum Wohl des Staates, welcher uns in der Zukunft Schutz und Hort sein soll. Laßt uns vergessen allen Hader und Haß.

Als Bürger eines Staates, der aufgebaut ist auf den Grundlagen von Recht, Freiheit und Gerechtigkeit, laßt uns gemeinsam mit allen Kräften eine glückliche Zukunft erstreben, um so an dem Aufbau einer neuen Weltordnung mitzuarbeiten.

Das Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrates als Mandatar der Regierung der Republik Polen.

Posen, 30. Juni 1919

Laszewski, X. Adamski, Korfanty, Seyda, Poszwiński, Rynicz." [1]

Anlage 3

Grenzschutzerlebnisse von Dietrich Vogt

Das Kgl. Preußische Feldartillerie-Regiment (1. Posensches) Nr. 20 war etappenweise aus dem Westen, in dem es ausschließlich gekämpft hatte, zurückgekommen und wurde in Rawitsch im Grenzschutz und zugleich zur Sicherung gegen Spartakus-Aufstände in Breslau eingesetzt. Am 1. 2. 1919 meldete ich mich bei Major *Techow,* unserem früheren Rgt.-Führer, jetzt Abt.-Führer und Art.-Kommandeur von Rawitsch, zum Dienst und wurde der 1. Batterie unter Hauptmann *Petzel* zugewiesen, der schon einmal mein Btr.- und später Abt.-Führer war. Die Batterie hatte vier Geschütze, von denen zwei in Polnisch-Damme (Dębno) und zwei am Ostrand von Rawitsch dicht an der Eisenbahnlinie Rawitsch-Sarne standen. Dieser Zug wurde mir unterstellt. Mein Quartier im 1. Stock einer Villa lag so dicht an der Stellung, daß ich vom Balkon aus Befehle geben konnte. Zur Verteidigung der Stadt waren Anfang Februar vorhanden: außer unserem Regiment mit dem Regimentsstab unter Oberst *v. Both* Teile des Inf.Rgt. 50, die Bürgerwehr unter Studienrat *Schmitz,* ein etwa 50 Mann starkes freiwilliges Pionier-Bataillon, das fast ausschließlich aus Offizieren und Unteroffizieren bestand, und 2 Freiwilligen-Bataillone, *Förster* und *v. der Decken.* Die Front verlief in diesem Abschnitt nördlich Laszczyn, nördlich Sarnówka und Sarne (Sarnowa), östlich Karlsruh (Kowaliki), östlich Christiänchen (Krystynki), westlich Gründorf (Zielonawieś) und Wydawy zur Orla (Horle).

Von einer eigentlichen Frontlinie konnte man nicht sprechen, da nur die Dörfer und einzelnen Gehöfte zum Teil mit Feldwachen besetzt waren. Das erleichterte nächtliche Überfälle von polnischer Seite, ein offenes Gefecht am Tage zu liefern getrauten sich die Polen nicht, die über keine Artillerie verfügten. Auch konnten wir noch in den ersten Monaten 1919 im Zwischengelände der besetzten Ortschaften am Tage umherreiten, ohne belästigt zu werden, da die „Fronten" ziemlich weit auseinanderlagen. Man mußte nur aufpassen, daß einem nicht der Rückweg abgeschnitten wurde.

1 Abgedruckt in der „Deutschen Rundschau", Bromberg, vom 19. 1. 1930.

Für einen Soldaten, der die großen Schlachten in Frankreich mitgemacht hatte, war die Art des Kampfes in diesem Grenzschutzabschnitt mehr als eigenartig, dabei muß allerdings betont werden, daß es sich um einen auffällig ruhigen Abschnitt handelte. Die Kämpfe im Norden und Westen sind erheblich heftiger gewesen, besonders an der Nordfront (vgl. Abb. 5a und b). In polnischen Veröffentlichungen wird wiederholt von der „Schlacht bei Rawitsch" vom 3.—4. 2. 1919 (Bitwa pod Rawiczem) gesprochen, so auch bei *Wieliczka* (zwei Kampfskizzen sind beigefügt, vgl. Abb. 3a und b). Die polnische Skizze ist stark übertrieben; so weit, wie die Pfeile angeben, sind die Polen nicht vorgedrungen. *M. Olszewski* hat in seinem 1963 mit Geleitworten von *W. Gomułka, A. Zawadzki* und *J. Cyrankiewicz* geehrten Werk „Powstanie Wielkopolskie" in einem Bildteil sogar die Abteilungen auf Fotos festgehalten, die Görchen (Miejska Górka) und Rawitsch gestürmt haben. Dabei ist Rawitsch immer in deutscher Hand geblieben und erst am 20. 1. 1920 gemäß Friedensvertrag von deutschen Truppen geräumt worden. Die deutsche Skizze entspricht dagegen besser dem wirklichen Verlauf der Kämpfe. Sie ist der Schrift von *H. J. Schmitz* entnommen. Von einer Schlacht bei Rawitsch kann keine Rede sein. In der Nacht vom 3. zum 4. 2. überrumpelten die Polen die Vorpostenkompanien Laszczyn, die Feldwache in Christiänchen und die Vorposten in Polnisch-Damme, machten Gefangene und erbeuteten bei Laszczyn und in Polnisch-Damme vier Feldkanonen unseres Regiments. Die beiden Geschütze in Polnisch-Damme gehörten zu meiner Batterie. Die Mannschaften wurden im Schlaf überrascht, die Fahrer gezwungen, ohne sich richtig anziehen zu können, anzuspannen. Dann zogen die Polen mit Gefangenen und Geschützen ab. Ähnlich war es in Laszczyn. Der gefangengenommene Zugführer war allerdings nach drei Tagen schon wieder beim Regiment. Ihm war die Flucht sehr schnell gelungen. Auch in Laszczyn zogen sich die Polen beim Herannahen deutscher Truppen am frühen Morgen des 4. 2. wieder zurück. Ein gleichzeitiger, nächtlicher Überfall auf den Bahnhof von Sarne aus Richtung Görchen und Niemarzyn wurde abgeschlagen. Dabei fiel auf deutscher Seite *Florian Kessel.* Der etwa 500 Mann starke Trupp der Polen zog sich unter Mitnahme seiner Toten und Verwundeten zurück. In der Nacht vom 5. zum 6. 2. wiederholten die Polen den Überfall im Norden von Rawitsch. Diesmal gelang es ihnen, außer Laszczyn und Sarnówka auch Sarne zu besetzen. In der Nacht wurden wir durch Glockenläuten alarmiert. Wir 20er besetzten eine an dem Wege nach Sarne gelegene Brauerei „Zum Zepter", aber es erfolgten keine weiteren Angriffe. *H. J. Schmitz* berichtete nun, daß „am Spätnachmittag des 6. Februar erneute Angriffe einsetzten und polnische Granaten in die Stadt flogen".[1] Ich habe weder von den Angriffen noch von polnischen Granaten etwas gemerkt! Dabei war ich an diesem Tag ständig an der Straße Rawitsch — Sarne. Während Laszczyn schon in den frühen Morgenstunden von einer Kompanie des Inf.Rgt. 50 wiederbesetzt worden war, erhielten wir 20er den Befehl, in infanteristischem Einsatz zusammen mit der Bürgerwehr und dem oben genannten Pionierbataillon gegen Sarne vorzugehen und zwar hart östlich der Straße nach Sarne. Mein Regimentskamerad Lt. d. Res. *Sens* sicherte westlich der Straße mit zwei MGs unsere linke Flanke. Rechts schloß sich uns die Bürgerwehr an, an diese das Pionierbataillon. Wir konnten ohne Verluste — bis auf einen Toten bei der Bürgerwehr, der durch eine eigene, aus irgendeiner Unvorsichtigkeit abgezogene Handgranate ums Leben kam — etwa den halben Weg nach Sarne zurücklegen. Dort befand sich eine Ziegelei, wo wir zunächst befehlsgemäß Halt machten. Aus Sarne kam heftiges Gewehrfeuer, das wir erwiderten. Bei uns traten keine Verluste ein. Da das Gelände bis Sarne ohne jede Deckungsmöglichkeit war, begnügte man sich mit dieser Sicherung auf halbem Wege. Charakteristisch für die Art der Kriegsführung scheint mir folgendes Erlebnis. Wir waren seit kurz nach Mitternacht auf unseren Posten. Es wurde Mittag, der Magen knurrte; da verließ einer nach dem anderen von der Bürgerwehr unsere Linie, um nach Hause zum Mittagessen zu gehen! Erst am späten Nachmittag erreichte uns der Befehl, daß der Gegenangriff erst für den nächsten Tag, den 7. 2. angesetzt sei. Es sollte Verstärkung

1 *H. J. Schmitz,* Die Posener Grenzschutzkämpfe 1918/19, Schneidemühl 1938, S. 40—43.

durch das Goslarer Jägerbataillon und einen Panzerzug abgewartet werden. Dieser erschien noch bei Tageslicht am 6. 2., fuhr mehrmals auf der Strecke gegen den Bahnhof Sarne vor und belegte ihn und den Südrand des Städtchens mit Geschützfeuer. Jedesmal, wenn er sich Sarne näherte, empfing ihn wütendes Gewehrfeuer, das ihm natürlich nichts anhaben konnte. Für den nächsten Tag erhielt ich einen eigenartigen Befehl. Ich sollte das inzwischen eingetroffene Goslarer Jägerbataillon mit zwei Protzen begleiten, um eventuell unsere Geschütze zurückzuholen. Unter der sachkundigen infanteristischen Führung des Kommandeurs des Jägerbataillons, an der es unserem zusammengewürfelten Haufen gefehlt hatte, wurde der Angriffsplan vollkommen geändert. Wir gingen nicht auf der deckungslosen Ebene gegen Sarne vor. Während der Panzerzug wieder vorfuhr und die polnischen Verteidiger von Sarne in Schach hielt, marschierten das Jägerbataillon und ich mit meinen Protzen durch Friedrichsweiler (Szymanowo) und Karlsruh (Kowaliki), die nach der polnischen Kampfskizze von den Polen erobert sein sollten, bis zum Waldausgang vor Slupia (Słupia). Hier wurde ein Oberjäger mit einer Gruppe zur Sicherung zurückgelassen. Das genügte in dieser „Schlacht"! Wir bogen etwa rechtwinklig nach Norden ab und marschierten durch den Wald, der dicht bis an den Bahnhof Sarne reichte. Im Walde krepierten auch einige Granaten, die über uns hinwegflogen. Unsere Artillerie nahm den Ostrand des Waldes unter Feuer und sicherte damit unsere offene, rechte Flanke. Ohne jeden Verlust kamen wir gleichzeitig mit dem Panzerzug aus Rawitsch zum Bahnhof und in die Stadt, die von den Polen fluchtartig verlassen wurde. Der Weg nach Görchen, wo sich das Abschnittskommando der Polen befand, lag frei vor uns. Der Angriff gegen Görchen mußte wegen dichten Schneegestöbers unterbleiben. Von unseren Geschützen fand ich leider keine Spur. Sie waren bei dem Mangel an Artillerie bei den Polen von ihnen schon abtransportiert worden, um an wichtigeren Stellen eingesetzt zu werden. Gefangene erzählten später, sie seien zunächst als Siegestrophäen in Posen vor dem „Bazar" aufgestellt worden.

Auch die Eroberungen der Polen südöstlich von Rawitsch, die fast ineinander übergehenden Dörfer Gründorf (Zielonawieś) und Wydawy, sollten ihnen wieder abgenommen werden. Kurz nach dem Gegenangriff auf Sarne am 10. 2. 1919 — *Schmitz* führt diese Kämpfe überhaupt nicht auf — sollten die Goslarer Jäger von Nordwesten, die 50er Infanterie von Westen und die 6. Grenadiere von Süden den Gegenangriff vortragen. Charakteristisch für die — man möchte fast sagen theatralische oder romantische — Art der Kriegführung war der Kampfbeginn, der allerdings von den Goslarer Jägern für ihren Abschnitt abgelehnt wurde. Zunächst wurde von unserem Regiment ein Schuß vor und ein Schuß hinter die Dörfer abgegeben. Dann forderte ein Parlamentär die Besatzung auf, sich zu ergeben. Als das abgelehnt wurde, gabelte das Fußart.Rgt. 5 mit zwei Schüssen ihrer schweren Artillerie die Dörfer ein. Und wieder trat ein Parlamentär vergeblich in Funktion. Erst dann begann der Angriff. Hauptmann *Petzel* hatte mich aufgefordert, mit ihm den Angriff der 50er als Schlachtenbummler zu begleiten, so wenig fürchteten wir ernste Angriffe auf Rawitsch. Über Christiänchen, dann über gefrorene Wiesen und den Bach Dombroczna kamen wir nach Gründorf. Gewehrfeuer der Polen, das vom Eise abprallte, blieb wirkungslos. Im Dorfe trafen wir die 6. Grenadiere, an ihrer Spitze Lt. *Kraft*. Die Polen flohen Hals über Kopf nach Osten, ein Stückchen verfolgten wir sie. Mir begegneten zwei 50er, die einen Polen zum Verbandsplatz trugen. Er hatte bei der Flucht einen Schuß ins Gesäß bekommen, als er sich gerade hingeworfen hatte. Die deutschen Soldaten hatten die Wunde untersucht, aber unterlassen, dem Verwundeten die Hose wieder hochzuziehen. Als ich dazu kam, hatte der eine deutsche Soldat gerade festgestellt, daß er aus demselben Dorf wie der Pole stammte, und erkundigte sich nach gemeinsamen Bekannten. Währenddessen wurde die Wunde im Schnee gekühlt! Ich forderte die Soldaten auf, den Verwundeten schnellstens zum Verbandsplatz zu tragen, aber schon nach wenigen Schritten setzten sie ihn wieder mit seiner blanken Hinterseite in den Schnee. Jetzt nämlich wollte sein deutscher Bekannter wissen, ob der Pole bei dem Überfall auf Christiänchen dabeigewesen sei. Auf meinen

Befehl setzten sie dann aber den Weg zum Verbandsplatz fort, nachdem der Pole beteuert hatte, daß er überhaupt nur zwangsweise an den Kämpfen teilnehmen müsse.

Lt. d. Res. *Kraft,* der an den Kämpfen bei den 6. Grenadieren teilgenommen hat, berichtete mir in einem Brief vom 16. 2. 1967, daß die 6. Grenadiere von Neudorf aus ohne wesentlichen Widerstand der Polen in Wydawy und Gründorf eingedrungen seien. Nach Einbruch der Dunkelheit hätten sich die 50er, deren Angriffsziel vom Nordteil Gründorfs bis etwa Stwolno reichte und die die linke Flanke der 6. Grenadiere gesichert hatten, ohne Befehl wieder nach Rawitsch zurückgezogen. Die Polen hätten die Orte wieder umzingelt, der Führer des II. Btl./Gren.Rgt. 6 Hauptmann *Maager* hätte mit seinen Leuten beide Orte nicht halten können und habe sich daher gezwungen gesehen, sich unter Verlust von einem Toten, sieben Verwundeten und zwei Vermissten wieder nach Neudorf durchzuschlagen. Von da ab blieb Gründorf-Wydawy in polnischer Hand. Leid hätten einem nur die deutschen Einwohner tun können, die sich bei dem kurzen Aufenthalt der deutschen Soldaten in den Dörfern bitter über die Plünderungen durch die Polen beklagt hätten. In der Geschichte des Inf.Rgt. 50 wird der Rückzug der 50er damit begründet, daß die Dörfer wegen des sumpfigen Geländes doch nicht hätten gehalten werden können. Das kann nicht der wahre Grund gewesen sein, da starker Frost herrschte und das Gelände gut passierbar war.

Dem deutschen Grenzschutz ist vielfach von polnischer Seite der Vorwurf gemacht worden, es sei „Gesindel“ gewesen, wahre Verbrecher hätten sich in ihm gesammelt. Das ist natürlich Unsinn. Für die regulären Regimenter galt das schon gar nicht. Immerhin muß man berücksichtigen, das nach einem so langen Kriege junge Leute oft nichts anderes kannten als den Soldatenberuf und schwer in ein ziviles Leben zurückfinden konnten. Solche Leute gab es auf deutscher wie polnischer Seite. Kriegführen war für sie Lebensinhalt geworden. Auch in meinem Regiment befanden sich Polen, die gegen ihre Landsleute kämpften. Es wiederholte sich eine Erscheinung aus vergangenen Zeiten, in denen nicht die Nationalität entscheidend war. Man war eben Soldat, „Landsknecht“, kämpfte für Sold und Verpflegung und war froh, wenn man Befehle bekam, über deren Sinn man nicht nachzudenken brauchte. In diese Kategorie der Söldner die Masse des Grenzschutzes einreihen zu wollen, ist in höchstem Grade unangebracht und ungerecht. So wie die Polen für sich patriotische Gefühle als Beweggrund für ihre Teilnahme an den Grenzkämpfen in Anspruch nehmen, muß man auch für den deutschen Grenzschutz Vaterlands- und Heimatliebe als treibende Kraft für ihre Bereitschaft anerkennen, das höchste Opfer zu bringen. Das gilt besonders für die Deutschen, von denen ja keiner gezwungen war, nach der Demobilmachung weiter zu dienen, während die Polen zum größten Teil zwangsrekrutiert waren. Diffamierende Kollektiv-Urteile über die Grenzschutzkämpfer sollten daher unterbleiben. Gerade weil Ausnahmen die Regel bestätigen, will ich ein Beispiel anführen, das zugleich zeigen kann, wie man auf deutscher Seite mit solchen Landsknechtsnaturen verfuhr.

Die einzige undisziplinierte Truppe in Rawitsch war ein Freiwilligenbataillon. Ein Leutnant hatte es aus eigener Initiative um sich gesammelt. Er war der einzige Offizier im Bataillon, konnte sich aber gegen seine Leute nicht durchsetzen. Uns war nur bekannt, daß seine Leute kampferprobte Soldaten waren, die sich vor Tod und Teufel nicht fürchteten. Angehörige des Bataillons erschienen eigenartigerweise immer nur zu mehreren und in voller Bewaffnung gelegentlich in Rawitsch. Eines Abends im Februar rief mich Hauptmann *Petzel* an, ich solle am nächsten Morgen früh mit der gesamten Batterie, 4 Geschützen und Munitionswagen mit scharfer Munition marschbereit am Dorfausgang von Massel stehen. Als Munition dürften keine Granaten mit empfindlichen Zündern mitgenommen werden. Das bedeutete, daß mit einem Schießen auf kurze Entfernungen gerechnet wurde. Da wir nicht nur Grenzschutz waren, sondern auch für den Fall eines Spartakus-Aufstandes in Breslau bereit sein sollten, nahm ich an, daß es nach der angegebenen Aufstellung dorthin gehen würde. Als Hptm. *Petzel* erschien, ließ er die Batterie anmarschieren, ritt aber selbst ein ganzes Stück

voraus und war auch mir gegenüber entgegen seiner sonstigen Gewohnheit schweigsam. Schließlich winkte er mich nach etwa einer halben Stunde heran, zeigte mir auf der Karte ein nahe der Eisenbahnlinie Rawitsch-Herrnstadt gelegenes Gut, befahl mir, pünktlich um ½10 Uhr dort zu sein — und ritt davon. Wir mußten längere Märsche im Trab einlegen, um die befohlene Zeit einzuhalten. An Ort und Stelle ließ Hptm. *Petzel* die Batterie antreten und machte uns mit dem Zweck des ganzen Unternehmens bekannt. Durch Wilddieberei, Holzeinschlag und -verkauf und durch unberechtigte Requisitionen hätte ein Freiwilligenbataillon dem Kreise großen Schaden verursacht. Da es in vorderster Stellung in Sarne oder in Friedrichsweiler und Karlsruh lag, habe man an Ort und Stelle nicht gegen das Bataillon vorgehen können. Auch hätte es auf irgendeine Weise erfahren, daß es zur Verantwortung gezogen werden solle. Jedenfalls habe man einen Bataillonsangehörigen in einer Nacht abgefaßt, als er von polnischer Seite zurückgekommen sei. Er habe gestanden, daß das Bataillon mit den Polen vereinbart habe, auf ihre Seite überzuwechseln, wenn es etwa entwaffnet oder vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollte. In dieser Situation sei es notwendig geworden, zunächst das Bataillon abzutransportieren, um es an anderer Stelle zu entwaffnen. Unter dem Vorwande, daß das Bataillon an die schlesisch-tschechische Grenze verlegt werden müsse, sei es gelungen, es auf dem Bahnhof zu verladen. Der Zug werde mit einem Offizier in Eisenbahneruniform neben dem Lokomotivführer hier vorbeikommen, halten, die Lokomotive abkoppeln und ein Offizier mit weißer Fahne das Bataillon auffordern, innerhalb von zehn Minuten die Waffen niederzulegen und dann wieder in den Zug zu steigen. Andernfalls müsse auf den Zug gefeuert werden, auch falls der Zug überhaupt nicht halten sollte. Niemand sei gezwungen, an der Entwaffnung teilzunehmen, falls er Bedenken hätte, eventuell gegen seine eigenen Landsleute die Waffen zu gebrauchen. Diese Bedenken hatte niemand. Unsere vier Geschütze wurden dann in Stellung gebracht, drei auf einer in etwa 300 m Entfernung parallel zur Eisenbahn verlaufenden Straße, eines direkt neben dem Geleise. Es sollte, falls der Zug nicht wie vorgesehen halten sollte, in die Lokomotive feuern! Die Haltestelle war so ausgesucht, daß sich dahinter ein von der Bartsch durchflossenes, unpassierbares Gelände befand. Diesseits der Bahn hatten das Goslarer Jägerbataillon und das Freiwilligenbataillon *von der Decken* in einem Halbkreis die Haltestelle abriegelt. Nach längerem Warten hörten wir den Zug herankommen. Er machte sich vor allem durch Schüsse bemerkbar, die sinnlos in die Gegend gefeuert wurden. Wir empfanden zu diesem Verhalten den eigenartigen Kontrast, daß der Zug mit zahlreichen schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt war. Die Schießerei aus dem Zuge hörte plötzlich auf, als die Soldaten unsere Stellungen bemerkten. Der Zug hielt, die Lokomotive trennte sich von den Wagen und fuhr ein Stück weiter. Wie vorgesehen, forderte ein Offizier das Ablegen der Waffen. Deutlich tönten zu uns die Rufe „Verrat" herüber. Aber dann wurden die Waffen an der vom Offizier bestimmten Stelle niedergelegt, und wir waren froh, nicht in Aktion treten zu müssen. Die Lokomotive kam zurück und brachte das Bataillon nach Glogau zur Aburteilung vor dem Kriegsgericht. Es kam aber wohl doch nur zu einer Entlassung der Leute. Wir aber bezogen wieder unsere Grenzschutzstellungen. Unsere Geschützstände charakterisierten übrigens die Kampfesart im Raum Rawitsch dadurch, daß sie ohne Deckung auf freiem Felde standen, noch besonders deutlich zu erkennen, da neben ihnen schwarz-weißrote Fahnen flatterten. Wir hatten ja weder polnische Artillerie noch polnische Flieger zu befürchten.

Noch eine andere Episode sei erwähnt: Ich berichtete bereits, daß die Polen nur nachts überfallartig angriffen und sich mit ihrer Beute möglichst schnell wieder in Sicherheit brachten. Gewöhnlich handelte es sich dabei um Pferde, die sie deutschen Gütern fortnahmen. Die deutsche Reaktion war, daß von polnischen Gütern ebenfalls Pferde geholt wurden. Dann kam es durch Parlamentäre zu Verhandlungen, und die Pferde wurden wieder ausgetauscht. Es mag Ende Februar oder Anfang März gewesen sein, als ich von der 1. Batterie fortkam und Ordonnanzoffizier beim Art.-Kommandeur Rawitsch wurde und wenige Tage später

Adjutant, da mein Vorgänger, Lt. *Sperl,* bei einem Sturz mit dem Pferde sich einen Arm gebrochen hatte. Als mein Nachfolger wurde ein Inf.-Offizier eingestellt, der sich freiwillig zum Grenzschutz gemeldet hatte. Als er bei mir erschien, hatte ich gerade keine Zeit, mich ihm länger zu widmen. Ich zeigte ihm nur auf der Karte den Verlauf unserer „Stellungen", d. h., die von uns besetzten Orte, und riet ihm, sich vom Futtermeister ein Pferd geben zu lassen, um die Stellungen abzureiten und kennenzulernen. Nach geraumer Zeit kam er mit folgendem Bericht wieder: Er sei durch Sarne geritten, an einer Feldwache vorbei weiter in Richtung Görchen. Er hätte geglaubt, der letzte Posten würde ihn darauf aufmerksam machen, daß hier die deutsche „Front" ein Ende habe. Der Posten wieder hielt das nicht für notwendig, weil er gewohnt war, daß wir auch sonst am Tage im Zwischengelände umherritten und über den Frontverlauf orientiert waren. Unser guter Leutnant ritt also weiter im Trabe auf das polnische Abschnittskommando in Görchen zu. Schon von weitem sah er einen Soldaten mit Gewehr sich entgegenkommen, erkannte aber zu spät den polnischen Adler an der Mütze, um noch umkehren zu können. Unbewaffnet, wie er war, dachte er angestrengt nach, wie er aus dieser Lage herauskommen könne. Im Schritt ritt er weiter. Bei dem Polen angekommen, entwickelte sich folgendes Gespräch: „Steigen Sie ab!" — „Warum?" — „Sie sind doch der Parlamentär?" — „Nein, der kommt gleich, ich sollte nur nachsehen, ob er erwartet würde. Was macht Ihr eigentlich in Görchen?" — „Machen wir nichts." — „Na, dann geht es Euch so wie uns in Rawitsch. Also warten Sie hier, der Parlamentär wird gleich kommen. Auf Wiedersehen!" — „Auf Wiedersehen!" Der glückliche Umstand, daß für diesen Tag wieder ein Parlamentär zu Verhandlungen erwartet wurde, machte es möglich, daß unser neuer Ordonnanzoffizier wieder umkehren und nach Rawitsch zurückreiten konnte, statt in Gefangenschaft zu geraten.

In Rawitsch bestand auch eine Ortsgruppe des „Bundes heimattreuer Posener", zu dessen Vorsitzenden ich gewählt worden war. Jeder Truppenteil hatte durch bestimmte Vertrauensleute Kontakt mit mir. Daß wir sonst nichts unternehmen konnen, war uns klar, hatte doch die Reichsregierung erklärt, daß sie Sold und Verpflegung sofort für uns sperren würde, falls wir Angriffe auf die Demarkationslinie unternehmen würden. Vertrauensmann beim Panzerzug war ein Pioniergefreiter. Lange nachdem ich im Sommer 1919 den Grenzschutz verlassen hatte — es mochten etwa zwei Jahre vergangen sein — fuhr ich mit dem Rade von Liegnitz nach Wahlstatt. An einer Eisenbahnschranke mußte ich einen Zug abwarten. Als der Bahnwärter den Weg freigab, kam er mir bekannt vor. Im Gespräch stellten wir schließlich fest, daß es der besagte Pioniergefreite war. Er erzählte, daß er während der Grenzschutzkämpfe mehrfach seine Braut im polnisch besetzten Görchen besucht habe. Schließlich sei er dann doch einmal auf dem nächtlichen Rückweg von einer polnischen Patrouille entdeckt und beschossen worden. Er sei am Oberschenkel verwundet worden, habe sich hingeworfen und das Feuer erwidert. Als es heller geworden sei, hätte sich die Patrouille zurückgezogen, er selbst habe sich kriechend zu den deutschen Linien retten können. Im Lazarett habe man ihm dann ein Bein amputieren müssen.

Diese geschilderten Erlebnisse mögen ein Beitrag zu dem Charakter der Grenzschutzkämpfe in Südposen sein. Sie können allerdings nicht als beispielhaft für andere Fronten des Grenzschutzes gesehen werden. Daß unser Abschnitt verhältnismäßig ruhig blieb, lag wahrscheinlich daran, daß selbst die Polen keine Hoffnung haben konnten, so überwiegend oder sogar rein deutsch besiedelte Gebiete besetzen zu können. Wir alten Frontsoldaten fühlten uns wie eine Grenzwache, die den gegenüberliegenden polnischen Soldaten an Kampfkraft so überlegen war, daß wir zu jeder Zeit den Vormarsch hätten antreten können. Daß es nicht dazu kam, lag an den politischen Entscheidungen der Reichsregierung, die unter dem Zwang der Entente handelte.

Zeittafel

1839	gründet der Arzt *Dr. Marcinkowski* das Hotel „Bazar", das spätere Hauptquartier der polnischen Aufständischen.
1840	*Dr. Marcinkowski* gründet den von den preußischen Behörden unterstützten polnischen „Verein für Unterrichtshilfe".
1848	Das Großherzogtum Posen wird preußische Provinz ohne Sonderstellung.
1866	Die polnischen Abgeordneten im Preußischen Landtag protestieren gegen die Einbeziehung des „Großherzogtums Posen" in den „Norddeutschen Bund".
1867	Die polnischen Abgeordneten im Norddeutschen Reichstag protestieren gegen die Einbeziehung des „Großherzogtums Posen" in den „Norddeutschen Bund".
1871	Erneuter Protest der polnischen Abgeordneten gegen die Einbeziehung der Provinz in das Deutsche Reich.
1871	Durch ein neues „Schulaufsichtsgesetz" wird die geistliche Schulaufsicht in Preußen beseitigt.
1872	Einführung der deutschen Unterrichtssprache an den Volksschulen in Schlesien und
1873	desgleichen in Posen/Westpreußen
1873	Gründung polnischer Bauernvereine durch den Gutsbesitzer *M. Jackowski.*
1876	Deutsch wird alleinige Geschäftssprache in allen Ämtern und Körperschaften.
1878	Westpreußen wird wieder selbständige Provinz.
1885	Gründung des Sokół [Falke] als Wehrsportverband.
1885/86	Ausweisungen von rund 32 000 Polen und Juden mit russischer oder österreichischer Staatsbürgerschaft aus Preußen (Rugi pruskie).
1886	Ansiedlungsgesetz. Die Ansiedlungskommission in Posen wird ins Leben gerufen.
1886	In Posen wird die polnische Landbank (Bank ziemski) gegründet.
1886	Gründung der Bank polnischer Genossenschaften (Bank spółek zarobkowych) in Posen.
	Referat im Literarisch-Slawischen Verein in Breslau: „Die Bestrebungen der Vereinigung Schlesiens mit Polen nach dem Jahre 1335". Es werden die polnischen Nationalhymnen „Boże, coś Polskę . . ." und „Jeszcze Polska . . ." gesungen. (*F. Szymiczek*, a. a. O., S. 25.)
1887	In der Schweiz wird die „Polnische Liga" gegründet (Geheimorganisation zur Wiedergewinnung von Unabhängigkeit und Freiheit).
1892	Gründung der „Polnischen Sozialistischen Partei" (PPS) in Warschau, Wilna und in der Schweiz.
1894	Die „Polnische Liga" wird umorganisiert und nennt sich jetzt „Nationale Liga" (Liga narodowa).
1901	Gründung der Geheimorganisation „Grupa narodowa", die „im Falle eines kriegerischen europäischen Konfliktes . . . tätig auf der Seite der Gegner Deutschlands auftreten" soll. (*F. Szymiczek*, a. a. O., S. 112.)
1903	Die „Nationaldemokratische Partei" (Endecja), die Partei *Roman Dmowskis*, greift auf alle drei Teilgebiete über.

1904		Preußisches Feuerstättengesetz zur Einschränkung polnischer Neusiedlungen. Der dadurch berühmt gewordene Wohnwagen des *Drzymała*.
1905		Gründung eines polnischen Schulvereins (Macierz Szkolna).
1906/07		Polnischer Schulstreik wegen teilweiser Einführung der deutschen Unterrichtssprache im katholischen Religionsunterricht.
1908		Enteignungsgesetz in Preußen.
1908		Preußisches Vereinsgesetz. Pflicht zum Gebrauch der deutschen Sprache.
1914	28. 6.	Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers *Franz Ferdinand* in Sarajewo.
	23. 7.	Österreich-Ungarn schickt Ultimatum an Serbien.
	28. 7.	Österreich-Ungarn erklärt Serbien den Krieg.
1914	1. 8.	Kriegserklärung Deutschlands an Rußland.
	3. 8.	Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich.
	4. 8.	Kriegserklärung Englands an Deutschland.
	14. 8.	Aufruf des russischen Oberkommandierenden *Nikolaj Nikolaevič* an die Polen zur Wiedervereinigung Polens unter dem Zepter des Zaren.
	16. 8.	Aufruf der polnischen Fraktion des österreichischen Reichsrats zur Bildung polnischer Legionen an der Seite der Mittelmächte.
	17. 9.	Die polnischen Abgeordneten der Duma *W. Jarosiński* und *Z. Balicki* legen ein Projekt vor, bei der russischen Armee polnische Legionen zu bilden.
	25. 11.	Entstehung eines Polnischen Nationalkomitees mit dem *Grafen Z. Wielopolski* an der Spitze. Das Ziel ist die Vereinigung Polens unter dem Zepter des Zaren.
1915	23. 5.	Italien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg.
	5. 8.	Die deutsche Armee nimmt Warschau ein.
	Aug.	Errichtung des Generalgouvernements Warschau.
	Herbst	Die Polnische Militär-Organisation (POW) tritt in Lublin an die Öffentlichkeit.
1916	Sept.	*Piłsudski* tritt als Kommandant der 1. Brigade zurück.
	4. 11.	Der österreichische Kaiser verkündet die Absonderung Galiziens im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie.
	5. 11.	Proklamation des Königreichs Polen als konstitutionelle Erbmonarchie durch die Mittelmächte.
	25. 12.	Befehl des Zaren an Armee und Flotte über die russischen Kriegsziele und die Vereinigung der polnischen Gebiete.
1917	14. 1.	Der Ende 1916 durch die Generalgouverneure der Mittelmächte gegründete „Provisorische Staatsrat", dem auch *Piłsudski* angehört, tritt in Warschau zusammen.
	22. 1.	Erklärung *Wilsons* für einen „Frieden ohne Sieg", für ein vereinigtes, unabhängiges und autonomes Polen.
	12. 3.	Ausbruch der Revolution in Rußland. Abdankung des *Zaren Nikolaus II.*
	20. 3.	Proklamation der „Provisorischen Russischen Regierung" für einen unabhängigen polnischen Staat „aus allen Gebieten, deren Bevölkerung in der Mehrheit aus Polen besteht".
	6. 4.	Eintritt der USA in den Krieg.
	9. 7.	Die Mehrzahl der polnischen Legionäre und der neu eingetretenen Soldaten verweigert den Eid über die Waffenbrüderschaft mit den Mittelmächten.
	13. 7.	Der Reichstag spricht sich für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen aus.

1917 19. 7. Friedensresolution des Reichstages.

21.—27. 7. tagt die Polnische Nationaldemokratische Partei in Moskau. Sie verlangt die Zerschlagung des „Preußischen Militarismus". Den Mittelmächten sollen die in ihrem Besitz befindlichen polnischen Länder abgenommen werden. Vereinigung aller polnischen Länder mit eigener Meeresküste und Weichselmündung wird gefordert.

22. 7. *Piłsudski* verhaftet und in Magdeburg interniert.

15. 8. Gründung eines „Polnischen Nationalkomitees" (PNK) in Lausanne; Vorsitzender *Roman Dmowski*. Das PNK wird am 20. 9. von Frankreich, im Oktober und November von Großbritannien, Italien und den USA anerkannt, verlegt seinen Sitz nach Paris.

27. 10. Bildung eines Regentschaftsrates in Warschau durch die Mittelmächte.

7. 11. Russische Oktoberrevolution.

5. 12. Waffenstillstand zwischen Rußland und Deutschland.

22. 12. Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk.

1918 5. 1. *Lloyd George* fordert einen unabhängigen polnischen Staat.

8. 1. *Wilson* verkündet seine „Vierzehn Punkte" als Grundlage für einen allgemeinen Weltfrieden.

12. 1. *Paderewski* im „Weißen Haus" bei Oberst *House*. Information wegen der Formulierung des Punktes 13.

9. 2. Friedensschluß Deutschlands mit der Ukraine.

11. 2. In einer Kongreßrede stellt *Wilson* als Grundsatz für den Friedensschluß auf: Keine Annexionen, keine Kriegsentschädigungen, kein strafrechtlicher Schadensersatz.

15. 2. Der Staatshaushaltsausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses berät über die „polnische Frage".

15./16. 2. Die 2. polnische Brigade unter Oberst *Haller* überschreitet die Front und gelangt über Murmansk nach Frankreich, wo sie in die neu aufgestellte polnische Armee eingereiht wird.

3. 3. Friedensvertrag von Brest-Litowsk.

28. 9. Das Polnische Nationalkomitee in Paris erhält uneingeschränkte Gewalt über die autonome polnische Armee in Frankreich und ernennt General *Haller* zum Oberbefehlshaber. Die Armee kämpft auf Seiten der Alliierten.

6. 10. Die polnischen Abgeordneten im Reichstag verlangen einen eigenen polnischen Staat mit einem Zugang zum Meer.

7. 10. Der Warschauer Regentschaftsrat verkündet die Unabhängigkeit der drei Teilgebiete Polens.

8. 10. *Dmowski* fordert in einer Denkschrift an *Wilson* für Polen die Provinzen Posen und Westpreußen, ganz Oberschlesien, drei Kreise von Niederschlesien und die Verbindung Ostpreußens mit Polen als autonome Provinz oder als selbständigen Kleinstaat.

28. 10. Aufruf des gesamten Posener Deutschtums gegen die polnischen Ansprüche auf preußisches Gebiet.

7. 11. In Lublin bildet sich eine „Vorläufige Volksregierung" der polnischen Linken.

8. 11. *Piłsudski* aus der Haft in Magdeburg entlassen.

9. 11. Gründung des geheimen polnischen „Bürgerkomitees" in Posen.

10. 11. Ausbruch der November-Revolution in Posen; Gründung von Arbeiter- und Soldaten-Räten, die unter polnischen nationalen Einfluß geraten.

1918		Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages zwischen Deutschland und der Entente im Walde bei Compiègne.
	11. 11.	*Piłsudski* übernimmt den Oberbefehl über die polnische Armee. Konstituierung des Obersten Polnischen Volksrates (OPV) in Posen.
	12. 11.	In Kolberg wird ein deutsches Armee-Oberkommando „Heimatschutz Ost“ gebildet.
	13. 11.	Polnische Vertreter des Soldatenrates dringen gewaltsam in das Posener Rathaus ein und erreichen unter Drohungen im Soldatenrat eine polnische Mehrheit.
	14. 11.	Die polnischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten fordern in einem Aufruf die Polen zum Eintritt in den A.- u. S.-Rat auf. Der OPV ruft dazu auf, militärische Formationen aufzustellen. Der Deutsche Volksrat in Posen und Wollstein wird gegründet.
	15. 11.	Polnischer Angriff auf das Bekleidungsamt in Posen.
	16. 11.	Die A.- u. S.-Räte verlangen statt des „Heimatschutzes Ost“ einen „Grenzschutz“ aus Soldaten, die aus der Provinz Posen stammen.
	16. 11.	Polnischer Angriff auf Fort 9 in Posen.
	17. 11.	Sitzung des Posener A.- u. S.-Rates wegen des „Grenzschutzes Ost“.
	18. 11.	Das Deutsche Reich („Rat der Volksbeauftragten“) erkennt die Warschauer Regierung an.
	19. 11.	Unterstaatssekretär *H. v. Gerlach* verhandelt in Posen mit dem OPV und berichtet in Berlin, daß in Posen alles ruhig sei.
	20. 11.	Polnischer Angriff auf die Militärbaracken am Kalischer Tor von Posen.
	21. 11.	Protest des OPV in Berlin gegen Entsendung eines Heimatschutzes in die Provinz Posen.
	22. 11.	*Piłsudski* wird „Vorläufiger Staatschef“ Polens.
	25. 11.	Aufruf des Deutschen Volksrates in Posen, deutsche Volksräte in der Provinz zu bilden.
	26. 11.	Gründung deutscher Volksräte in Lissa und Rawitsch.
	28. 11.	*Piłsudski* schreibt Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm auch in den preußischen Ostprovinzen aus.
	29. 11.	Der OPV begibt sich zu deutsch-polnischen Verhandlungen nach Berlin.
	1. 12.	Die deutsche Regierung löst den „Heimatschutz“ auf und ruft dafür einen „Grenzschutz“ ins Leben.
	2. 12.	Zusammenschluß der deutschen Volksräte zu einem Vereinigten Deutschen Volksrat Westposens in Posen und einem für den Netzegau in Bromberg.
	Dez.	Deutsche Wahlversammlungen der neuen Parteien für die Weimarer Nationalversammlung in Posen.
	3.—5. 12.	Tagung des polnischen Sejm für das preußische Teilgebiet, an der auch Polen aus dem Reich teilnehmen.
	12./13. 12.	„Deutscher Tag“ im Saale des Zoologischen Gartens in Posen; Gegenkundgebungen der Deutschen in Posen durch Straßenumzüge.
	15. 12.	Der Staatshaushaltsausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses berät über die polnische Frage. Die Minister *Hirsch* und *Ernst* verhandeln in Posen mit dem OPV. Es tagt ein Kongreß der Soldatenratsdelegierten des V. A.K. Die Warschauer Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zur Reichsregierung ab.
	21. 12.	Ein zentraler Soldatenrat für das V. A.K. wird, da er eine deutsche Mehrheit hat, vom Posener A.- u. S.-Rat nicht anerkannt.

1918	25. 12.	Geheime polnische Konferenz in Danzig mit *Paderewski, Korfanty* und anderen Polen in Gegenwart des Chefs der britischen Mission Oberst *Wade.*
	26. 12.	*Paderewski* kommt gegen den Willen und ohne Erlaubnis der Reichsregierung nach Posen.
	27. 12.	Ausbruch des Großpolnischen Aufstandes in Posen.
	30./31. 12.	Deutsch-polnische Verhandlungen in Posen (Minister *Ernst* und Unterstaatssekretär *Goehre*).
	31. 12.	Ausbruch des Spartakus-Aufstandes.
1919	2. 1.	Deutsch-polnische Verhandlungen in Hohensalza.
	4. 1.	Deutsch-polnische Verhandlungen in Bromberg.
	5. 1.	Der Flugplatz Ławica bei Posen wird von den Polen nach einem Kampf besetzt.
	8. 1.	Telegramm des OPV an die Regierung in Berlin wegen Übernahme der Verwaltung durch polnische Behörden.
	12. 1.	Der früher russische Offizier General *Dowbor-Muśnicki* wird Oberbefehlshaber der polnischen Truppen in Posen.
	14. 1.	Der OPV bittet das Nationalkomitee in Paris um Hilfe für den Aufstand.
	15. 1.	Der OPV bittet das Nationalkomitee um Druck auf die Entente, eine Demarkationslinie festzulegen.
		Deutsche Note an die englische Regierung wegen des Großpolnischen Aufstandes.
	18. 1.	Eröffnung der Friedenskonferenz in Paris.
	19. 1.	Deutsche Wahlen in Posen zur Nationalversammlung in Weimar.
	21. 1.	Note des OPV an die Alliierten wegen der deutschen Note an die englische Regierung
	22. 1.	In der Sitzung des Obersten Kriegsrates erklärt *Wilson,* daß *Paderewski* sich in einem Brief verpflichtet habe, die Entente nicht mit einem fait accompli zu überraschen.
	24. 1.	Sitzung des „Rates der Zehn". *Wilson* spricht eine feierliche Verwarnung aus, daß mit Gewalt erreichter Besitz die Ansprüche derer schädigt, die zu ähnlichen Mitteln Zuflucht genommen haben.
	25. 1.	Der OPV bittet das Nationalkomitee in Paris um Intervention bei den Alliierten zum Zwecke eines Waffenstillstandes.
	26. 1.	*Grabski* als Vertreter des OPV im Nationalkomitee begründet die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes mit den schwachen polnischen Kräften im Posenschen.
	1. 2.	Sitzung des „Rates der Zehn". Eine interalliierte Kommission soll im Posenschen an Ort und Stelle schlichten.
	2. 2.	Telegramm von *Foch* an *Nudant.* Befehl an die Deutschen, sich jeder Gewalt zu enthalten.
	2.—5. 2.	Deutsch-polnische Verhandlungen in Berlin.
	3./4. 2.	Polnische Angriffe auf Kramzig bei Bomst und gegen Rawitsch.
	3.—6. 2.	Angriffe auf Rawitsch.
	7. 2.	Deutscher Gegenangriff bei Rawitsch.
		Sitzung des Obersten Kriegsrates in Paris. *Clémenceau* schlägt Einmarsch im Westen vor, falls Polen weiterhin angegriffen wird.
	10. 2.	Die deutsche Regierung verwahrt sich gegen die in das Gebiet innerhalb der Reichsgrenzen von 1914 entsandte Kommission.
		Eröffnung des Verfassunggebenden Sejm in Warschau.

1919	10. 2.	Telegramm des Vorsitzenden der Interalliierten Waffenstillstandskommission *Nudant* an Marschall *Foch* wegen des Waffenstillstandes.
	12. 2.	Beschluß des „Rates der Zehn“. Bedingung für eine Verlängerung des Waffenstillstandes ist, daß die Deutschen sich jeder Offensivtätigkeit in Posen und auch anderswo enthalten. Eine alliierte Kommission trifft in Warschau ein.
	13. 2.	*Korfanty* berichtet der Kommission der Alliierten in Warschau über den Aufstand und die Lage in Posen.
	14. 2.	*Erzberger* verteidigt auf der Waffenstillstandskommission in Trier die deutschen Ansprüche. Festlegung der Demarkationslinie
	14. 2.	*Graf Brockdorff-Rantzau* berichtet der Nationalversammlung in Weimar über die Lage. Telegramm von *Paderewski* an die Alliierten wegen deutscher Offensive bei Bomst.
	15./16. 2.	Notenwechsel zwischen *Erzberger* und *Foch*.
	16. 2.	Vertrag über Verlängerung des Waffenstillstandes zwischen Entente und Deutschland und über eine Demarkationslinie in Trier unterzeichnet.
	17. 2.	Waffenstillstand in Großpolen abgeschlossen und Demarkationslinie erneut festgelegt.
	18. 2.	Waffenstillstand an der Lemberger Front.
	19. 2.	*Paderewski* schreibt an den Vorsitzenden der Interalliierten Kommission wegen des Schutzes der Polen westlich der Demarkationslinie.
	20. 2.	Sitzung der Interalliierten Kommission in Warschau. *Korfanty* beklagt sich über Verletzungen des Waffenstillstandes durch die Deutschen.
	21. 2.	Anerkennung der polnischen Regierung durch die Alliierten.
	22. 2.	Sitzung des Kommissariats des OPV mit General *Dowbor-Muśnicki* und General *Dupont*. Kampflinie soll Demarkationslinie sein. Sitzung der Interalliierten Kommission. Depesche an das Generalsekretariat der Friedenskonferenz wegen Bruchs des Waffenstillstandes durch die Deutschen.
	24. 2.	*Erzberger* wendet sich an General *Dupont* wegen Bruchs des Waffenstillstandes durch die Polen in den Bezirken Kempen und Birnbaum.
	25. 2.	General *Dupont* an OPV: Deutsches Kommando ist mit Einstellung der Kriegshandlungen auf der augenblicklichen Frontlinie völlig einverstanden.
	März	Im März werden fast täglich Depeschen wegen deutsch-polnischer Verhandlungen gewechselt. Streit um den Tagungsort Posen oder Bromberg.
	5. 3.	Erste Konferenz der Interalliierten Kommission in Kreuz unter deutscher Teilnahme.
	7. 3.	Zweite Konferenz. Schaffung einer Unterkommission betr. Demarkationslinie.
	8. 3.	Dritte Konferenz in Posen. General *Niessel* erweist Ehrerbietung gegenüber dem guten Willen der deutschen Delegation und ihrem versöhnlichen Geist, verlangt aber Auflösung des Grenzschutzes als „nicht reguläre Truppe“.
	11. 3.	Vierte Konferenz. Es wird verlangt, daß die deutsche Artillerie zurückgezogen wird.
	17.—19. 3.	Verhandlungen mit der deutschen Regierung werden abgebrochen. Deutschland lehnt die Landung der *Haller*-Armee in Danzig und die

1919 Zurücknahme der Artillerie aus der Kampflinie ab.

Telegramm der Interalliierten Kommission an das Generalsekretariat der Friedenskonferenz: Die Verhandlungen haben klar gezeigt, daß das deutsche Oberkommando von seiner Regierung völlig unabhängig ist. Es wird eine möglichst schnelle Festsetzung der Zukunft der „polnischen Provinzen“ Preußens gefordert.

25. 3. Memorial *Lloyd George's* über den Friedensvertrag und gegen die Zuteilung überwiegend deutscher Gebiete an Polen.

Interview *Erzbergers* über die Rede von *Noulens* und den Abbruch der Verhandlungen. Polen brechen täglich den Waffenstillstand.

28. 3. Antwort Frankreichs darauf.

4. 4. *Foch* und *Erzberger* unterzeichnen Abkommen über die Überführung der *Haller*-Armee auf dem Landwege.

7.—19. 4. Interalliierte Kommission tagt in Posen.

9. 4. Note von *Erzberger* an *Foch* wegen polnischer Angriffe, Plünderungen und Morde im Gebiet von Nakel.

17. 4. Beginn der Transporte der *Haller*-Armee über Lissa. Sie dauern mehrere Monate. Die Armee soll nur an der Ostgrenze Polens eingesetzt werden.

14. 5. Polnischer Angriffsbefehl auf Lissa, der Angriff wird durch deutsche Bekanntgabe des Befehls vereitelt.

22. 5. General *Smuts* stimmt in einem Brief an *Lloyd George* dessen Ansichten über den Friedensvertrag zu.

Einspruch der deutschen Delegation gegen die Friedensbedingungen. Minderheitenschutz wird verlangt.

3. 6. Antwort der polnischen Delegation auf die deutschen Bemerkungen zu deutsch-polnischen Grenzen.

16. 6. Ultimatum der Alliierten, die Alleinschuld Deutschlands und seiner Verbündeten am Kriege anzuerkennen (Art. 231 des Versailler Vertrages).

17. 6. Brief von *Hindenburg* an *Ebert:* „. . . im Osten imstande, die Provinz Posen wiederzugewinnen und unsere Grenzen zu behaupten“.

28. 6. „Kleiner Versailler Vertrag“ zwischen der Entente und Polen (Minderheitenschutz-Vertrag).

Unterzeichnung des Versailler Vertrages: Das Deutsche Reich muß ohne Volksabstimmung rund 43 000 qkm mit fast 3 Millionen Einwohnern, darunter etwa 1,1 Millionen Deutsche (nach der Volkszählung von 1910) an Polen abtreten.

1920 10. 1. Inkrafttreten des Versailler Vertrages. Die deutschen Truppen müssen die ohne Abstimmung Polen zugesprochenen Gebiete der Provinz Posen und Westpreußen räumen.

11. 7. Abstimmungen in Süd-Ostpreußen (2% für Polen) und im westpreußischen Abstimmungsgebiet (7,5% für Polen)

Anlage 5

Bibliographie zum Großpolnischen Aufstand *

Anmerkungen zur Bibliographie

Von den angegebenen Beiträgen zum Großpolnischen Aufstand hat *A. Loeßner* in seinem Buch nur sieben polnische Verfasser (*K. Rzepecki, A. Piotrowski, A. Próchnik, J. Tomaszewski, B. Hulewicz, Z. Wieliczka* (2 Arbeiten) und *St. Rybka*) mit acht Schriften ausgewertet. Es versteht sich von selbst, daß sich seit Erscheinen der *Loeßner*'schen Arbeit das Bild des Großpolnischen Aufstandes im polnischen Schrifttum wesentlich geändert hat. Es umfassend darzustellen, sollte erst in Angriff genommen werden, wenn die zum 50. Jahrestage 1968 zu erwartenden polnischen Beiträge erschienen und greifbar sind. Für eine solche Arbeit kann die hier angegebene Literatur eine Hilfe sein. Daher seien auch einige kurze Hinweise gegeben auf Werke, die Beachtung finden müßten. Nach *Loeßner* ist die Schrift von *K. Rzepecki*, der an führender Stelle im OPV in Posen stand, ein Standardwerk, weil sie sehr offenherzig geschrieben ist und auch die bereits während des Krieges getroffenen Aufstandsvorbereitungen nicht verheimlicht. Ebenso ist die sachliche Darstellung bei *B. Hulewicz* hervorzuheben. Trotz der Wertschätzung der Arbeit von *Rzepecki* führt *Loeßner* unter den bis 1933 erschienenen Berichten von polnischer Seite den bereits oben erwähnten Beitrag von *Wieliczka* (Wielkopolska a Prusy w dobie Powstania 1918/19) als den besten auf.
Eine sehr viel unfreundlichere Beurteilung erfährt *Wieliczkas* Buch „Von der Prosna bis Rawitsch" durch den „Kurjer Poznański" vom 22. 12 1936. Man spürt hier den Gegensatz des „preußischen" Polen, Anhänger der Endecja *Dmowskis*, zu dem „österreichischen" Parteigänger *Piłsudskis*, der seinerseits dem OPV zum Vorwurf macht, er habe sich mehr nach dem Nationalkomitee in Paris ausgerichtet als nach der Warschauer Regierung. Ganz aus dem Rahmen fällt *St. Rybka*, der auch von polnischer Seite nicht ernst genommen wird, mit seinen Übertreibungen und unrichtigen Behauptungen, mit denen er nach sieben Jahren preußischen Militärdienstes seine Minderwertigkeitsgefühle abzureagieren versucht. Von der Vorkriegsliteratur werden u. a. von *Loeßner* nicht berücksichtigt:

1. *W. Lipiński*, obwohl er interessante Informationen vor allem über die Aufstandsvorbereitungen bringt, sich dabei aber mehr auf das russische Teilgebiet beschränkt,
2. *M. Seyda*, der führend in Posen und später in Paris tätig war,
3. *J. Drwęski*, eine der Hauptgestalten im OPV,
4. *R. Dmowski*, Hauptrepräsentant Polens bei den Verhandlungen in Paris,
5. *W. Lewandowski.*

Die polnische Nachkriegsliteratur ist fast durchweg prosowjetisch eingestellt und verleugnet den Standpunkt, der im Zwischenkriegspolen eingenommen wurde, nach dem Polen seine Westgrenzen *R. Dmowski* und seine Ostgrenzen *J. Piłsudski* zu verdanken hat. Von den wichtigsten Arbeiten, die berücksichtigt werden müßten, seien aufgezählt:

1. Najnowsze Dzieje Polski mit Anführung von Dokumenten und Archivalien;
2. *H. Jabłoński*, der sehr sachlich schreibt;
3. Sprawy polskie na konferencji pokojowej, ein Buch, das den Kampf um einen für Polen günstigen Friedensvertrag schildert;
4. *H. Zieliński* in Historia Polski;

---

* Die „Anmerkungen zur Bibliographie" auf Seite 118—119 stammen von *Dietrich Vogt* aus dem Jahre 1967. Die dort gemachten Zahlenangaben berücksichtigen daher nicht die in die Bibliographie eingefügten neuesten Veröffentlichungen. — Die Bibliographie wurde bis zum Jahre 1978 von *Gotthold Rhode* fortgeführt. Da die Trennung nach Quellen und Darstellungen in vielen Fällen schwierig ist, wurde auf sie verzichtet. Die Anordnung ist nunmehr rein alphabetisch. Aus den Erscheinungsjahren wird deutlich, daß in Polen besonders in den Gedenkjahren 1958, 1968 und 1978 viel erschienen ist, im deutschen Bereich jedoch nichts. Polnische Titel wurden durchweg übersetzt.

5. *T. Komarnicki,* der sich in „Rebirth" z. T. auf *Wieliczka* beruft und in seiner Arbeit „Piłsudski a polityka wielkich mocarstw zachodnich" an polnischen Quellen vor allem *Piłsudski, Seyda* und *Dmowski* zitiert;
6. Dziesięć Wieków Poznania;
7. Powstanie Wielkopolskie 1918/19, herausgegeben von *Piwarski;*
8. Problem polsko-niemieki w Traktacie Wersalskim, herausgegeben von *Pajewski;*
9. *W. Łukaszewicz,* der aufschlußreiche Auskunft über die Tätigkeit der A.- u. S.-Räte gibt;
10. *St. Mackiewicz,* der zwar sehr flüssig, aber mehr journalisch-historiophilosophisch als streng historisch schreibt.

Soweit es im Rahmen unserer Arbeit möglich war, wurden diese Schriften berücksichtigt. Andere aus der Bibliographie wurden nicht erwähnt, da sie nur Wiederholungen früher veröffentlichter Literatur bringen. Ganz unwissenschaftlich verfährt *H. Baginski.*

Interessant ist die zeitliche Verteilung der polnischen Veröffentlichungen. Von den 111 angegebenen Arbeiten entfallen ziemlich genau je ein Drittel auf die Zeit bis 1928 (hauptsächlich „Erinnerungen"), auf die Zeit bis 1939 und auf die nach 1945. Dagegen könnte *T. Jabłoński* mit seiner Verlustliste des Großpolnischen Aufstandes mehr ausgewertet werden und einen guten Aufschluß über die Schwere der Kämpfe an den einzelnen Frontabschnitten in der Provinz Posen geben.

Gegenüber der polnischen Literatur nimmt sich die deutsche recht spärlich aus. Sieht man von den 25 Regiments-Geschichten ab, die nur im Anhang oder überhaupt nicht ihre Teilnahme am Grenzschutz erwähnen — am aufschlußreichsten sind die Regiments-Geschichten des Grenadier-Regiments Nr. 6 in Posen und des Goslarer Jäger Bataillons Nr. 10 —, bleiben in der aufgezählten, den Aufstand behandelnden Literatur noch 44 deutsche Veröffentlichungen übrig, von denen nur drei nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen sind. Im Rahmen ihrer umfassenderen Themenstellung konnten sie dem Aufstand nur wenig Platz einräumen. Es handelt sich dabei um:

1. *E. Eyck,* Geschichte der Weimarer Republik (1954);
2. Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (1957);
3. *G. Rhode,* Kleine Geschichte Polens (1965), 2. Aufl. als Geschichte Polens — Ein Überblick (1966).

Das einzige größere Werk vor 1939 ist das Buch von *G. Cleinow,* das, dem „Volkskanzler *Adolf Hitler*" gewidmet, mit seinen Unrichtigkeiten und Übertreibungen *St. Rybka* fast den untersten Rang streitig macht. Als brauchbare Gegendarstellungen müssen genannt werden:

1. *H. Frhr. v. Hammerstein,* der an den Waffenstillstandsverhandlungen in Trier teilgenommen hat,
2. *F. Vosberg,* der in einem Anhang 90 Auszüge aus deutschen und polnischen Zeitungen vom 11. 11. 1918 bis zum 4. 1. 1919 bringt, und
3. *R. Coester,* vormals Landrat von Jarotschin, der, zwar ohne Quellenangaben, eine besondere Kenntnis der Situation z. Zt. des Aufstandes in der Provinz Posen beweist.

Adamski, S(tanisław): Z życia i publicznej działalności biskupa Stanisława Adamskiego [Aus dem Leben und der öffentlichen Tätigkeit des Bischofs St. Adamski]. Kattowitz 1947.

Album Pamiątkowy powstańców ziem zachodnich R. P. 1918—1921 [Erinnerungsalbum der Aufständischen der Westgebiete der Republik Polen 1918—1921]. Nr. 1—6. Posen 1937—1939.

Altmann, H.: Das Füsilier-Regiment v. Steinmetz (Westpr.) Nr. 37 im Weltkrieg 1914—1918. Berlin-Charlottenburg 1931.

Angerstein und Schlemm: Das 2. Posensche Feldartillerie-Regiment Nr. 56 1914—1918. Berlin 1927.

Arens, (Oberstlt.): Das Kgl. Preuß. 7. Westpreußische Infanterie-Regiment Nr. 155. Berlin-Charlottenburg 1931.

Bagiński, Henryk: Polska i Bałtyk. Zagadnienie dostępu Polski do morza [Die Frage des Zuganges Polens zum Meer]. 3. Aufl. Warschau 1959. Engl.: Poland and the Baltic. The Problem of Poland's Access to the Sea. Übers. durch Peter Jordan. London 1946.

Balck: Das Jägerbataillon Nr. 10. Oldenburg/Berlin 1924.

Baran, F.: Zarys historii koła 10. pułku strzelców wielkopolskich w Poznaniu [Abriß der Geschichte des Vereins des 10. Großpolnischen Schützenregiments in Posen]. Posen 1935.

Basiński, Jan: O kolejowym transporcie sanitarnym w przebiegu Powstania Wielkopolskiego (1918—1919) [Über den sanitären Bahntransport im Verlauf des Großpolnischen Aufstandes 1918—1919]. In: Medycyna Komunikacyjna. 11. 1975. Nr. 5. S. 57—59.

Benary, (Oberstlt. a. D.): Das Kgl. Preuß. 1. Posensche Feldartillerie-Regiment Nr. 20. Berlin-Charlottenburg 1932.

Beutler, Karl: Erinnerungen an die Grenzschutzkämpfe bei Filehne 1919. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 12. 1936. T. 2. S. 131—139.

Biskupski, Antoni: Historja 61-go pułku piechoty wielkopolskiej [Geschichte des 61. Großpolnischen Infanterie-Regiments]. Bd. 1. Bromberg 1925.

Bloem, W.: Das Grenadier-Regiment Prinz Carl von Preußen (2. Brandenburgisches) Nr. 12. Berlin 1940.

Boehm, Max-Hildebert: Der Verrat des Ostens und das gefährdete Preußen. Ring-Flugschriften Nr. 2. Berlin o. J. [1921].

Bross, Kazimierz: Przyczynki do historji Powstania Wielkopolskiego. Nowy Tomyśl — Zbąszyń [Beiträge zur Geschichte des Großpolnischen Aufstandes. Neutomischel — Bentschen]. Posen 1935.

Brühl, (Rektor i. R.): Tirschtiegel wehrt den polnischen Angriff ab. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 10. 1934. T. 1. S. 26—52.

Bugowski, Jan: Uroczystości 50 rocznicy Powstania Wielkopolskiego 1918—1919 [Die 50-Jahresfeier des Großpolnischen Aufstandes 1918—1919]. In: Kronika Miasta Poznania. 1969. Nr. 3. S. 140—157.

Buławski, Mieczysław: Miasteczko nad frontem. Wspomnienia z roku 1919 [Ein Städtchen an der Front. Erinnerungen aus dem Jahre 1919]. Posen 1929.

Burchardi, K.: Das Füsilier-Regiment Generalfeldmarschall Graf Moltke (Schlesisches) Nr. 38. Oldenburg/Berlin 1928.

Bydgoszcz w dobie Powstania Wielkopolskiego [Bromberg zur Zeit des Großpolnischen Aufstandes]. Kollektivarbeit unter der Leitg. von Zdzisław Grot. Bromberg 1970.

Celichowski, Stanisław: Wyprawa zbąszyńska. Wspomnienia uczestnika [Der Bentschener Feldzug. Erinnerungen eines Teilnehmers]. Posen 1935.

Celichowski, Stanisław: Noc grudniowa. Ze wspomnień Dra. St. Celichowskiego [Eine Dezembernacht. Aus Erinnerungen . . .]. In: Powstaniec Wielkopolski. 1. 1936. Nr. 11; 2. 1937. Nr. 1, 5, 6.

Chrzanowski, B.: Pamiętnik [Memoiren]. Maschinenschrift o. J.

Churchill, Winston Spencer: Der Zweite Weltkrieg. Bd. 1: Der Sturm zieht auf. Bern 1948.

Ciesielczyk, A.: Walki o Wolsztyn i Osieczną powstańczej kompanii krzywińskiej z Krzywinia [Der Kampf um Wollstein und Storchnest der Aufständischen-Kompanie aus Kriewen]. In: Powstaniec Wielkopolski. Posen 1933.

Cleinow, Georg: Der Verlust der Ostmark. Die Deutschen Volksräte des Bromberger Systems im Kampf um die Erhaltung der Ostmark beim Reich. 1918/19. Berlin 1934.

Coester, Robert: Die Loslösung Posens. Berlin 1921.

Conférence de la Paix 1919—1920. Recueil des Actes de la Conférence. Partie IV. Commission des Affaires Polonaises. Paris 1928.

Czarna Księga, czyli wykaz szkód wyrządzonych polskości przez Komisję Kolonizacyjną

[Schwarzbuch oder Nachweis der dem Polentum durch die Ansiedlungs-Kommission zugefügten Schäden]. Lemberg 1906.

Czubiński, Antoni: Rewolucja 1918—1919 w Niemczech [Die Revolution in Deutschland von 1918/1919]. Posen 1977.

Czubiński, Antoni: Powstanie Wielkopolskie 1918/1919. Geneza, charakter, znaczenie [Der Großpolnische Aufstand 1918/1919. Entstehung, Charakter, Bedeutung]. Posen 1978. (Enthält auf den Seiten 480 bis 509 eine Bibliographie, die das polnische Schrifttum vollständig, das deutsche teilweise anführt.)

Czubiński, Antoni, Zdzisław Grot und Benon Miśkiewicz: Powstanie Wielkopolskie 1918—1919. Zarys dziejów [Der Großpolnische Aufstand. Abriß der Geschichte]. Warschau, Posen 1978.

Wielkopolski czyn powstańczy [Die großpolnische aufständische Tat]. Warschau 1972.

Dąbrowski, Jan: Wielka Wojna 1914—1918. Na podstawie najnowszych źródeł [Der große Krieg 1914—18. Nach den neuesten Quellen]. Bd. 2. Warschau 1937.

Demel, Czesław: Rozwój życia politycznego w Wielkopolsce na przełomie 1918—1919 roku [Die Entwicklung des politischen Lebens in Großpolen beim Jahreswechsel 1918/1919]. In: Studia i materiały do dziejów Wielkopolski i Pomorza. 11. 1974. H. 1. S. 53—87.

Denkschrift des Regierungspräsidenten von Bromberg und Stellvertretenden Oberpräsidenten von Posen, von Bülow, zur Lage an der Posener Kampffront vor Unterzeichnung des Versailler Diktats. Bromberg, den 26. 6. 1919. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 12. 1936. T. 2. S. 143—148.

Dmowski, Roman: Polityka polska i odbudowanie państwa [Die polnische Politik und der Wiederaufbau des Staates]. 2. Auflage. Warschau 1926.

Döring von Gottberg, (Generalmajor a. D.): Das Grenadier-Regiment Graf Kleist v. Nollendorf (1. Westpreußisches) Nr. 6. Der Weltkrieg. Berlin 1935.

Dowbor-Muśnicki, J. (Jenerałporucznik): Moje wspomnienia [Meine Erinnerungen]. Warschau 1935.

Drwęski, J., und A. W. Leszczyński: Powstanie Wielkopolskie a I. Poznański Pułk Garnizonowy [Der Großpolnische Aufstand und das 1. Posener Garnisons-Regiment]. Posen 1919.

Duncker, H., und H. Eisermann: Das Infanterie-Regiment v. Kluck (6. Pomm.) Nr. 49 im Weltkriege 1914—18. Oldenburg/Berlin 1927.

Dziennik Polskiego Sejmu Dzielnicowego w Poznaniu w grudniu 1918 [Tagebuch des polnischen Teilgebiets-Sejms in Posen im Dezember 1918]. Posen 1918.

Dziesięć wieków Poznania. Praca zbiorowa [Zehn Jahrhunderte Posen. Hrsg. vom National-Museum in Posen]. Bd. 1. Posen/Warschau 1956. S. 213—284.

Erinnerungsblatt des ehemaligen Kgl. Preuß. Hinterpommerschen Feldartillerie-Regiments Nr. 53. Bearb. und hrsg. vom Vorstand der Offiziers-Vereinigung. Oldenburg o. J.

Eyck, Erich: Geschichte der Weimarer Republik. Bd. 1. Zürich 1954.

Fenrych, Tadeusz: Próba syntezy Powstania Wielkopolskiego 1918—19 [Versuch einer Synthese des Großpolnischen Aufstandes 1918—19]. Posen 1928.

Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919. 12 Bde. Washington 1941—1947.

Na froncie północnym Powstania Wielkopolskiego 1918—1919. Wspomnienia [An der Nordfront des Großpolnischen Aufstandes 1918—1919. Erinnerungen]. Posen 1973.

Gerlach, Hellmut von: Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik. Flugschriften des Bundes Neues Vaterland. Nr. 14. Berlin o. J. (1919).

Glück, (Major a. D.): Erlebnisse während der Polenkämpfe um Lissa und in Oberschlesien im Jahre 1919. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 14. 1938. T. 2. S. 93—99.

Gomolec, Ludwik: Z lat walki powiatu poznańskiego 1918—1945. W XX-lecie PPR.

[Aus Jahren des Kampfes des Kreises Posen 1918—1945. Zum 20-jährigen Bestehen der PPR.] Posen 1962.

Gräfe, G.: Paul von Hindenburg. Leipzig 1935.

Grochowski, Stefan: Dzieje wojenne Rogoźna [Geschichte Rogasens im Kriege]. Rogasen 1936.

Grot, Zdzisław: Literatura o Powstaniu Wielkopolskiem [Literatur über den Großpolnischen Aufstand]. In: Rocznik Związku Weteranów Powstań Narodowych R. P. 1914/19 w Poznaniu. Posen 1935. S. 97—110.

Grot, Zdzisław: Powstanie Wielkopolskie. Chronologiczne zestawienie wypadków [Der Großpolnische Aufstand. Chronologische Zusammenstellung der Ereignisse]. In: Kronika Miasta Poznania. 21. 1948. Nr. 4. S. 257—278.

Grot, Zdzisław: Powstanie Wielkopolskie (w 30. rocznicę wybuchu) [Der Großpolnische Aufstand (zum 30. Jahrestag seines Ausbruches)]. In: Przegląd Zachodni. 4. 1948. Nr. 12. S. 611—654.

Grot, Zdzisław: Orężny czyn Powstania Wielkopolskiego [Die Waffentat des Großpolnischen Aufstandes]. In: Powstanie Wielkopolskie 1918—1919. Posen 1958.

Grot, Zdzisław: Powstanie Wielkopolskie 1918—1919 [Der Großpolnische Aufstand 1918—1919]. Posen 1968.

Grygier, Tadeusz: Powstanie Wielkopolskie a plany wyzwolenia reszty ziem zachodnich Polski [Der Großpolnische Aufstand und die Befreiungspläne für den Rest der Westgebiete Polens]. In: Przegląd Zachodni. 4. 1948. Nr. 12. S. 655—670.

Grygier, T.: Sytuacja polityczno-wojskowa w zachodniej części Wielkopolski w dniach powstania 1918/1919 roku [Die politische und militärische Lage im Westen Großpolens in den Tagen des Aufstandes 1918/1919]. In: Studia z historii Powstania Wielkopolskiego 1918/1919 roku. Posen 1962.

Grzeczka, P.: Moje wspomnienia z walk o niepodległość Polski [Meine Erinnerungen an den Kampf um die Unabhängigkeit Polens]. Budzyń 1937.

Grzesiecki, P.: Opis Bukowca Górnego i jego działalność w Powstaniu Wielkopolskiem w 1918/19 r. [Beschreibung von Bukowiec Górny und seine Tätigkeit im Großpolnischen Aufstand]. Bukowiec Górny 1935.

Guderian, Heinz: Erinnerungen eines Soldaten. Heidelberg 1951.

Hammerstein, Hans Frhr. von: Der Waffenstillstand 1918—1919 und Polen. Berlin 1928.

Hanyż, A.: Ziemia szamotulska w walce o wolność 1793—1919 [Das Gebiet von Samter im Kampfe um die Freiheit 1793—1919]. Samter 1939.

Hęciak, Paweł: 48-ma rocznica Powstania Wielkopolskiego [Der 48. Jahrestag des Großpolnischen Aufstandes]. In: Przegląd Zachodni. Miesięcznik Związku Polskich Ziem Zachodnich. 17. Jg. London 1966. Nr. 11—12 (184—185). S. 7—15.

Helmolt, Hans: Hindenburg — das Leben eines Deutschen. Berlin 1926.

Henke, A.: Harcerz czarnkowski w walce o niepodległość Polski [Die Pfadfinder von Czarnikau im Kampf um die Unabhängigkeit Polens]. In: Powstaniec Wielkopolski. Posen 1937.

Historia Polski [Geschichte Polens]. Bd. IV: 1918—1939. Teil I: 1918—1926, Abschn. I—XIII (1918—1921). Hrsg. von Leon Grosfeld u. Henryk Zieliński. Warschau 1969.

Holzer, Jerzy, (Bearb.): Rozmowa Piłsudskiego z hrabią Kesslerem [Die Unterredung Piłsudskis mit dem Grafen Kessler]. In: Kwartalnik Historyczny. 68. 1961. S. 447—450.

Hulewicz, Bohdan: Powstanie Wielkopolskie. Przyczynek do dziejów przewrotu z listopada i grudnia 1918 roku [Der Großpolnische Aufstand. Ein Beitrag zur Geschichte des Umsturzes im November und Dezember 1918]. Zamość o. J. [1920].

Igielski, Jan Andrzej: Stan archiwaliów dotyczących Powstania Wielkopolskiego, znajdujących się w Centralnym Archiwum Wojskowym [Der Bestand der Archivalien

zum Großpolnischen Aufstand im Zentralen Heeresarchiv]. In: Zesz. nauk. WAP ser. hist. 1969. Nr. 20. S. 110—113.

Jabłoński, Henryk: Narodziny Drugiej Rzeczypospolitej 1918—1919 [Die Geburt der Zweiten Republik 1918—1919]. Warschau 1962.

Jabłoński, Henryk: Państwo a naród [Staat und Nation]. In: Kultura. 4. 1966. Nr. 19 v. 8. 5. 1966. S. 1 u. S. 6/7.

Jabłoński, Tadeusz, (Bearb.): Lista strat Powstania Wielkopolskiego 1918/1919 [Verlustliste des Großpolnischen Aufstandes 1918/19]. Warschau 1936.

Jedlina-Jacobson, Wojciech: Z ludem wielkopolskim przeciw zaborcom. Wspomnienia [Mit dem großpolnischen Volk gegen die Teilungsmächte. Erinnerungen]. Thorn 1936.

Jednodniówka z okazji odsłonięcia pomnika powstańców w Kobylinie dnia 25. 5. 1938 [Eintagsblatt gelegentlich der Enthüllung des Denkmals der Aufständischen in Kobylin am 25. 5. 1938]. Krotoschin 1938.

Jellenta, Stefan: Walki o Rawicz i Leszno w r. 1919 w świetle opracowań niemieckich [Die Kämpfe um Rawitsch und Lissa im Jahre 1919 im Lichte deutscher Bearbeitungen]. In: Niepodległość. 19. 1939. H. 2 (52). S. 165—186.

Jellenta, Stefan: Materiały dotyczące działań niemieckich w 1919 roku na froncie południowym Powstania Wielkopolskiego [Materialien zu den deutschen Kampfhandlungen im Jahre 1919 an der Südfront des Großpolnischen Aufstandes]. In: Materiały do Dziejów Wielkopolski i Pomorza. 10. 1970. H. 1. S. 131—159.

Jung, F.: Goslarer Jäger im Weltkriege. I. Bd. Das Hannoversche Jägerbataillon Nr. 10; mit Anhang: Das Freiwillige Hann. Jägerbataillon, das Batl. Kirchheim von Generalmajor a. D. Pflugradt. Hildesheim 1933.

Kaisenberg, E. M. von, und G. von Hirsch: Geschichte des Grenadier-Regiments König Wilhelm I. (2. Westpr.) Nr. 7 „Königsgrenadier-Regiment". Berlin 1927.

Kandziora, Karol: Działalność P.O.W. w Poznaniu. Przyczynek do historii P.O.W. zab. pr. w latach 1918/1919 [Die Tätigkeit der POW in Posen. Beitrag zur Geschichte der POW im preuß. Teilgebiet in den Jahren 1918/1919]. Warschau 1939.

Kartki robotniczych wspomnień. Z życia i walki w Wielkopolsce w latach 1918—1945 [Aus Arbeitererinnerungen. Vom Leben und Kampf in Großpolen in den Jahren 1918—1945]. Bearb. und hrsg. von Anton Czubiński u. Marian Olszewski. Posen 1972.

Kasprzak, Feliks: Moja praca dziennikarska [Meine Arbeit als Journalist]. Maschinenschrift o. J.

Kayser, Otto: Erlebnisse beim Grenzschutz in Lissa. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 18. 1942. T. 1/2. S. 89—93.

Kęszycki, Daniel: Wspomnienia z 1919/22. Księga 1: Udział Śremu w Powstaniu Wielkopolskim [Erinnerungen aus den Jahren 1919/22. Buch 1: Der Anteil Schrimms am Großpolnischen Aufstand]. Schrimm 1932.

Kinden, W.: Das 2. Pomm. Feldartillerie-Regiment Nr. 17. Berlin 1923.

Kittel, Z.: Oswobodzenie Gniezna i trzy tygodnie dalszych potyczek <28. XII. 1918—I. 1919> [Die Befreiung Gnesens und drei Wochen weiterer Gefechte]. Gnesen 1919.

Klanowski, Tadeusz: Germanizacja gimnazjów w Wielkim Księstwie Poznańskim i opór młodzieży polskiej w latach 1870—1914 [Die Germanisierung der Gymnasien im Großherzogtum Posen und der Widerstand der polnischen Jugend in den Jahren 1870—1914]. Posen 1962.

Knebel, Jerzy: Polityka socjaldemokracji niemieckiej w przededniu rewolucji listopadowej 1918 roku [Die Politik der deutschen Sozialdemokratie am Vorabend der November-Revolution 1918]. Warschau 1957.

Koch, P.: Das Niederschlesische Pionier-Bataillon Nr. 5. Zeulenroda 1928.

K o l l e n s c h e r, Max: Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit. Posen 1918—1920. Berlin 1925.

K o m a r n i c k i, Tytus: Piłsudski a polityka wielkich mocarstw zachodnich [Piłsudski und die Politik der westlichen Großmächte]. London 1952.

K o m a r n i c k i, Tytus: Rebirth of the Polish Republic. A Study in the Diplomatic History of Europe 1914—1920. Melbourne/London/Toronto 1957.

K o r m a r n i c k i, W.: Odbudowa państwowości polskiej [Der Wiederaufbau der polnischen Staatlichkeit]. Wilna 1929.

K o p c z y ń s k i, T.: W pierwszą rocznicę oswobodzenia ziemi leszczyńskiej [Zum ersten Jahrestag der Befreiung des Gebietes von Lissa]. Lissa 1930.

K o s t r z e w s k i, Józef: Mapa narodowościowa ziem dotychczasowego zaboru pruskiego na podstawie urzędowego spisu ludności z 1910 r. [Nationalitätenkarte des bisherigen preußischen Teilgebietes nach der amtl. Volkszählung von 1910]. Posen 1919.

K o z i c k i, Stanisław: Sprawa granic Polski na konferencji pokojowej w Paryżu [Das Problem der Grenzen Polens auf der Friedenskonferenz in Paris]. Warschau 1921.

K r a s u s k i, Jerzy: Zagadnienie polskie w polityce Wielkiej Brytanii, Francji i Stanów Zjednoczonych w czasie I wojny światowej [Die polnische Frage in der Politik Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten in der Zeit des I. Weltkrieges]. In: Problem polsko-niemiecki w Traktacie Wersalskim. Posen 1963. S. 156—180.

K r i e b e l, Friedrich Karl: Die Entwicklung der deutschen Volksratsbewegung in Westpreußen. In: Ost-Archiv und Heimatmuseum. Beilage zum „Ostland". Wochenschrift des Deutschen Ostbundes e. V. Jg. 1929. 3. Folge. S. 9—10; 4. Folge. S. 14—15; 5. Folge. S. 19—20; 6. Folge. S. 21—23; 7. Folge. S. 27; 8. Folge. S. 31—32; 9. Folge. S. 34—35.

K r i e b e l, Friedrich Karl: Die deutsche Volksratsbewegung in Westpreußen. In: Deutsche Ostmark. Sonntagsbeilage der Frankfurter Nationalpost Nr. 15 vom 9. 4. 1933.

K r i e b e l, Friedrich Karl: Der polnische Aufstand im Kreise Hohensalza und die Kämpfe um Argenau. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 10. 1934. T. 2. S. 48—60.

K r i e b e l, Friedrich Karl: Die deutsche Volksrätebewegung in den Provinzen Posen und Westpreußen von 1918—1920. In: Der Westpreuße. 10. 1958. Nr. 4. S. 7—8; Nr. 5. S. 6; Nr. 6. S. 10.

Kronika gostyńska. Jednodniówka regionalna 1. 1. 1929 [Chronik von Gostyn. Regionales Eintagsblatt].

K r o s i g k, Anton von: Das Kgl. Preuß. Dragoner-Regiment von Arnim (2. Brandenb.) Nr. 12 im Großen Kriege 1914/19. o. O. 1925.

Księga Pamiątkowa Powstania Wielkopolskiego [Erinnerungsbuch des Großpolnischen Aufstandes]. Bromberg 1925.

K u b i a k, Stanisław: Bibliografia historii Powstania Wielkopolskiego 1918—1919 [Bibliographie der Geschichte des Großpolnischen Aufstandes 1918—1919]. Posen 1963.

K u b i a k, Stanisław: Pięćdziesięciolecie Powstania Wielkopolskiego [Der 50. Jahrestag des Großpolnischen Aufstandes]. Warschau 1968.

K u b i a k, Stanisław: Niemcy a Wielkopolska 1918—1919 [Deutschland und Großpolen 1918—1919]. Posen 1969.

K u c n e r, Alfred: Powstanie Wielkopolskie w powiecie obornickim i walki nad Notecią w r. 1918/19 [Der Großpolnische Aufstand im Kreise Obornik und die Kämpfe an der Netze im Jahre 1918/19]. Obornik 1934.

K u m a n i e c k i, Kazimierz: Odbudowa państwowości polskiej. Najważniejsze dokumenty. 1912 — styczeń 1924 [Der Wiederaufbau der polnischen Staatlichkeit. Die wichtigsten Dokumente 1912 — Januar 1924]. Warschau 1924.

K u t r z e b a, Stanisław: Polska odrodzona 1914—1928 [Das wiedergeborene Polen]. Warschau 1928.

L a m l a, Josef: Der Aufstand in Posen. 2. Aufl. Berlin 1919.

Lewandowski, Włodzimierz: Jan Maciaszek, jego działalność w Powstaniu Wielkopolskim 1918—1919 [Jan Maciaszek, sein Wirken im Großpolnischen Aufstand 1918—1919]. Posen 1932.

Lewandowski, Włodzimierz: Wyniki Powstania Wielkopolskiego [Die Ergebnisse des Großpolnischen Aufstandes]. Posen 1936.

Lewandowski, W.: Bój o Szubin dnia 11. stycznia 1919 roku [Der Kampf um Schubin am 21. Jan. 1919]. Posen 1936—37.

Lewandowski, Włodzimierz: Udział Wielkopolski w odbudowie Rzeczypospolitej w latach 1918—1919 ze słowem wstępnym dr. M. Jabłczyńskiego [Der Anteil Großpolens am Wiederaufbau der Republik in den Jahren 1918—1919 mit einer Einleitung von Dr. M. J.]. Posen 1939.

Lipiński, Wacław: Walka zbrojna o niepodległość Polski 1905—1918 [Der bewaffnete Kampf um die Unabhängigkeit Polens 1905—1918]. 2. Aufl. Warschau 1935.

11-go Listopada 1918 w Poznaniu [Der 11. November 1918 in Posen]. Posen 1938.

Loeßner, Adolf: Der Abfall Posens 1918/19 im polnischen Schrifttum. Danzig 1933.

Loosch, G.: Das Kgl. Preußische Infanterie-Regiment König Ludwig III. von Bayern (2. Niederschlesisches) Nr. 47. Zeulenroda 1932.

Łossowski, Piotr: Zbrojny czyn ludu Wielkopolski (1918—1919) [Die bewaffnete Tat des großpolnischen Volkes 1918—1919]. Warschau 1970.

Lüttwitz, Frhr. v.: Das Ulanen-Regiment Kaiser Alexander III. von Rußland (Westpr.) Nr. 1 1913—1920. Oldenburg i. O. 1932. (Erinnerungsblätter deutscher Regimenter. Die Anteilnahme der Truppenteile der ehemaligen deutschen Armee am Weltkriege bearb. unter Benutzung der amtlichen Kriegstagebücher. Truppenteile des ehemaligen preußischen Kontingents. Der Schriftenfolge 348. Band.)

Łukaszewicz, W(itold): Rada Robotniczo-Żołnierska w Poznaniu 1918—1919 [Der Arbeiter- und Soldatenrat in Posen 1918—1919]. Thorn 1957.

Łukaszewicz, W(itold): Rady robotnicze, żołnierskie i chłopskie w Wielkopolsce i na Pomorzu Gdańskim w latach 1918—1920 [Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Großpolen und Pommerellen in den Jahren 1918—1920]. Danzig 1960.

Mackiewicz, Stanisław: Historja Polski od 11 listopada 1918 r. do 17 września 1939 r. [Die Geschichte Polens vom 11. November 1918 bis zum 17. September 1939]. London 1941. Deutsch: Marburg/Lahn 1956 (Wissenschaftliche Übersetzungen Nr. 30).

Mackiewicz, Stanisław: Polityka Becka [Die Politik Becks]. Paris 1964.

Manthey, Arno: Erinnerung an den Kampf um die Heimat. In: Grenzmärkischer Heimatkalender. 1934.

Materiały do historii Powstania Wielkopolskiego 1918/19 [Materialien zur Geschichte des Großpolnischen Aufstandes 1918/19]. H. 1. Posen 1938.

Miedziński, Florian: Poznań w okresie burżuazyjnego państwa polskiego. 1918—1939 [Posen im bourgeoisen polnischen Staat. 1918—1939]. In: Dziesięć wieków Poznania. Bd. 1. Posen/Warschau 1956. S. 213—284.

Miller, David Hunter: My Diary at the Conference of Paris. With Documents. 20 Bde. New York 1924—1926.

Moldenhauer, (Dr., Studienrat): Die Polenkämpfe im Abschnitt Schönlanke. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 10. 1934. T. 1. S. 53—58.

Mülmann, von, (Oberst a. D.): Geschichte des 4. Westpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 140. Berlin 1930.

Najnowsze Dzieje Polski. Materiały i Studia z okresu 1914—1939 [Neueste Geschichte Polens. Materialien und Studien aus der Zeit von 1914—1939]. Bd. 11. Warschau 1967.

Niemann, Alfred: Hindenburg im deutschen Schicksal. Stuttgart 1933.

Nogaj, Stanisław: Wspomnienia z walk pod Szubinem [Erinnerungen an die Kämpfe bei Schubin]. Kattowitz 1930.

Norden, A(lbert): Czego nas uczą dzieje Niemiec. O roli politycznej kapitału finansowego i junkierstwa [Was uns die Geschichte Deutschlands lehrt. Über die politische Rolle von Finanzkapital und Junkertum]. Warschau 1949.

Noskowiak, Wacław: Naprzód Wiara! Opowieści powstańca wielkopolskiego o walkach powstańczych w latach 1918/19 [Vorwärts, Kameraden! Erzählungen eines großpolnischen Aufständischen von den Aufstandskämpfen der Jahre 1918/19]. Posen 1935.

Oleksiński, Jerzy: Duchowieństwo katolickie Ziemi Lubuskiej wobec powstania w świetle nieznanych dokumentów [Die katholische Geistlichkeit des Lebuser Landes gegenüber dem Aufstand im Lichte unbekannter Dokumente]. In: Novum. 16. 1974. Nr. 1. S. 19—31.

Olszewski, Marian: Powstanie Wielkopolskie 1918—1919 [Der Großpolnische Aufstand 1918—1919]. Posen 1963.

Pamiętnik I. Zjazdu Niepodległościowców byłej Dzielnicy Pruskiej w Poznaniu 14. Stycznia 1934 r. [Buch der Erinnerung an die 1. Zusammenkunft der Unabhängigkeitskämpfer des ehemaligen preußischen Teilgebiets in Posen am 14. Januar 1934]. Posen 1935.

Pawłowski, Zygmunt: Ta głęboka wieś... Wspomnienia z Powstania Wielkopolskiego, okręg Lubiński, powiat Kościan, 1918—1919 [Dies flache Land... Erinnerungen vom Großpolnischen Aufstand, Bezirk Lubin, Kreis Kosten, 1918/19]. Posen 1935.

Perdelwitz, Richard: Der Posener Aufstand und die großpolnische Politik. (Dargestellt auf Grund polnischer Quellen). In: Grenzmärkische Heimatblätter. 11. 1935. T. 2. S. 3—45.

Petsch, W.: Sprawa polskiego dostępu do morza a zasada granic etnograficznych na konferencji pokojowej w Paryżu w roku 1919 [Der polnische Zugang zum Meer und der Grundsatz ethnographischer Grenzen auf der Friedenskonferenz in Paris im Jahre 1919]. In: Przegląd Zachodni. 14. 1958. Nr. 1. S. 47—57.

Piotrowski, Adam: 50 dni rządów Rady Robotników i Żołnierzy w Poznaniu [50 Tage Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates in Posen]. Posen 1919.

Pischke, Hermann: Der polnische Aufstand in Posen. In: Ostland-Kultur. Beilage zum „Ostland". Wochenschrift des Deutschen Ostbundes e. V. 13. Jg. Nr. 8 vom 16. 12. 1932. S. 29/30.

Pischke, Hermann: Das Denkmal der Posener Grenzschutzgefallenen in der Marienkirche zu Frankfurt/O. In: Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift im Wartheland. 3. 1942. H. 5/6. S. 145—160.

Piwarski, Kazimierz: Dzieje Prus Wschodnich w czasach nowożytnych [Geschichte Ostpreußens in der Neuzeit]. Bromberg/Danzig 1946.

Piwarski, Kazimierz: Dzieje Gdańska w zarysie [Abriß der Geschichte Danzigs]. Bromberg/Danzig 1946.

Piwarski, Kazimierz: Historia Śląska w zarysie [Abriß der Geschichte Schlesiens]. Kattowitz/Breslau 1947.

Piwarski, Kazimierz: Mocarstwa imperialistyczne i burżuazja polska a prawa Polski do morza i Pomorza [Die imperialistischen Mächte, die polnische Bourgeoisie und die Rechte Polens auf das Meer und Pommerellen]. In: Konferencja Pomorska. Warschau 1956. S. 221—349.

Pobóg-Malinowski, Władysław: Najnowsza historia polityczna Polski 1864—1945. Tom II, część I [Die neueste politische Geschichte Polens. Bd. II, T. I]. London 1956.

Pomykaj, Stanisław: Miasto Środa w latach 1919—1934 [Die Stadt Schroda in den Jahren 1919—1934]. Schroda 1936.

Ponath, G.: Die Geschichte des 5. Westpreußischen Infanterie-Regimentes Nr. 148. Diesdorf Bez. Breslau 1928.

Powstanie Wielkopolskie 1918—1919. Praca zbiorowa pod redakcją K. Piwarskiego [Der Großpolnische Aufstand 1918—1919. Gemeinschaftsarbeit unter der Redaktion von K. Piwarski]. Posen 1958.

Powstanie Wielkopolskie 1918/1919. (Artykuły i przyczynki) [Der Großpolnische Aufstand; Artikel und Beiträge]. Redigiert von Bogusław Polak. Kosten 1975.

Poznań Marszałkowi Piłsudskiemu 19. III. 1933 [Posen an Marschall Piłsudski zum 19. III. 1933]. Posen 1933.

Prauziński, L., und A. Ulrich: W marszu i w bitwie. Szlakiem powstańców wielkopolskich 1914—1920 [Auf dem Marsch und in der Schlacht. Der Weg der großpolnischen Aufständischen 1914—1920]. Posen 1939.

Próba syntezy Powstania Wielkopolskiego 1918—1919 [Versuch einer Synthese des Großpolnischen Aufstandes 1918—19]. Towarzystwo dla badań nad historją Powstania Wlkp. 1918/19. Tow. zap. sąd. w Poznaniu [Gesellschaft für Untersuchungen über die Geschichte des Großpolnischen Aufstandes 1918/19. E. V. in Posen]. Posen 1928.

Problem polsko-niemiecki w Traktacie Wersalskim. Praca zbiorowa pod redakcją Jana Pajewskiego [Das deutsch-polnische Problem im Versailler Vertrag. Gemeinschaftsarbeit unter der Redaktion von Jan Pajewski]. Posen 1963.

Próchnik, Adam: Rada Robotniczo-Żołnierska w Poznaniu w okresie przełomu 1918—1919 roku [Der Arbeiter- und Soldatenrat in Posen in der Zeit des Umbruches 1918—1919]. In: Niepodległość. 5. 1931/1932. H. 1 (9). S. 83—108; H. 2 (10). S. 258—281; H. 3 (11). S. 428—439.

Raasch, Otto: Aus den Kämpfen in Posen und Bentschen im Jahre 1918/19. In: Grenzmärkische Heimatblätter 14. 1938. T. 2. S. 99—103.

Recke, Walter: Die Wiederaufrichtung Polens in Versailles. Berlin 1928.

Reetz, W.: Die Grenzkämpfe gegen die Polen im Abschnitt Unruhstadt — Bomst im Februar 1919. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 11. 1935. T. 1. S. 3—17.

Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1918—1919. Berlin 1957.

Rhode, Gotthold: Kleine Geschichte Polens. Darmstadt 1965. 2. Auflage als Geschichte Polens — Ein Überblick. Ebenda 1966.

Riekhoff, Harald von: German-Polish relations 1918—1933. Baltimore 1971.

Rocznik Dziejów Powstania Wielkopolskiego 1918 [Jahrbuch der Geschichte des Großpolnischen Aufstandes 1918]. Posen 1947.

Rocznik Związku Weteranów Powstań Narodowych R. P. 1914/19 w Poznaniu [Jahrbuch des Veteranenvereins der nationalen Aufstände der Republik Polen 1914/19 in Posen]. Posen 1935.

Rogala, Władysław: Szkoła i nauczyciel w Powstaniu Wielkopolskim 1918/19 roku [Schule und Lehrer im Großpolnischen Aufstand 1918/19]. Warschau 1960.

Rogalski, Edmund: Kompanja kłeckowska 28./29. XII. 1918 do 19. II. 1919 [Die Kletzkoer Kompanie vom 28./29. 12. 1918 bis 19. 2. 1919]. Jarotschin 1936.

Roß, Friedrich: Die Besetzung der Stadt Rogasen durch polnische Aufständische. In: Ost-Archiv und Heimatmuseum. Beilage zum „Ostland“. Wochenschrift des Deutschen Ostbundes e. V. Jg. 1929. 12. Folge. S. 46—47.

Roß, Friedrich: Kämpfe an der Grenz-Netze im Frühjahr 1919. In: Ost-Archiv und Heimatmuseum. Beilage zum „Ostland“. Wochenschrift des Deutschen Ostbundes e. V. Jg. 1932. 1. Folge. S. 1—4.

Roßbach: Die Sturmabteilung Roßbach. Kulmsee 1919.

Rybka, Stanisław: Zerwane pęta. Karty z pamiętnika porucznika Stanisława Rybki. Wspomnienia z dnia rewolucji niemieckiej i powstania polskiego w Poznaniu 1918—19 r. [Gesprengte Fesseln. Tagebuchblätter des Lt's St.R. Erinnerungen an den Tag der deutschen Revolution und an den polnischen Aufstand in Posen 1918—19]. Posen 1919.

Rybka, Stanisław: Tajemnica 27. grudnia [Das Geheimnis des 27. Dezember]. In: Dziesiąta rocznica Powstania Wielkopolskiego [Der 10. Jahrestag des Großpolnischen Aufstandes]. Posen 1928.

Rządkowski, Ludwik: Wielkopolska pod władzą Rad Robotników i Żołnierzy oraz Naczelnej Rady Ludowej w r. 1918—1919 [Großpolen unter der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte und des Obersten Polnischen Volksrates 1918—1919]. H. 1. Schroda 1934.

Rzepecki, Karol: Powstanie grudniowe w Wielkopolsce 27. 12. 1918 [Der Dezember-Aufstand in Großpolen am 27. 12. 1918]. Posen 1919.

Rzepecki, Karol: Oswobodzenie Poznania 27. 12. 1918 — 5. 1. 1919 [Die Befreiung Posens vom 27. 12. 1918 bis 5. 1. 1919]. Posen 1923.

Sadkowski, Jan: Krotoszyn w powstaniu 1918/1919 roku [Krotoschin im Aufstand 1918/1919]. Ostrowo 1936.

Schmitz, Hans Jakob: Rawitsch im Abwehrkampf gegen die Polen. Leipzig 1927.

Schmitz, Hans Jakob: Die Zerreißung der deutschen Ostmark und die Entstehung der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen. Schneidemühl 1929.

Schmitz, Hans Jakob: Einzelbilder aus den Abwehrkämpfen gegen die Polen in der Provinz Posen im Jahre 1919 (Kampf um Rawitsch). In: Grenzmärkische Heimatblätter. 10. 1934. T. 1. S. 3—25.

Schmitz, Hans Jakob: Der Kampf der Deutschen Volksräte Westposens um die Erhaltung der Ostmark. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 10. 1934. T. 2. S. 3—47.

Schmitz, Hans Jakob: Schneidemühls Anteil an der Abwehr des polnischen Aufstandes und die Kämpfe im Grenzschutzabschnitt Schneidemühl 1918/19. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 12. 1936. T. 1. S. 3—52.

Schmitz, Hans Jakob: Der Kampf um Lissa. In: Grenzmärkische Heimatblätter 13. 1937. T. 2. S. 97—112.

Schmitz, Hans Jakob: Die Posener Grenzschutzkämpfe 1918/19. Schneidemühl 1938.

Schmitz, Hans Jakob: Der polnische Überfall auf Kleistdorf (Neu-Kramzig) in der Nacht vom 2. zum 3. Februar 1919. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 15. 1939. T. 2. S. 289—296.

Schönberg, H.: Das Leib-Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm III., 1. Brandenburgisches Nr. 8 im Weltkriege. Oldenburg 1924.

Schmidt, W., O. Winkelmann und O. Altermann: Das Kgl. Preußische Infanterie-Regiment Nr. 55 im Weltkriege. Zeulenroda 1934.

Selle, H. von, und W. Gründel: Das 6. Westpreußische Infanterie-Regiment Nr. 149. Berlin 1929.

Seyda, Marjan: Polska na przełomie dziejów. Fakty i dokumenty [Polen am Wendepunkt der Geschichte. Tatsachen und Dokumente]. 2 Bde. Posen/Warschau/Wilna/Lublin 1927, 1931.

Seymour, Charles (Hrsg.): The Intimate Papers of Colonel House. London 1926—1928.

Siuda, S.: Walki na odcinku wolsztyńskim [Die Kämpfe im Abschnitt von Wollstein]. In: Materiały do historii Powstania Wielkopolskiego 1918/19. Posen 1938.

Śliwiński, B.: Potyczka pod Osieczną [Das Scharmützel bei Storchnest]. In: Szkice i fragmenty z Powstania Wielkopolskiego 1918/19. Posen 1933.

Skiba, Mikołaj: Szamotuły w Powstaniu Wielkopolskiem 1918—1919 r. [Samter im Großpolnischen Aufstand 1918—1919]. Samter 1923.

Sobczak, Kazimierz: Walka zbrojna o zachodnie ziemie polskie w latach 1918—1921 [Der bewaffnete Kampf um die westlichen polnischen Gebiete in den Jahren 1918—1921]. In: Ref. Zesz. nauk. WAP Ser. hist. 1969. Nr. 20. S. 19—35.

Sommer, Hugo: Das Generalkommando in Posen von 1815 bis 1918. In: Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen. 19. 1930. S. 55—106.

Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały [Polnische Angelegenheiten auf der Friedenskonferenz in Paris 1919. Dokumente und Materialien]. Bd. 1. Warschau 1965.

Staszewski, Jacek: Rada Robotniczo-Żołnierska w Bydgoszczy 1918—1919 [Der Arbeiter- und Soldatenrat in Bromberg 1918—1919]. Thorn 1957 [Maschinenschrift].

Statistik des Deutschen Reiches für 1919. Hauptzusammenstellung der Abstimmungsergebnisse für die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 im Wahlkreis Nr. 8, bestehend aus der Provinz Posen.

Stephan, Karl: Der Todeskampf der Ostmark 1918/19. Die Geschichte eines Grenzschutzbataillons. 3. Aufl. Schneidemühl o. J. [1933].

Sturm, R(obert): Der Kampf um Lissa bei den Posener Grenzschutzkämpfen. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 17. 1941. T. 1/2. S. 3—7.

Swart, Friedrich: Diesseits und jenseits der Grenze. Leer/Ostfr. 1954.

Szkice i fragmenty z Powstania Wielkopolskiego 1918/19 [Skizzen und Fragmente vom Großpolnischen Aufstand]. Hrsg. von Z. Wieliczka. Posen 1933.

Szymiczek, Franciszek: Stowarzyszenia akademickie polskiej młodzieży górnośląskiej we Wrocławiu 1863—1918 [Die akademischen Vereinigungen der polnischen Jugend Oberschlesiens in Breslau 1863—1918]. Breslau/Danzig/Krakau 1963.

Tomaszewski, Jan: Walki o Noteć. Żnin — Łabiszyn — Szubin — Rynarzewo Rok 1918/19 [Kämpfe um die Netze. Znin — Labischin — Schubin — Netzwalde 1918/19]. Posen 1930.

Tröbst, H., und A. Leipold: Das Posensche Pionier-Bataillon Nr. 29. Berlin 1932.

Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. 1919.

Vogt, (Oberstlt. a. D.): Das 3. Niederschlesische Infanterie-Regiment Nr. 50 1914—1920. Berlin 1931.

Vosberg, Fritz: Die polnischen Organisationen. In: Ostland. Jb. f. ostdeutsche Interessen. 1. 1912. T. 2. S. 226—245.

Vosberg, Fritz: Der polnische Aufstand in seiner Entstehung. Die Vorbereitungen in der Provinz Posen im November/Dezember 1918. Berlin 1919.

Wenker, A.: Die entscheidenden Grenzschutzkämpfe um Bentschen im Januar 1919. In: Grenzmärkische Heimatblätter. 11. 1935. T. 1. S. 17—26.

Wieczyście pamiętny 27. grudnia 1918 r. [Der ewig denkwürdige 27. Dezember 1918]. Posen 1933.

Wieliczka, Zygmunt: Od Prosny po Rawicz. Wspomnienia z Powstania Wielkopolskiego 1918—1919 [Von der Prosna nach Rawitsch. Erinnerungen aus dem Großpolnischen Aufstand 1918—1919]. Posen 1931.

Wieliczka, Zygmunt: Tło polityczne Powstania Wielkopolskiego 1918/19 roku. Odczyt wygłoszony w Poznaniu dnia 16 sierpnia 1931 na zjeździe delegatów Związku b. Uczestników Powstań Narodowych R. P. [Der politische Hintergrund des Großpolnischen Aufstandes 1918—1919. Vortrag von Z. Wieliczka, gehalten am 16. 8. 1931 in Posen auf dem Kongreß der Delegierten des Verbandes ehemaliger Teilnehmer der nationalen Aufstände Polens]. In: Dziennik Poznański vom 20., 21. und 22. 8. 1931.

Wieliczka, Zygmunt: Wielkopolska a Prusy w dobie powstania 1918 [Großpolen und Preußen in der Zeit des Aufstandes 1918]. Posen 1932.

W i e l i c z k a, Zygmunt: Prawda a legendy powstania wielkopolskiego 1918—1919 [Wahrheit und Legenden im Großpolnischen Aufstand]. Curitiba 1961.

W i e l i c z k a, Zygmunt: Powiat witkowski w okresie rewolucji niemieckiej. 1918—1919 [Der Kreis Witkowo zur Zeit der deutschen Revolution 1918—1919]. Curitiba 1964.

W i e l i c z k a, Zygmunt: Na pożegnanie [Zum Abschied]. Vervielfältigtes Manuskript. São Paulo 1971. (Der Verfasser nimmt darin im südamerikanischen Exil noch zu einigen kontroversen Fragen in seinem Sinne Stellung).

Wielkopolska a powstania śląskie 1919—1921 [Großpolen und die schlesischen Aufstände 1919—1921]. Kollektivarbeit unter der Leitung von Krzysztof Rzepa. Posen 1973.

W i e r z e j e w s k i, W.: Tajne organizacje niepodległościowe w Wielkopolsce. Wielkopolska w pracy zbrojnej i obywatelskiej [Geheime Unabhängigkeitsorganisationen in Großpolen. Großpolen in bewaffneter und ziviler Arbeit]. Posen 1937.

W i l d e r, Jan A.: Wpływ rosyjskiej rewolucji październikowej na stanowisko zachodnich aliantów wobec sprawy polskiej [Der Einfluß der russischen Oktoberrevolution auf den Standpunkt der westlichen Alliierten in Bezug auf die polnische Frage]. In: Kwartalnik Historyczny. 64. 1957. H. 6. S. 3—23.

Poznańskie wspominki z lat 1918—1919 [Posener Erinnerungen an die Jahre 1918—1919]. Hrsg. von Tadeusz Kraszewski u. Tadeusz Świtała. Posen 1973.

Wspomnienia powstańców wielkopolskich [Erinnerungen großpolnischer Aufständischer]. Posen 1973.

Z a k r z e w s k i, Zdzisław: Walki o Rawicz. Wspomnienia z powstania. . . [Die Kämpfe um Rawitsch. Erinnerungen an den Aufstand. . .]. Rawitsch 1934.

Z a ł u b s k a, Cecylia: Polen nach dem I. Weltkrieg in den Augen eines deutschen Schriftstellers (Alfred Döblin). In: Studia Germanica Posnaniensia. 5. 1976. S. 29—35.

Zeitschrift „Deutscher Volksrat". Hrsg. von Fr. K. Kriebel. Kulmsee/Danzig 1919.

Z i e g l e r, Wilhelm: Volk ohne Führung. Das Ende des Zweiten Reiches. Hamburg 1938.

Z i e l i ń s k i, Henryk: Rola Powstania Wielkopolskiego i powstań śląskich w walce o zjednoczenie ziem zachodnich z niepodległą Polską (1918—1921) [Die Rolle des Großpolnischen Aufstandes und der oberschlesischen Aufstände im Kampf um die Vereinigung der Westgebiete mit dem unabhängigen Polen]. In: Droga przez półwiecze. O Polsce lat 1918—1968 [Der Weg durch ein halbes Jahrhundert. Polen von 1918 bis 1968]. Warschau 1969. S. 79—94.

Z i e l i ń s k i, Henryk: Załamanie władzy okupantów na ziemiach polskich i pierwsze próby utworzenia ośrodków władzy polskiej (X—XI 1918) [Das Zerbrechen der Herrschaft der Okkupanten in den polnischen Gebieten und die ersten Versuche der Bildung der polnischen Herrschaft Okt.—Nov. 1918]. In: Historia Polski. Bd. IV: 1918—1939. T. I: 1918—1926. Warschau 1969. S. 67—119.

Z i e l i ń s k i, Henryk: Organizowanie się państwa polskiego pod rządami Moraczewskiego. Walka z ruchem rewolucyjnym [Die Bildung des polnischen Staates unter der Regierung Moraczewski. Der Kampf mit der revolutionären Bewegung]. Ebenda. S. 119—182.

Z i p f e l, Ernst: Geschichte des Grenadier-Regiments zu Pferde Freiherr von Derfflinger (Neumärkisches) Nr. 3. Berlin 1929.

Z i p f e l, Ernst: Geschichte des Ulanen-Regiments Prinz August von Württemberg (Pos.) Nr. 10. Berlin 1932.

Z u n e h m e r, von, (Oberst a. D.): Das Infanterie-Regiment Graf Kirchbach (1. Niederschlesisches) Nr. 46 im Weltkriege 1914/18. Berlin 1935.

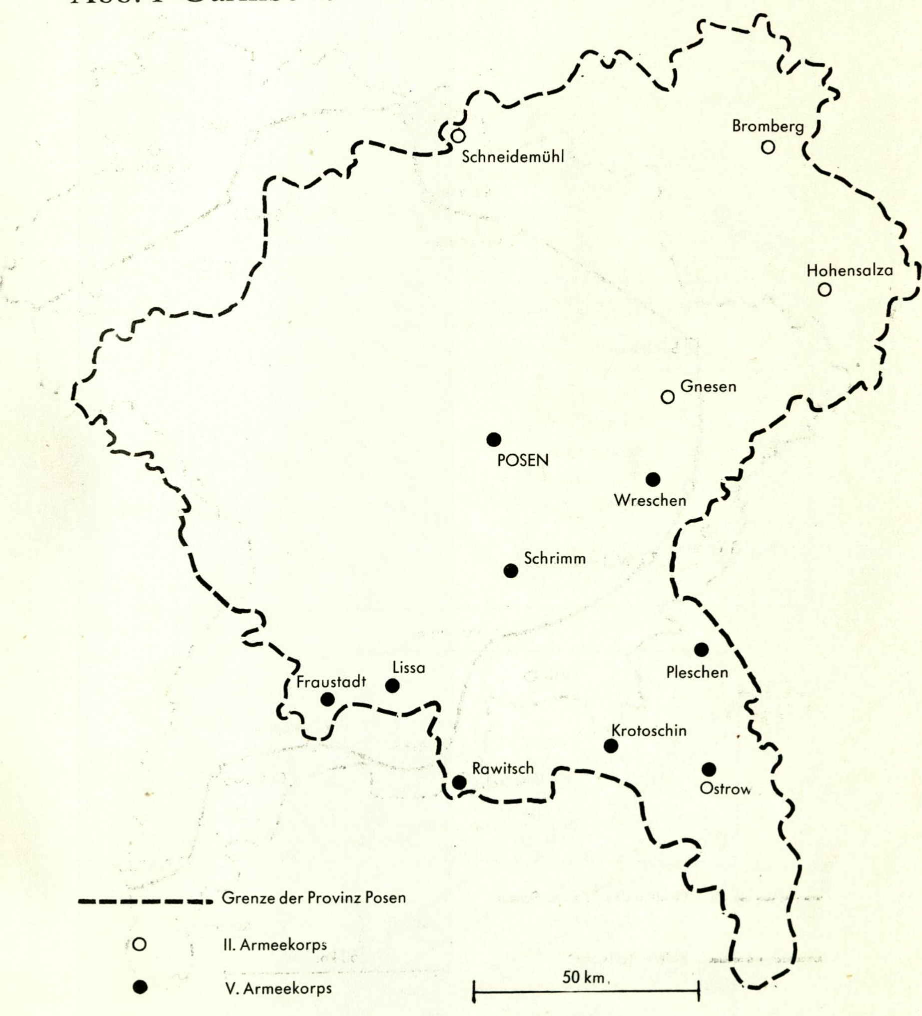
PERSONENVERZEICHNIS

Steile Seitenzahlen beziehen sich auf politisch oder militärisch handelnde Personen, *kursive* auf solche, die publizistisch tätig waren oder sind oder dem Verfasser mündlich oder schriftlich Auskünfte über historische Geschehnisse erteilt haben. Die Bibliographie zum Großpolnischen Aufstand (Seite 118 ff.) sowie der Kartenanhang werden in diesem Verzeichnis nicht berücksichtigt.

ORTSVERZEICHNIS

Die Stichwörter „Polen“, „Deutschland“ und „Posen“ wurden nicht in das Verzeichnis aufgenommen. Die mit * gekennzeichneten Orte der preußischen Ostprovinzen gehörten auch nach 1919/20 zum Deutschen Reich bzw. zur Freien Stadt Danzig. Die Bibliographie zum Großpolnischen Aufstand (Seite 118 ff.) sowie der Kartenanhang werden in diesem Verzeichnis nicht berücksichtigt.

Abb. 1 Garnisonstädte in der Provinz Posen



Vom II. A. K. lag die 4. Inf. Div. im Reg.-Bez. Bromberg, vom V. A. K. die 10. Div. im Reg.-Bez. Posen. Zu ihr gehörte auch das Ulanen-Rgt. Nr. 1 in Militsch (Reg./Bez. Breslau). Dagegen gehörte die Garnison Fraustadt und, außerhalb der Provinz Posen, das Ulanen-Rgt. Nr. 10 in Zullichau (Reg.-Bez. Frankfurt/Oder) zur 9. Inf. Div. (Reg.-Bez. Liegnitz), deren Stab in Glogau lag.

Abb. 2 Verlauf der polnischen Front Anfang Januar 1919

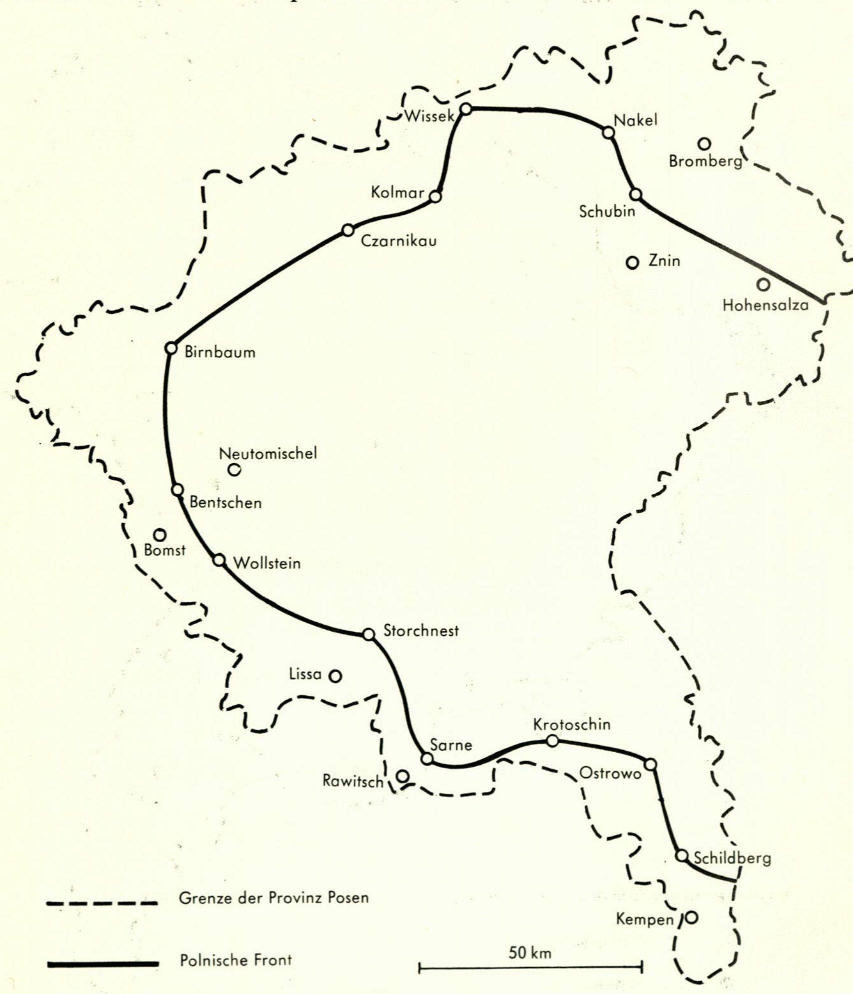
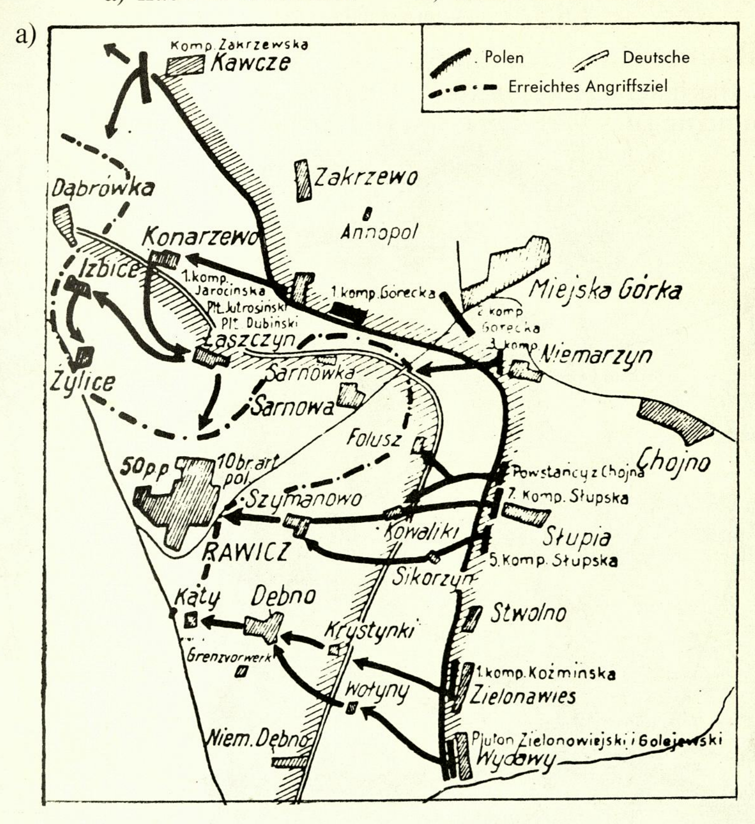


Abb. 3 Kartenskizzen zum Kampf um Rawitsch

a) nach Z. Wieliczka   b) nach H. J. Schmitz

a)



b)

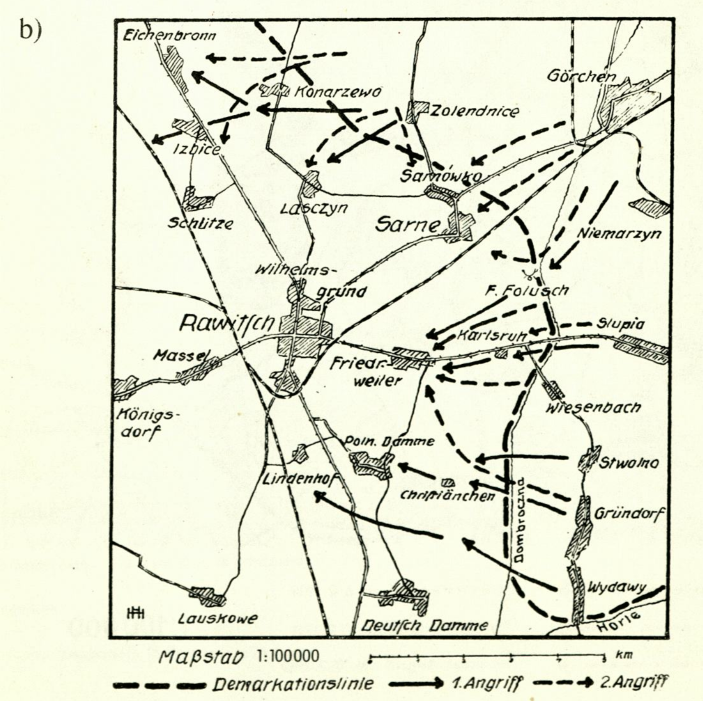


Abb. 3c Die deutschen Gegenangriffe im Raume Rawitsch am 6., 7. und 10. Februar 1919
(nach der Geschichte des Inf. Rgt. Nr. 50 und eigener Erinnerung des Verfassers; von H. J. Schmitz nicht erwähnt)

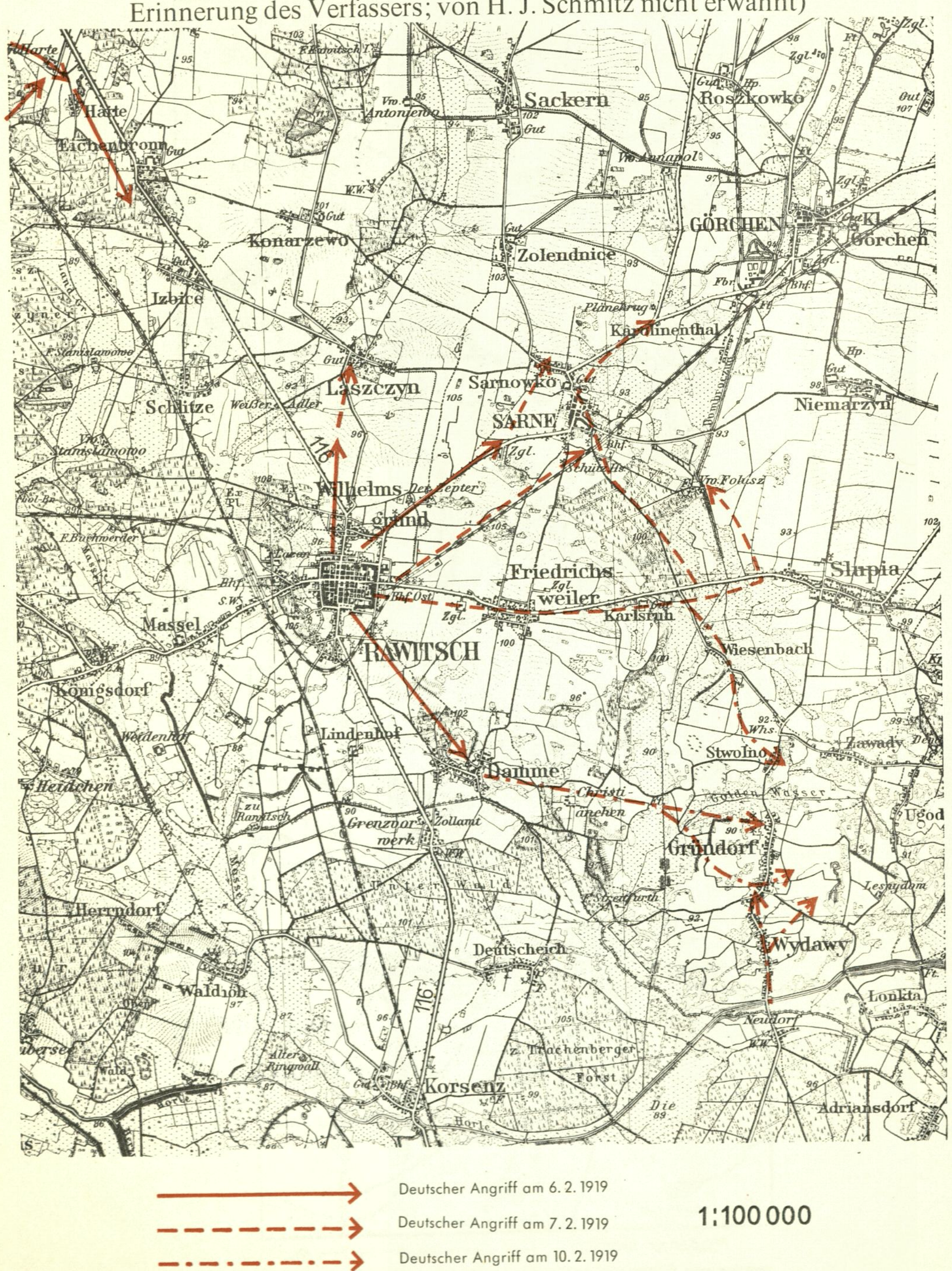


Abb. 4 Festungsgürtel der Stadt Posen (1914)

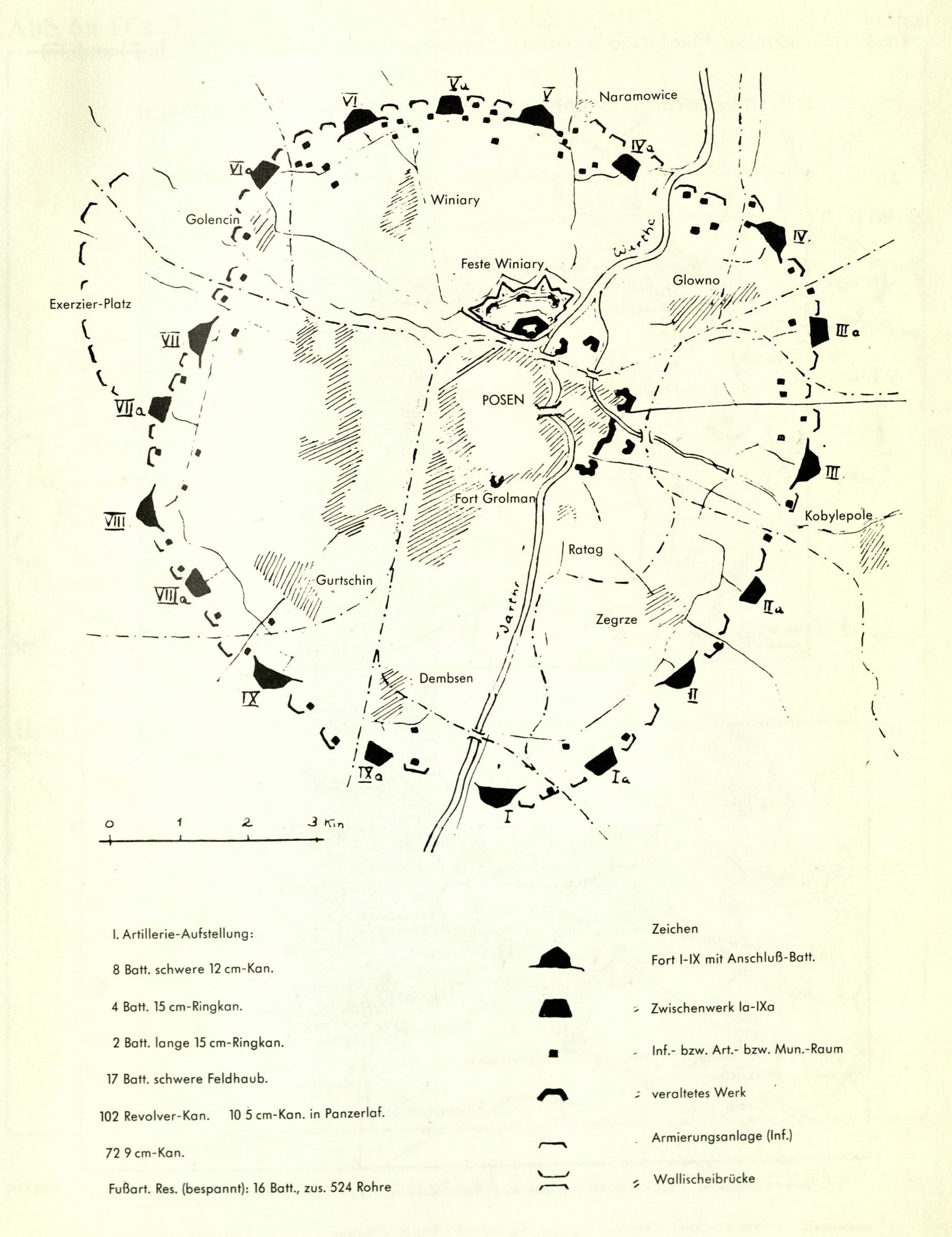
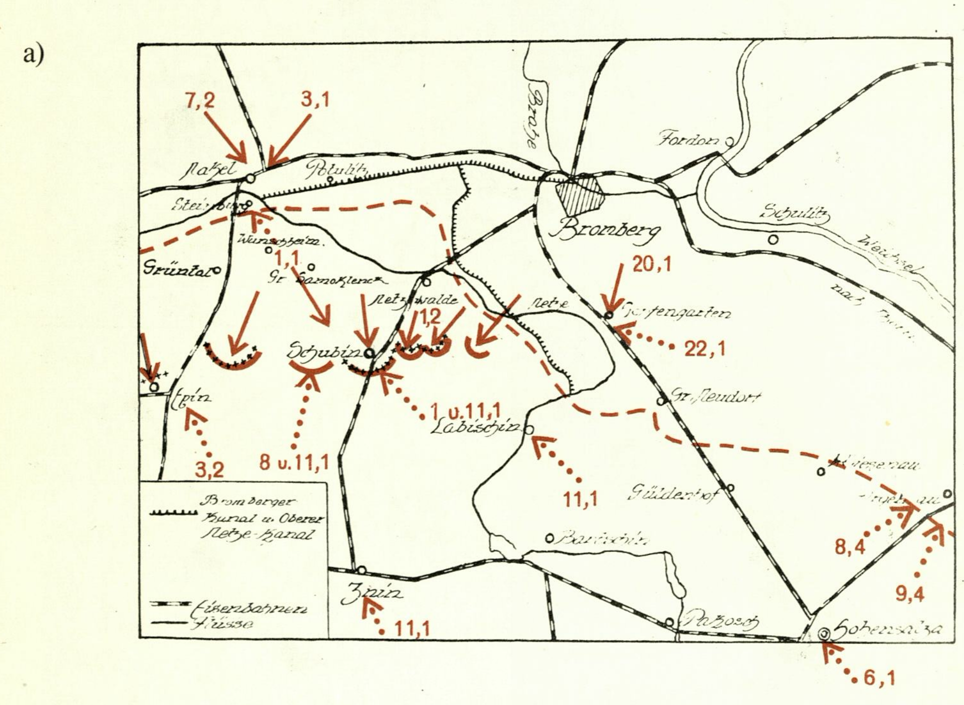


Abb. 5 Die Nordfront der Grenzschutzkämpfe

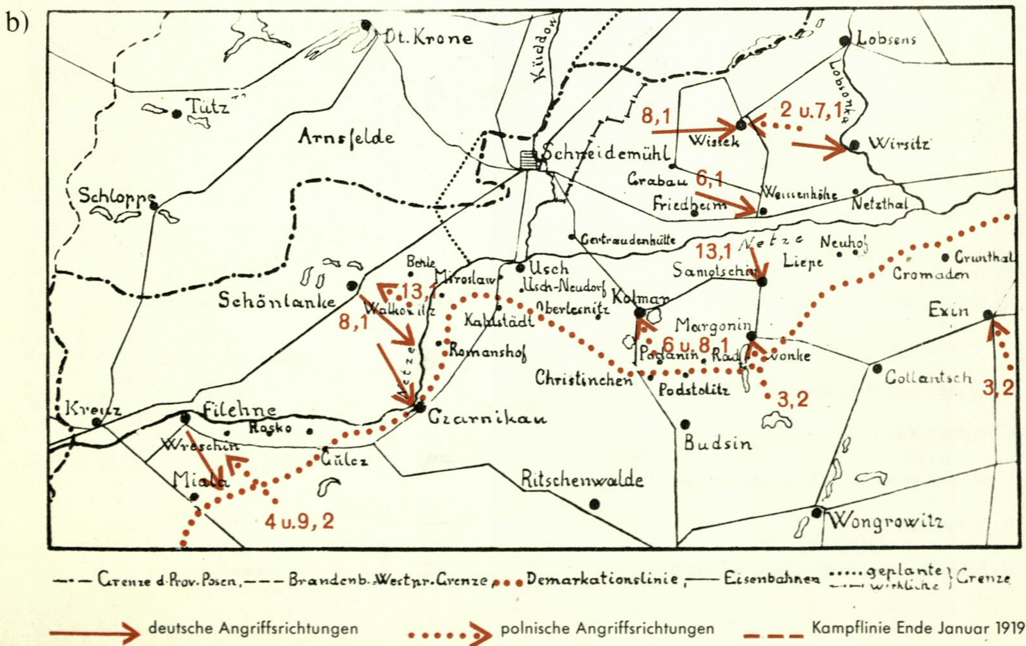
(aus: H. J. Schmitz, Der Posener Grenzschutzkampf, Schneidemühl 1938, S. 24 und 37)

a) Kampfabschnitt Bromberg b) Kampfabschnitt Schneidemühl

a)



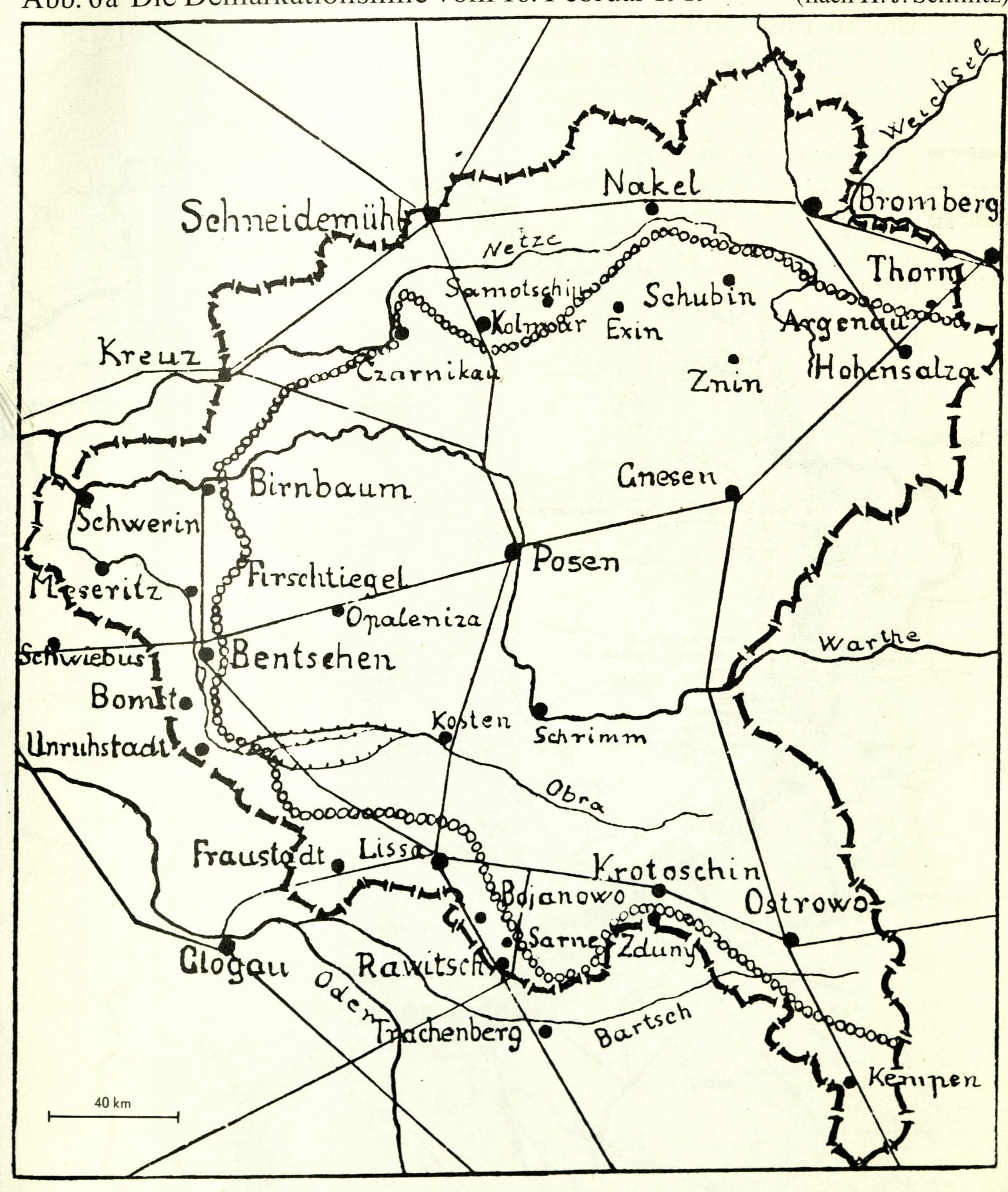
b)



—·— Grenze d. Prov. Posen, – – – Brandenb.-Westpr. Grenze, • • • Demarkationslinie, —— Eisenbahnen ····· geplante / —— wirkliche } Grenze

→ deutsche Angriffsrichtungen ·····> polnische Angriffsrichtungen – – – Kampflinie Ende Januar 1919

Abb. 6a Die Demarkationslinie vom 16. Februar 1919 (nach H. J. Schmitz)



Provinzgrenze, Demarkationslinie, — Eisenbahnen.

Abb. 6b Das Kampfgebiet des Großpolnischen Aufstandes 1918/19

(Übersicht nach Z. Wieliczka)



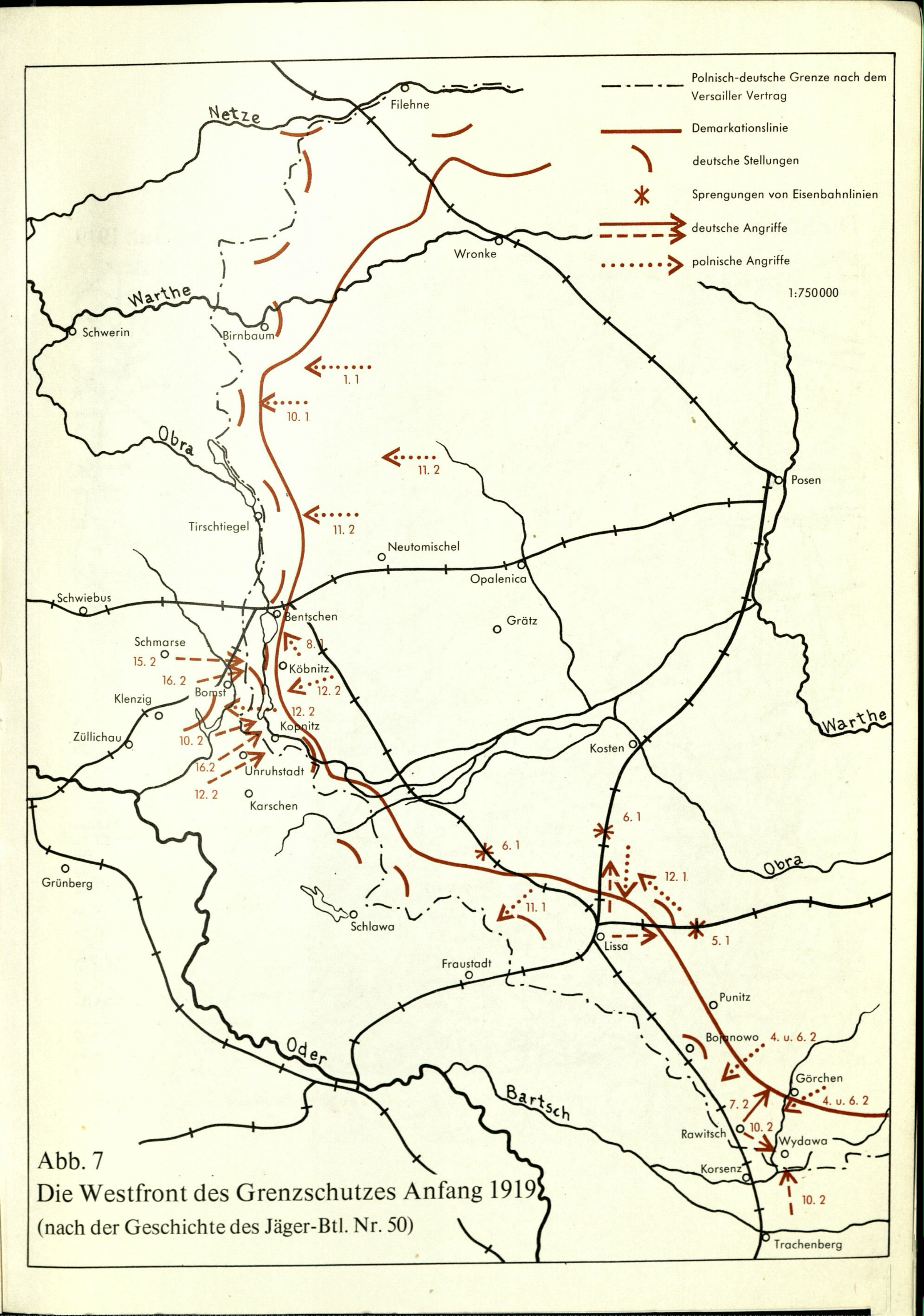


Abb. 7
Die Westfront des Grenzschutzes Anfang 1919
(nach der Geschichte des Jäger-Btl. Nr. 50)

Abb. 8a
Die Südfront des Grenzschutzes – Abschnitt Guhrau Januar bis Juli 1919

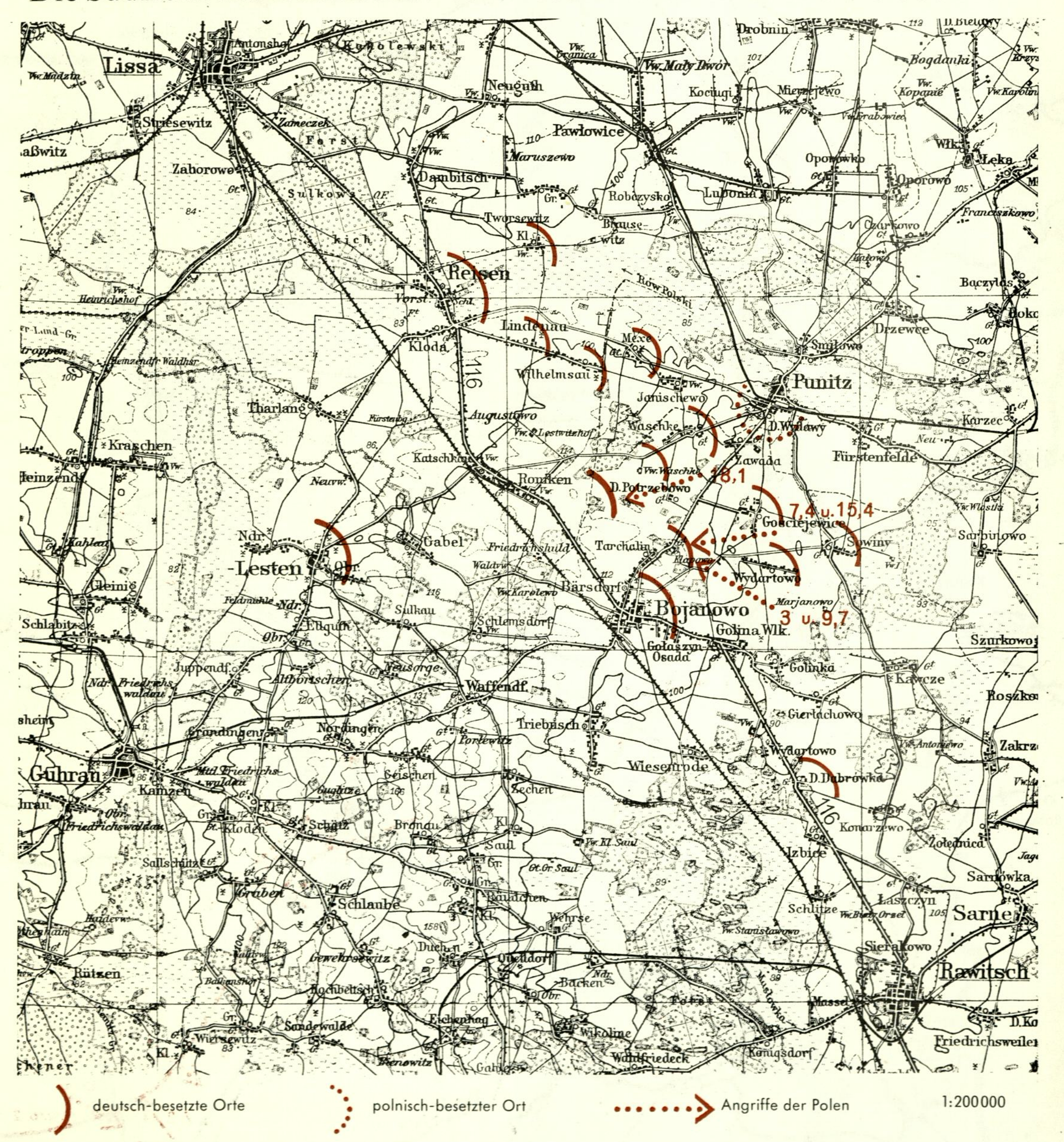


Abb. 8b Die Südfront des Grenzschutzes – Abschnitt Trachenberg Februar bis Juni 1919

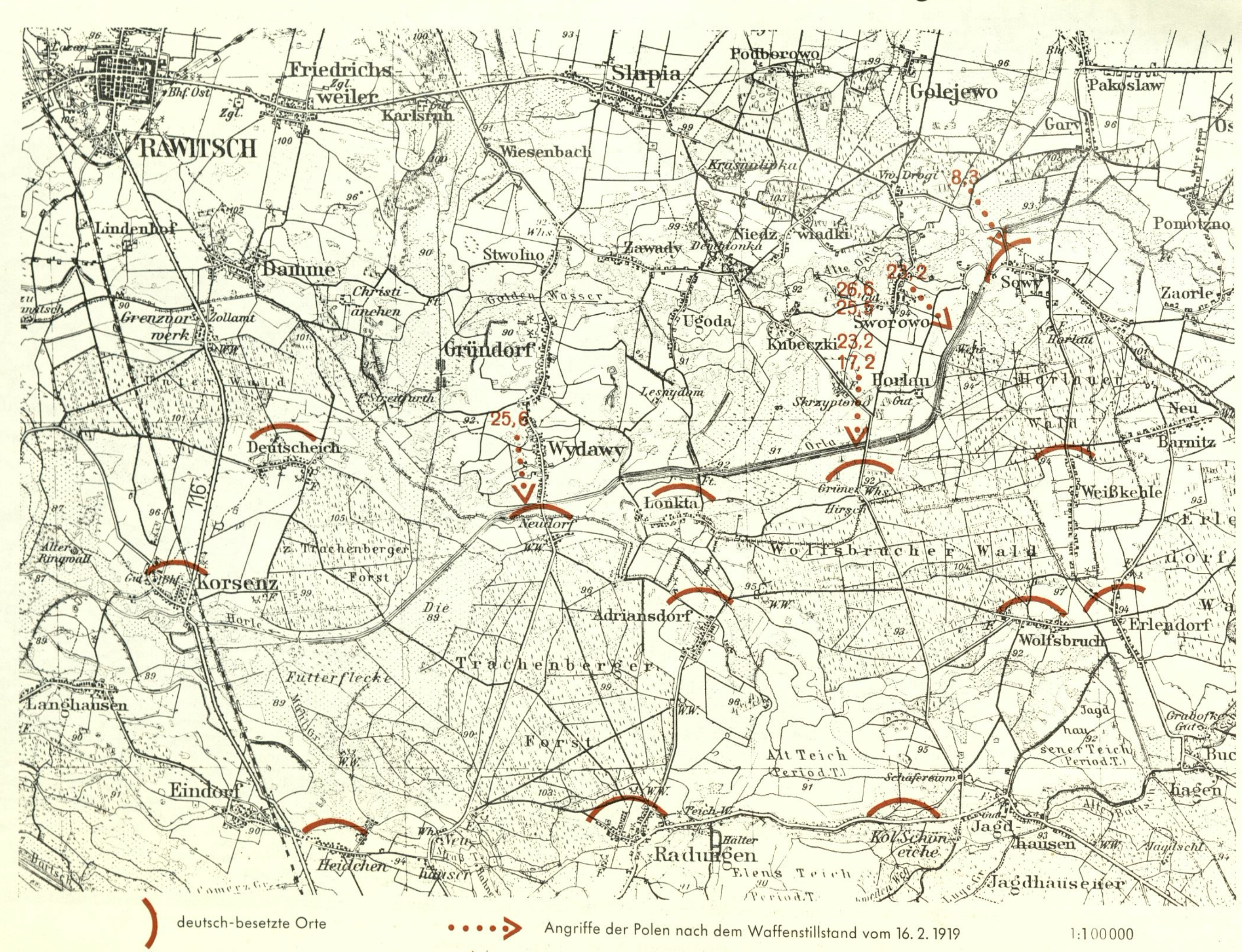
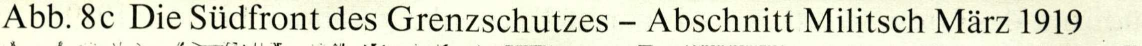


Abb. 8c Die Südfront des Grenzschutzes – Abschnitt Militsch März 1919

1:200 000



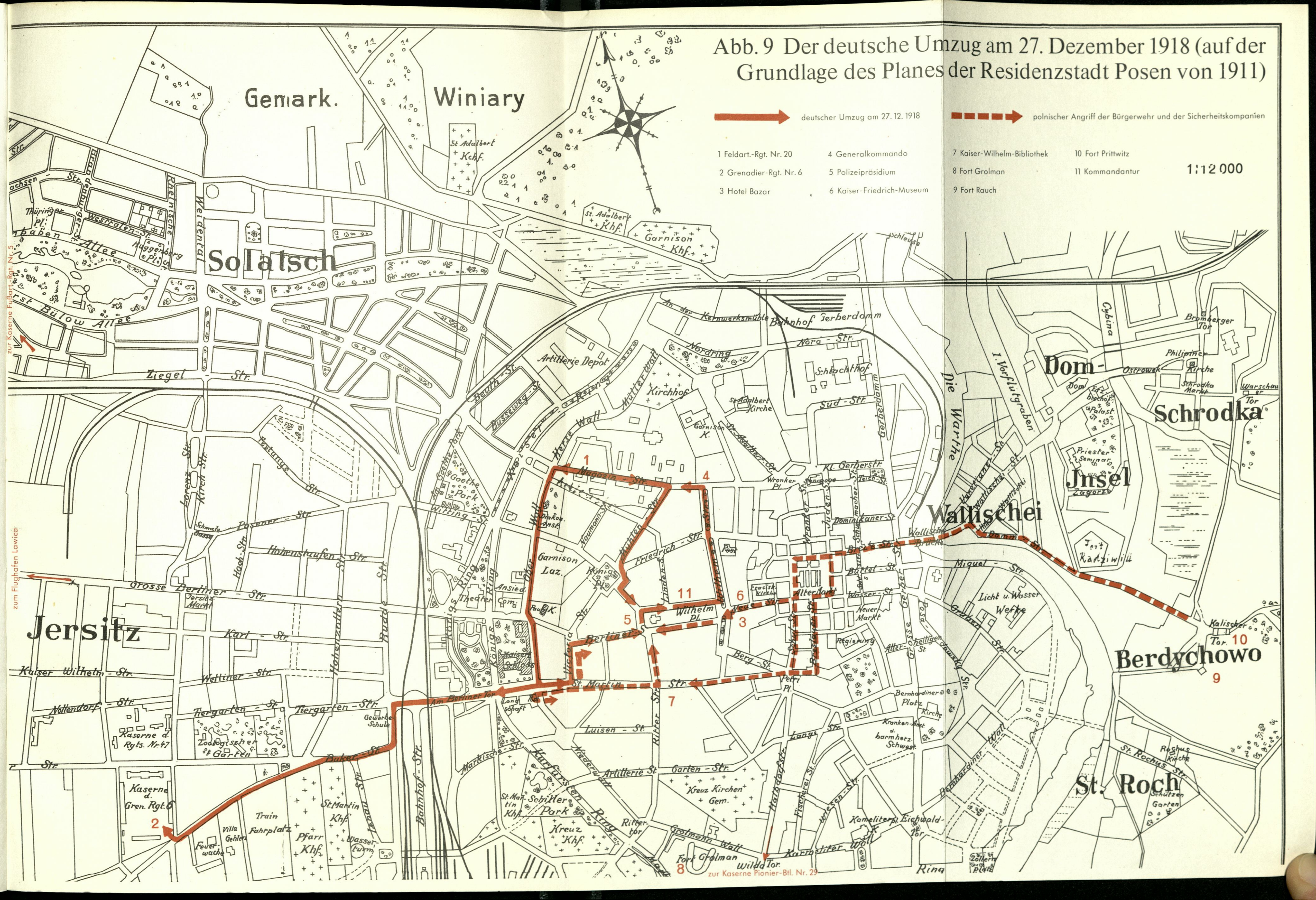
deutsch-besetzte Orte

polnisch-besetzter Ort

deutsche Angriffe

polnische Angriffe

In diesem Abschnitt liegt außer dem Ulanen-Rgt. Nr. 1 auch das Inf. Rgt. Nr. 51. Seit März keine größeren Kampfhandlungen. Für den südlich Kollande gelegenen Abschnitt liegen nur Angaben vor wie z. B. „Das Regiment (Ulanen-Rgt. Nr. 1) schickte Patrouillen in die Grenzdörfer". Gemeint ist die Grenze zwischen den Provinzen Posen und Schlesien. Größere Kampfhandlungen sind in diesem Abschnitt in den Regimentsgeschichten nicht berichtet worden.


Abb. 9 Der deutsche Umzug am 27. Dezember 1918 (auf der Grundlage des Planes der Residenzstadt Posen von 1911)
deutscher Umzug am 27. 12. 1918
polnischer Angriff der Bürgerwehr und der Sicherheitskompanien
1 Feldart.-Rgt. Nr. 20
2 Grenadier-Rgt. Nr. 6
3 Hotel Bazar
4 Generalkommando
5 Polizeipräsidium
6 Kaiser-Friedrich-Museum
7 Kaiser-Wilhelm-Bibliothek
8 Fort Grolman
9 Fort Rauch
10 Fort Prittwitz
11 Kommandantur
1:12 000
Gemark. Winiary
Solatsch
Jersitz
Wallischei
Dom-
Schrodka
Jnsel
Berdychowo
St. Roch
Die Warthe
zur Kaserne Fußart.-Rgt. Nr. 5
zum Flughafen Lawica
zur Kaserne Pionier-Btl. Nr. 29
Bahnhof Gerberdamm
Artillerie Depot
Kirchhof
Garnison Laz.
Wilhelm Pl.
Alter Markt
Neuer Markt
Kaserne d. Gren. Rgt. 6
Kaserne d. Rgts. Nr. 47
Grosse Berliner Str.
Kaiser Wilhelm-Str.
Fort Grolman
Wilda Tor
Kalischer Tor
Fort Radziwill
Licht u. Wasser Werke
Kreuz Kirchen Gem.
Zoologischer Garten
Schiller Park
Kurfürsten Ring
St. Martin Str.
Friedrich Str.
Berliner Str.
Magazin Str.
Ziegel Str.
Bülow Allee
Tiergarten Str.
Wettiner Str.
Buker Str.
Garten Str.
Luisen Str.
Ritter Str.
Wasser Str.
Breite Str.
Damm Str.
Miquel Str.
Grolmann Wall
Karmeliter Wall